

DISKURS  
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 31



## Wer tanzt zuerst?

*Der globale Kapitalismus  
und die Linken*

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 51

Wer tanzt zuerst?  
Der globale Kapitalismus  
und die Linken

*Bernd Czorny Peter Gärtner*  
*Bernd Rump Ronald Weckesser*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
LEIPZIG 2008

ISBN 978-3-89819-299-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2008  
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig  
Telefon (0541) 9 60 85 51 · Fax (0541) 2 12 58 77  
[www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de)  
[RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de](mailto:RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de)

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung eines holländischen satirischen Flugblatts aus dem 17. Jahrhundert »Der Kampf um die Hosen« aus Eduard Fuchs: Illustrierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Renaissance (Bd 1). München (1909). S. 320f.

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

<i>Ronald Weckesser</i> : Vorwort .....	5
<i>Peter Gärtner</i> : Die Welt im Umbruch. Neue Globalität als Grenze des globalen Kapitalismus? .....	14
<i>Bernd Czorny</i> : Die anbrechende Wissensgesellschaft. Mit oder jenseits kapitalistischer Logik? .....	97
<i>Bernd Rump</i> : Aufbruch zu neuen Ufern. Die Linke zwischen Nation und Globalisierung? .....	136
<i>Peter Gärtner</i> : Linke Politik in Lateinamerika – Exkurs über ein Exempel .....	206
Literatur .....	226
Kurzbiographien der Autoren .....	234



RONALD WECKESSER

## Vorwort

### Einstieg

Jeder gesellschaftliche Diskurs findet in einem konkreten Rahmen statt, in dessen Kenntnis man schon einiges über seine Protagonisten, ihre Ansichten und Ergebnisse vorherahnen kann. Zum Beispiel die Themen, die behandelt, die Begriffe die benutzt werden, die Gegner, gegen die zu Felde gezogen wird. Und so fort. Es geht aber auch umgekehrt: Aus der Kenntnis der Themen lassen sich in nicht unerheblichem Maße Schlussfolgerungen auf Vorgenanntes ziehen. Nehmen wir beliebige Beispiele: Neoliberalismus. Postfordismus. Wissensgesellschaft. Aber auch Neue Linke. Vielleicht noch Lateinamerika. Oder Grundsicherung. Globalisierung sowieso. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Die einfache Nennung dieser Begriffe, hinter denen sich natürlich *bestimmbare* Inhalte verbergen, weckt zugleich bestimmte Assoziationen. Doch nicht diese sollen hier ausgebreitet, nicht dafür das Vorwort missbraucht werden. Vorerst geht es darum, diesen – mehr vertrauten als bewussten – Mechanismus, dass nämlich Inhalte, Charaktere, Umstände in gewisser Weise untereinander verknüpft sind, eigentümliche, zumindest dem Grundsatz nach dechiffrierbare Muster bilden, diesen Mechanismus also dadurch zu veranschaulichen, dass er probeweise einfach einmal ausgelöst wird.

Vor einigen Jahren versammelte Bernd Rump, einer der Autoren des vorliegenden Bändchens, eine kleine, handverlesene Gruppe kluger Köpfe um sich, deren auffälligste Gemeinsamkeit damals darin bestand, dass *er* sie kannte und eingeladen hatte. Sie repräsentierten in vielerlei Hinsicht ein breites Spektrum, was Alter, Lebenserfahrung, Ausbildung, berufliche Voraussetzungen, politischen Werdegang betraf. Ihre Auswahl erfolgte strikt undemokratisch: Ohne vorheriges Ausschreibungsverfahren, ohne Wahl oder Berufung durch ein beliebiges, beliebig legitimes Gremium. Einzige Legitimation war ein Auftrag der Landesvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden, verbunden mit deren Zusage Bernd gegenüber, ihm freie Hand zu lassen. Die konkrete Aufgabe war, einen Leittraktatentwurf für

einen Landesparteitag zu erarbeiten. Und selbstredend waren sie links. Eindeutig links – sowohl nach ihrem Selbstbild, wie auch nach gegenseitiger Beurteilung.

Die Arbeitsbedingungen waren günstig, ein Abgeordnetenbüro mit Computer, Internetzugang, Fax, Drucker waren nutzbar. Verpflegung war gesichert, bei Bedarf konnten Fahrtkosten erstattet werden.

Als Vorbild dienten – selbstredend uneingestanden! – die sogenannten *think-tanks*. Oder, inhaltlich vielleicht treffender, Veranstaltungen wie der *Club of Rome*.

### **Zeitliche Einordnung**

Die erste Tagung fand im April 2005 statt. Die WASG existierte zwar bereits irgendwie, die rotgrüne Bundesregierung aber, unter Schröder und Fischer, war noch im Amt. Doch die politischen Ereignisse und mit ihnen auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gruppe, kamen ins Rutschen. Erst langsam, dann immer schneller. Schließlich begannen sie sich zu überschlagen: Schröder erpresste nach der verlorenen Landtagswahl in NRW, der dreizehnten Niederlage für die SPD in Folge, eine auf Scheitern angelegte Vertrauensabstimmung im Bundestag mit dem einzigen Ziel, Neuwahlen zu erzwingen. Und er erreichte das von Niemandem mehr für möglich Gehaltene: Im darauf folgenden Wahlkampf sanken die Umfragewerte der CDU wieder, die der SPD stiegen, trotz neuer, linker Konkurrenz. Ein scheinbar uneinholbarer Vorsprung schrumpfte zu hauchdünner Differenz, es wurde ein *photofinish*. Unvergessen Schröder in der Elefantenrunde, nach der Wahl.

Im gleichen Atemzug schafften WASG und PDS gemeinsam, mit Gysi und Lafontaine an der Spitze, den von vielen als sensationell empfunden Einzug in den Bundestag. Katapultierten die künftige LINKE mitten in die erstarrte politische Landschaft der Bundesrepublik. Gesellschaftspolitisch folgte die große Koalition. In der Linken triumphierte, nachholend, gesamtdeutsche Normalität: Auch die PDS – als einzig verbliebene Institution, die sowohl Wende, wie die ersten anderthalb Jahrzehnte Deutscher Nachwendegeschichte in DDR-Kontinuität überlebt hatte – wurde nun, binnen kürzester Frist, fast geräuschlos »übernommen«. In der gegebenen politischen Situation

war das die Chance für eine neue linke Partei: Aus PDS und WASG konstituierte sich DIE LINKE.

Für die PDS erfüllte sich damit endlich der lang gehegte Traum der Westausdehnung – wenn auch ohne wirkliche Westausdehnung. DIE LINKE.Ost bleibt, bis auf weiteres, die bisherige PDS im Osten, mit 15–25 Prozent Wählerzuspruch, überalterter Mitgliedschaft und ehrgeizigem Führungskader, weitgehend aus der gesellschaftlichen Mittelschicht. Mit allen Eigenschaften radikalen Kleinbürgertums, einschließlich der von Lenin so treffend charakterisierten Neigung zum Linksradikalismus.

Für PDS-West und WASG wiederum erfüllte sich endlich der Traum von bundespolitischer Bedeutung – wenn auch, korrespondierend, zunächst ebenfalls ohne wirkliche bundespolitische Bedeutung. DIE LINKE.West entstand als lockerer Verbund linker, linksliberaler und linksintellektueller Akteure. Allerdings, aus ihren Traditionen heraus mit teils tiefer menschlicher, gesellschaftlicher und politischer Verwurzelung in Gewerkschaften, Herkunftsparteien und Milieus, in Arbeitswelt, Politik und Wissenschaft.

Im Ergebnis jedenfalls schaffte diese zusätzliche politische Kraft den Sprung in den Bundestag – ohne als Partei bereits nennenswert verwurzelt zu sein, oder wenigstens ein konsistentes inhaltliches Programm von bundespolitischer Relevanz zu verfolgen.

Auf verquere Weise scheint sich so – mit fünfzehnjähriger Verspätung – die Deutsche Einheit tatsächlich vollendet zu haben.

### **Exkurs: Auswirkung**

Doch es war wie eine Initialzündung: Die Voraussetzungen aller Politik hatten sich geändert. Von nun an begünstigten die Umstände eine Konzentration des von den Soziologen bereits vor der »Wende« konstatierten, doch traditionell zerstrittenen, versprengten, teils heimatlosen linken Potentials. Es wurde reale politische Kraft. Eine strukturelle und mentale linke Mehrheit, bundesweit bereits bei vorausgegangenen Wahlen zu beobachten gewesen, erhielt die Chance, sich politisch zu konstituieren. Wieweit sich das tatsächlich manifestiert, in gesellschaftliche Hegemonie und reale Veränderung übersetzt, ist vorerst offen. Die Auseinandersetzungen nach den Wahlen in Bre-

men, Hessen und Niedersachsen, vor Hamburg, nähren Skepsis. Es ist offen, ob sich diese Kraft dauerhaft als Sammelbecken – legitimen – gesellschaftlichen Protestes einrichtet, oder sich im Bewusstsein ihrer tatsächlichen Stärke und Verantwortung darauf einlässt, nicht nur die Folgen verfehlter Politik anderer zu beklagen und zu kritisieren, von ihnen Veränderungen einzufordern, sondern deren Politik *praktisch* zu verändern. Im Marx'schen Sinne ihre strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen anzupacken – ohne Scheu vor den vermeintlichen ideologischen Gretchenfragen, *regieren vs. opponieren* etwa. Den Soziologen zufolge – je nach eigenem Standort bedauernd oder euphorisch reflektiert – sind entsprechende gesellschaftliche Werte mental bereits jetzt mehrheitlich angestrebt, sind *potentiell* hegemonial. Werte, die einer solchen Entwicklung zugrunde liegen müssen, die deren Basis darstellen und die erforderliche politische Schubkraft entfalten.

Insofern bedeuten linke Theorie und Praxis unter den gegenwärtigen Bedingungen wiederum nichts anderes, als »die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!«<sup>1</sup> Wenn im Titel dieser Beitragssammlung danach gefragt wird, wer denn *zuerst* tanzt, dann zielt dies nicht nur auf das Auf- und Umbrechen der »versteinerten Verhältnisse«, sondern fasst zugleich auch die zweite Zielrichtung linker Politik ins Auge: die Linken selbst. Wie wir inzwischen aus eigener schmerzhafter Erfahrung wissen, ist es zum Einen gar nicht so leicht, die richtige

1 »Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert [...] Man muss die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!« (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW. Bd. 1. S. 381.)

Stellt man diese Bemerkung von Marx aus dem Jahr 1845 in den damaligen argumentativen Zusammenhang, dann wird nicht nur das zentrale Ziel linker Theorie und Praxis – die revolutionäre Veränderung des Seins – klar benannt, sondern auch der Stellenwert der Publizistik bei diesem Unterfangen aufgezeigt: »Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert [...] Man muss die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!« (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW Bd. 1. S. 381.) Es gibt wohl kein weiteres Zitat, um das Anliegen der hier versammelten Autoren auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Melodie zu intonieren – richtig in dem Sinne, dass damit die Verhältnisse auch wirklich zum Tanzen gebracht werden. Zum Zweiten impliziert es, dass die Linken selber das Tanzen erlernen – wenn sie gleiches von den Verhältnissen erwarten. Und schließlich ist auch nicht auszuschließen, dass die Verhältnisse bereits dann zu tanzen beginnen, während die Linken noch ihre ersten unbeholfenen Schritte auf dem glatten Parket der Politik probieren. Das kleine Wörtchen »zuerst« im Titel meint genau diesen zweiten (Hinter-)Sinn: Die Zeit drängt. Denn die Verhältnisse können so oder aber auch ganz anders tanzen.

Doch unbeachtlich dieser noch unentschiedenen Fragen, deren Beantwortung *so oder eben auch anders* ausfallen kann: Bereits jetzt haben sich die Voraussetzungen der Politik, auch der traditionellen politischen Kräfte geändert. Ihre Verunsicherung darüber, sowie über künftigen Umgang mit diesem neuen »Phänomen« legt diese Vermutung nahe. Und alle spüren: Entgegen früherer Annahmen führte die reale Entwicklung nicht in Richtung eines Zweiparteiensystems US-amerikanischen oder britischen Zuschnitts. Sie führte zum Fünfparteiensystem. Sowie zur Linksverschiebung des gesamten politischen Koordinatensystems. Womöglich dauerhaft.

### **Auftrag und Anspruch**

Mitten in diesem Prozess steckend, hier rückblickend und im Zeitraffer dargestellt, konnten diese Veränderungen nicht ohne Auswirkung auf Arbeit, Denken und Fühlen der Gruppe bleiben. Sie hatten ein ständiges Zweifeln am bereits erreichten Stand, eine Revision sicher geglaubter Positionen und Prognosen zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung zur Folge. Dennoch, der Arbeitsauftrag, vor diesen Ereignissen formuliert, wurde erfüllt und abgerechnet. Der Entwurf der Gruppe wurde vom Landesvorstand zur Grundlage des Leitantes genommen, dieser vom Parteitag behandelt und beschlossen. Doch bis zu diesem Zeitpunkt, am Ende des Jahres 2005, hatte sich das politische Deutschland bereits bis in die Tiefen verändert, auch wenn es die meisten noch nicht sehen konnten, oder sehen wollten, viele bis heute nicht.

Die Gruppe entschloss sich dennoch weiter zu arbeiten, aus eigenem Antrieb, ohne neuen Arbeitsauftrag oder klare Vorstellungen über

Gegenstand, Zielgruppe oder Sinn der Unternehmung. In vagen Umrissen tauchte als Möglichkeit das Bild auf, abschließend einige der *Papiere* aus dem entstandenen Konvolut mehrerer hundert Textseiten zu bündeln und zu publizieren. Vielleicht auf moderne Weise, im Internet. Oder eher traditionell, im Druck.

Wichtigste Bedingung für Auswahl und Anordnung sollte ihre jeweils relative Abgeschlossenheit sein. Aufgenommen wurden drei Arbeiten zu den Komplexen Wissensgesellschaft, Neoliberalismus und Neue Linke. Dazu ein Exkurs zu den gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Lateinamerika – einer politischen Linkswendung in Ländern, die lange Zeit in besonderem Maße dem Einfluss des Neoliberalismus unterworfen waren. Zeitlich folgt die Anordnung dieser Texte weitgehend der Chronologie ihrer Entstehung, wobei jedes mehrfach aufgerufen, debattiert und im Ergebnis überarbeitet wurde, so dass sich zwangsläufig eine gewisse Parallelität der geistigen Durchdringung der Themen untereinander aber auch zu den realen Veränderung in der Welt einstellte.

Zugleich sagen Aufnahme und Anordnung der Texte nichts darüber aus, inwieweit die Arbeiten innerhalb der Gruppe unstrittig sind oder durchweg gemeinsame Standpunkte aller Beteiligten widerspiegeln. So blieben einige Kernthesen in allen drei Texten bis zuletzt strittig. Etwa eine gewisse statisch geprägte Weltsicht, wie sie unter anderem dann deutlich wird, wenn die Möglichkeit Wissen oder Leistungen warenförmig zu behandeln ganz prinzipiell ausgeschlossen wird.

Aus diesem Entstehungszusammenhang heraus sollte sich der Leserin, dem Leser der innere, geistige Zusammenhang erschließen lassen, entsprechend dem eingangs geschilderten Mechanismus. Inwieweit ein solches Konzept aufgeht, wird sich erweisen. Der Versuch jedenfalls liegt nun vor.

### **Thematisches Umfeld**

Eines der vielen weiteren besprochenen Themen, in differierenden Kontexten immer wieder aufgerufen, war der Demographische Wandel: seine natürlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Ursachen zum Einen, seine Folgen in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher

Hinsicht zum Anderen, schließlich seine verschiedenen Facetten in den unterschiedlich entwickelten Industriestaaten sowie in weniger bis unterentwickelten Weltregionen. Er erwies sich als zentrale Kategorie für strategische Überlegungen jedweder Art, ohne dass ihm schließlich ein eigenes Kapitel gewidmet worden wäre.

Ein weiteres Thema welches sich stets neu in den Vordergrund schob war das widersprüchliche Verhältnis zwischen dem Wachstum von Produktivität und gesellschaftlichem Verbrauch. Auch diese Dialektik erwies sich als grundlegend für die Konzipierung alternativer Zukunftsprojekte.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen um die Vereinigung von PDS und WASG tauchte ganz selbstverständlich die Ost/West-Problematik auf und daran gekoppelt der Einfluss struktureller Faktoren auf Entwicklungen innerhalb von Gruppierungen und Gesellschaften, das heißt letztlich das dialektische Verhältnis von Ideologie und materiellen Bedingungen. Inwieweit also menschliches Handeln wirklich frei und selbstbestimmt sein kann, bzw. in gegenteiliger Weise durch Umstände und Bedingungen außer seiner selbst determiniert wird.

Gründe und Ursachen für den vermeintlichen, befürchteten oder faktischen mentalen Erfolg, bzw. die Hegemonie neoliberalen Denkens wurden diskutiert sowie realen materiellen Erfolgen oder Misserfolgen gegenübergestellt. Vermeintliche oder tatsächliche Indizien betrachtet, die konträr zueinander dessen Scheitern, verbunden mit Untergangsszenarien einerseits, aus anderem, globalem Blickwinkel jedoch zunehmende Wohlfahrt für eine rasant gewachsene Weltbevölkerung andererseits zum Gegenstand hatten.

Auch die Theorie des sogenannten »ökologischen Fußabdrucks«, spielte eine Rolle, bei dem die Analyse prinzipieller Begrenztheit natürlicher Ressourcen für menschliche Gesellschaften im Mittelpunkt steht.

Und selbstredend wurden auch die traditionellen Problemkreise soziale und gesellschaftliche Gerechtigkeit aufgerufen, ebenso wie Maßstäbe für Demokratie, die Notwendigkeit oder Zulässigkeit der Umgehung derartiger Maßstäbe in vermeintlich höherem Interesse. Aus aktuellen Konstellationen ergaben sich schließlich Überlegungen zur Funktion privat oder öffentlich organisierter Daseinsvorsor-

ge ebenso wie zu Möglichkeiten, Grenzen und Praxis »linker« Haushaltspolitik.

Ebenfalls als Reflektion auf in der wirklichen Welt verlaufende gesellschaftliche Entwicklungen lag auch das neuerliche Aufwerfen der sogenannten Systemfrage auf der Hand, der Frage nach einer prinzipbedingten »Systemüberlegenheit« – anknüpfend an frühere, ähnliche, jedoch inhaltlich gegenteilig ausgerichtete SED-Debatten. Dieses Problem scheint vorerst aus dem Fokus der Aufmerksamkeit geraten zu sein, auf nicht erwartete Weise anders beantwortet als vormals vermutet. Selbst in der bewussten gesellschaftlichen Linken hat sich diese Frage wohl vorerst – jenseits ritueller, rhetorischer Bekenntnisse – erledigt.

Aus der Masse der kaum noch rekapitulierbaren Dinge, die darüber hinaus im Laufe der Zeit wenigstens angerissen oder teils auch vertieft debattiert und immerhin größtenteils dokumentiert worden sind, sollte damit exemplarisch wenigstens ein Teil eine gewisse Würdigung in Form vorliegender Auflistung erfahren. Alle diese Themen sind von keinem der Autoren zu jeweils in sich geschlossenen, veröffentlichungswürdigen Texten aufbereitet worden. Eine Wertung ist insofern zwangsläufig subjektiv und einseitig. Und sie bleibt unvollständig. Lediglich im Rahmen eines solchen Vorwortes scheint es dennoch legitim, wenigstens einige davon hervorzuheben. Nicht, weil andere minder interessant oder wichtig gewesen wären, sondern mit dem Recht eines Beteiligten, der kein eigenes, eigenständiges, Kapitel geliefert hat.

## **Fazit**

Zu Beginn bestand die Gruppe aus acht Personen, von denen sich über die Zeit – einzeln und nicht koordiniert – aus unterschiedlichen Gründen die Hälfte aus der Arbeit zurückzog. Zum Schluss verblieben vier, die sich noch regelmäßig trafen und kontinuierlich weiter arbeiteten, sowie einer, der sich gelegentlich noch für den Fortgang interessierte. Die vertretenen Fachrichtungen, Geübtheit in gesellschaftswissenschaftlicher Arbeits- und Denkweise, sowie mehrheitliche Affinität zu bestimmten Komplexen brachten eine zunehmende Fokussierung auf die nun vorliegenden Themen und Texte mit sich.

Insgesamt ergaben sich mehr Fragen und ungelöste Probleme, zu denen keine Antworten vorgelegt werden können.

PETER GÄRTNER

# Die Welt im Umbruch – Globalität als Grenze des globalen Kapitalismus?

## 1. Historische Einordnung: Globale Umbruchsituation

Dieser Beitrag versteht sich als eine *Problemskizze*, die dazu dienen soll, jene Koordinaten zu umreißen, innerhalb derer sich Politik im allgemeinen und linke Politik im besonderen zu Beginn des 21. Jahrhunderts bewegt und realisiert. Der nunmehr weltweit herrschende Kapitalismus wird aus einer globalen Perspektive heraus zu analysieren versucht, wobei von folgenden Prämissen ausgegangen wird:

*Erstens* befinden wir uns inmitten einer globalen Umbruchsituation, deren räumlichen, zeitlichen und strukturellen Dimensionen die gesamte Menschheit vor grundsätzlich neue Herausforderungen stellen. Der *Grundkonflikt* dieser Umbruchsituation besteht darin, dass einerseits die Produktivkräfte in einer Weise revolutioniert werden, die durchaus mit der neolithischen Revolution vergleichbar ist. Andererseits vollzieht sich diese Revolution derzeit in Formen und Grenzen, die ihr destruktives Potential stärker hervorbrechen lassen als ihre konstruktiven, zukunftsfähigen Möglichkeiten. »Alte«, ungelöste Probleme werden verschärft, während auf neue Herausforderungen nicht, zu spät oder inadäquat reagiert wird. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob und wenn ja, mit welchen Konsequenzen der (bisherige) Kapitalismus den neuen Entwicklungen noch Raum und Richtung zu geben vermag.

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage werden *zweitens* jene Grenzen auszuloten versucht, auf die der Kapitalismus bei seiner globalen Expansion trifft. Die mit der Schubkraft der dritten industriellen Revolution unter neoliberalen Vorzeichen vorangetriebene Globalisierung hat einen Grad an Globalität hervorgebracht, der es nicht mehr wie zuvor erlaubt, die Probleme und Widersprüche kapitalistischer Expansion zu externalisieren. Der Konflikt zwischen der einseitig auf Globalismus verkürzten Globalisierung und der sich durch

eine neue Qualität auszeichnenden Globalität zeigt sich in einer zunehmenden »Kannibalisierung« des Kapitalismus: Einerseits entzieht er sich im Zuge seiner Expansion tendenziell selbst die Grundlagen seiner Existenz- und Wirkungsweise – »frisst« gewissermaßen seine eigene Substanz auf; andererseits führt dies zur fortschreitenden Verrohung und Barbarisierung gesellschaftlichen Zusammenlebens (»Raubtierkapitalismus«, »Angriff der Heuschrecken«). Die neue Qualität des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts besteht zunächst darin, dass es sich um einen globalen Krisenkapitalismus handelt, der dabei ist, sich »zu Tode zu siegen«.

*Drittens* ist davon auszugehen, dass sich die gegenwärtige Umbruchsituation aufs engste mit der Frage nach Alternativen zum Kapitalismus verbindet. Da jedoch der 1917 in Russland initiierte Alternativversuch 1990 gescheitert ist, die unter dem Signum »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« entworfenen und realisierten Gegenentwürfe zum Kapitalismus auf absehbare Zeit diskreditiert sind, die antikapitalistischen Kräfte angeschlagen und derzeit bestenfalls nur rudimentär in der Lage sind, die sich rasant vollziehenden Umbrüche auf der Höhe der Zeit zu analysieren und theoretisch zu erfassen, können die entstehenden Spielräume und Widersprüche im Sinne realisierbarer Alternativen bisher nicht adäquat genutzt werden. Für alle Linken ergibt sich daraus zunächst als wichtigste Aufgabe, die gegenwärtige Umbruchsituation in ihren Dimensionen, Strukturen und Möglichkeiten zu erfassen, um dann im zweiten Schritt die notwendigen Alternativen zu entwickeln und um deren politische Realisierung zu kämpfen. In Abhängigkeit von den Ergebnissen dieser Anstrengungen einerseits und den konkreten Folgen der Krisenprozesse andererseits ergeben sich für die Zukunft der Menschheit verschiedene Szenarien und Optionen, die idealtypisch auf die Begriffe Rückfall, Reform und Revolution gebracht werden können. Neben der notwendigen Veränderung der Kräfteverhältnisse besteht ein zusätzliches, verschärfendes Problem darin, dass der Zeitfaktor den Ausschlag geben wird, welcher »Zukunftspfad« sich in welcher konkreten Form durchsetzen wird.

Grundlegend für das Verständnis der gegenwärtigen Umbruchsituation ist das Begreifen und Erfassen ihrer qualitativen Neuartigkeit. Auf der Grundlage der dritten industriellen Revolution hat ein in Tempo, Verflechtung und Intensität bislang präzedenzloser Transformationsprozess stattgefunden, der die Welt in eine neue Qualität überführt hat.

mationsprozess begonnen, dessen Ausgang zwar noch offen ist, von dem aber schon jetzt klar ist, dass sich mit seiner Ausrichtung nicht nur das Schicksal des Kapitalismus, sondern auch das der Menschheit entscheiden wird. Im negativen Extremfall (»worst case«) muss sogar mit dem Untergang der menschlichen Zivilisation gerechnet werden.

Nicht erst jetzt gibt es zahlreiche Versuche in Wissenschaft, Publizistik und Politik, diese neue Qualität begrifflich abzubilden und auf den Punkt zu bringen. Die Palette reicht dabei von »Postfordismus« (Hirsch), »Neo-Imperialismus« (Harvey u. a.), »Empire« (Hardt, Negri) über »Finanzmarkt-Kapitalismus« (Bischoff, Windolf), »neoliberaler Kapitalismus« (inzwischen als »Konsensbegriff« von Paxchristi über *attac* bis zur DKP gebräuchlich), »Krisenkapitalismus der dritten industriellen Revolution« (Kurz) bis zum »Ende der Arbeitsgesellschaft« und der Herausbildung eines »Wissenskapitalismus« (Gorz), zum Konzept der »Weltgesellschaft« (Stichweh) bzw. der »Weltrisikogesellschaft« (Beck). Jedes dieser Konzepte hebt bestimmte Aspekte und Bereiche der Neuartigkeit der gegenwärtigen Entwicklung hervor, ohne jedoch alle Facetten und Varianten erfassen zu können. In der Summe bieten sie dennoch genügend Anregungen und Grundlagen für das theoretische Verständnis dieser Neuartigkeit, wobei die eigentliche Herausforderung in einer adäquaten Synthese dieser Ansätze und der durch sie analysierten Realitäten besteht.

In diesem Beitrag wird die Perspektive des Weltsystems<sup>1</sup> als Ausgangspunkt und Instrumentarium gewählt, um einerseits dem globalen Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus gerecht zu werden und diesen andererseits in seiner historischen Bedingtheit zu zeigen. Dies ermöglicht es sowohl grundsätzliche Kontinuitäten von Strukturen und Dynamiken des Kapitalismus als Produktions-, Herrschafts- und Lebensweise zu benennen als auch jene Brüche, Umschlagpunkte und neuen Merkmale zu skizzieren, an denen sich die Neuartigkeit der gegenwärtigen Umbruchsituation festmachen lässt.

Zu den Basisstrukturen des kapitalistischen Weltsystems zählen in seiner horizontalen Dimension das internationale Staatensystem und

1 Zum Konzept des Weltsystems vgl. Immanuel Wallerstein: Das moderne Welt-system. Bde. I-III. Wien 2004 (Bd. I), 1998 (Bd. II), 2004 (Bd. III) sowie Thomas D. Hall (Hrsg.): A World-Systems Reader. London u. a. 2000.

der Weltmarkt, in seiner vertikalen Dimension Zentrum und Peripherie. In sich ist das Weltsystem durch Hierarchien gekennzeichnet, die auf strukturellen Asymmetrien der Machtverhältnisse, des Ressourcenzugangs sowie des Entwicklungs- und Wohlstandes beruhen. Zugleich sind diese Basisstrukturen ständigen Veränderungen unterworfen, die als Resultate von Grunddynamiken begriffen werden können, die von der Staaten- und Unternehmenskonkurrenz über den Klassenkampf bis hin zur Entwicklung der Produktivkräfte reichen. In ihrer zeitlichen Dimension lassen sich diese Dynamiken des Weltsystems in Ereignisse und Situationen, kurz- und mittelfristige konjunkturelle Zyklen sowie »lange Wellen« (Braudel) unterteilen. Die Hauptschwierigkeit und damit die größte Herausforderung für Wissenschaft wie für Politik besteht darin, dass diese sehr verschiedenartigen Strukturen und Dynamiken auf vielfältige Weise miteinander verkoppelt sind, dies allerdings nicht nur oftmals »verdeckt« sondern zudem noch meist ungleichzeitig in ihren Folgen und Wirkungen.

Die Neuartigkeit der gegenwärtigen Situation besteht vor allem darin, dass im Ergebnis kapitalistischer Expansion Prozesse wirksam werden, die einerseits auf die planetarische Dimension menschlicher Existenz verweisen, innerhalb derer sich zwar das kapitalistische Weltsystem entwickelt, die jedoch umfassender als dieses und damit »Umwelt« im weitesten Sinne ist. Indem kapitalistische Expansion erstmals auf unterschiedliche Weise an Grenzen stößt, die durch diese planetarische Dimension gesetzt werden, entstehen andererseits »intervenierende Variablen«, die von außen auf das kapitalistische Weltsystem zurückwirken. Gegenwärtig zeichnen sich Erdölknappheit (»Peak Oil«) und Klimawandel<sup>2</sup> als die hauptsächlichlichen äußeren Grenzen kapitalistischer Expansion ab, die zugleich als Anstöße und Hebel für die Überwindung von Kapitalismus wirksam (gemacht) werden können, zumindest aber den bisher entstandenen Kapitalismus obsolet werden lassen.

Im folgenden geht es vor allem darum, die grundlegenden Zusammenhänge der hier skizzierten Umbruchsituation zu umreißen. Dieser naturgemäß grobe und unvollständige Aufriss bedarf im weiteren

2 Vgl. Jeremy Leggett: Peak Oil. Die globale Energiekrise, die Klimakatastrophe und das Ende des Ölzeitalters. Köln 2006.

noch fundierter Untersetzung, die nur das Ergebnis eines längeren Diskussions- und Forschungsprozesses sein kann.

Der Schwerpunkt der Argumentation wird dabei auf das Aufzeigen der Neuartigkeit der aktuellen Umbrüche und den wichtigsten daraus resultierenden Entwicklungsrichtungen gelegt. Dabei bildet die dritte industrielle Revolution als ökonomisch-technologischer Basisprozess neuer Qualität den Ausgangspunkt. Daraus leitet sich ab, dass der sich auf dieser Grundlage entfaltende Globalisierungsprozess gegenüber vorangegangenen Globalisierungsschüben, die ein generelles, aber keineswegs permanentes Merkmal kapitalistischer Expansion sind, ebenfalls qualitativ neue Charakteristika aufweist. Allerdings – und dies ist das zentrale Argument – stößt diese neuerliche »große Transformation« des Kapitalismus an systembedingte Grenzen, die zugleich die neue Qualität seiner Krise ausmachen. Die nunmehr entscheidende Frage ist, wie die maßgeblichen Akteure und Institutionen in dieser globalen Umbruchsituation, die aus dem Zusammenprall des Kapitalismus mit den neu entstehenden Grenzen erwächst, reagieren. Wie auch immer der Ausgang dieser Systemkrise aussehen mag, ob er im Zivilisationsbruch, in einem reformerischen Umbau oder in einem revolutionären Umbruch besteht, auf alle Fälle wird er das »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« (Altwater) bedeuten.

## 2. Industrielle Revolution und Globalisierung

Die sinnvollste Möglichkeit, die Geschichte des Kapitalismus zu periodisieren, bildet die Unterscheidung verschiedener Stufen oder Etappen auf der Basis von revolutionären Sprüngen in der Produktivkraft-Entwicklung. Wenn wir von bisher drei industriellen Revolutionen im Kapitalismus ausgehen<sup>3</sup>, dann lässt sich diese Produktions- und Lebensweise in folgende Stufen bzw. Etappen unterteilen: Auf den vorindustriellen Handelskapitalismus würde mit der *ersten* industriellen Revolution, die im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in England einsetzt, die erste Etappe des Industriekapitalismus folgen, die energetisch auf der Nutzung von Kohle und Dampfkraft beruht,

<sup>3</sup> Vgl. Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt a. M. 1999.

mit Webstuhl und Dampfmaschine ihre innovative Schlüsseltechnologien hervorbringt und mit der Eisenbahn ihren symbolischen Höhepunkt in der Entwicklung der Produktivkräfte findet. Die dieser Etappe eigene Regulations- und Arbeitsweise ist der Kapitalismus der freien Konkurrenz mit England sowohl als »Werkstatt der Welt« als auch globaler Hegemonialmacht. Der Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch die Anwendung von industriellen Maschinen bedeutet zugleich das Ende der Dominanz des traditionellen Handwerks bei der Herstellung technischer Güter.

Die *zweite* industrielle Revolution, die etwa zweihundert Jahre nach der ersten beginnt, ist durch die breite Nutzung von Erdöl, Elektrizität, Fließband und Verbrennungsmotor charakterisiert, die in der Massenproduktion des Autos ihren gemeinsamen Fokus haben. Mit dem Einsatz von Agrarmaschinen auf dieser neuen Grundlage und von Chemikalien setzt die massive Industrialisierung der Landwirtschaft ein, die damit zugleich aufhört, prägendes gesellschaftliches Strukturmerkmal zu sein. Die Regulations- und Arbeitsweise dieser zweiten Etappe des (Industrie-)Kapitalismus ist der Fordismus, der auf Massenproduktion und Massenkonsum beruht. Auf der Basis weitgehender Vollbeschäftigung im »Golden Age« des Kapitalismus (1945–1970) bildet sich ein relatives Fließgleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital (sowie Sozialstaat) heraus, auf dessen Grundlage die umfassende Anwendung des Keynesianismus möglich wird. Wesentliches Merkmal dieser Etappe ist der Aufstieg der Arbeiterbewegung, die mit dem »Golden Age« den Höhepunkt ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit im Kapitalismus erreicht. Ein Hauptmerkmal dieser Etappe ist ein Monopolisierungs- und Zentralisierungsprozess, der zur Herausbildung des Imperialismus führt. Dieser ist nicht nur durch den Abschluss der (kolonialen) Aufteilung der Welt, sondern zugleich durch den Kampf um die Weltherrschaft (mit zwei Weltkriegen) gekennzeichnet, in dem sich schließlich die USA gegenüber dem faschistischen Deutschland durchsetzen. Nach dem zweiten Weltkrieg tritt die Sowjetunion als einzig relevanter Konkurrent der USA-Hegemonie auf die Weltbühne, womit die Phase des bipolar strukturierten Weltsystems und der »Systemauseinandersetzung« beginnt, die schließlich mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion 1991 endet.

*Die dritte industrielle Revolution: Ein ökonomisch-technologischer Basisprozess neuer Qualität*

Die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre einsetzende Krise des Fordismus bildet zugleich den Auftakt für den Übergang zu einer neuen Stufe des Kapitalismus, die in der beginnenden *dritten* industriellen Revolution ihre materielle Grundlage hat. Ihr innovatives Zentrum stellt die mikroelektronische Revolution dar, die völlig neuartige Technologien, Arbeits- und Kommunikationsmitteln wie Computer, Internet, Gen- und Nanotechnologie, Robotereinsatz und Automatisierung hervorbringt. Nach Landwirtschaft und Industrie werden wissensverarbeitende und -produzierende Technologien zum bestimmenden Faktor menschlicher Produktion. Merkmale der neuen Stufe des Kapitalismus, die sich auf dieser materiell-technischen Basis herauszubilden beginnt, sind:

1. die massenhafte technologische Substitution menschlicher Arbeitskraft im Ergebnis von Automatisierung und Computerisierung;
2. Entstehen, Dominanz und Entkopplung globaler Finanzmärkte (»Kasinokapitalismus«);
3. eine neue Stufe von Globalisierung und Globalität;
4. Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft auf der Grundlage zunehmender »Tertiarisierung«;
5. Notwendigkeit einer neuen energetischen Basis als Alternative zu den fossilen Energieträgern.

Als soziales Hauptproblem des Hightech-Kapitalismus der dritten industriellen Revolution kristallisiert sich die »Wegrationalisierung des Menschen«<sup>4</sup> heraus. Während Kapitalismus bis dahin menschliche Arbeitskraft massenhaft aufgesogen und ausgebeutet hat, führt der Rationalisierungs- und Produktivitätsschub auf der Grundlage der Anwendung neuer Technologien bei gleichzeitiger Intensivierung kapitalistischer Verwertungslogik dazu, dass immer mehr Menschen überflüssig gemacht, aus dem Arbeitsprozess ausgestoßen und gesellschaftlich marginalisiert werden. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass auf dem Gegenpol Reichtum und Macht in bisher ungekanntem Ausmaß akkumuliert werden. Die dritte industrielle Revolution produziert unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen

4 Ebenda, S. 616ff.

zugleich den systemsprengenden »Selbstwiderspruch des Kapitalismus«<sup>5</sup>. Dieser besteht darin, dass die massenhafte Steigerung und Verbilligung der Produktion auf der einen Seite mit der massenhaften Freisetzung menschlicher Arbeitskraft und dem daraus resultierenden Sinken der Kaufkraft auf der anderen Seite kollidiert. Damit werden nicht nur menschliche Arbeitskräfte, sondern ebenso Produkte und Produktionskapazitäten krisenhaft entwertet. Immer mehr Waren (und Dienstleistungen) sollen bei sinkender Kaufkraft so verkauft (verwertet) werden, dass trotzdem immer noch die Profite steigen – ein Mechanismus, der nicht funktionieren kann. Das Kapital reagiert auf diesen Selbstwiderspruch bislang mit zwei Strategien, die beide eine »Flucht nach vorn« sind: zum einen flüchtet sich das (überschüssig werdende) Kapital in eine »finanzkapitalistische Geisterakkumulation«<sup>6</sup>, zum anderen sucht es in der neoliberal ausgerichteten Globalisierung einen Ausweg. Beide Expansionsvarianten haben dazu geführt, dass sich die Widersprüche und Probleme vermehrt und verschärft haben (siehe folgende Punkte). Mit dem Eintritt in die dritte industrielle Revolution nähert sich der Kapitalismus unwiderruflich jenem Umschlagpunkt (»point of no return«), an dem er sich selbst den Boden unter den Füßen wegzieht.

### *Globalisierung: Was ist neu?*

Die sich auf der Grundlage der dritten industriellen Revolution entfaltende Globalisierung ist einerseits die Fortsetzung eines langen historischen Prozesses, mit dem um 1500 Globalisierung als europäische Welteroberung im eigentlichen Sinne begann und – mit Unterbrechungen und Rückschlägen – über verschiedene, auf den jeweiligen Produktivkraft-Revolutionen aufbauenden Schübe dem Kapitalismus zu weltweiter Expansion verholfen hat. Andererseits weist der gegenwärtige Globalisierungsschub Merkmale auf, die ihm gegenüber allen vorhergehenden Globalisierungsprozessen einen qualitativ völlig neuen Charakter verleihen: Erstmals haben die Beschleunigung, Verdichtung und Intensivierung gesellschaftlicher Prozesse, die jeden Globalisierungsschub auszeichnen, einen Punkt erreicht, an dem

5 Ebenda. S. 731.

6 Ebenda. S. 729.

Transaktionen, Kommunikation und Planung (Koordination) von globaler Dimension in Echtzeit möglich werden. Des weiteren machen die gegenwärtige Globalisierung und die mit ihr erreichte Globalität neue Grenzen sicht- und erfahrbar, die sich mit den Mustern kapitalistischer Expansion nicht – wie bisher geschehen – überwinden lassen, sondern die sich im Gegenteil weiter verstärken. Diese beiden neuen Merkmale der Globalisierung haben weitreichende Konsequenzen für den Kapitalismus.

*Erstens* lassen sich in Ableitung von den beiden oben genannten Reaktionsmustern des Kapitals auf den sich beschleunigt auftuenden Selbstwiderspruch des Kapitalismus zwei neue Ebenen der globalen Expansion und Entbettung erkennen, die beide erst durch das »Echtzeit-Phänomen« ermöglicht werden: Zum einen erlauben die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die globale Zerlegung und Entbettung der Betriebswirtschaft; zum anderen erfolgt auf derselben Grundlage eine finanzkapitalistische Globalisierung, die erstmals in Echtzeit agierende globale Finanzmärkte hervorgebracht hat. Sowohl die betriebswirtschaftliche als auch die finanzkapitalistische Globalisierung bewirken eine Entbettung ökonomischer Strukturen und Prozesse aus politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, die die bisherigen Regulationsmechanismen obsolet werden lässt (Keynesianismus) oder infrage stellt bzw. partiell entmachtet (Nationalstaat).

*Zweitens* gerät der Nationalstaat als inzwischen universell verbreitetes Modell politischer Herrschaft unter Transformationsdruck, was in der gegenwärtigen Staats- und Globalisierungsdebatte inzwischen auch unstrittig konstatiert wird. Strittig sind hingegen die sich daraus ableitenden Konsequenzen für die Zukunft des Staates. Während eine erste Strömung mit Hinweis auf den Beginn eines »global age« den »Abschied vom Nationalstaat«<sup>7</sup> verkündet und über die Zeit »nach dem Staat«<sup>8</sup> nachdenkt, widerspricht eine zweite Gruppe von Autoren dieser Einschätzung vehement und erkennt trotz Globalisierung, deren Zäsurcharakter oftmals bestritten oder heruntergespielt wird, keine

7 Vgl. Martin Albrow: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter. Frankfurt a. M. 1998.

8 Vgl. Martin van Creveld: Aufstieg und Untergang des Staates. München 1999. S. 457ff.

Schwächung des modernen Staates. Eine dritter Strang der Debatte, der sich zwischen »Staats skeptikern« und »Staatsenthusiasten« verortet lässt, vertritt die Position, dass der Staat vor allem aufgrund der Globalisierung nicht nur unter Transformationsdruck steht, sondern bereits der Prozess seiner Transformation eingesetzt hat, ohne aber seiner zentralen Stellung verlustig zu gehen. Die Anhänger dieser Position, der sich auch der Autor dieses Beitrages zurechnet, sehen die Ursachen für den Form- und Funktionswandel des Staates im wesentlichen in drei mit der gegenwärtigen Globalisierung einhergehenden Entwicklungen:

- a) Im Ergebnis der fortschreitenden Erosion von Interaktionsbarrieren, die nach Fäßler<sup>9</sup> ein Wesensmerkmal von Globalisierung darstellt, kommt es zu Prozessen von Entgrenzung bzw. von Deterritorialisierung, die die Metapher vom »Container« Nationalstaat (Beck) und damit jeden »methodischen Nationalismus« obsolet werden lassen. Eine wesentliche Quelle dieser Entwicklung ist der Einsatz neuer Technologien<sup>10</sup> bzw. die politisch initiierte Deregulierung der Finanzströme<sup>11</sup>.
- b) Ein zweiter Ursachenkomplex für die Transformation des Staates resultiert aus grundsätzlich neuen Herausforderungen und Probleme globaler Natur. Diese grenzüberschreitenden und letztlich nur in globaler Kooperation zu bewältigenden Weltprobleme<sup>12</sup>, zu denen in erster Linie Umwelt-, demographische, soziale und Sicherheitsprobleme zählen, zwingen Staaten Verhaltens- und Funktionsänderungen auf, denen diese bei Strafe der Delegitimierung und des Bedeutungsverlustes früher oder später nachkommen müssen.
- c) Eine weitere Ursache für die Transformation moderner Staatlichkeit ist im Auftauchen und Erstarben neuer Akteure zu sehen, die auf inter- und transnationaler Ebene mit dem Staat konkurrieren, zugleich aber auch von diesem als Allianz- und Kooperationspart-

9 Peter Fäßler: Globalisierung. Ein historisches Kompendium. Köln / Weimar / Wien 2007. S. 56ff.

10 Vgl. Georg Sorensen: The Transformation of the State. Beyond the Myth of Retreat. Basingstoke / New York 2004. S. 170; Susan Strange: The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge u. a. 1996. S. 7–9.

11 Vgl. ebenda. S. 9–12.

12 Vgl. Mir A. Ferdowsi: Weltprobleme. Bonn 2007.

ner gewonnen und genutzt werden können. Zu diesen zählen internationale Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO, transnationale Konzerne, NGO, Wissensgemeinschaften, Medien sowie translokale Akteure und Koalitionen wie indigene und neue soziale Bewegungen.<sup>15</sup>

Als neue Trends bei der Transformation moderner Staatlichkeit zeichnen sich eine Reihe von Macht-, Bedeutungs- und Funktionsverschiebungen ab, die je nach Perspektive und Standpunkt unterschiedlich gewichtet und interpretiert werden. Klar nachweisbar ist die »Internationalisierung des Staates«<sup>14</sup>, die in Anknüpfung an die Staatstheorie von N. Poulantzas auch als »Verdichtung zweiter Ordnung« charakterisiert wird<sup>15</sup>. Damit geht eine zunehmende Privatisierung von Staatsfunktionen einher, die dazu geführt hat, daß sowohl das Monopol des Staates im Sicherheits- und Militärbereich aufgeweicht und ausgehöhlt als auch der keynesianische Wohlfahrts- und Sozialstaat ausgehebelt wird. Als dritter Trend ist der der Denationalisierung zu nennen, welcher sich zwischen den Polen der Reduktion des Nationalen auf das Ethnische (Ethnonationalismus) oder Regionale (Regionalisierung) und der Erweiterung des Nationalen auf das Supranationale (EU) in verschiedene Richtungen und Stränge auffächert. Dazwischen lassen sich multi-, inter- und transkulturelle Entwicklungen einordnen.

Was sich funktional als Transformation von »government« zu »multilevel« oder »global governance« zeigt, hat seine tieferen Gründe in generellen Machtverschiebungen weg von national und territorial verfasster Staatlichkeit hin zu komplexeren politischen Formen, mit denen versucht wird, den neuen Erfordernissen und Widersprüchen des globalen Kapitalismus gerecht zu werden. Trotz der dabei zu beobachtenden Machtdiffusion<sup>16</sup> bleibt der Nationalstaat zentraler Akteur und Knotenpunkt der sich transformierenden Machtstrukturen. Inwiefern und wo er dabei eine Schwächung oder Stärkung erfährt,

<sup>15</sup> Vgl. Ulrich Brand / Christoph Görg / Markus Wissen: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus neo-poulantzianischer Perspektive. In: PROKLA 147. 36(2007)2. S. 228.

<sup>14</sup> Vgl. PROKLA 147: Internationalisierung des Staates. Münster 2007.

<sup>15</sup> Ulrich Brand / Christoph Görg / Markus Wissen: Verdichtungen zweiter Ordnung. S. 217ff.

<sup>16</sup> Vgl. Susan Strange: The Retreat of the State. S. 91.

ist nicht von vornherein ausgemacht. Dies hängt neben den konkreten Kräfteverhältnissen der verschiedenen Machtakteure einerseits von der bislang erreichten Reife und Kapazität des Staates sowie andererseits von der Effizienz und dem Legitimationsgrad der mit ihm konkurrierenden Institutionen und Akteure ab. Generell zeichnet sich dabei eine Aufspaltung in starke und schwache Staaten ab. Auch wenn sich Staatlichkeit zunehmend globalisiert, ohne jedoch die Qualität einer Weltregierung zu erreichen, bleibt die Kenntnis und Verteidigung des nationalen Terrains (Gramsci) in seiner neuen globalen Vernetzung und Bedingtheit der Schlüssel für die Formulierung und die Wirksamkeit linker Alternativen. Von zentraler Bedeutung dafür sind – als zwei miteinander verflochtene Problemfelder – das »Demokratiedilemma« (Beck) und die Frage der gesellschaftlichen Integration (Bauman).

*Drittens* setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass Globalisierung mit Fragmentierung einhergeht oder diese sogar noch vertieft. Dies resultiert nicht primär daraus, dass es Gewinner und Verlierer der Globalisierung gibt. Bei tieferer Auslotung des bisherigen Verlaufs neoliberaler Globalisierung und vor allem ihrer Ergebnisse kommt man nicht an der Erkenntnis vorbei, dass es sich hierbei um eine Umverteilung von Macht auf globaler wie nationaler Ebene von unten nach oben handelt. Mechanismen dieser forcierten Umverteilung sind einerseits die Beseitigung von räumlichen und zeitlichen Barrieren im Zuge entsprechender politischer Maßnahmen und der Nutzung technologischer Innovationen mit dem Ziel, die globale Reichweite und Beweglichkeit von Kapital erheblich zu steigern. Dies korrespondiert andererseits damit, dass auf derselben Basis Arbeit global verfügbar gemacht wird, zugleich aber wesentlich stärker als Kapital ortsgebunden bleibt und zudem noch auf globaler Ebene untereinander in direkte Konkurrenz tritt (Bauman). Dies führt zu einer klaren Machtsteigerung des global frei agierenden Kapitals sowie zu fortschreitender Entmachtung und Disziplinierung von Arbeit. Dies hat in den westlichen Industriestaaten inzwischen zur faktischen Aufkündigung des keynesianischen Gesellschaftsvertrages geführt. Weltweit ist eine Zunahme sozialer Polarisierung und Desintegration zu beobachten.

Die globale räumliche und soziale Restrukturierung zeigt sich in der Neubestimmung von Inklusion und Exklusion sowohl zwischen

verschiedenen Teilen des Weltsystems als auch auf nationaler Ebene. Ein Blick auf die globalen Handels- und Kapitalflüsse genügt, um zu konstatieren, dass auf der Basis unterschiedlicher Ankoppelung der verschiedenen Peripherie-Regionen an die einzelnen Pole der Zentrumstriade nach »außen« Abhängigkeit verfestigt wird und zugleich nach innen Polarisierung wie Fragmentierung verstärkt werden. Im Falle Afrikas, das von allen Peripherie-Regionen am wenigsten in das kapitalistische Weltsystem eingebunden ist, aber dennoch (oder gerade deshalb?) in extremer Weise abhängig und verwundbar gegenüber den »Schatten der Globalisierung« (Stieglitz) ist, bilden Staatszerfall und extreme Armut zwei Seiten einer Medaille. In Lateinamerika, das hauptsächlich über die USA in die internationale Arbeitteilung integriert ist und als »Labor« neoliberaler Strukturanpassung gelten kann, geht die Verfestigung der tradierten Rolle als Lieferant mineralischer und agrarischer Produkte mit der Zunahme des auch schon zuvor höchsten Grades an sozialer Ungleichheit einher. Letzteres gilt besonders für Mexiko. Obwohl dieses Land seine Exportstruktur zugunsten industrieller Güter und Dienstleistungen verändern konnte, haben die direkte Nachbarschaft zu den USA, die Aufnahme in die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) und in die OECD nicht zum erhofften Aufstieg in die »Erste Welt« geführt. Als Land, das seinen Außenhandel zu 90 Prozent mit den übermächtigen USA abwickelt, stellt Mexiko in ökonomischer Hinsicht derzeit nicht mehr als den »Wurmfortsatz« der stärksten Wirtschaftsmacht der Welt dar.

Ein neuer Faktor von globaler Relevanz ist der rasante ökonomische Aufstieg Chinas als integraler Bestandteil der gegenwärtigen Globalisierung, in dem sich gleich mehrere neue Trends widerspiegeln. Zum ersten verstärkt sich damit das Gewicht Ostasiens innerhalb der Zentrumstriade. Nach Japan und den »Tigerstaaten« gehört nun auch das bevölkerungsreichste Land der Erde zu den erfolgreichen Aufsteigern, die sich im Zuge nachholender Entwicklung den Anschluss an die westlichen Industriestaaten und damit den Zugang zum exklusiven Club der kapitalistischen Zentrumsstaaten erstritten haben. Mit diesem ersten Trend sind zwei weitere verbunden. Innerhalb des ostasiatischen Pols der Zentrumstriade macht China nunmehr erfolgreich dem Erstaufsteiger Japan, das während der 1980er Jahre als chancenreichster Konkurrent der USA galt, den Rang streitig. Damit unterscheidet sich Ostasien machtpolitisch von den anderen beiden

Polen der Zentrumstriade: Innerhalb des nordamerikanischen Pols dominiert klar die Weltmacht USA, während der westeuropäische Pol in Gestalt der EU, die mehr als ein Staatenbund, aber noch kein Bundesstaat ist, als kollektiver Akteur neue Wege beschreitet. Allerdings ist derzeit noch unklar, welche Konsequenzen sich aus dem Spannungsverhältnis von Vertiefung und Erweiterung für den Integrationsprozeß ergeben werden. Als dritter Trend zeichnet sich am Horizont der Weltpolitik ein neuer Hegemonialkonflikt, nämlich der zwischen den USA und China, ab. In der »National Security Strategy« des Weißen Hauses vom September 2002 wird China als künftigem Haupttrivalen besondere Aufmerksamkeit zuteil. Auch wenn der Abstand zwischen dem derzeitigen Welthegeemon USA und dem Herausforderer China noch groß zu sein scheint, so bieten doch die Schnelligkeit der bisherigen Aufstiegs des ostasiatischen Landes, seine Ressourcen bzw. sein Ressourcen hunger sowie die Tatsache, dass China inzwischen zum Hauptschuldner der chronisch defizitären USA geworden ist, genügend Stoff zum Nachdenken über die Brisanz dieser neuen Hegemonialkonstellation innerhalb des kapitalistischen Welt-systems.

### 3. Globalität: Weltgesellschaft oder Weltrisikogesellschaft?

Während es sich bei Globalisierung um einen (offenen) Prozess handelt, bezeichnet Globalität einen Zustand, der sowohl Ausgangspunkt als auch Ergebnis von Globalisierung ist.<sup>17</sup> Im weitesten Sinne ist Globalität als objektive Realität ein Grundmerkmal des Planeten Erde. Auf dieser allgemeinen Ebene findet Globalität seinen Ausdruck vor allem in Gestalt des Erdsystems, das sämtliche globale Kreisläufe umfaßt, welche zusammen die unabdingbare Grundlage von Weltklima und Biosphäre bilden. Eine erste Vorstellung von Globalität gewinnt die Menschheit im Ergebnis der »Entdeckung« Amerikas durch die Europäer und der ersten Weltumsegelung 1519–22, die den endgültigen Beweis für die Kugelgestalt der Erde liefern. Zunehmende Globa-

<sup>17</sup> Vgl. zum Begriff der Globalität mit Angaben zu weiterführender Literatur: Roland Robertson / Jan Aart Scholte (Hrsg.): *Encyclopedia of Globalization*. Volume Two. New York 2007. S. 524–526.

lität erlangt auch das sich im Ergebnis der europäischen Expansion herausbildende Weltsystem, das schließlich Ende des 19. Jahrhunderts mit der territorialen Aufteilung der Welt unter wenige Kolonial- und imperialistische Mächte in eine neue Qualität erlangt. Die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die im Kampf um die Neuaufteilung der Welt ihren Ausgangspunkt haben, illustrieren auf blutige Weise zum einen die Endlichkeit globaler Territorialität und zum anderen den neuen Grad an globaler Verdichtung, die letztlich alle Weltregionen im Kampf gegen die Weltherrschaftspläne des »Dritten Reiches« zusammenführt und in der Gründung der UNO gleichermaßen einen zukunftsweisenden Ausklang wie zivilisatorischen Neubeginn findet. Die negative Kehrseite der neuen Globalität zeigt sich in der menscheitsvernichtenden Dimension, die mit dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945 erstmals Gestalt annimmt. Ab hier beginnt Globalität ihr Wesen zu verändern: Bot sie zuvor einen unendlich scheinenden Raum individueller und gesellschaftlicher Expansion, verwandelt sie sich nunmehr in eine Grenze, die nicht nur auf die Endlichkeit dieser Expansion, sondern viel mehr noch auf die Reversibilität und Ambivalenz des daraus erwachsenden Fortschritts verweist. Diese Grenzeigenschaft von Globalität tritt in dem Maße hervor, wie sich durch den gegenwärtigen Globalisierungsschub grenzüberschreitende Interaktionen beschleunigen, verdichten und intensivieren. In diesem Sinne ist die Tatsache, dass heute im Zuge der IT-Revolution Kommunikation in globaler Echtzeit möglich geworden ist, sowohl Resultat und Grundlage von Globalisierung als auch Ausdruck eines erneut gesteigerten Grades an Globalität.

Als Grenze wirkt Globalität heute in mehrfacher Weise: Da sich *erstens* die Wirkungen eines atomaren Konflikts nicht begrenzen lassen und in dieser Eigenschaft die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit heraufbeschwören, wirkt die Globalität, die sich in der Existenz weltweit einsetzbarer Massenvernichtungswaffen ausdrückt, zugleich als eine klare Grenze. Wird sie mit dem Einsatz dieser Waffen überschritten, bricht die zivilisatorisch begründete Globalität, auf sich die Existenz der heutigen Menschheit gründet, in sich zusammen und zerstört zugleich das bestehende Erdsystem.

*Zweitens* treten im Ergebnis der globalen Expansion des Kapitalismus, die ebenfalls eine neue Stufe an Globalität erreicht bzw. hervor-

gebracht hat, ökologische Grenzen hervor, die immer weniger eine Externalisierung der Kosten dieser Expansion erlauben. Das Erdsystem, das alle lebenserhaltenden Dienstleistungen »kostenlos« erbringt, aber gerade deshalb »unbezahlbar« ist, wirkt in dem Maße als Schranke, wie zum einen Grenzen seiner Belastbarkeit und zum anderen Grenzen seiner Ressourcen sichtbar werden. In gewisser Weise befinden sich zwei unterschiedliche Typen oder Systeme von Globalität – Erdsystem und Weltsystem – im klaren Konflikt: Indem das kapitalistische Weltsystem seine Globalität in Zuge entfesselter Globalisierung fast explosionsartig weiter expandieren lässt, stößt es an die Grenzen der Globalität des Erdsystems, das einer ganz anderen Logik – dem Erhalt lebenserhaltender Kreisläufe – folgt und auf einer anderen – kosmischen bzw. planetarischen – Zeitebene »agiert«. Dieser kapitalistisch forcierte Kollisionskurs ist jedoch für beide Systeme in unterschiedlicher Weise gefährlich. Da das Erdsystem einerseits die unverzichtbare Basis allen und damit auch menschlichen Lebens ist, es aber andererseits auch ganz gut ohne Menschen zurechtkommen kann und sich selbst im Falle eines Klimawandels oder anderer Veränderungen, die für die Menschheit existenzgefährdend wären, auf ein neues dynamisches Gleichgewicht einpegeln würde, wäre die Menschheit und mit ihr das kapitalistische Weltsystem in diesem »Systemwettstreit« der klare Verlierer.

An dem Umgang der Menschheit mit diesen beiden aus neuer Globalität resultierenden Grenzen wird sich letztlich entscheiden, ob und wie sie überleben wird. Auf diese Entscheidung hat der Umgang mit einer dritten Grenze maßgeblichen Einfluß, die im bereits beschriebenen inneren Selbstwiderspruch des Kapitalismus der dritten industriellen Revolution ihren Ursprung hat. Die neue, grenzziehende Qualität von Globalität drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass alle drei Globalitäten – die waffentechnische, die ökologische und die ökonomisch-gesellschaftliche – interagieren. Die sich daraus ableitenden Grenzen werden eher früher als später die Systemfrage auf: Ohne Bruch mit dem Kapitalismus (wie wir ihn kennen) wird ein existenzsichernder und zivilisatorischer Ausweg für die Menschheit nicht zu haben sein, da alle genannten Grenzen Ergebnis seiner jetzigen Globalität sind. Im Umkehrschluß können diese Grenze zugleich zu »Hebeln« des Bruchs mit dem kapitalistischen Weltsystem gemacht werden. Ob und wie das gelingt, hängt allein von menschlicher Vernunft,

Erkenntnis und entsprechendem Handeln ab. Anschließend soll zunächst versucht werden, Globalität in ihren unterschiedlichen, gesellschaftlich und politisch relevanten Ausformungen darzustellen. Später wird der Faden wieder aufgenommen, um die Wirkungen der von Globalität gesetzten Grenzen aufzuzeigen und auf mögliche Ansatzpunkte für einen Systembruch abzuklopfen.

Globalität als Ergebnis und Bedingung von Globalisierung ist kein einheitliches Phänomen, sondern hat sich auf verschiedenen Feldern in unterschiedlichem Grad herausgebildet. Die verschiedenen Formen und Grade von Globalität stehen dabei in einem spannungsgeladenen Wechselverhältnis, aus denen neue Grenzen, Ungleichzeitigkeiten, Bruchstrukturen und Konfliktlinien erwachsen. Im einzelnen sind zunächst folgende relevante Felder bzw. Formen von Globalität hervorzuheben:

### *Globale Märkte*

Als zentrale Indikatoren für den aktuellen Globalisierungsschub werden übereinstimmend die Wachstumsraten des Welthandels und die Zunahme der globalen Finanzflüsse angeführt, wobei sich zwei generelle Trends beobachten lassen: erstens wächst der Außenhandel weitaus schneller als die weltweite Produktion, zweitens wird er jedoch vom Wachstum des globalen Finanzkapitals um ein mehrfaches übertroffen.

So sind die weltweiten Exporte von 1950 bis 2000 auf das 19fache angestiegen, während sich das BIP weltweit nur versiebenfacht hat. Allerdings zeichnet sich die Expansion des Welthandels zugleich mit starken Asymmetrien einher. Allein 80 Prozent des internationalen Handels werden zwischen den Industrieländern getätigt, davon entfällt wiederum der Großteil auf innerregionalen Handel. Lediglich 15 Prozent des Welthandels werden zwischen unterschiedlichen Kontinenten realisiert, wobei Afrika mit 3 Prozent Anteil weltweit das Schlusslicht bildet. Die Ungleichgewichte werden noch dadurch verstärkt, dass ein großer Teil der Exporterlöse über den Schuldendienst in die Industrieländer des Zentrums zurückfließt. Zudem hat der Handel innerhalb der großen transnationalen Konzerne einen großen und weiter wachsenden Anteil an der Steigerung des Welthandels. Den größten Sprung im Vergleich zur Produktion machte der Handel

weltweit in den 1990er Jahren, jenem Jahrzehnt, welches gemeinhin mit dem Durchbruch der Globalisierung assoziiert wird.

Die Steigerung und Intensivierung des Welthandels beförderte zwei Entwicklungen, in denen sich ebenfalls eine neue Qualität von Globalität ausdrückt: Zum einen wurde die Produktion zunehmend globalisiert, wofür die mittlerweile auf 63.000 angestiegene Zahl transnationaler Konzerne und der breite Strom grenzüberschreitender Direktinvestitionen aussagekräftige Indikatoren sind.

Zum anderen haben sich globale Finanzmärkte herausgebildet, die sich im Zuge der neoliberal forcierten Globalisierung zunehmend verselbständigen und inzwischen zu einem dominanten Machtfaktor im globalen Kapitalismus geworden sind. Sie zeichnen sich durch ihre spekulative Ausrichtung, hohe Instabilität sowie geringe Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten aus. Bereits Ende der 1990er Jahre würden auf den Weltdevisenbörsen täglich 1.200 Mrd. US-Dollar gehandelt, wovon aber nur 5 Prozent auf Handelsgeschäfte und Direktinvestitionen entfielen. Der große Rest ist reiner Interbankenhandel.<sup>18</sup>

Von allen globalen Märkten weisen die Finanzmärkte den höchsten Grad an Globalität auf, welcher jedoch in einem höchst explosiven Mix an globaler Reichweite, hoher Interaktionsdichte und großer Barrierenfreiheit einerseits und extremer Verwundbarkeit und Unkalkulierbarkeit andererseits seinen augenfälligsten Ausdruck findet.<sup>19</sup> Auch und gerade im Falle ihres »normalen« Funktionierens wirken die globalen Finanzmärkte polarisierend und tragen entscheidend dazu bei, die globale »Gerechtigkeitslücke« weiter aufzureißen, statt sie zu verkleinern.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Vgl. zu den bisher gemachten Angaben: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlußbericht der Enquete-Kommission. Opladen 2002. S. 50ff.

<sup>19</sup> George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Frankfurt a. M. 2000.

<sup>20</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Globalisierung der Weltwirtschaft. S.62; zu globalen Finanzmärkten insgesamt ebenda. S. 61–118.

*Globale Technologien*

Mit der »digitalen Revolution«<sup>21</sup>, deren Herzstück das Internet bildet, konnten räumliche und zeitliche Kommunikationsbarrieren auf völlig neue Weise überwunden werden: Die nunmehr möglich gewordene Echtzeitkommunikation hat nicht nur weitreichende Konsequenzen für die Neugestaltung von Produktionsabläufen, Dienstleistungen, Wissensaneignung und -übertragung sowie Finanztransaktionen, sondern hat auch das Entstehen einer global vernetzten Öffentlichkeit befördert. Die im Zuge der »digitalen Revolution« entwickelten und verbreiteten Informations- und Kommunikationstechnologien (Internet, PC, Mobilfunk etc.) bilden somit die entscheidende materielle Grundlage für den Übergang zu einer globalen Wissensgesellschaft.<sup>22</sup>

Allerdings fallen die Zugangs-, Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit höchst ungleich aus, weshalb in diesem Zusammenhang auch von einer »digitalen Spaltung« gesprochen wird.<sup>23</sup> Legt man alle relevanten Indikatoren wie Größe und Bedeutung des Informations- und Kommunikationssektors, Technologievorsprung, Infrastruktur, Vernetzungsgrad etc. zugrunde, so sind die USA das weltweit führende Land in diesem Bereich, gefolgt von den führenden Industrieländern. So entfielen 1999 fast zwei Drittel aller Internetanschlüsse auf die USA und Kanada, während der entsprechende Wert für alle Entwicklungsländer 5,4 Prozent betrug. Der Rest verteilt sich auf Europa, Japan, Australien und Neuseeland (zusammen 30,6 Prozent). Auch bei diesem besonders zukunftsrelevanten Indikator liegt Afrika mit 0,4 Prozent an letzter Stelle.<sup>24</sup> Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Internet-Nutzer an der Bevölkerung in den USA 54,3 Prozent, immerhin fast der doppelte Wert im Vergleich zu den restlichen OECD-Ländern. Schlusslichter sind auch hier Afrika südlich der Sahara, Südasien (0,4 Prozent) und die arabischen Staaten (0,6 Prozent). Auch wenn sich die Zugangsbedingungen in den Entwicklungsländern tendenziell verbessert haben dürften, bleibt die »digitale Spaltung«, die als

<sup>21</sup> Vgl. ebenda. S. 248ff.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda. S. 259ff.

<sup>23</sup> Vgl. ebenda. S. 249, 262ff.

<sup>24</sup> Vgl. ebenda. S. 264.

ein aktueller Ausdruck der globalen Nord-Süd-Spaltung zu interpretieren ist, weiterhin ein zentrales Merkmal der »digitalen Revolution«.

Auch der kometenhafte Aufstieg anderer neuer Technologien wie Bio-, Nano- und Umwelt-Technologie kündigt einerseits vom Anbruch einer globalen Wissensgesellschaft, die andererseits ebenfalls in ihren Zugangsmöglichkeiten sowie in der Verteilung von Risiken, Kosten und Nutzen von einer globalen Spaltung zuungunsten der Länder des Südens zeugt. Die reichen Industrieländer und die dort beheimateten transnationalen Konzerne versuchen diese Spaltung einerseits durch einen ungehemmten Zugriff auf und die Aneignung der erforderlichen Ressourcen (Wissen, Rohstoffe, Pflanzen etc.), andererseits durch deren anschließende Monopolisierung in Form von exklusiven Patent- und Eigentumsrechten zu zementieren.

### *Globale Probleme und Risiken*

Wenn an dieser Stelle von globalen Problemen und Risiken die Rede ist, so sind damit Herausforderungen, Unsicherheiten und Gefahren gemeint, die durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale gekennzeichnet sind:

*Erstens* sind sie alle sowohl in ihrer Reichweite als auch in ihren Lösungs- und Bearbeitungsmöglichkeiten globaler Natur. Damit ist gemeint, dass die gesamte Menschheit von den Folgen und Wirkungen dieser Probleme und Risiken betroffen ist, was seine Kehrseite in der Notwendigkeit gemeinsamen globalen Handelns findet, um die daraus erwachsenden negativen Konsequenzen so zu bewältigen und zu bearbeiten, dass ein Überleben der Menschheit in Frieden und Würde möglich wird.

*Zweitens* besitzen sie in zweifacher Hinsicht eine hohe Interdependenz. Zum einen sind sie untereinander auf vielfältige und selten auf den ersten Blick durchschaubare Weise miteinander vernetzt und verkettet; zum anderen geht jedes einzelne dieser Probleme und Risiken auf einen untereinander verflochtenen Ursachenkomplex zurück, der sich nicht nur aus einer Quelle speist. Dies zwingt einerseits zu einer komplexen Herangehensweise bei Analyse und Bearbeitung, erschwert andererseits aber die rechtzeitige Anwendung adäquater Lösungsansätze.

*Drittens* ist global wie national eine ungleiche Verteilung von Ursachen, Risiken, Kosten und Lösungsmöglichkeiten zu konstatieren. Auf eine knappe Formel gebracht bedeutet dies, dass die reichen Industrieländer, die den höchsten Ressourcenverbrauch haben und die größten Umweltbelastungen zu verantworten haben, zwar die wichtigsten Hebel in Händen haben, mit denen ein Umsteuern eingeleitet werden könnte, diese bisher aber entweder blockieren oder zum eigenen Vorteil (und damit auf Kosten des Restes der Menschheit) einsetzen. Diese »Ungleichheit im Umweltraum«<sup>25</sup> setzt zwingend zwei miteinander verbundene Fragen auf die globale Agenda: die der globalen Gerechtigkeit und die der globalen Verantwortung. Im Klartext heißt das, dass erstens die Hauptverantwortung für die Suche nach einem menscheitssichernden und menschenwürdigen Ausweg aus den Weltproblemen bei den westlichen Industrieländern, insonderheit den USA, liegt, zweitens deren Entwicklungsmodell nicht globalisierbar ist, was dazu zwingt einerseits im Westen einen »Rückbau des Hochverbrauchs«<sup>26</sup> einzuleiten, andererseits die Entwicklung im Süden auf einen Pfad umzulenken, der einen Ausweg aus der Unterentwicklung weist und zugleich dazu beiträgt, die Entschärfung der Weltprobleme gemeinsam anzugehen.<sup>27</sup>

*Viertens* verweisen die globalen Probleme auf den historisch völlig neuartigen Umstand, dass keine Externalisierung der anfallenden Kosten und Risiken kapitalistischer Produktions- und Lebensweise mehr möglich ist, was zusätzlich durch den daraus erwachsenden Zeitdruck verschärft wird. Gerade der sich unter neoliberalen Vorzeichen vollziehende aktuelle Globalisierungsschub hat den Kapitalismus in einer Weise expandieren lassen, die ihn an bisher nicht gekannte, nicht wahrgenommene oder verdrängte Grenzen stoßen lassen. Die anfallende »Umweltkosten« haben inzwischen ein Niveau erreicht, das unvermeidlich zu einem globalen Klimawechsel führt. Die Frage ist nicht mehr die nach dem »ob«, sondern nach Tempo, Verlauf und Folgen diese Entwicklung. Die Hauptquelle des durch Menschen verursachten Klimawechsels, die massenhafte, exponentiell steigende Verbrennung fossiler Energieträger, hat zugleich einen

<sup>25</sup> Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Bonn 2005. S. 45ff.

<sup>26</sup> Ebenda. S. 165ff.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda. S. 172ff.

Punkt erreicht, an dem , an dem der Förder- bzw. Produktionsgipfel absehbar ist. Für Öl, den wichtigsten »Schmierstoff« des »fossilen« Kapitalismus, wird der Höhepunkt (»Peak Oil«) von den Anhängern einer frühen Förderspitzte für die Zeit zwischen 2005 und 2010 erwartet.

Zeitgleich mit globaler Energiekrise und Klimakatastrophe zeichnen sich systemimmanente Grenzen des globalen Kapitalismus ab. Zu diesen zählen in erster Linie der bereits erwähnte »Selbstwiderspruch« des Kapitalismus und verschiedene Kategorien von Marktversagen, hinter dem sich das grundsätzliche Problem der Steuerungsfähigkeit verbirgt. Dieses stellt sich insofern neu, als sich die »unsichtbare Hand« des Marktes als völlig ungeeignet erwiesen hat, die verschiedenen, miteinander vernetzten Felder und Formen von Globalität erfolgreich auszubalancieren. Im Gegenteil: Angesichts des sich rasch schließenden Zeitfensters droht bei einem marktwirtschaftlichen »Weiter so!« ein globaler Crash, der alles Bisherige in den Schatten stellen würde.

Legt man diese Merkmale als Kriterien zugrunde, so gelangt man zu einer beachtlichen Liste an globalen Problemen und Risiken. Im historischen Rückblick bildet das Jahr 1945, in dem die Menschheit erstmals mit dem erschreckenden Vernichtungspotential der Atombombe konfrontiert wurde, eine erste Zäsur. Nachdem während des Kalten Krieges vor allem die Gefahr der atomaren Selbstvernichtung der Menschheit wahrgenommen und thematisiert wurde, rückten mit dem Übergang in die 1970er Jahre (»Bericht des Club of Rome« 1968; erste Ölkrise von 1973) die »Grenzen des Wachstums« in den Vordergrund. Auf dem »Erdgipfel« 1992 in Rio de Janeiro berieten Delegationen aus 178 Ländern, darunter mehr als hundert Staats- und Regierungschefs, jene Probleme, die im Spannungsfeld von Ökologie und (Unter-)Entwicklung herangereift waren. Der Terroranschlag vom 11. September 2001 wiederum machte nachdrücklich auf die Gefahren des transnationalen Terrorismus aufmerksam. Ernüchternd muss mehr als 15 Jahre nach Rio konstatiert werden, bei keinem der damals debattierten Probleme eine Trendwende zum Positiven erreicht werden konnte. Die Situation hat sich inzwischen nicht nur deutlich verschärft, sondern die Gefährdungen haben sich im Zuge der immer deutlicher zutage tretenden Rückkopplungseffekte zwischen den einzelnen Negativtrends potenziert.

Selbst die für 2015 anvisierte Umsetzung der acht »Millennium-Entwicklungsziele«, die bei der Beseitigung von extremer Armut und Hunger, bei Bildung, Gesundheit und Gleichberechtigung der Geschlechter sowie bei der Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit und dem Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft eine globale Trendumkehr herbeiführen sollen,<sup>28</sup> ist derzeit kaum wahrscheinlich. Und dies, obwohl es sich hierbei um Mindestforderungen bei der Sicherung von Grundbedürfnissen handelt, die im Falle der wichtigsten Zielvorgabe – der Halbierung der extremen Armut – nach Meinung von Experten mit jenen 0,7 Prozent Anteil der Entwicklungshilfe am BSP der führenden Industrieländer realisiert werden könnten, die diese seit langem versprochen hatten.<sup>29</sup>

### *Globale Werte*

Auf der Grundlage weltweiter kultureller, politischer und ökonomischer Interaktion und der damit einhergehenden Kommunikation hat sich ein viertes Feld von Globalität entwickelt – das der globalen Werte. Deren Kern bilden die Menschenrechte mit ihrem Anspruch auf Universalität und Unteilbarkeit.<sup>30</sup> Auch wenn um die Interpretation und die »Hierarchie« von Menschenrechten eine heftige internationale Debatte entbrannt ist und Menschenrechte nach wie vor weltweit verletzt werden, ist dennoch unstrittig, dass grundlegende Rechte wie die Unverletzlichkeit von Leben und Würde für alle Menschen gelten. Auch »gesellschaftliche« Rechte wie das Recht auf Entwicklung und freie Wahl des Gesellschaftssystem sind inzwischen fester Bestandteil im Kanon universeller Menschenrechte. Das gleiche gilt auch für das Rechte auf Bildung und die Befriedigung anderer Grundbedürfnisse wie der freie Zugang zu Wasser, die Versorgung mit Nahrung und Wohnraum.

Das Grundproblem besteht darin, dass diese Rechte oftmals nur auf dem Papier stehen und durch die sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten konterkariert, ausgehöhlt und verhindert werden.

28 Vgl. zu den acht »Millennium-Entwicklungszielen«: Franz Nuscheler: *Entwicklungspolitik*. Bonn 2005. S. 576.

29 Vgl. Jeffrey D. Sachs: *Das Ende der Armut*. Bonn 2005. S. 353ff.

30 Vgl. Peter Opitz: *Menschenrechte – Glanz und Elend einer Idee*. In: Mir A. Ferdowsi: *Weltprobleme*. Bonn 2007. S. 117–158.

Hindernisse für ihre umfassende Verwirklichung liegen vor allem in folgenden Faktoren und Bedingungen:

In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert die Vorstellung, dass Rückständigkeit, kulturelle Unterschiede und diktatorische Regimes die Hauptbarrieren für die universelle Durchsetzung von Menschenrechten bilden. Auch wenn diese Faktoren zweifellos eine entscheidende Quelle für die Verletzung von Menschenrechten darstellen, bliebe das Bild unvollständig und einseitig, wenn man dabei stehen bleiben würde. Mindestens ebenso gravierend ist die Wirkung von Faktoren, die dem Kapitalismus inhärent sind. Ausbeutung, soziale Ungleichheit und ungebremstes Profitstreben sind dabei jene Faktoren, die als Ursache für Menschenrechtsverletzungen ausgemacht werden können. Generell gilt, dass die formelle Gleichheit vor dem Gesetz, die ohne Frage eine zivilisatorische Errungenschaft im Ergebnis kapitalistischer Entwicklung ist, durch die oben genannten Faktoren konterkariert wird. Besonders die aus ihnen erwachsende Macht- und Ressourcenungleichheit führt dazu, dass bestehende Rechte von den von diesen Ungleichheiten Betroffenen nicht eingeklagt und wahrgenommen werden können.

Ein dritter Ursachenkomplex der Verletzung von Menschenrechten, der gegenwärtig an Gewicht gewonnen hat, sind die Rechtseinschränkungen und -brüche, die aus Not- und Ausnahmezustand resultieren. Der nach dem 11. September 2001 von den westlichen Ländern eingeschlagene Weg, mit Verweis auf den »Krieg gegen den Terrorismus« Freiheits- und Bürgerrechte schrittweise zu suspendieren, stellt eine verhängnisvolle Richtungsentscheidung dar. Hinzu kommt, dass der technische Fortschritt zumindest in zweifacher Weise menschenrechtsverletzend eingesetzt bzw. wirksam werden kann: zum einen für den Ausbau von Überwachung und Kontrolle der Bürger, zum anderen im Sinne nichtintendierter Nebenfolgen von neuen Technologien, die zu Katastrophen und anderen Gefährdungen führen können, welche grundlegende Rechte der davon Betroffenen verletzen. In dieser Hinsicht stellt die Genforschung ein gefährliches Einfallstor dar.

Grundlegend bleibt deshalb die Forderung nach Schutz und Ausbau des demokratischen Rechtsstaates, die allerdings in zweifacher Hinsicht zu ergänzen ist: Erstens bleibt dies immer von den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen abhängig und

zweitens ist es von der »freien Welt« des westlichen Kapitalismus zum »Reich der Freiheit«, das für Marx und Engels Ziel menschlicher Emanzipation war, noch ein weiter und keineswegs sicherer Weg.

Demokratie gilt ebenfalls als universeller Wert (A. Sen). Kontroversen und Konflikte ergeben sich vor allem aus zwei Problemfeldern: Zum einen ist Demokratie ein Produkt westlicher Entwicklung und weist damit in seinen Ursprüngen und bisherigen Ausformungen partikuläre Prägungen auf. Auch wenn im Zuge der »dritten Welle« der Demokratisierung (S. Huntington) ab Mitte der 1970er Jahre eine weltweite Trendwende weg von Authoritarismus und Diktatur eingesetzt hat, sind dennoch Qualität und Dauerhaftigkeit der »neuen Demokratien« keinesfalls gesichert. Im Gegenteil, die meisten gelten nach wie vor als unvollendete, unsichere oder defekte Demokratien bzw. gar als Regimehybride, die in der Grauzone zwischen Diktatur und Demokratie angesiedelt sind. Kontrovers diskutiert wird nach wie vor das Verhältnis von Entwicklung und Demokratie. Ist Demokratie – wie im Falle seiner Entstehung im Westen – Produkt von (kapitalistischer) Entwicklung oder besteht die neuartige, vom »westlichen Weg« abweichende Möglichkeit, dass Demokratie als Wegbereiter von Entwicklung fungiert, wobei sich dann allerdings die Frage stellt, wie sie verfasst sein muß, um diesen höheren Anforderungen gerecht zu werden. Zum anderen wird die Demokratiefrage durch die Folgen des jüngsten Globalisierungsschubs grundsätzlich neu aufgeworfen. Die derzeit zu beobachtende tendenzielle Verlagerung der Entscheidungskompetenzen und –orte weg vom Nationalstaat findet nicht zuletzt im »Demokratiedilemma« (Beck) seinen negativen Ausdruck. In zunehmendem Maße werden langfristige und folgenreiche Entscheidungen von Akteuren und in Strukturen getroffen, die nicht oder wenig demokratisch legitimiert sind und sich damit auch demokratischer Kontrolle entziehen.<sup>51</sup>

Im Falle globaler Werte, die vor allem in der Universalität von Menschenrechten und Demokratie ihren Ausdruck finden, stellt sich also ein grundsätzliches Problem: Sowohl ihr Globalitätsanspruch als auch ihre tatsächliche globale Verbreitung werden durch die konkreten Folgen und Wirkungen der derzeitigen, neoliberal ausgerichteten Glo-

<sup>51</sup> Vgl. Michael Greven (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens. Opladen 1998.

balisierung konterkariert statt forciert. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob und wie es gelingen kann, die Globalisierung so zu gestalten, dass die Globalität von Menschenrechten und Demokratie adäquat zum Tragen kommt. Ein zentraler Aspekt bei der Suche nach einer Antwort sollte die Überlegung sein, dass gerade Menschenrechte und Demokratie danach verlangen und zugleich dafür genutzt werden können, ein »Re-embedding« des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses einzuleiten.

### *Globale Akteure und Kräfteverhältnisse*

Die neue Qualität von Globalität findet im Auftreten neuer globaler Akteure bzw. im Machtzuwachs bereits bekannter eine weitere Ausformung. Während zu letzteren vor allem die Transnationale Konzerne (TNK) und die internationalen Finanz- und Handelorganisationen von Bretton Woods (IWF, Weltbank, WTO) gehören, gelten (bestimmte) Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und die neuen Akteure der globalen Finanzmärkte als die »newcomer« unter den »global players« des 21. Jahrhunderts. Bei aller Unterschiedlichkeit sind ihnen vier Grundeigenschaften gemeinsam: Erstens ist ihr Aktionsradius ein globaler. Zweitens sind sie in ihrer Eigenschaft als »global player« in der Lage, dem Nationalstaat auf zentralen Feldern seines Wirkens Paroli zu bieten und herauszufordern. Drittens weisen sie alle ein mehr oder weniger ausgeprägtes Demokratiedefizit auf. Viertens sind sie ungeachtet ihres globalen Aktionsradius' vor allem in den Ländern der Zentrumstriade verankert, wo sich die Entscheidungs- und Führungszentren sowie die Hauptquellen ihrer Macht und Finanzressourcen befinden.

Im Zusammenhang mit dem Aufkommen und dem enormen Machtzuwachs dieser »global player« wird neuerdings die Frage diskutiert, inwiefern sich darin die Entstehung einer transnationalen Kapitalisten- und Managerklasse widerspiegelt. Auch wenn immer noch strittig ist, ob der derzeitige erreichte Vernetzungsgrad der global (inter-)agierenden Sektoren des Kapitals dazu berechtigt, von einer neuen, transnationalen Klasse zu sprechen, besteht weitgehend Konsens darin, dass dieser Vernetzungsgrad zum einen im Vergleich zur Ära des Fordismus eine neue Qualität erreicht hat und damit zum anderen zu einer gravierenden Verschiebung im Kräfteverhältnis zu Ungunsten

von Arbeit geführt hat. Die neue Qualität, Funktionsweise und Struktur des globalisierten »Weltkapitals«<sup>32</sup> sowie die Bedeutung des »neuen Finanzkapitals«<sup>33</sup> für dessen Akkumulation und Realisierung markieren die zentralen Problem- und Analysefelder, an denen angesetzt werden muß, will man zu belastbaren Aussagen über die Akteure und Kräfteverhältnisse des globalen Kapitalismus gelangen.

Zwar gibt es vermehrt Anstrengungen seitens der Gewerkschaften sowie linker bzw. globalisierungskritischer Organisationen, das wachsende Machtgefälle durch internationale Koordinierung und Zusammenarbeit wenigstens teilweise auszugleichen, die bisherigen Ergebnisse sprechen jedoch eine andere Sprache. Das aus dem »Globalitätsvorsprung« des Kapitals resultierende Machtungleichgewicht hat mehrere, miteinander verquickte und sich gegenseitig verstärkende Ursachen:

- a) Generell stehen alle Akteure vor neuen Herausforderungen, die vor allem darin bestehen, die globalen Entwicklungen und die daraus entstehenden Unübersichtlichkeiten zu erkennen und als Koordinaten für das eigene Handeln zu nutzen. Unterschiede zwischen den Akteuren resultieren aus ihrem konkreten Platz im Globalisierungsprozess und seinen Folgen für die »eigene« Situation sowie aus den sich daraus ableitenden Erkenntnisinteressen und -möglichkeiten. Im Gesamtensemble der Akteure hat die Kapitaleseite zahlreiche Vorteile, die sie nutzt, um ihre spezifischen Interessen durchzusetzen und den Globalisierungsprozess in diesem Sinne voranzutreiben. Diese Vorteile ergeben sich zuvörderst daraus, dass die Kapitalakteure aufgrund ihrer direkten Verfügungsmacht über das Innovationspotential der neuen Technologien diese primär im Eigeninteresse nutzen, einsetzen und lenken können. Dies hat bislang dazu geführt, dass sich das Weltkapital neue, globale Verwertungsräume geschaffen und zugleich seine Mobilität weitaus schneller als alle anderen Akteure gesteigert hat. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess ist somit klar vom Weltkapital dominiert, dessen Hauptinteresse darauf gerichtet ist, diesen Zustand durch forcierte Entbettung zu zementieren.

32 Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin 2005.

33 Ebenda. S. 220ff.

- b) Auf der Gegenseite hat die gegenwärtige Globalisierung für den Faktor Arbeit auf struktureller Ebene in erster Linie negative Folgen gezeitigt. Diese zeigen sich in vergleichsweise niedriger Mobilität, zunehmender Fragmentierung und sich ausweitender Prekarisierung. Der immense Produktivitätsschub im Zuge der dritten industriellen Revolution wird von der Kapitaleseite dazu genutzt, einerseits massenhaft lebendige Arbeit durch vergegenständlichte zu ersetzen und andererseits den daraus erwachsenden Konkurrenzdruck zwischen den verschiedenen Kategorien von Lohnarbeit im Sinne ihrer Disziplinierung und Entmachtung zu forcieren. Im Zuge von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung geraten die ursprünglich nationalstaatlich verfassten Sektoren von Lohnarbeit einerseits auf globaler Ebene in eine direkte Konkurrenzsituation, was zweifellos eine neue Qualität ausdrückt, andererseits bleibt Lohnarbeit nationalstaatlich strukturiert und organisiert. Dieses Paradox von globaler Konkurrenzsituation und nationalstaatlich begrenzten Mobilitätseinschränkungen ist die entscheidende Quelle für die schwindende Durchsetzungsfähigkeit des Faktors Arbeit gegenüber dem global agierenden Weltkapital. Während die »Internationale des Proletariats« inzwischen der Vergangenheit angehört, befördert die gegenwärtige Globalisierung eine »Internationale des Kapitals«. Es ist allerdings noch keineswegs ausgemacht, dass dieses Ungleichgewicht angesichts fortschreitender Umbrüche von Dauer ist.
- c) Dieses strukturell bedingte Ungleichgewicht wird gegenwärtig noch durch situative Faktoren verstärkt und gesteigert. Dazu zählen vor allem die Folgen und Wirkungen des raschen Zusammenbruchs und der nachhaltigen Delegitimierung des Sozialismus als Gegenentwurf des Kapitalismus. Ohne die vielfältigen Ursachen für das jähe Ende des vermeintlich überlegenen sozialistischen Gesellschaftssystems erörtern zu wollen, muß jedoch an dieser Stelle konstatiert werden, dass es sich aus der Sicht aller antikapitalistischen Kräfte um eine Niederlage von historischer Dimension handelt, die auf absehbare Zeit negativ auf jeden Versuch einer Alternative zum globalen Kapitalismus zurückwirkt.
- d) Diese Negativwirkungen werden zusätzlich durch akteursbedingte Defizite verlängert und verstetigt. Diese liegen vor allem darin begründet, dass seitens systemalternativer Kräfte eine schwer zu

überwindende Theorienkrise zu konstatieren ist. Diese besteht primär darin, dass die neue Qualität des globalen Kapitalismus, die sich aus der dritten industriellen Revolution und der mit ihr verbundenen Globalisierung ergibt, nicht genau benannt, unterschätzt oder gar negiert wird. Statt das von Marx erarbeitete theoretische Instrumentarium auf den gegenwärtigen Strukturumbbruch anzuwenden und es damit weiterzuentwickeln, dominiert unter den verbliebenen »Altlinken« entweder das Festhalten an »bewährten Wahrheiten« oder die defensiv ausgerichtete Orientierung auf die »klaren Verhältnisse« des Fordismus und der Blockkonfrontation. Die globalisierungskritischen »Neulinken« bemühen sich zwar, über öffentlichkeitswirksame Proteste gegen die negativen Folgen der Globalisierung aus der Defensive herauszukommen und die neuen Entwicklungen analytisch in den Griff zu bekommen, befinden sich dabei aber theoretisch nicht auf den Höhe der Zeit. Die »Waffe der Kritik« hat sich bisher als nicht scharf genug erwiesen, um einer »Kritik der Waffen« den Weg zu bereiten.

### *Die Globalität der Weltrisikogesellschaft*

Als Fazit bleibt somit vorerst festzuhalten, dass die jüngste Globalisierungswelle, die sich im Zuge der dritten industriellen Revolution spätestens ab der Epochenwende von 1990 massiv Bahn bricht, einerseits die Interaktion zwischen Regionen, Strukturen und Akteuren in bislang ungekanntem Maße verdichtet, beschleunigt und intensiviert hat, was in der Herausbildung einer neuartigen Qualität von Globalität seinen Niederschlag findet. Andererseits besteht die Kehrseite dieses globalen Transformationsprozesses darin, dass sich zugleich Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten überall auf dem Globus verstärkt haben. Globalisierung hat also zuvörderst dazu geführt, dass Globalität als Globalität des »Weltrisikos« in Erscheinung tritt.

U. Beck hat für diese »Globalisierung der Risiken« und die mit ihr einhergehende Herausbildung eines »weltweiten Gefahrenraumes«<sup>34</sup> den Begriff der »Weltrisikogesellschaft« geprägt. Ausgehend von der Einschätzung, dass moderne (kapitalistische) Entwicklung auf ih-

34 Ulrich Beck: Weltrisikogesellschaft. Bonn 2007. S. 9.

rem bisherigen Siegeszug einen Punkt erreicht hat, ab dem deren nichtintendierte Nebenfolgen nicht mehr kontrollierbar sind und somit zu globalen Risiken (im Sinne einer »Antizipation der Katastrophe«<sup>35</sup>) führen, macht er drei verschiedene Logiken dieser globalen Risiken aus<sup>36</sup>: ökologische Krisen, globale Finanzkrisen und terroristische Gefahren. In diesem Lichte erscheinen Zukunftstechnologien wie Genetik, Nanotechnik und Robotik, die zusammen mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien den materiellen Kern der dritten industriellen Revolution ausmachen, als »neue Büchse der Pandora«<sup>37</sup>.

Die auf dieser Grundlage entstehende Globalität ist somit höchst widersprüchlich: Als »Mitglieder einer Weltgefarengemeinschaft«<sup>38</sup> sind wir zwar aufs nachdrücklichste gefordert, eine »neue, zukunftsorientierte planetarische Verantwortungsethik«<sup>39</sup> zu entwickeln, die von der »Sorge um das Ganze«<sup>40</sup> getragen ist, der aber die »Ungleichdynamik globaler Risiken«<sup>41</sup> entgegenwirkt: »Die Globalität der Welt- risikogesellschaft drückt sich also in einer widersprüchlichen Dynamik aus. Einheit und Zerfall werden gleichzeitig erfahren. Die politisch sehr wohl bedeutungsvolle ‚Risikoschicksalsgemeinschaft‘ spaltet sich entlang der Fragen, wer welche Risikodefinitionen teilt, und wie die Bedrohungen zu bewältigen sind.«<sup>42</sup>

Mehr als je zuvor erweisen sich somit »Definitionsverhältnisse als Machtverhältnisse«<sup>43</sup>, an denen sich entscheidet, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern der Globalisierung (gemacht) wird: »Bei Fragen sozialer Ungleichheit in der Weltrisikogesellschaft geht es nicht nur um die Verteilung von Risiken, vielmehr darum, was Risiken überhaupt sind, genauer: für wen sie was sind – zu ergreifende Chancen oder fremd zugewiesene Gefahren –, vor allem aber, wer die Macht hat, die Riskanz seiner Risiken auf andere abzuwälzen.

35 Ebenda. S. 29.

36 Ebenda. S. 37–39.

37 Ebenda. S. 38.

38 Ebenda. S. 27.

39 Ebenda. S. 41.

40 Ebenda. S. 48.

41 Ebenda. S. 53.

42 Ebenda. S. 351.

43 Ebenda. S. 55ff.

Das ist der Strukturkonflikt, der in die kommunikative Logik des Risikos eingebaut ist.«<sup>44</sup>

Wenn also – wie oftmals argumentiert – Globalisierung bereits eine Weltgesellschaft hervorgebracht haben sollte, dann kann diese nur als eine fragmentierte und zerklüftete beschrieben werden, deren Teile zwar miteinander verkettet sind, aber ständig miteinander kollidieren und Konflikte produzieren: »In der kommunikationstechnisch vernetzten Welt haben zum ersten Mal in der Geschichte alle Menschen, alle ethnischen und religiösen Gruppen, alle Bevölkerungen eine gemeinsame Gegenwart. [...] Aber diese faktische gemeinsame Gegenwart fußt nicht auf einer gemeinsamen Vergangenheit und garantiert keinesfalls eine gemeinsame Zukunft. Gerade weil die Welt ohne ihre Absicht, ohne ihr Votum, ohne ihre Zustimmung »geint« ist, treten die Gegensätze zwischen den Kulturen, Vergangenheiten, Lagen, Religionen – besonders in der Beurteilung und im Umgang mit globalen Gefahren (Klimawandel, Terrorismus, Kernenergie, Atomwaffen) deutlich hervor.«<sup>45</sup>

Zwar rückt Beck völlig zurecht die Herrschaftsverhältnisse als zentrale Frage der Weltrisikogesellschaft in den Vordergrund, greift aber mit seiner Fokussierung der Machtfrage auf Definitionsfragen zu kurz. Will man den widersprüchlichen, konfliktgeladenen Charakter von Globalisierung und Globalität (der Weltrisikogesellschaft) adäquat erfassen, dann muss der Fokus auf die realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse erweitert werden. Für eine solche Analyse, die nun folgen soll, bietet sich ein Begriff an, dem in der Globalisierungsdebatte bislang wenig Beachtung geschenkt und der dann zumeist unter der Kategorie »Ideologie« diskutiert wurde: Globalismus.

#### **4. Globalismus: Ideologie oder neue Machtstruktur?**

Bislang hat der Begriff »Globalismus« vor allem dazu gedient, eine neue Ideologie zu kennzeichnen, die eine bestimmte, neoliberalen Argumentationsmustern folgende Interpretation von Globalisierung zur einzig richtigen und damit herrschenden erklärt. Sie stellt »das

44 Ebenda. S. 348.

45 Ebenda. S. 34.

herrschende politische Glaubenssystem unserer Zeit« dar, »gegenüber dem sich alle seine Kontrahenten selbst definieren müssen«<sup>46</sup>. Nach Steger, der die bislang schlüssigste Analyse der Ideologie des Globalismus vorgelegt hat, ist dieser in doppelter Hinsicht von »genuiner Neuartigkeit«: Zum einen offeriert der Globalismus ein in sich geschlossenes Denk- und Interpretationssystem, das verschiedene Veratzstücke anderer Ideologien in einer Weise kombiniert und verknüpft, die es ihm innerhalb von zwei Jahrzehnten erlaubt hat, bei der Interpretation und Erklärung des Neuen der gegenwärtiger Globalisierung, die sich durch hohe Plausibilität und relativ »einfache« Argumente auszeichnen, seine Meinungsführerschaft durchzusetzen. Zum anderen ist er dabei derart dominant, dass er zum neuen Gravitationszentrum bei der Klassifizierung gegenwärtiger Ideologien wird, die sich künftig nur noch in Globalismus sowie seine linken und rechten Herausforderer unterteilen lassen.<sup>47</sup>

Die sechs Kernbehauptungen des Globalismus sind:<sup>48</sup>

1. Globalisierung ist durch die Liberalisierung und globale Integration von Märkten charakterisiert.
2. Globalisierung ist unvermeidlich und unumkehrbar.
3. Niemand trägt die Verantwortung für die Globalisierung. Sie ist vielmehr ein spontaner, naturwüchsiger Prozess.
4. Globalisierung nützt – zumindest langfristig – allen.
5. Globalisierung fördert die Ausbreitung von Demokratie in der Welt.
6. Globalisierung erfordert einen globalen Krieg gegen den Terror.

Diese Axiome, die den Kern des Globalismus als Ideologie ausmachen, belegen klar dessen enge Verwandtschaft mit dem Neoliberalismus, für den Märkte das oberste und effektivste Regelsystem sind, weshalb ihr Funktionieren von jeder Art Interventionismus befreit werden muss. Die Aufgabe des Staates beschränkt sich darauf, die Rahmenbedingungen für die ungestörte Entfaltung der Marktmechanismen zu schaffen. Globalismus nimmt diesen Grundgedanken auf und überträgt ihn auf die Globalisierung. Die Wechselbeziehung von Globalismus und Neoliberalismus zeigt sich umgekehrt nicht zuletzt

<sup>46</sup> Manfred B. Steger: Ideologies of globalization. In: Journal of Political Ideologies, Feb. 2005, S. 12.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda, S. 26–28.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 14–26.

darin, dass letzterer ersterem in doppelter Hinsicht den Boden bereitet hat:

*Zum einen* konnte der Globalismus als Ideologie unmittelbar an den Siegeszug des Neoliberalismus anknüpfen. Dieser hatte sich im Ergebnis der Krise des Fordismus gegenüber dem Keynesianismus ab Mitte der 1970er Jahre durchgesetzt und als hegemoniales Projekt kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung abgelöst. Zentrales Bindeglied und wichtigster Anknüpfungspunkt ist das Axiom der Marktdominanz und die sich daraus ableitende Forderung der Marktliberalisierung, die der Globalismus mit allen damit verbundenen Konsequenzen übernahm und zum Mittelpunkt seines ideologischen Systems machte. Auf dem Fundament des siegreichen Neoliberalismus konnte ab 1990 schrittweise seine eigene Dominanz bei der Interpretation und Erklärung der Globalisierung durchsetzen, die etwa zum selben Zeitpunkt mit der Implosion der Sowjetunion und der Eingliederung Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt deutlich an Schubkraft gewann.

Dies verweist *zum anderen* auf die nicht zu übersehende Tatsache, dass der Neoliberalismus als politisches Projekt bei der Durchsetzung und Ausrichtung der gegenwärtigen Globalisierung Pate gestanden hatte. Erst die »neoliberale Wende«, die mit der vollständigen Freigabe der Wechselkurse und der umfassenden Liberalisierung der Finanzmärkte eingeleitet wurde und in den Strukturanpassungsprogrammen (SAP) und dem Washington Consensus ihre Fortsetzung gefunden hatte, schuf die politischen Bedingungen für die ökonomische Globalisierung. Die unter neoliberalen Vorzeichen initiierte Globalisierung entsprach damit bereits von Anbeginn weitgehend jenem Bild, das der Globalismus, der ja selbst die »globalisierte Fortsetzung« des Neoliberalismus darstellt, als Interpretationsmuster vorgab.

Die enge Wechselwirkung von Globalismus einerseits und der Doppelcharakter des Neoliberalismus als Ideologie und politisches Projekt andererseits werfen damit die grundsätzliche Frage auf, ob nicht der Globalismus – wie der Neoliberalismus auch – als ein Projekt begriffen werden muss, das letztlich darauf gerichtet ist, die derzeitigen Ausrichtung der Globalisierung machtpolitisch abzusichern. Dies wiederum impliziert zwei weitere Fragen: Worin besteht erstens dieser Charakter und wie erfolgt zweitens die machtpolitische Absicherung?

Anknüpfend an diese Überlegungen wird zunächst eine erweiterte Begriffsbestimmung von Globalismus vorgeschlagen, um dann der Frage nachzugehen, wie sich die globalen Machtstrukturen zusammensetzen und in welchem Verhältnis Neoliberalismus bzw. Globalismus dazu stehen. Nach einer gerafften Darstellung der aktuellen globalen Trends soll anschließend analysiert werden, wie sich Globalisierung, Globalität und Globalismus auf den Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus auswirken und welche Konsequenzen sich daraus für mögliche Alternativen ergeben.

Globalismus ist – wie sein Wegbereiter, der Neoliberalismus – sowohl Ideologie als auch politisches Projekt. Als Ideologie beansprucht er die Definitionsmacht hinsichtlich der Globalisierung. Als Projekt beansprucht er globale Reichweite mit dem Ziel, die einseitige Ausrichtung der Globalisierung auf die Kapitalinteressen machtpolitisch durchzusetzen und abzusichern, wobei sich – ausgehend von der Zäsur des 11. September 2001 – zwei Grundvarianten unterscheiden lassen: »pre-9-11 market globalism« und »post-9-11 imperial globalism«. <sup>49</sup>

Will man Aufstieg und Wirkungsweise des Globalismus ab 1990 verstehen, kommt man nicht an der zentralen machtpolitischen Bedeutung der USA vorbei, die – im Selbstverständnis führender Vertreter ihrer herrschenden Klasse – seit 1990 »erste, einzige und letzte echte [gemeint ist damit: globale – P. G.] Supermacht« <sup>50</sup> sind.

#### 4.1. Der unipolare Globalismus der USA

Die historisch einzigartige Macht der USA als erste und zugleich letzte globale Supermacht ist ein weiteres zentrales Merkmal der gegenwärtigen globalen Umbruchsituation und macht einen wesentlichen Aspekt ihrer Neuartigkeit aus. Die überragende Machtposition der USA gegenüber allen übrigen Staaten des Globus gilt gemeinhin als Konsens in der ansonsten sehr kontrovers geführten Debatte um die derzeitige und künftige Rolle der USA im Weltsystem. Bereits vor mehr

<sup>49</sup> Ebenda. S. 27.

<sup>50</sup> Zbigniew Brzezinski : Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt a. M. 1999. S. 307.

als zehn Jahren benannte Brzezinski die Eckpfeiler des Machtübergewichts der USA:

»Kurz, Amerika steht in den vier entscheidenden Domänen globaler Macht unangefochten da: seine weltweite Militärpräsenz hat nicht ihresgleichen, wirtschaftlich gesehen bleibt es *die* Lokomotive weltweiten Wachstums, [...]; es hält seinen technologischen Vorsprung in den bahnbrechenden Innovationsbereichen, und seine Kultur findet trotz einiger Missgriffe nach wie vor weltweit, vor allem bei der Jugend, unübertroffen Anklang. All das verleiht den Vereinigten Staaten von Amerika eine politische Schlagkraft, mit der es kein anderer Staat auch nur annähernd aufnehmen könnte. Das Zusammenspiel dieser vier Kriterien ist es, was Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne macht.«<sup>51</sup>

Die Neuartigkeit der globalen Machtposition der USA ist einerseits das Ergebnis eines von Woodrow Wilson 1917 verkündeten und seit 1941 systematisch verfolgten messianische Globalismus der USA,<sup>52</sup> andererseits kam diese Neuartigkeit erst mit der Implosion der zweiten, konkurrierenden Supermacht, der Sowjetunion, 1990 in Gestalt des »unipolaren Moments« zum Durchbruch.<sup>53</sup> Gerade weil die gegenwärtige Machtfülle der USA welthistorisch eine völlig neue Qualität darstellt, sind der Einsatz dieser Macht sowie die Möglichkeiten und Konsequenzen, die daraus erwachsen, Gegenstand einer heftigen Debatte in und außerhalb der USA, in deren Verlauf sogar längst überholt geglaubte Begriffe wie »Empire« und »Imperialismus« als mögliche Analyseinstrumente einer adäquaten Bewertung dieser Macht der USA eine unerwartete Konjunktur erleben. Die Wiederentdeckung des Imperialismusbegriffes macht zugleich auf einen dreifachen Imperativ aufmerksam, den es bei der Diskussion über die Rolle der USA zu beachten gilt:

*Erstens* kann diese Rolle nur dann genauer analysiert werden, wenn der Bezug zum gegenwärtigen Globalisierungsprozess in all seinen Facetten hinreichend berücksichtigt wird.

<sup>51</sup> Ebenda. S. 44.

<sup>52</sup> Vgl. Detlef Junker: *Power and Mission. Was Amerika an treibt*. Freiburg i. Br. 2003. S. 11f.

<sup>53</sup> Vgl. Charles Krauthammer: *The Unipolar Moment*. In: *Foreign Affairs*. Vol. 70 (1991)1. S. 23–33.

*Zweitens* erfordert dies eine ausgewogene Einbeziehung aller wichtigen Grundlagen und Bereiche der Macht der USA, besonders des Wechselverhältnisses von Politik und Ökonomie, von »hard« und »soft power« bzw. von Hegemonie und Herrschaft.

*Drittens* ist zu klären, inwiefern sich der »Imperialismus des 21. Jahrhundert« ein sinnvolles und innovatives Analyseinstrument darstellt und worin dann die Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede gegenüber den »klassischen« Imperialismustheorien zu sehen sind. In diesem Beitrag können diese Imperative nur in begrenztem Maße Beachtung finden. Hier stehen zunächst die Debatte über das »unipolare Moment« und die Konsequenzen, die sich daraus für die globale Machtstellung der USA ergeben, im Mittelpunkt. Im nächsten Abschnitt wird kurz auf die Funktion des Neoliberalismus im gegenwärtigen Globalisierungsprozess und seine Bedeutung im Gesamtkomplex der globalen Machtstrukturen eingegangen, um dann zu diskutieren, inwiefern sich diese mit dem Begriff des Imperialismus adäquat erfassen lassen.

Der Begriff des »unipolaren Moments« ist trotz der Kontroversen, die um ihn geführt werden, gut geeignet, um die Neuartigkeit der Machtposition der USA adäquat zu beschreiben. Er wurde bereits 1990 von Charles Krauthammer, einem bekennenden Neokonservativen, verwendet, um den Zäsurcharakter jener Epochenwende auf den Punkt zu bringen. Ursprünglich diente er dazu, um einerseits die herausgehobene Machtstellung der USA sowie den Umstand, dass es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion keinen ernsthaften Herausforderer der USA als einzigem globalen Hegemon gab, zu benennen; andererseits wollte Krauthammer darauf verweisen, dass diese einmalige Situation zeitlich begrenzt ist und deshalb von den USA konsequent und entschlossen genutzt werden sollte, um ihre Interessen und Spielregeln so schnell und umfassend wie möglich durchzusetzen. Aus dieser Perspektive waren die Jahre der Clinton-Administration »vergeudete« Zeit und erst mit dem 11. September 2001 öffnete sich ein »Möglichkeitsfenster« (window of opportunity), um das »unipolare Moment« im oben genannten Sinne aktiv zu nutzen. Krauthammer sah sich durch die Folgen des 11. September derart bestätigt, dass

er kurzerhand das »unipolare Moment« zu einer »unipolaren Ära« erweiterte.<sup>54</sup>

Zur Zeit wogt die Debatte darüber, ob und wie lange das »unipolare Moment« noch anhält und was sich aus dem jeweiligen Befund ableiten lässt, hin und her.<sup>55</sup> Sofern dieser Begriff nicht im Sinne einer Allmacht der USA verwendet wird, sondern sich darauf beschränkt, die ungleiche Verteilung von »harter« Macht im Weltsystem und ihre einseitige Konzentration in den Händen der USA zu beschreiben, ist er nach wie vor ein sinnvolles Instrument zur Kennzeichnung eines zentralen Aspektes der gegenwärtigen globalen Machtkonstellation. Allerdings bedarf diese Verwendung des Begriffes der Unipolarität mehrerer Ergänzungen:

*Erstens* bezieht sich Unipolarität nur auf eine bestimmte Ebene und einen damit verbundenen Typus von Macht. Die Herausbildung eines einzigen Machtpols betrifft in erster Linie die zwischenstaatlichen Beziehungen und innerhalb dieser wiederum die Kernelemente von »hard power«, nämlich die militärischen und ökonomischen Machtfaktoren. Im Unterschied dazu hat die »soft power« der USA, die vor allem auf Kultur, Idealen und politischen Strategie basiert, in den letzten Jahren deutlich abgenommen.<sup>56</sup> Dieser Trend steht zweifellos in engem Zusammenhang mit der Überbewertung des »unipolaren Moments« durch die Neokonservativen und George W. Bush selbst, der zu einem unilateralen Vorgehen der USA auf der internationalen Ebene geführt hat. Dies wiederum hat sich in einer abnehmenden Akzeptanz der Anwendung von »hard power« durch die USA niedergeschlagen, wofür der Irakkrieg von 2003 ein klares Beispiel liefert. Diese einseitige und überzogene Ausrichtung der US-Politik auf die einseitige Nutzung des »unipolaren Moments« zur Durchsetzung ihrer glo-

54 Vgl. Charles Krauthammer: The Unipolar Moment Revisited. In: The National Interest. Winter 2002/03. S. 17.

55 Vgl. Christopher Layne: The Unipolar Illusion Revisited. In: International Security. Vol. 31 (2006) 2. S. 7–41; Joscha Schmierer: Zwischenruf zur Außenpolitik: Die außenpolitische Debatte in den USA. Böll-Stiftung 2008; Stanley Foundation: After the Unipolar Moment: Should the US Be a Status Quo Power or a Revolutionary Power. Februar 2007.

56 Joseph S. Nye, Jr.: The Decline of America's Soft Power. In: Foreign Affairs. Mai-Juni 2004. S. 16–20.

balen Machtprojektion lässt sich am besten als »unipolarer Globalismus« bezeichnen.

*Zweitens* ist das »unipolare Moment« in umfassendere globale Machtstrukturen eingebettet und schließt keineswegs den Aufstieg neuer Großmächte, die Herausbildung neuer Machtpole oder Strategien des »counter-balancing« gegenüber den USA aus. Dies betrifft zum einen die Triaden-Struktur des Zentrums des kapitalistischen Welt-systems, das primär auf den ökonomischen Machtebene verortet ist. Innerhalb dieser Triade bilden die USA zwar in gewisser Hinsicht den stärksten, aber keineswegs den einzigen Pol. Ihre partielle Überlegenheit gegenüber den anderen beiden Polen, die durch die EU und Ostasien mit Japan und China gebildet werden, beruht in erster Linie auf zwei Faktoren: auf ihrer Führungsrolle im Bereich der Zukunfts- und Schlüsseltechnologien sowie auf ihrer Funktion als »buyer of last resort«<sup>57</sup> – von anderen Autoren auch als »importer of last resort«<sup>58</sup> oder als »lender and market of last resort«<sup>59</sup> bezeichnet. Die zentrale Schwachstelle der ökonomischen Machtposition der USA liegt in ihrem dreifachen Defizit begründet: dem Leistungsbilanzdefizit, dem Haushaltsdefizit und der privaten Verschuldung ihrer Bürger.

Ein weiteres Merkmal der Machtverteilung auf der ökonomischen Ebene besteht im raschen Aufstieg neuer »Weltmächte« wie China und Indien, die einerseits den asiatischen Pol der Zentrumstriade erweitern und stärken, andererseits eine Umgruppierung innerhalb dieses Pols bewirken, die zu Lasten des bisherigen Spitzenreiters Japan geht und den ostasiatischen Pol in gewisser Weise in alte, stagnierende (Japan) und neue, dynamische Wachstumspole (China, Indien) aufspaltet. Von den neuen ökonomischen Aufsteigern wird besonders China als potenzieller Herausforderer der Vormachtstellung der USA gehandelt und von der Bush-Administration auch als solcher wahrgenommen. Aber auch die EU gilt als möglicher Herausforderer der USA. Zwar sind beide derzeit nicht in der Lage, die USA als globalen Hegemon direkt herauszufordern, jedoch durchaus imstande, ihr ge-

57 Frank Unger: George W. Bush im historischen Kontext US-amerikanischer Außenpolitik. In: Giovanni Arrighi et al.: Kapitalismus reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie. Hamburg 2007. S. 187.

58 Leo Panitch / Sam Gindin: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium. Hamburg 2004. S. 67.

59 Christopher Layne: The Unipolar Illusion Revisited. S. 17.

genüber ein »counter-balancing« zu betreiben<sup>60</sup>, das auf eine Angleichung der Machtverteilung zwischen den drei Polen im Weltsystem zielt.

*Drittens* muss die »Globalität der Weltrisikogesellschaft«, die am deutlichsten durch Multipolarität (der globalen Risiken) gekennzeichnet ist, als wichtigster Faktor hervorgehoben werden, der dem »unipolaren Globalismus« der USA entgegenwirkt. Trotz ihrer präzedenzlosen Machtfülle sind selbst die USA in Hinblick auf die Weltprobleme schlichtweg überfordert. Dies hat nicht nur und auch nicht in erster Linie mit der »subjektiven« Haltung diverser US-Regierungen zu tun, deren Ignoranz gegenüber dem Klimawandel und anderen globalen Gefahren zweifellos zu Verschärfung der ökologischen Krisensituation beiträgt. Die strukturell bedingte Hauptursache für die Politik des »America first« auf dieser überlebenswichtigen Ebene besteht vielmehr darin, dass die USA als einziger globaler Hegemon überproportional vom status quo, der durch ein enormes Macht-, Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zu ihren Gunsten gekennzeichnet ist, profitieren. Immerhin verbrauchen die USA mit weniger als 5 Prozent der Weltbevölkerung mehr als ein Fünftel der globalen Ressourcen. Ein Kurswechsel der globalen Politik auf die dringend gebotene Ressourcengerechtigkeit würde seitens der USA die tiefsten Einschnitte und Veränderungen ihrer Geschichte erfordern – und das bei einem Land, das nicht nur über die größte »hard power« verfügt, sondern von der eigenen »Erfolgsstory« über Gebühr »verwöhnt« ist und denkt, das alles so weitergehen kann, wie bisher. Hier wirkt der »unipolare Globalismus« der USA einerseits dem notwendigen Umdenken und Umsteuern entgegen, andererseits stellt die Weltrisikogesellschaft die größte Herausforderung für diesen dar. An der konkreten Ausprägung globaler Gefahren und Risiken sowie der Reaktion der USA auf diese wird sich in erster Linie entscheiden, wie lange der »unilateralen Globalismus« seine äußerst gefährlichen Wirkungen zeitigen wird.

Damit rückt die Frage in den Mittelpunkt, auf welchen Machtressourcen und -strukturen die derzeitige Hegemonialstellung der USA beruht. Nach dem von E. Matzner entworfenen Modell der US-Hegemonie fußt diese auf der Überlegenheit »in drei wichtigen und zusammenhängenden Schlüsselbereichen: An erster Stelle zu erwäh-

<sup>60</sup> Vgl. ebenda. S. 28ff.

nen ist der militärisch-technologische Kern (MiteC). Dem liegt zweitens der monetär-industrielle Kern (MotiC) zugrunde. Als dritter Einflussbereich fungiert der ideologisch-mediale Kern (ImeC). In allen drei Bereichen üben zur Zeit die USA unangefochten globalen Einfluss aus. Dieser geht übrigens Hand in Hand mit zwei weiteren Fähigkeiten, dem entsprechenden Zugang zu Rohstoffen und der technologisch-organisatorischen Konzeption und Realisierung der Projekte, die in Summe globale Hegemonie ergeben.<sup>61</sup> Darüber hinaus sind die USA genötigt, »Allianzen als Werkzeug der Dominanz«<sup>62</sup> zu bilden. Dieses Modell folgt zwar weitgehend dem klassischen Schema der Unterteilung in militärischen, ökonomische und kulturelle Macht(faktoren), die in der Summe politische Macht ergeben<sup>63</sup>, erweitert diese jedoch um drei wichtige Elemente: erstens um die funktionale Zuordnung von internationalen Organisationen wie NATO, IWF, Weltbank, WTO, zweitens um die bündnispolitische Zuordnung der wichtigsten Alliierten wie Großbritannien als Partner einer »special relationship« und die EU, und drittens um die institutionelle Zuordnung von in den USA verorteten Einrichtungen mit globalem Wirkungsbereich wie CNN, Presseagenturen, Stiftungen, NGOs, Hollywood etc, ergänzt durch die Einbeziehung Transnationaler Konzerne (TNC) in das Dominanzgeflecht. Für das Zusammenwirken dieser Strukturen und Akteure wählt Matzner eine treffende Bezeichnung, die die Unipolarität der globalen Machtstellung der USA unterstreicht: »Monopolares Weltordnungs-Netz«.

Ein zweiter Entwurf der Struktur des US-Hegemonialsystems stammt von M. Massarrat<sup>64</sup>, der den zusätzlichen Vorteil hat, dass er prononciert die Mechanismen und damit die innere Dynamik dieses Systems aufzeigt, indem der geopolitischen Dimension größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies findet seinen Niederschlag erstens in der Aufdeckung »verborgener Machtressourcen« der USA, die sie

61 Egon Matzner: Die Abhängigkeit der Supermacht. Strategien gegenüber dem Hegemon. Wien 2005. S. 2f.

62 Ebenda. S. 5.

63 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. S. 44.

64 Mohssen Massarrat: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. In: Ders.: Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen. Hamburg 2006. S. 77–131.

gezielt als »hegemonialpolitische Hebel« einsetzt, zweitens in der Benennung der Rivalen und der Mechanismen, mit denen diese in Abhängigkeit gehalten werden, sowie drittens in der Einbindung geostrategischer Regionen, die von zentraler Bedeutung für das Funktionieren des US-Hegemonialsystems sind. Einen weiteren wichtigen Beitrag zum Verständnis dieses Hegemonialsystems liefert Ch. Johnson<sup>65</sup>, der die besondere Bedeutung der »Institutionen des amerikanischen Militarismus«<sup>66</sup> und des »Imperiums der amerikanischen Militärbasen«<sup>67</sup> präzise herausarbeitet.

Aus der Zusammenführung der verschiedenen Modelle des US-Hegemonialsystems ergibt sich eine global ausgelegte Machtstruktur, die sich durch folgende Merkmale auszeichnet:

1. Die zentralen Pfeiler dieser Struktur sind Machtkomplexe, die ihre Kerne in den USA haben und zusammen eine Art »hegemoniales Dreieck« ergeben. Diese Kerne decken die zentralen Machtbereiche – den militärisch-technologischen, den monetär-industriellen sowie den ideologisch-medialen Bereich – ab und haben alle entweder globale Ableger oder zumindest globale Reichweite. In der einschlägigen Literatur sind vor allem die ersten beiden Machtkomplexe unter der Bezeichnung »Militärisch-industrieller Komplex« (MIK)<sup>68</sup> und »Dollar - Wall-Street- Regime«<sup>69</sup> genauer analysiert worden. Beide stellen entscheidende Quellen von »hard power« dar, wobei dem militärisch-technologischen Machtkomplex die zentrale Rolle zukommt. Der ideologisch-mediale Kern ist klar der Sphäre von »soft power« zuzurechnen und hat besonders unter der Administration von G. W. Bush an Bedeutung eingebüßt.

2. Aus dem Zusammenspiel von militärisch-technologischem und monetär-industriellem Machtkomplex haben die USA drei zusätzliche verdeckte Machtressourcen generiert, die sie gezielt als hegemo-

<sup>65</sup> Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2004.

<sup>66</sup> Ebenda. S. 133ff.

<sup>67</sup> Ebenda. S. 205ff.

<sup>68</sup> Vgl. Mohssen Massarrat: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. S. 99ff.

<sup>69</sup> Vgl. Peter Gowan: Weltmarkt, Staatensystem und Weltordnungsfrage. In: Giovanni Arrighi et al.: Kapitalismus reloaded. S. 156ff.

nialpolitische Hebel einsetzen. Nach Massarrat<sup>70</sup> sind dies: die nukleare Abschreckungsstrategie der USA, die monopolistische Kontrolle globaler Ölversorgung und der US-Dollar als globale Leitwährung. Alle drei Machtressourcen sind einerseits faktisch Monopole der USA, haben andererseits globale Reichweite und sind zudem miteinander derart verzahnt, dass sie die zentrale Achse des US-Hegemonialsystems bilden. Alle drei haben ihren Ursprung in der Zeit um 1945, als die USA in ihrer Eigenschaft als Supermacht unbestritten die westliche Hegemonialmacht waren und den »Weltbürgerkrieg« gegen die östliche Supermacht, die Sowjetunion, anführten.

Aus dieser Zeit stammt auch das globale Stützpunktsystem der USA, das unmittelbar vor dem 11. September 2001 rund 725 ausländische Basen in 38 Ländern mit ca. 250.000 Militärangehörigen umfasste.<sup>71</sup> Danach kamen zahlreiche Truppenkontingente und Stützpunkte im Zuge des Krieges in Afghanistan und Irak hinzu. 2002 wurden die vier Regionalkommandos, deren Aktionsradius die ganze Welt außerhalb Nordamerikas abdeckt (CENTCOM für den Mittleren Osten, PACOM für den Pazifik, EUCOM für Europa und SOUTHCOM für Südamerika), durch ein fünftes, das *Northern Command*, das rechtlich für die USA, Mexiko, Kanada und Kuba zuständig ist, ergänzt.<sup>72</sup> Hinzu kommt noch das *Space Command* für den Weltraum. An der Spitze der Regionalkommandos stehen Oberbefehlshaber (Commanders-in-Chief), deren außerhalb der zivilen und militärischen Befehlsstrukturen angesiedelte Machtstellung am ehesten mit der von römischen Prokonsuln vergleichbar ist.<sup>73</sup>

3. Um die Bedeutung der militärischen Komponente innerhalb des US-Hegemonialsystems zu verdeutlichen, muss man sie in ihrem – oft verborgenen – Zusammenhang mit den anderen beiden verdeckten Machtressourcen analysieren. Dabei wird deutlich, dass dieser Zusammenhang die zentrale Achse des US-Globalismus darstellt, womit die militärische Komponente über das Abschreckungspotential der atomaren Überlegenheit der USA hinaus gerade in Friedenszeiten

<sup>70</sup> Vgl. Mohssen Massarrat: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. S. 104ff.

<sup>71</sup> Vgl. Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. S. 209ff.

<sup>72</sup> Vgl. ebenda. S. 167ff.

<sup>73</sup> Vgl. ebenda. S. 168.

wirksam wird. Neben der globalen Interventionsbereitschaft im allgemeinen dient den USA ihre überragende und präzedenzlose militärische Überlegenheit im speziellen dazu, sich das Monopol über die globale Ölversorgung zu sichern. Im einzelnen beinhaltet dies, dass »der Hegemon den gesamten Raum *Greater Middle East* militärisch, logistisch und ökonomisch direkt oder indirekt, so umfassend und flächendeckend wie möglich, beherrschen« muss.<sup>74</sup> Damit ist nicht nur die Kontrolle der Fördergebiete gemeint, sondern ebenso die Kontrolle der Versorgungsstrukturen und Transportrouten für Öl und Gas sowie des Zugangs zu den Weltmeeren. Außerdem schließt dies die Beteiligung einer möglichst großen Zahl von US-Konzernen im Energie- und Infrastrukturanlagenbereich ein.<sup>75</sup> Die USA sind auf absehbare Zeit die einzige Macht der Welt, die in der Lage ist, die globale Ölversorgung – im Krisenfall auch militärisch – sicherzustellen und damit zugleich zu kontrollieren. Dies und die Tatsache, dass der globale Ölhandel auf Dollar-Basis abgewickelt wird, garantiert wiederum die Stellung des US-Dollar als globale Leitwährung, womit sich der hegemoniale Kreislauf zwischen militärischer Überlegenheit, monopolistischer Ölkontrolle und monetärer Dominanz schließt.

4. Bei der Aufrechterhaltung dieser zentralen Hegemonialachse kommt der Region des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem dem Gebiet um den Persischen Golf, eine geostrategische Schlüsselstellung zu. Diese ergibt sich zum einen daraus, dass in der Region fast zwei Drittel der weltweiten Erdölreserven lagern, was angesichts der absehbaren Erschöpfung der förderbaren Vorräte andernorts noch an Bedeutung gewinnt. Zum anderen handelt es sich um hochwertiges und kostengünstig zu förderndes Öl. Solange die USA den Mittleren Osten kontrollieren, bleiben sie als Hegemonialmacht selbst bei weiter steigenden Preisen der Hauptgewinner.<sup>76</sup> Des weiteren wird diese Hegemonialstellung noch dadurch gefestigt, dass alle wichtigen potentiellen Rivalen der USA mehr (Ostasien) oder weniger (Westeuropa) von der Einfuhr des nah- und mittelöstlichen Öls abhängig sind. Während Japan und die asiatischen Schwellenländer ihr Öl zu fast 80

<sup>74</sup> Vgl. Mohssen Massarrat: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. S. 115.

<sup>75</sup> Vgl. ebenda. S. 114.

<sup>76</sup> Vgl. ebenda. S. 117.

Prozent aus der Region beziehen, sind es im Falle der USA nur 21 Prozent. Die globale Hegemonialmacht zieht es stattdessen vor, die Hälfte ihrer Ölimporte aus der von ihr ebenfalls kontrollierten, aber politisch stabileren westlichen Hemisphäre zu bestreiten.<sup>77</sup>

Für das Verständnis der Dynamik des US-Hegemonialsystems ist die geopolitische Einflussnahme der USA im Nahen und Mittleren Osten, vor allem die damit verbundenen Konflikte, von zentraler Bedeutung. Nach 1945 basierte die US-Geopolitik in der Region auf drei Pfeilern: Israel, Saudi-Arabien und (bis 1979) dem Iran, wobei Israel als zuverlässigstem Verbündeten die Funktion eines »hegemonialen Brückenkopfs«<sup>78</sup> zukommt. Nach der islamischen Revolution im Iran 1979, der bis dahin die Funktion einer pro-amerikanischen Regionalmacht wahrgenommen hatte, rückte der Irak zum geopolitischen Gegengewicht des von anti-amerikanischen Ayatollahs regierten Landes auf. Durch die US-amerikanische Okkupation des Irak sollte dieser zum zweiten zentralen Pfeiler der US-Hegemonie über die Region ausgebaut werden – eine Rechnung, die jedoch nicht aufgegangen ist. Stattdessen erweist sich der Irak immer mehr als »schwarzes Loch« in der Region, das die militärische und politische Kraft des globalen Hegemons inzwischen soweit aufgesogen hat, dass er – wie der Kaiser im Märchen – nicht in neuen Kleidern, sondern nackt dasteht. Neben dem Palästina-Konflikt als Kern des Nahost-Konflikts ist der Irak damit zum zweitwichtigsten Krisenherd in einer Region geworden, deren Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Hegemonialposition der USA in den nächsten Jahren noch zunehmen wird.

5. Der militärische Faktor liefert auch die entscheidende Erklärung der Fähigkeit der USA, potentielle Rivalen von sich abhängig zu machen und auf diese Weise in Schach zu halten. Während des Kalten Krieges waren Westeuropa und Japan auf den atomaren Schutzschirm der USA angewiesen und so trotz ihres ökonomischen Wiederaufstiegs zur zweit- bzw. drittstärksten Wirtschaftsmacht nach den USA in den Status von »sicherheitspolitischen Protektoraten« hineinmanövriert worden.<sup>79</sup> Daß dieser Status trotz der Beendigung des Kalten Krieges immer noch wirksam ist, wird nicht nur dadurch verdeut-

77 Vgl. ebenda. S. 111.

78 Vgl. ebenda, S. 124–127.

79 Vgl. Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. S. 91, 220.

licht, dass sich unmittelbar vor dem 11. September 2001 knapp die Hälfte der im Ausland stationierten US-Militärangehörigen auf Deutschland (71.000) und Japan (40.000) konzentrierte; zählt man die 38.000 Mann US-Truppen in Südkorea nach dazu, dann ist man bei fast zwei Dritteln.<sup>80</sup> Dies bestätigt die Einschätzung Brzezinskis, dass sowohl Westeuropa als auch Ostasien nach wie vor »Brückenkopf«<sup>81</sup> bzw. »Anker«<sup>82</sup> der USA sind.

Flankiert und ergänzt wird dieser Status durch die Ölabhängigkeit beider Regionen, von der auch die beiden asiatischen »Aufsteiger« China und Indien betroffen sind. Der bekennende Geopolitiker Brzezinski möchte diesen Zustand zementieren und dergestalt ausbauen, dass »ein regional herausragendes China Amerikas fernöstlicher Anker werden« sollte, »wobei Großchinas Rolle im Osten Eurasiens der eines größer werdenden Europa im Westen entspricht«.<sup>83</sup>

Aufgrund seiner Doppelrolle als eine der führenden Atom- und Energiemächte ist Russland, nicht zuletzt auch wegen seiner geostrategischen Lage im Zentrum Eurasiens in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation gegenüber den USA. Von Brzezinski noch als »Schwarzes Loch« charakterisiert<sup>84</sup>, hat Russland unter Putin wieder größeres weltpolitisches Gewicht gewonnen und gilt inzwischen als veritabler Kandidat für eine mögliche gegenhegemoniale Allianz. Damit besitzt es derzeit einen deutlich größeren geopolitischen Spielraum als Westeuropa oder Japan.

6. Dank ihrer überlegenen militärischen Stärke und ihres ausgeklügelten Hegemonialsystems sind die USA in der Lage, eine Art »Hegemonialrente« abzuschöpfen, wobei sich bereits mittelfristig die Frage stellen dürfte, wie lange die Vorteile dieser Hegemonialrente die Nachteile, die Washington aus dem »Amt des Weltpolizisten, das Amerika geerbt hat«<sup>85</sup>, erwachsen und die sich durch den Irakkrieg deutlich erhöht haben, ausgleichen können. Massarrat kalkuliert, dass sich die Hegemonialrente, die die USA jährlich abschöpfen, zwischen 500

80 Vgl. Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. S. 211ff.

81 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. S. 89ff.

82 Ebenda. S. 219ff.

83 Ebenda. S. 276.

84 Vgl. ebenda. S. 130ff.

85 Ebenda. S. 279.

und 1000 Mrd. US-Dollar liegt. Das entspricht 5–10 Prozent des BSP der USA bzw. 1,5–3 Prozent des Weltsozialproduktes.<sup>86</sup> Ihre wichtigsten Bestandteile sind:

- der Einkommenstransfer, der sich aus dem globalen System von Dumpingpreisen für fossile Energien, für monostrukturelle Agrarprodukte aus dem globalen Süden sowie für alle anderen Importgüter, die unterhalb der international gültigen Sozial- und Umweltstandards produziert werden, ergibt;
- der über den Leitwährungsmechanismus gewonnenen Kapitalbilanzüberschuss, der sich nicht zuletzt aus der Kapitalflucht in die USA speist;
- der Gewinn, der aus den Vorteilen des »brain drain« resultiert.<sup>87</sup>

Indirekt muss man auch die von den USA massiv genutzte Möglichkeit, ihren unipolaren Globalismus über das dreifache Defizit von Handelsbilanz, Haushalt und privater Konsumentenverschuldung zu finanzieren, als wesentlichen Aspekt der Hegemonialrente ansehen. Eine solche Politik, die letztlich von den übrigen Wirtschaftsakteuren toleriert und bezahlt wird, ist nur möglich, weil der US-Dollar immer noch als globale Leitwährung anerkannt ist.

Diese Akzeptanz des dreifachen Defizits der USA durch die restliche Welt wird aber nur solange vorhalten, wie die USA ihrer Funktion als weltgrößter Markt und »Motor der Weltwirtschaft« (»buyer, importer oder market of last resort«) nachkommen. Sobald sie dazu nicht mehr in der Lage sein sollten, wird sich der derzeitige Vorteil schlagartig ins Gegenteil verkehren, was bedeuten würde, dass dann nicht nur die USA, sondern die gesamte Weltwirtschaft von den Strudeln einer globalen Krise in den Abgrund gerissen würden. Somit hängt alles davon ab, wie lange sich die USA der übrigen Welt als »power of last resort«<sup>88</sup> präsentieren können. Letztlich sind sie als letzte und einzige Supermacht dazu verurteilt, die notwendige Stärke zu zeigen. Schon erste Zweifel an der Fähigkeit der USA, den globalen Ölfluss zu garantieren, würden die scheinbar festgefügte globale Hegemonie Washingtons ins Wanken bringen. Eine zweite, nicht minder große Gefahr liegt darin, dass sich die USA bei der Ausübung ihrer Hegemo-

<sup>86</sup> Vgl. Mohssen Massarrat: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. S. 129.

<sup>87</sup> Vgl. ebenda.

<sup>88</sup> Rainer Rilling: Imperialität. Marburg / Berlin 2007. S. 70.

nialrolle übernehmen und damit das Schicksal aller bisherigen Hegemonialmächte erleiden könnten: imperiale Überdehnung (»imperial overstreich«).

#### 4.2. Vom Markt- zum imperialen Globalismus - Ende oder Wende des Neoliberalismus?

Der von Steger konstatierte Übergang vom »market globalism« zum »imperial globalism«, der durch die Zäsur vom 11. September 2001 markiert wird, ist das Ergebnis der Zusammentreffens von zwei Entwicklungen:

Die »imperiale Wende« bei der Umsetzung und Ausübung des Globalismus resultiert zum einen aus der Dynamik, die durch die Ereignisse des 11. September sowohl auf der machtpolitischen Ebene als auch hinsichtlich der Perzeption der maßgeblichen Akteure des Globalismus ausgelöst wurde. Spätestens jetzt war ihnen allen klar, dass die vor zwei Jahrzehnten gestartete Offensive des Neoliberalismus einer globalen militärischen Absicherung bedurfte – eine Einsicht, die Thomas L. Friedman bereits 1999 mit folgenden Worten angedeutet hatte:

»Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne eine unsichtbare Faust nicht arbeiten. Mc Donald's kann nicht gedeihen, ohne McDonnell Douglas, die für die US Air Force die F-15 bauen. Die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Technologie des Silicon Valley blüht, besteht aus dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und der Marineinfanterie der Vereinigten Staaten.«<sup>89</sup>

Nach dem 11. September 2001 wurde dann aus der »unsichtbaren Hand« eine »sichtbare Faust«.

Zum anderen war die Glaubwürdigkeit der »unsichtbaren Hand« des Marktes inzwischen in die Krise geraten. Sein Versprechen, dass nach der Verabreichung seiner »bitteren, aber notwendigen Medizin« alle früher oder später wieder gesunden würden, erfüllte sich ganz offensichtlich nicht – und das, obwohl er alle realen und vermeintlichen Konkurrenten oder Alternativen diskreditiert und aus dem Feld

<sup>89</sup> Thomas L. Friedman: *Globalisierung verstehen: Zwischen Marktplatz und Weltmarkt*. München 1999.

geschlagen hatte. Will man diese Entwicklung und die Gründe dafür besser verstehen, dann ist zunächst ein Rückblick auf den »Siegesszug« des Neoliberalismus erforderlich, in dessen Ergebnis er von der Ideologie einer marktradikalen Minderheit zur dominanten Denk- und Machtstruktur aufgestiegen ist.<sup>90</sup>

Als *Ideologie* entstand der Neoliberalismus bereits Ende des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts. Seine maßgeblichen Theoretiker sind von Hayek und M. Friedman, die mit ihren theoretischen Arbeiten Ende der 1930er bzw. in den 1950er Jahren begannen. Der Neoliberalismus versteht sich als bewusster Gegenentwurf zum Keynesianismus und tritt gegen jede Form von Staatsinterventionismus auf. Sein Hauptargument besteht darin, dass sich bei völliger Freiheit (Nichteinmischung des Staates) die Märkte von selbst im Gleichgewicht befinden und sich über die einseitige Verlagerung auf die Angebotsseite alle ökonomischen (und damit auch gesellschaftlichen) Probleme lösen lassen. Marktversagen gibt es für den Neoliberalismus nicht. Ideologie ist er deshalb, weil er von der Utopie des »idealen Marktes« ausgeht. Er negiert einerseits, dass das von ihm postulierte Gleichgewicht des Marktes lediglich eine Ausnahme ist, andererseits erhebt er ihn zur obersten Instanz, der sich Staat und Gesellschaft alternativlos zu unterwerfen haben.

Als *politisches Projekt* begann sich der Neoliberalismus in den 1950er Jahren zu formieren und setzte sich als neues Paradigma in den 1970er Jahren durch. Er beruht auf einem Bündnis von (politischen) Unternehmern, Technokraten und Politikern (in Chile stattdessen zunächst die Militärs). Er bedarf zu seiner Durchsetzung eines Staates, der stark genug ist, um das Projekt gegen den vorhersehbaren Widerstand der Protagonisten und Nutznießer des Keynesianismus politisch durchzusetzen, obwohl er gleichzeitig den Rückzug des Staates propagiert (»neoliberales Paradoxon«). Die neoliberale Allianz setzt

90 Zum Neoliberalismus gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur. Einen guten geschichtlichen Überblick vermittelt David Harvey: *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich 2007. Mit den Grundlagen, den Durchsetzungs- und Rechtfertigungsstrategien sowie den Folgen des Neoliberalismus setzen sich v. a. folgende Autoren kritisch auseinander: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak: *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden 2008; Dieselben (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden 2008; Herbert Schui / Stephanie Blankenburg: *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*. Hamburg 2002.

die von ihr eroberte Staatsgewalt ein, um die Wirtschaft des jeweiligen Landes gegenüber dem Weltmarkt radikal zu öffnen, die Märkte zu liberalisieren (v. a. Arbeitsmarkt und Finanzmarkt) sowie die ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen zu deregulieren.

Dem Neoliberalismus kommt dabei eine doppelte Funktion zu: einerseits soll er die als »spontan« dargestellten Entbettungsprozesse legitimieren und ideologisch absichern, andererseits dient er als Klammer des Zusammenhalts der »Macherelite« der Globalisierung und als deren Brechstange zur Öffnung neuer Märkte. Der Neoliberalismus gibt damit der gegenwärtigen Globalisierung ihren kapitalistischen Sinn und ihre (selbst-)zerstörerische Richtung.

Als *Wirtschaftsstrategie* wurde der Neoliberalismus in Gestalt des »Washington Consensus« 1990 etabliert, dessen drei Grundpfeiler Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sind. Zwar war diese Wirtschaftsstrategie zuvor schon in Großbritannien (Thatcher 1979–1990) und in den USA von Reagan (1981–1989) erfolgreich umgesetzt worden, konnte aber erst nach der Implosion des »realen Sozialismus« seinen Siegeszug um die Welt antreten. Als *Entwicklungsstrategie* verspricht der Neoliberalismus den Ländern der Dritten Welt neue Möglichkeiten des raschen Aufstiegs in die Erste Welt. Die Fälle von exportorientierter Industrialisierung (Ostasien, Südostasien) waren jedoch entgegen den Rezepten des Neoliberalismus im Ergebnis einer gelungenen Kombination von Staatsinterventionismus und Weltmarktöffnung erfolgreich. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Neoliberalismus fanden und finden ihren Niederschlag in den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank, zu deren Umsetzung sich inzwischen fast alle Länder der Dritten Welt veranlasst sehen.

Dies verweist darauf, dass der Neoliberalismus als *Instrument der* umfassenden strukturellen *Transformation* nationalstaatlich organisierter Gesellschaften eingesetzt wird. Im Ergebnis neoliberaler Reformen konnte zwar kurz- und bestenfalls mittelfristig eine gewisse makroökonomische Stabilisierung erreicht werden, ihre langfristigen Folgen sind jedoch für die betroffenen Gesellschaften ausgesprochen kontraproduktiv. Auf politischer Ebene kommt es zur Schwächung und Aushebelung des Nationalstaates, der zum Wettbewerbsstaat mutiert, auf der ökonomischen Ebene nimmt die Verwundbarkeit gegenüber plötzlichen Schwankungen des Weltmarktes oder

Aktivitäten transnationaler Akteure enorm zu und auf sozialer Ebene kommt es zu Desintegration, Polarisierung und Fragmentierung. Wenige und immer mächtigere Gewinner stehen vielen, von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossenen Verlierern gegenüber.

Der Neoliberalismus erweist sich in der Summe somit als Instrument zur Durchsetzung und Teil einer globalen Machtstruktur. Die eben beschriebene Gewinner – Verlierer – Konstellation gilt auch und gerade weltweit. Die neoliberal ausgerichtete Globalisierung, die sich durch Beschleunigung, Verdichtung und Intensivierung transnationaler Prozesse auf der Grundlage der dritten industriellen Revolution auszeichnet, wird als Sachzwang »verkauft«, dem sich niemand entziehen kann. Als Machtzentren auf globaler Ebene haben sich die G7, die internationalen Finanz- und Handelsorganisationen (IWF, Weltbank, WTO), die wichtigsten Multis und die entfesselten globalen Finanzmärkte etabliert. Sie bilden eine miteinander vernetzte Machtstruktur, die arbeitsteilig vorgeht, aber auch nicht ohne Konflikte funktioniert. Sie eint der »neoliberale Konsens«, zu dessen weltweiter und dauerhafter Durchsetzung sie zusammenarbeiten, während sie hinsichtlich der Macht- und Gewinnanteile durchaus in Konflikt geraten können.

Um die neoliberale Dominanz erklären zu können, muss man ebenfalls vom Ineinandergreifen verschiedener Faktoren ausgehen.

Zunächst einmal liefert der Neoliberalismus eine scheinbar plausible Antwort auf die qualitativ völlig neuen Herausforderungen der dritten industriellen Revolution. Diese läßt sich mit den herkömmlichen Regulierungsmechanismen des Keynesianismus nicht mehr effektiv steuern. Indem der Neoliberalismus auf umfassende Deregulierung setzt und die bestehenden Grenzen im Zuge der nach seinen Prämissen ausgerichteten Globalisierung niederreißen will, scheint er der Dynamik der Produktivkraft-Revolution entsprechen zu können. Diese sprengt jedoch tendenziell die Kapitallogik, da die von ihr exponentiell gesteigerten Produktivkräfte eine so hohe Produktivität ermöglichen, dass die unter neoliberal-kapitalistischen Bedingungen unvermeidliche »Freisetzung« menschlicher Arbeitskraft zugleich die notwendige Massenkaufkraft wegbrechen lässt. Kurzum: Es wird mehr produziert, als konsumiert oder investiert werden kann. Ausdrück dessen ist das exponentielle Anwachsen des spekulativen Kapi-

tals und seine Entkopplung von realen Produktionsprozess («Kasinkapitalismus»).

Ein zweiter Pfeiler der neoliberalen Hegemonie ist das Totschlagargument des »Sachzwanges«. Nachdem durch entsprechende politische Weichenstellungen ab 1975 der neoliberale »Geist« aus der »Flasche« entwichen ist (Entbettung bzw. Entfesselung der Märkte), geistert er als »Gespenst der Alternativlosigkeit« (TINA) durch Politik und Gesellschaft. Hier wirken die globalen Machtstrukturen des N. als reale Drohung gegenüber Akteuren (z. B. Linksregierungen), die sich der neoliberalen Logik entziehen wollen. Inzwischen ist das neoliberale Regelwerk (Verträge, Abkommen, Normen, Institutionen) so dicht und der Zugriff der transnationalen Akteure, die vom Neoliberalismus profitieren, so hart und direkt, dass die Staaten der Peripherie und Semiperipherie kaum eine Chance, eigene Alternativen durchzusetzen.

Drittens arbeitet der Neoliberalismus mit Argumenten, die an den Alltagsverstand anknüpfen und damit plausibel wirken (Sparen, Abbau von Bürokratie, Wettbewerb, freie Entfaltung, wachsender Konsum). Die Frage, die sich hier stellt, besteht jedoch darin, ob traditioneller Alltagsverstand der qualitativ neuen Situation und ihrer Dynamik noch gerecht wird. Denn all die vermeintlich plausiblen Argumente führen nicht zur Verbesserung der Situation, sondern bereiten ihrer Verschärfung den Boden.

Ein vierter Faktor, der die Hegemonie des Neoliberalismus erklären hilft, ist die anhaltende Schwäche möglicher Gegenkräfte und alternativer Entwürfe. Sozialismus und Planwirtschaft sind diskreditiert, alternatives Denken hat sich zulange an obsoleete Systeme, Theorien und Fragestellungen binden lassen und muss nun gleichzeitig Ursachenforschung in eigener Sache und plausible Zukunftsentwürfe bewältigen – beides zudem unter schnell wachsendem Problem- und Zeitdruck. Die Delegitimierung von Gegenkräften und -entwürfen betrifft ebenfalls die Sozialdemokratie und den Keynesianismus, die beide ebenfalls nicht in der Lage sind, überzeugende Antworten auf die neuen Herausforderungen zu geben.

Der harte Kern der Dominanz des Neoliberalismus ist jedoch die inzwischen in seinem Namen und mit seiner Hilfe geschaffene globale Machtstruktur, als deren »letzter Garant« (»power of last resort«) sich die USA verstehen. Dabei fungieren vor allem die internationa-

len Finanzinstitutionen als »Transmissionsriemen«. Brzezinski geht sogar soweit, diese offen als Teil des US-Hegemonialsystems zu benennen:

»Als Teil des amerikanischen Systems muß außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die *internationalen* Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweite Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben.«<sup>91</sup>

Diese Machtstruktur überwölbt die Staatenwelt und verhindert, dass einzelne Staaten oder Staatengruppen aus der neoliberalen Logik ausbrechen können. Dennoch entstehen als Produkte des Staatszerfalls, der vor allem in Afrika um sich greift und durch die neoliberal ausgerichtete Globalisierung noch forciert wird, eine Art »schwarze Löcher« im internationalen System. Obwohl diese Gebiete abseits des Globalisierungsarchipels liegen, sind auch hier transnationale Akteure aktiv und holen das wenige, was dort noch zu holen ist, durch Rohstoffausbeutung, Waffen- und Menschenhandel heraus. Staatszerfall und seine Folgen (v. a. die Ausbreitung transnationaler terroristischer Netzwerke) gelten den USA und den Industriestaaten des Nordens inzwischen als gefährliches Sicherheitsrisiko. Da die neoliberale Globalisierung mehr Probleme schafft als sie lösen kann, gewinnt die militärische Schlagkraft der letzten Supermacht USA für die Aufrechterhaltung des Systems und seiner ressourcenverschlingenden Dynamik immer mehr an Bedeutung.

Um dennoch die nicht zu übersehende Legitimationskrise des Neoliberalismus, die einige seiner Kritiker sogar von »postneoliberalen Bedingungen«<sup>92</sup> oder einer »postneoliberalen Agenda«<sup>95</sup> sprechen lässt, erklären zu können, ist ein kurzer Blick auf seine Grenzen und Schwachpunkte erforderlich.

91 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. S. 49.

92 Ulrich Brand: Gegenhegemonie unter »postneoliberalen« Bedingungen. Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis. In: Christoph Butterwege / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008. S. 518ff.

95 Hans-Jürgen Urban: Die postneoliberale Agenda und die Revitalisierung der Gewerkschaften. In: Ebenda. S. 355ff.

Allgemein gesprochen, liegen diese in seinen inneren Widersprüchen, die in dem Maße zunehmen, wie er sich – scheinbar ohne auf ernsthaften Widerstand zu treffen – durchsetzt. Nimmt man 1990 als den Zeitpunkt, ab dem der Neoliberalismus seine heutige Dynamik und Durchschlagkraft voll zu entfalten beginnt, dann sind die vergangenen 15 Jahre Zeit genug, eine erste Zwischenbilanz zu wagen. Folgende Defizite, Widersprüche und Schief lagen fallen dabei auf:

Da der Neoliberalismus vor allem ökonomisch-kühl argumentiert, ist er nicht in der Lage, aus eigener Kraft eine Massenbewegung zu initiieren. Er ist deshalb auf andere politische Bewegungen und Parteien angewiesen, die aber sich aber aus Eigeninteresse nicht allzu offensichtlich mit ihm identifizieren dürfen. Die Stärke des Neoliberalismus besteht eher in der Paralyse als in der Mobilisierung. Dies mag bisher gereicht haben, erweist sich aber zunehmend als ernsthaftes Defizit.

Die erfolgreiche Umsetzung des Neoliberalismus führte und führt zur Verschärfung der sozialen Gegensätze und zur beschleunigten Auflösung bestehender gesellschaftlicher Bindungen. Auch seine eigenen politischen Existenzbedingungen, die einen effektiven Staat einschließen, werden durch das erfolgreiche Vordringen des Neoliberalismus ausgehöhlt. Letztlich sorgt vor allem die Tatsache, dass er nur wenige Gewinner, aber viele Verlierer hervorbringt, für den Verlust seiner Akzeptanz. Bislang haben die Heterogenität der vom Neoliberalismus produzierten Verlierer und die mit dem Neoliberalismus verbundenen Disziplinierungseffekte (Prekarisierung) dafür gesorgt, dass der Widerstand gegen seine Folgewirkungen relativ schwach geblieben ist. Wie die jüngste Entwicklung in Lateinamerika und das Anwachsen der globalisierungskritischen Bewegung zeigen, beginnt sich dies jedoch ab dem Jahr 2000 zunehmend zu ändern.

Die Verwundbarkeit und Risiken der entfesselten globalen Finanzmärkte bilden die offene Flanke des Neoliberalismus. In dem Maße, wie die Wahrscheinlichkeit einer globalen Finanzkrise wächst, geraten die Prämissen des Neoliberalismus ins Kreuzfeuer der Kritik. Selbst erfolgreiche Akteure der globalen Finanzmärkte wie Soros warnen vor den von ihnen ausgehenden Gefahren. Bisher waren die im Zuge des Neoliberalismus ausgebrochenen Finanzkrisen regional begrenzt und konnten von IWF und Wallstreet gerade noch rechtzeitig entschärft werden (Pesokrise in Mexiko 1994/5; Asienkrise 1997).

Allerdings bestehen die Krisenursachen fort und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die nächste Finanzkrise ausbricht. Es ist damit zu rechnen, dass dann ihr Radius und ihre Tiefenwirkung größer sein werden als bei ihren Vorläufern.

Auch die Bilanz der Umsetzung neoliberaler Reformen läßt die Zweifel am Neoliberalismus insgesamt wachsen. Wenn einerseits gerade »Musterschüler« wie Mexiko 1994/5, Argentinien 2001 und Bolivien ab 2000 in ökonomische oder politische Krisen schlittern, andererseits »Abweichler« von der neoliberalen Ideologie wie Malaysia oder China erfolgreich sind, verlieren die Prämissen des Neoliberalismus und die Empfehlungen der auf seiner Basis agierenden internationalen Finanzorganisationen ihre bisherige Suggestivkraft. Auch die Bilanz der Strukturanpassungsprogramme (SAP) in den meisten Entwicklungsländern fällt negativ aus.

Ein grundsätzliches Problem, das sich aus der fortschreitenden Entbettung ergibt, ist das der Kontrolle und Steuerung des immer komplexer und unübersichtlicher werdenden Gesamtprozesses neoliberaler Globalisierung. »Auf die Krise des 21. Jahrhunderts wird mit den Mitteln des 18. Jahrhunderts reagiert.«<sup>94</sup> Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass der Siegeszug des Neoliberalismus an konjunkturelle, innerkapitalistisch-systemische und ökologische Grenzen stößt und außerdem auf derart fragilen Voraussetzungen beruht, dass er sich immer mehr als ein Koloss auf tönernen Füßen erweist.

#### 4.3. Globalisierung und Empire – ein Widerspruch?

Der Übergang vom »market globalism« zum »imperial globalism«, der durch den 11. September 2001 markiert und mit dem Beginn des letzten Irak-Krieges vor aller Welt offenbar wird, manifestiert sich nicht zuletzt in einer Debatte über den Zusammenhang von Globalisierung, Imperialismus und das »Empire Amerika«.<sup>95</sup> Diese Debatte, die den Begriff des Imperialismus in die öffentliche Wahrnehmung zu-

<sup>94</sup> Robert Kurz: Das Weltkapital. S. 698.

<sup>95</sup> Vgl. Ulrich Speck / Natan Sznajder (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung. München 2005.

rückgebracht hat, wurzelt einerseits in der Schockwirkung von 9/11, durch die das ganze Ausmaß der Machtfülle der USA deutlich geworden ist<sup>96</sup>, andererseits im Politik- und Strategiewechsel, den die Bush-Administration in Reaktion auf den Anschlag vorgenommen und der seinen Niederschlag in der neuen »Nationalen Sicherheitsstrategie« vom September 2002 gefunden hat.<sup>97</sup> Diese »imperiale Wende« der USA wirft zahlreiche Fragen auf, die von grundsätzlicher theoretischer wie praktischer Bedeutung sind und über die künftige Rolle der USA hinaus den Charakter des globalen Kapitalismus betreffen.

Beginnen wir mit der sich am nachdrücklichsten stellenden: der Frage, ob die USA ein »Empire« sind: Diese Frage wird von zahlreichen Wissenschaftler und Publizisten, die ansonsten kaum unter einem gemeinsamen Dach zu finden sind, bejaht, wobei allerdings Einschränkungen oder Modifikationen vorgenommen werden, die vor allem die Singularität des »American Empire« hervorheben sollen. Eher positiv gemeint sind solche Formulierungen wie »Empire der Freiheit«<sup>98</sup>, »Empire der Menschenrechte«<sup>99</sup>, »Empire der Demokratie«<sup>100</sup>, »Empire der Werte«<sup>101</sup> oder auch »Empire lite«<sup>102</sup>, »Empire by invitation« bzw. »consensual Empire«<sup>103</sup>. Während diese Empire-Begriffe auf die historisch gewachsenen Besonderheiten der USA fokussiert sind, beziehen sich vor allem die beiden letzten Begriffe auf die Rolle der USA als »wohlmeinender Hegemon« der »freien Welt« – sowohl im Sinne der atomaren Schutzmacht Westeuropas und Japans als auch beim raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg beider Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft – während des »Kalten Krieges«.

96 Michael Igantieff: Empire Amerika? In: Ebenda. S. 15ff.

97 The White House: National Security Strategy. September 2002.

98 Andrew J. Bacevich: Neues Rom, Neues Jerusalem. In: Ulrich Speck / Natan Sznajder (Hrsg.): Empire Amerika. S. 72ff.

99 Samantha Power: Das Empire der Menschenrechte. In: Ebenda. S. 138ff.

100 Claus Leggewie: Ein Empire der Demokratie? In: Ebenda. S. 199ff.

101 Dan Diner: Das Prinzip Amerika. In: Ebenda. S. 262ff.

102 Michael Igantieff: Empire Amerika? S. 17.

103 Charles S. Maier: Die Grenzen des Empire. In: Ulrich Speck / Natan Sznajder (Hrsg.): Empire Amerika. S. 128.

Andere Charakterisierungen wie »ohnmächtiges Empire«<sup>104</sup> oder »Incoherent Empire«<sup>105</sup> artikulieren in erster Linie Zweifel an der Dauerhaftigkeit des »American Empire« bzw. eine generelle Ablehnung des Empire-Begriffes zur Bestimmung der globalen Machtposition der USA – eine Position, die neben Mary Kaldor auch Joseph S. Nye Jr.<sup>106</sup> vertritt. Wieder anderen Beschreibungen wie »Empire auf Probe«<sup>107</sup>, »Empire der Ungewissheit«<sup>108</sup> oder »unwilliges« bzw. »verleugnetes Empire«<sup>109</sup> heben – bei grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit eines »American Empire« – besonders die Nachteile, Kosten und Lasten hervor, die mit dieser »imperialen Mission« verbunden sind und selbst George W. Bush veranlasst haben zu bestreiten, dass die USA ein »Empire« sind.

Während der 11. September 2001 eher den Anlass für das Aufleben der »Empire-Debatte bildete, so lag ihre tiefere Ursache in dem gleichermaßen theoretischen wie politischen Problem, wie die Neuartigkeit und Singularität der gegenwärtigen globalen Machtposition der USA adäquat auf den Begriff gebracht werden kann. Einerseits bot dafür das Konzept der Unipolarität insofern eine erste Möglichkeit, weil damit der qualitative Unterschied zu den weltpolitischen Machtkonstellationen der Vergangenheit, insonderheit zur Ära der Bipolarität des Kalten Krieges, deutlich gemacht werden konnte, andererseits blieb damit die Frage unbeantwortet, welche Konsequenzen diese neue Machtkonstellationsstruktur für die innere, staatliche Verfasstheit der USA zeitigt. Diese Lücke schien der Empire-Begriff zunächst zwar schließen zu können, provozierte aber zugleich die Frage, wie sich dann das vermeintlich neue US-Empire in die Geschichte des Aufstiegs der USA einordnet und welche Kontinuitätslinien sich im Verhältnis zum Imperialismus ergeben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, können in Hinblick auf die aufgeworfenen Fragen folgende Eckpunkte festgehalten werden:

104 Mary Kaldor: Das ohnmächtige Empire. In: Ebenda. S. 173ff.

105 Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können. Frankfurt a. M. / New York 2003.

106 Joseph S. Nye Jr.: Amerikas Macht. In: Ulrich Speck / Natan Sznaider (Hrsg.): Empire Amerika. S. 157.

107 Stephen Peter Rosen: Ein Empire auf Probe. In: Ebenda. S. 85ff.

108 Richard Rorty: Ein Empire der Ungewissheit. In: Ebenda. S. 240ff.

109 Niall Ferguson: Das verleugnete Empire. In Ebenda. S. 38ff.

1. Zur Kennzeichnung der gegenwärtigen globalen Machtposition der USA bietet das Konzept des Empire einen geeigneten Zugang, da diese wichtige Kernelemente eines Empires enthält. Zu diesen zählt eine hinreichend große Machtkonzentration in Gestalt eines territorial fixierten Zentrums, die eine Kontrolle der Peripherie in Gestalt von »Ungleichheit durch Aneignung« begründet.<sup>110</sup> Von Imperium kann dann gesprochen werden, wenn diese grundlegende Machtungleichheit sich mit der Fähigkeit und der Bereitschaft verbindet, eine »imperiale Mission« zu erfüllen. Dies impliziert zum einen das Selbstverständnis zivilisatorischer Überlegenheit, zum anderen muss die Ausübung von Kontrolle und Macht von globaler Reichweite (in Abhängigkeit von den militärisch-technologischen Möglichkeiten und dem Weltbild der jeweiligen Epoche) sein. Daraus ergeben sich dann abgestufte Abhängigkeitsverhältnisse, die innerhalb der imperial definierten Einheit ein relativ breites Spektrum von Vielfalt erlauben und die sich nach außen abgrenzen lassen, wobei diese Grenzen meist semipermeabel sind.<sup>111</sup> Um eine bestimmte Stabilität und Dauerhaftigkeit herzustellen, müssen Imperien zudem bestimmte Leistungsanforderungen erfüllen, die sich mit den Begriffen Sicherheit, Ordnung und Integration bei gleichzeitigem Transformationsanspruch umreißen lassen.<sup>112</sup> Wie Junker in seinem unbedingt zu empfehlenden Buch »Power and Mission« von 2003 anhand der Expansions- und Aufstiegsgeschichte der USA zu einer »imperialen Hypermacht von globaler Reichweite«<sup>113</sup> überzeugend nachgewiesen hat, erfüllen die Vereinigten Staaten alle diese Kernelemente von »Imperialität«.

2. Die Kennzeichnung der USA als Empire ist nur dann gerechtfertigt und sinnvoll, wenn die Ausbildung zum Empire einerseits in ihren konkret-historischen Besonderheiten und andererseits in Hinblick auf deren Ein- und Zuordnung in die bisherige Geschichte des Imperialismus analysiert wird. Grundlegende Besonderheiten der »Imperialität« der USA ergeben sich aus ihrer Geschichte: ihrem ursprünglichen Status als Kolonie innerhalb des britischen Empire, ihrer frühzeitigen Selbstbefreiung durch eine erfolgreiche Unabhängig-

<sup>110</sup> Vgl. Rainer Rilling: Imperialität. S. 15ff.

<sup>111</sup> Vgl. Herfried Münkler: Das Prinzip Empire. In: Ulrich Speck / Natan Sznaider (Hrsg.): Empire Amerika. S. 106ff.

<sup>112</sup> Vgl. ebenda. S. 114ff., sowie Rainer Rilling: Imperialität. S. 21.

<sup>113</sup> Detlef Junker: Power and Mission. S. 162.

keitsrevolution (1776–1783), dem darauf aufbauenden Freiheits- und Demokratieverständnis, der kontinentalen Dimension ihrer Nationalstaatlichkeit im Ergebnis der Westexpansion, dem vergleichsweise späten Zeitpunkt ihres Einstiegs in den weltweiten Konkurrenzkampf der etablierten imperialistischen Mächte (1898), ihre auffallende Enthaltsamkeit beim Erwerb von Kolonien, ihre lange anhaltende Fixierung auf die faktische »Insellage« (Isolationismus), die die USA erst angesichts der Doppelbedrohung durch den deutschen und japanischen Faschismus aufgegeben haben (1941), und schließlich die Sonderrolle als *die* »(gesamt)kapitalistische Supermacht« in der fast fünfzigjährigen Systemauseinandersetzung mit der Sowjetunion (1945–1991), die sich selbst zwar als antikapitalistisch und antiimperialistisch verstand, zugleich aber als Imperium agierte. Wenn man diese Besonderheiten begrifflich auf den Punkt bringen will, bietet sich dafür der Begriff des »informellen« Empire bzw. Imperialismus an. Mit Verweis auf die genannten historischen Besonderheiten der USA lässt sich das auf sie bezogene Empire-Verständnis in doppelter Hinsicht ab- und eingrenzen: Zum einen sind die USA ein kapitalistisch basiertes Empire, zum anderen stellen sie im Vergleich zu den ebenfalls kapitalistisch definierten Kolonialimperien der »alten« europäischen Großmächte einen qualitativ gesonderten Typus dar. Damit wird der durch die europäischen Erfahrungen geprägte traditionelle Empire- bzw. Imperialismusbegriff notwendigerweise erweitert. Empire und Imperialismus sind nunmehr eben nicht nur und – mit Blick auf die Gegenwart – nicht einmal hauptsächlich über die formelle Inbesitznahme und die direkte Kontrolle von Kolonien zu definieren, sondern implizieren gleichermaßen bzw. zuvörderst informelle Aneignung und indirekte Kontrolle.

3. Mit Blick auf die derzeitige Machtposition der USA ergeben sich darüber hinaus weitere Definitionskriterien für einen zeitgemäßen Empire-Begriff: Zum einen ist die qualitativ neue, sich aus der gegenwärtigen Globalisierung ergebende Rekonfiguration des Raum-Zeit-Verhältnisses zu nennen. Im Zuge der immer breiteren Anwendung neuer Transport- und Kommunikationstechnologien verliert der direkte Besitz von großen Territorien stark an Bedeutung, ohne dass damit eine Minderung der Zugriffsmöglichkeiten verbunden ist. Im Gegenteil: den USA ist es aufgrund ihres ökonomischen Gewichts, ihrer kulturellen Präsenz und ihres militärisch-technischen Kapazi-

täten möglich, zu jeder Zeit und an jedem Ort des Globus ihre Machtfülle in die Waagschale zu werfen, wenn sie dies für notwendig und vorteilhaft halten. Die Kombination eines Nationalstaates von kontinentaler Dimension mit einer militärischen Netzwerkstruktur globalen Ausmaßes, das nichtsdestotrotz den Charakter eines »Empires of Bases«<sup>114</sup> hat, ist heutzutage ausreichend, um »Imperialität« auszuüben. Die zeitlich nicht begrenzte, global definierte und präventiv ausgeübte Interventionsbereitschaft der USA findet ihren aktuellen Ausdruck im Konzept des »Krieges gegen den Terror«, das in komprimierter und zugleich unverhüllter Form in der »National Security Strategy« vom September 2002 seinen Niederschlag gefunden hat.

Zum zweiten zeigt sich in der gegenwärtigen Imperialität der USA der (vorläufige) Höhe- und Endpunkt des Formwandels kapitalistischer Imperialität. Rückblickend hat kapitalistisch basierter Imperialismus verschiedene Stadien durchlaufen. Das erste beginnt mit der Errichtung von Kolonialreichen durch die mächtigsten europäischen Nationalstaaten, welche in ihrer Summe das kapitalistische Weltsystem bilden. Nach der Aufteilung der Welt vollzieht sich der Übergang zu einer verschärften inner-imperialistischen Konkurrenz zwischen alten und neuen Imperialismen, die in einem dreißigjährigen, äußerst blutig geführten Krieg um die Weltherrschaft münden (1914–1945). Das dritte Stadium ist durch die Eindämmung und Zurücknahme dieser offenen, militärisch ausgetragenen Rivalität gekennzeichnet. Stattdessen bildet sich eine qualitativ völlig neue imperialistische Weltkonstellation heraus, die sich einerseits in einem kollektiven kapitalistischen Imperialismus unter unstrittiger Führung der USA, die sich in ihrer (westlichen) Machtsphäre als »gütiger« Hegemon« präsentieren, manifestiert. Andererseits etabliert sich in Gestalt der Sowjetunion eine Art »Gegenimperium«, das jedoch gegen das modernere, ökonomisch überlegene US-Empire unterliegt und unerwartet schnell und »friedlich« infolge imperialer Überdehnung implodiert. Damit beginnt 1990 ein viertes Stadium kapitalistischer Imperialität, das durch die unangefochtene Machtstellung eines einzigen Empires von globaler Reichweite charakterisiert ist: »Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem

114 Rainer Rilling: Imperialität. S. 58.

Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielendes Projekt verfolgt.«<sup>115</sup>

4. In der bisherigen Argumentation ist »Imperialismus« – ausgehend vom weiter vorn umrissenen Konzept des »Empire« – vor allem über die »Territoriallogik« bestimmt worden, während die für ein marxistisches Verständnis maßgebliche ökonomische Dimension (»Kapitallogik«) zunächst vernachlässigt wurde. Geht man von dieser aus, dann sind auch bei dieser Dimension für die Gegenwart Veränderungen zu konstatieren, die dazu berechtigen, von einem »neuen Imperialismus« zu sprechen.<sup>116</sup> Zu diesen neuen Merkmalen zählen: die<sup>17</sup>

Herausbildung eines »Finanzmarkt-Kapitalismus«<sup>117</sup> bzw. eines »finanzdominierten Akkumulationsregimes als Phase und Form des Imperialismus«<sup>118</sup>, ein neuartiges Verhältnis zwischen Weltmarkt und Staat, wobei letzterer im Zuge der Standortkonkurrenz immer mehr zum »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch) mutiert, in einer bislang nicht gekannten globalen Mobilität des Kapitals im allgemeinen und des Finanzkapitals im besonderen im Ergebnis sprunghaft anwachsender Konzentration und Monopolisierung, was sich nicht zuletzt in der neuen Rolle von transnationalen nichtstaatlichen Akteuren als mächtige »Gegenspieler« des Nationalstaates zeigt. In der linken Debatte über die analytische Schärfe des Imperialismusbegriffes und seiner Anwendung auf den globalen Kapitalismus der Gegenwart werden besonders vier Problemfelder kontrovers diskutiert: erstens die Frage der inner-imperialistischen Rivalität und ihrer politischen Sprengkraft, zweitens das Verhältnis von Staatensystem und Weltmarkt, drittens das Verhältnis von »hard« und »soft power« bzw. Zwang und »freiwilliger« Unterordnung sowie viertens die Frage, ob Imperi-

<sup>115</sup> Ebenda. S. :22.

<sup>116</sup> Vgl. David Harvey: Der neue Imperialismus. Hamburg 2005.

<sup>117</sup> Vgl. Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg 2006, sowie Paul Windolf (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45/2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen / Wiesbaden 2005.

<sup>118</sup> Vgl. Christian Zeller: Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004. S. 82ff.

alismus ein besonderes Stadium oder ein generelles Merkmal des Kapitalismus darstellt.<sup>119</sup>

In diesem Zusammenhang gibt die Meinung von *Robert Cooper*, eines britischen Diplomaten, der sich als außerpolitischer Berater von Tony Blair einen Namen gemacht hat und seit einigen Jahren als Generaldirektor für politisch-militärische Angelegenheiten der EU für Javier Solana tätig ist, einen interessanten Einblick in das imperialistische Selbstverständnis führender Vertreter der vermeintlichen »Zivilmacht Europa«:

»Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten: Der erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium und durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt – für diesen neuen Imperialismus ist charakteristisch, dass er multilateral ist.«<sup>120</sup>

»Die Herausforderung der modernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung ... Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.«<sup>121</sup>

Beide Zitate belegen ebenso wie die National Security Strategy des Weißen Hauses vom September 2002 klar den Willen der zentralen machtpolitischen Akteure der kapitalistischen Zentrumsstaaten, gerade unter den heutigen »postmodernen« Bedingungen eines globalen 21. Jahrhundert Imperialismus zu praktizieren. Inwiefern der Imperialismusbegriff hinreichend geeignet ist, die neue Qualität des globalen Kapitalismus insgesamt zu benennen, kann nur in der an-

<sup>119</sup> Vgl. dazu besonders die Beiträge von Alex Callinicos, Kees van der Pijl, Peter Gowan und Frank Unger. In: Giovanni Arrighi et al.: *Kapitalismus reloaded*; David Harvey: *Der neue Imperialismus.*, sowie Christian Zeller: *Die globale Enteignungsökonomie.* S. 61ff.

<sup>120</sup> Robert Cooper: *The Post-Modern State In: Mark Leonard (Hrsg.): Re-Ordering the World.* The Foreign Policy Centre. London 2002. S. 18.

<sup>121</sup> Ebenda. S. 16.

stehenden Debatte geklärt werden und muß deshalb an dieser Stelle offen bleiben. Immerhin scheint vieles dafür zu sprechen, dass Imperialismus im Sinne eines »Willens zum Imperium«<sup>122</sup> eines der zentralen Merkmale des globalen Kapitalismus ist.

5. Vor diesem Hintergrund gewinnt »Imperialität« in zweifacher Hinsicht eine neue Bedeutung für das Funktionieren des nunmehr globalen Kapitalismus: Zum einen gilt es, die zwei Wirkungsebenen des kapitalistischen Weltsystems – Weltmarkt und Staatensystem-, die beide deutliche, aber kontingente und unausgeglichene Globalisierungsschübe erfahren, neu auszubalancieren. Zum anderen erlangt außerökonomischer Zwang im Zuge der Durchsetzung der »globalen Enteignungsökonomie«<sup>123</sup> erneut ein größeres Gewicht im Rahmen der kapitalistischen Akkumulation. Beide Prozesse, die untrennbar mit der gegenwärtigen Globalisierung verbunden sind, machen eine Neubestimmung des Verhältnisses von Territorial- und Kapitallogik erforderlich<sup>124</sup>, die ihrerseits für die Herausbildung von Imperialismus konstituierend sind. Das zweifach erforderliche Ausbalancieren von Weltmarkt und Staatensystem bzw. ökonomischem und außerökonomischem Zwang kann wiederum nur von Strukturen erbracht werden, die in den dafür relevanten Bereichen hinreichend verankert sind und über ausreichende Steuerungskapazitäten verfügen. Derzeit ist allein das US-Empire imstande, auf diese neuen Herausforderungen des globalen Kapitalismus zu reagieren, da es als einziges imperiales Projekt selbst eine globale, d.h. planetarische Dimension ausprägen konnte.

Im einzelnen fallen folgende Aufgaben in seinen »Zuständigkeitsbereich«:

- a) die Konkurrenz innerhalb des Zentrums des kapitalistischen Weltsystems zu verhindern bzw. zu minimieren;
- b) die gesamte Welt für die weitere Expansion des Kapitalismus sicher zu machen und
- c) gleichzeitig dafür zu sorgen, das dies alles im Einklang mit der Sicherung und dem Ausbau der eigenen Machtposition steht.<sup>125</sup>

<sup>122</sup> Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Bonn 2005. S. 20.

<sup>123</sup> Christian Zeller: Die globale Enteignungsökonomie.

<sup>124</sup> David Harvey: Der neue Imperialismus. O. S. 59ff.

<sup>125</sup> Rainer Rilling: Imperialität. S. 40, 46.

Im diesem Sinne können die USA durchaus als »Ordnungsmacht des Weltmarktes«<sup>126</sup> bzw. »als politischer Hegemon im Prozess der Globalisierung«<sup>127</sup> betrachtet werden – eine Funktion, der sie nur nachkommen können, wenn sie als informelles globales Empire agieren. Den engen, wechselseitigen Zusammenhang zwischen der neuen Globalität des Kapitalismus und der neuen Globalität des US-Empire drückt Rilling mit folgenden Worten aus: »Die neue Globalität des Kapitalismus realisiert sich als hegemoniale Globalisierung mit US-amerikanischer Handschrift.«<sup>128</sup> In diesem Sinne kann und sollte der neue Imperialismus auch als ein Hauptmerkmal des globalen Kapitalismus bestimmt werden. Primär durch ihre global ausgelegte imperiale Machtkonzentration war es den USA bislang möglich, der an neoliberalen Prinzipien ausgerichteten Globalisierung eine Bresche zu schlagen und ihr die gewünschte Ausrichtung zu geben.

»Das Neue am imperialen Projekt in der Zeit des globalen Kapitalismus der Gegenwart ist sein neoliberaler Charakter und seine auf die Bearbeitung von Weltordnung bezogene interventionistische und entgrenzte Anlage; das Neue am Neoliberalismus ist auch die Entfaltung von Imperialität und die Ausbildung eines anderen Typus von Informatität, als er bis in die 70er Jahre charakteristisch war.«<sup>129</sup>

6. In dem Maße jedoch, wie dieser maßgeblich von ihr eingeleitete und zu verantwortende Prozess der neoliberal-imperialen Globalisierung absehbare wie nichtintendierte Folgen und Kosten zeitig, treten die Konflikte und damit auch die Grenzen der neuen Machtstruktur, dessen Zentrum vom US-Empire gebildet wird, hervor. Zur Bestimmung dieser Konflikte und Grenzen ist es sinnvoll, verschiedene Ebenen zu unterscheiden: erstens die Ebene der Globalität des planetarischen Erdsystems, zweitens die Ebene der Globalität des kapitalistischen Weltsystems und drittens die Ebene der Globalität des US-Empire. Die einzelnen Konflikte ergeben sich zum einen aus Kollisionen und Spannungen zwischen den drei genannten Ebenen und zum anderen aus Widersprüchen innerhalb dieser. Als grundsätzliches, übergreifendes Problem kann dabei die epochale Verortung des »American Empire« ausgemacht werden. Die USA erreichen

<sup>126</sup> Dan Diner: Das Prinzip Amerika. S. 266.

<sup>127</sup> Ebenda. S. 260.

<sup>128</sup> Rainer Rilling: Imperialität. S. 44.

<sup>129</sup> Ebenda. S. 64.

zu einem Zeitpunkt den Zenit ihrer globalen Machtausweitung, in dem diese größte absolute Machtfülle in der Geschichte der Menschheit sich dennoch als obsolet erweist, und zwar aus einem einfachen Grund: Kein Imperium, auch kein globales wie das der USA ist in der Lage, mit den Mitteln der Imperialität die neuartige Globalität des 21. Jahrhunderts zu »managen« oder gar zu kontrollieren. Die Globalität der Weltrisikogesellschaft ist zu komplex, risiko- und konfliktbeladen, als dass ein einziger Machtfaktor – und sei er noch so groß – in der Lage wäre, diese nach seinen Vorstellungen, Interessen und Kalkülen zu gestalten, geschweige denn eine menscheits- und naturgerechten Ausweg aus der globalen Krisensituation im Sinne von globaler »fair future« zu weisen. Denn dazu müsste ein globaler Transformations- und Umverteilungsprozess in Gang gesetzt werden, der auf den dauerhaften, nachhaltigen Abbau des derzeitigen Macht-, Ressourcen- und Wohlstandsgefälles zielt, dessen Hauptnutznießer ja gerade die USA als einzige globale Supermacht sind. Mit kapitalistischen Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnissen im allgemeinen und deren imperialer Ausformung im besonderen lassen sich die Probleme und Konflikte der Weltrisikogesellschaft nicht erfolgreich bearbeiten. Im Gegenteil: Sie führen zwangsläufig zu deren Verschärfung.

Neben dem unlösbaren Basiskonflikt zwischen der Globalität des Erdsystems und der Globalität des kapitalistischen Weltsystems gibt es eine Reihe von Sekundärkonflikten innerhalb des letzteren, die sich zum einen aus der zunehmenden Betonung der Sonderinteressen des US-Empire und der Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des Gesamtsystems ergeben. Die Auseinandersetzungen innerhalb des »Westens« um den Irakkrieg sind nur ein Beispiel von vielen. Relevanter sind die zahlreichen Probleme, die sich aus dem statusquo-Denken der aktuellen »Spitzenreiter« und dem Aufstieg neuer Weltmächte (China, Indien) im Kontext mit der globalen Energiekrise und Klimakatastrophe ergeben.<sup>150</sup> Selbst innerhalb des »American-Empire« treten Konflikte auf, die sich einerseits aus den Disproportionen zwischen den verschiedenen Quellen und Ebenen der Macht der USA speisen und für die M. Mann eine zutreffende Beschreibung geliefert hat: »Das *American Empire* entpuppt sich als militärischer Rie-

<sup>150</sup> Jeremy Leggett: Peak Oil.

se, ökonomischer Trittbrettfahrer, politisch Schizophrener und ideologisches Phantom.«<sup>151</sup> Auch die Neuausrichtung der imperialen Strategie auf das Zentrum des eurasischen Doppelkontinents überfordert die USA bereits jetzt strukturell wie ressourcenmäßig, was primär damit zusammenhängt, dass die USA ihren bisherigen Aufstieg ihren Vorteilen als See-Imperium zu verdanken haben und sie bislang lediglich an der westlichen bzw. östlichen Peripherie Eurasiens verankert waren. Mit ihrem Griff nach dessen Zentrum geraten sie zwangsläufig in Konflikt mit Russland und China, die genau dort ihren originären Macht- und Einflussbereich haben. Insgesamt tritt damit das Grundproblem der imperialen Überdehnung<sup>152</sup> auf die Tagesordnung, das in der Kosten-Nutzen-Kalkulation bereits jetzt eine unüberbrückbare Kluft zwischen imperial bedingten Anforderungen und realer Kapazität aufzeigt.

Man kann darüber streiten, ob die USA tatsächlich »zur Weltmacht verdammt«<sup>153</sup> sind oder ob sie sich diese Position selbst gewünscht bzw. »erarbeitet« haben. Auf alle Fälle verdammt die von den USA errungene »Weltvorherrschaft«<sup>154</sup> sie gleichzeitig zur globalen Verantwortung. Die Frage ist »nur«, ob und wie sie dieser globalen Verantwortung gerecht werden. Dies verweist auf die Frage, wie die Machtelite der USA ihre ureigene »Mission« definiert und welche Optionen sich daraus ergeben.

7. In Sachen Imperialität diagnostiziert Rilling<sup>155</sup> ebenso wie Junker<sup>156</sup> einen Konsens der herrschenden Klasse der USA. Nach übereinstimmender Meinung beider Autoren zielt das imperiale Projekt der USA klar auf Weltvorherrschaft, die nach Junker »nicht mehr Hegemonie und noch nicht Weltherrschaft« ist, sondern »irgendwo dazwischen« liegt.<sup>157</sup> Allerdings kann man – ausgehend von dieser grundsätzlichen Übereinstimmung – »zwei Varianten des American Way of Globalism« unterschieden, wobei beide »mit einem unterschiedlichen Mischungs-

<sup>151</sup> Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. S. 27.

<sup>152</sup> Vgl. Herfried Münkler: Imperien. S. 172ff.

<sup>153</sup> Vgl. Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush. Berlin 2005.

<sup>154</sup> Vgl. Detlef Junker: Power and Mission. S. 160.

<sup>155</sup> Vgl. Rainer Rilling: Imperialität. S. 52, 55.

<sup>156</sup> Vgl. Detlef Junker: Power and Mission. S. 161.

<sup>157</sup> Ebenda. S. 162; vgl. auch Rainer Rilling: Imperialität. S. 48.

verhältnis von *Markets and Missiles*« operieren.<sup>158</sup> Neben dieser strategischen Unterscheidung zwischen einer liberalimperialen und multilateralen Variante imperialer Politik einerseits und der derzeit dominanten Variante des globalen Unilateralismus andererseits gibt es eine weitere optionale »Auffächerung« entsprechend der »Drei-Welten-Theorie« von Cooper, die Ulrich Menzel mit Verweis auf die neuartige »Globalisierung von Hegemonie« durch die USA als »Facette der Globalisierung« wie folgt beschreibt:

»Die Konsequenzen [dieser globalen Hegemonie – P. G.] für die USA laufen auf eine dreidimensionale Außenpolitik hinaus. Ganz im Sinne der eingangs skizzierten Drei-Welten-Theorie werden sie in der postmodernen Welt des demokratischen Friedens einen Multilateralismus verfolgen, der sich allerdings auf den Bereich der low politics beschränkt – und auch dieses nur selektiv, wenn fundamentale Interessen berührt sind und wenn die Kooperation sich rechnet. [...] In der modernen Welt der klassischen Nationalstaaten, gegenüber China, Rußland, Indien und anderen Atommächten, insbesondere wenn sie auch über wirtschaftliche Potenz verfügen, wird eine klassische realistische Politik verfolgt, die weiterhin auf Diplomatie und Gleichgewichtsdenken, aber auch auf Abschreckung und strategische Rüstung setzt. Für die Welt des neuen Mittelalters, die prämoderne Welt aus Terrorismus, Schurkenstaaten und gescheiterten Staaten gilt, zumindest in der Theorie, die wesentlich von Paul Wolfowitz geliefert wurde, die in der NSS 2002 dargelegte Zwei-Phasen-Strategie. Erst militärische Prävention, um in Schurkenstaaten Regimewechsel herbeizuführen, um in gescheiterten Staaten das Gewaltmonopol wieder herzustellen, um die Rückzugsräume des Terrorismus auszutrocknen. Dann folgt Phase 2 des demokratischen Aufbaus nach dem Muster der Besatzungszeit in Deutschland oder Japan. Afghanistan für einen gescheiterten Staat und Irak für einen Schurkenstaat haben hier paradigmatische Bedeutung. Ob das Projekt Demokratisierung, soziale Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung allerdings gelingt, ist eine offene Frage.«<sup>159</sup>

<sup>158</sup> Ebenda. S. 53.

<sup>159</sup> Ulrich Menzel: Comeback der drei Welten. Der amerikanische Sonderweg und die Alternativmacht Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12/2003. S. 1460.

Was im Jahr 2003, unmittelbar nach der militärischen Besetzung des Irak noch offen war, ist inzwischen – ebenfalls mit paradigmatischer Bedeutung – hinreichend beantwortet. In beiden »Musterländern« imperialer Politik gegenüber »prämodernen« Staaten kann diese als gescheitert angesehen werden.

Wer auch immer nach G. W. Bush das Amt des US-Präsidenten übernimmt, wird grundsätzliche Richtungsentscheidungen treffen müssen. Liegen die Fragen, ob imperiale Politik künftig allein oder im US-dominierten Bündnis, vor allem durch Zwang oder doch mehr über Konsens umgesetzt wird, noch innerhalb des imperial definierten Entscheidungsspielraums, so wird dieser mit der Frage nach der Fortsetzung imperialer Status-quo-Politik vs. Politik von »global fair future«, die darauf hinauslaufen würde, dass sich die USA als Empire selbst überflüssig machen müssten, schon gesprengt. Ob die Elite und die Bevölkerung des einzigen globalen Empire die Einsicht, den Mut und die Stärke haben werden, diesen für sie schweren, aber für das Überleben der Menschheit notwendigen Weg der mehr oder weniger freiwilligen Aufgabe ihrer privilegierten Machtposition einzuschlagen, muss tatsächlich offen bleiben. Wie auch immer: die Entscheidung wird in den USA selbst fallen müssen und die Konsequenzen werden uns alle betreffen. Es geht dabei ums Ganze, um die Frage, ob und wie wir und die Erde überleben werden.

## **5. Globale Trends: Wachsender Problemstau bei sich schließendem Zeitfenster**

Im folgenden wird der Versuch unternommen, die allgemeine Dynamik der gegenwärtigen Globalisierung und die globalen Trends in den zentralen Teilbereichen dieses Prozesses in ihren Grundzügen zu umreißen. Dabei soll gezeigt werden, dass sich bei allgemeiner Beschleunigung der globalen Trends nicht nur die einzelnen Probleme (in unterschiedlichem Maße) verschärfen und zuspitzen, sondern sich gegenseitig noch verstärken bzw. miteinander verflechten, so dass sich komplexe negative Synergien aufbauen. Diese Grunddynamik führt dazu, dass bei wachsendem Problemdruck das Zeitfenster für das notwendige Um- und Gegensteuern rasch kleiner wird. Die Kombination von Reichweite und Komplexität der aufgezeigten Probleme mit dem

immensen Zeitdruck führt zu einer völlig neuartigen Situation, in der der Faktor Zeit den Ausschlag für die Anzahl und die Art der zur Verfügung stehenden Alternativen gibt.

### *Allgemeine Dynamik der gegenwärtigen Globalisierung*

Die allgemeine Dynamik der gegenwärtigen Globalisierung ist dadurch charakterisiert, dass sich die dem Kapitalismus eigenen Tendenzen zur Beschleunigung, Verdichtung, Ausweitung, Entgrenzung und Intensivierung gesellschaftlicher Entwicklung im Vergleich zu seiner bisherigen Durchsetzung noch einmal sprunghaft steigert. Aufgrund des mit der dritten industriellen Revolution zu Tage tretenden Selbstwiderspruchs des Kapitalismus gewinnt Fragmentierung sowohl gegenüber der Homogenisierung im gegenwärtigen Globalisierungsprozess als auch im Vergleich zu den Fragmentierungen früherer Globalisierungsschübe ein deutliches Übergewicht. Diese Umkehr im Verhältnis Homogenisierung – Fragmentierung ergibt sich aus der der dritten industriellen Revolution eigenen Tendenz zur Exklusion von wachsenden sozialen Gruppen und bestimmter Regionen, während früher kapitalistische Expansion primär durch Inklusion charakterisiert war. Kennzeichnend für den gegenwärtigen Globalisierungsschub sind also eine bisher ungekannte Kompression von Raum und Zeit (globale Echtzeit) bei gleichzeitiger Fragmentierung der betroffenen Räume und Strukturen. Die dabei entstehenden oder »mitgeschleppten« Probleme und Widersprüche verschärfen und verketteten sich beschleunigt, so dass das »Zeitfenster«, das für ihre adäquate (rechtzeitige) Bearbeitung bleibt, sich rasch zu schließen beginnt.

### *Globale Trends in zentralen Teilbereichen der Globalisierung*

Die im folgenden vorgestellte Darstellung der wichtigsten globalen Trends in den fünf genannten Teilbereichen basiert auf einer Einteilung, die von der Stiftung Entwicklung und Frieden vorgenommen wurde.<sup>140</sup> Die Teilbereiche wiederum werden zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit und Übersichtlichkeit nach vier Kriterien analysiert:

<sup>140</sup> Vgl. Ingomar Hauchler / Dirk Messner / Franz Nuscheler. Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt a. M. 2001. S. 49ff.

- a) Hauptkonflikt innerhalb des jeweiligen Teilbereichs;
- b) die mit ihm verbundenen oder sich aus ihm ergebenden Teilkonflikte;
- c) der derzeitige bestimmende Trend innerhalb des Teilbereichs, der sich aus den genannten Konflikten ableiten lässt;
- d) die Bedeutung, die sich aus a–c für den Stellenwert des Teilbereichs im Gesamtkomplex der miteinander verknüpften globalen Trends ergibt.

*Weltgesellschaft: Polarisierung*

a) Der *Hauptkonflikt* der Weltgesellschaft ist (nach wie vor) der zwischen arm und reich. Zwar ist strittig, inwieweit sich bereits eine Weltgesellschaft als solche herausgebildet hat, was aber insofern irrelevant ist, als dass dieser soziale Konflikt in allen Gesellschaften der zentrale ist, weil von ihm der Zusammenhalt und Funktionsfähigkeit der jeweiligen Gesellschaft maßgeblich abhängt bzw. durch ihn die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung in erster Linie bestimmt wird. Dies wird inzwischen auch indirekt von allen maßgeblichen internationalen Institutionen anerkannt, die deshalb die Bekämpfung der Armut in den Mittelpunkt der bis 2015 zu erreichenden »Millenniumsziele« gestellt haben. Allerdings ist bereits jetzt schon absehbar, dass diese mit den bisherigen Maßnahmen nicht zu erreichen sind. Vielmehr ist zu befürchten, dass sich im Zuge des (Zusammen-)Wirkens negativer Trends in anderen Teilbereichen (ökologische Probleme, Ressourcenverknappung, Rückzug des Staates, sinkende Einkommen) die Armut auf neue Bereiche ausweiten wird. Dies gilt besonders dann, wenn die Privatisierung der Grundversorgung (v. a. Wasser und Energie) und die damit verbundene Verwandlung von »common goods« in Waren nicht gestoppt und umgekehrt werden kann.

b) Die wichtigsten *Teilkonflikte* in diesem Bereich der Globalisierung sind in erster Linie Konflikte, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben bzw. mit ihr zusammenhängen (Bevölkerungswachstum, Überalterung bzw. »Jugendschwemme«, Verstädterung mit Megastädten und Elendsvierteln, Genderfragen, Migration).

c) Der globale *Haupttrend* der Weltgesellschaft ist gegenwärtig durch rasch zunehmende Polarisierung bestimmt. Alle verfügbaren Indika-

toren zeigen an, dass die Kluft zwischen arm und reich sowohl auf der globalen Ebene als auch zwischen Ländern und Ländergruppen wie auch innerhalb der einzelnen Länder im Zuge der neoliberalen Globalisierung rapide wächst. Der gesellschaftliche Reichtum konzentriert sich in immer weniger Händen, während eine wachsende Zahl von Armen sich mit einem immer geringeren Anteil zufrieden geben muss. Gemeinhin wirkt eine entsprechend große Mittelschicht zwar sozial dämpfend, die jüngsten Trends zeigen aber auch für diese soziale Schicht eher negative Entwicklungen. So sind die »alten« Mittelschichten in Westeuropa und Lateinamerika stark von Erosionserscheinungen bis hin zur massenhaften Verarmung (Argentinien) bzw. Prekarisierung (ganz Lateinamerika; beginnend in Westeuropa) betroffen. In Afrika sind die Mittelschichten zahlenmäßig schwach und hängen viel stärker als anderswo vom Staat ab, weshalb dort die gesellschaftliche Desintegration am weitesten fortgeschritten ist. In Osteuropa, China und Indien sind mit der Weltmarktöffnung und den damit verbundenen wirtschaftlichen Erfolgen zwar neue Mittelschichten rasch angewachsen, sind aber quantitativ (noch) nicht stark genug, um als ausreichender Puffer in diesen stark polarisierten oder sich beschleunigt polarisierenden Gesellschaften, die zudem sowohl in China als auch in Indien noch mehrheitlich agrarisch geprägt sind, wirksam werden zu können. Es ist sehr fraglich, dass die Mittelschichten in China und Indien die erforderliche »Pufferquantität« erreichen können, da bereits jetzt das dafür erforderliche wirtschaftliche Wachstum zu zahlreichen Konflikten innerhalb der genannten Länder wie auch mit anderen Ländern (im Falle Chinas mit USA, Taiwan, Südkorea, Japan) oder global (Umweltbelastungen, Ressourcenknappheit) führt.

**d)** Das Konfliktpotential der oben skizzierten Entwicklung der Weltgesellschaft ist jetzt schon sehr hoch und wird wohl weiter rasch zunehmen. Insofern kommt diesem Bereich eine zentrale *Bedeutung* zu. Andererseits wird die Konfliktdynamik maßgeblich von anderen Teilbereichen beeinflusst, so dass von dort sowohl dämpfende als auch verschärfende Impulse wirksam werden können.

*Weltkulturen: Fundamentalisierung*

a) Ungeachtet aller Globalisierung, die auch im Bereich der Kultur(kreise) wirksam ist, bleibt die Vielfalt menschlicher Kulturen nicht nur erhalten, sie stellt sogar eines der hervorstechenden Merkmale der gegenwärtigen Globalisierungsphase dar. Die durch die europäische Welteroberung verursachten und sich während des Kolonialismus verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Tendenzen der Verwestlichung einerseits und dem Widerstand der ihre Identität verteidigenden Völker andererseits bilden den *Hauptkonflikt* in diesem Bereich. Nach einer Phase, in der auch die Elite der jungen Nationalstaaten das angestrebte Ziel der Modernisierung weitgehend mit Verwestlichung gleichgesetzt hat, war die islamische Revolution 1979 in Iran der Auftakt zu einem radikalen Umschwung, der durch die bewusste Abkehr von einer (kulturellen) Annäherung an den Westen (Entwestlichung) gekennzeichnet war. Dabei ist es den ostasiatischen Gesellschaften (zuerst Japan, nun auch China) am besten gelungen, ökonomisch-technische Verwestlichung mit kultureller Entwestlichung zu verbinden. In der arabisch-islamischen Welt hingegen ist die gescheiterte ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung ein – vielleicht sogar der – wesentliche(r) Grund für das Erstarken eines antiwestlichen religiösen Fundamentalismus. Wichtigste Ursache für den Hauptkonflikt zwischen Ver- und Entwestlichung ist das Scheitern des westlichen Universalismus, der irrtümlich davon ausgegangen ist, daß sich aus ökonomisch-technischer Modernisierung automatisch eine kulturelle Modernisierung in Gestalt der (bruchlosen) Übernahme westlicher Werte, Gewohnheiten und Institutionen ergibt.

b) Die *Teilkonflikte* im Bereich der Weltkulturen werden maßgeblich durch das Auftauchen und Erstarken kulturell-identitärer Bewegungen bestimmt, die aber nur in bestimmten Fällen (Islamismus, Hindu-Nationalismus, Teile der religiösen Rechten in den USA) einen fundamentalistischen Charakter ausprägen. Die neue Herausforderung, die die kulturell-identitären Bewegungen für die internationale Politik darstellen, hat jedoch zumeist nicht-kulturelle Ursachen. Dies sowie die Tatsache, dass die Auseinandersetzungen mit dem Fundamentalismus auch und gerade innerhalb der jeweiligen Kulturen erfolgen bzw. erfolgen müssen, führt die These vom »Kampf der Kul-

turen« (Huntington) bei aller scheinbaren Plausibilität ad absurdum (siehe jüngste Entwicklung im Irak). Die Ablehnung dieser These darf aber nicht dazu führen, dass das politische Potential, das Kultur als Machtressource generell innewohnt, und die Möglichkeiten politischer Instrumentalisierung von Kultur, wie sie gerade von Fundamentalisten jeglicher Provenienz praktiziert wird, unterschätzt werden.

c) Einen bestimmenden *Haupttrend* im Bereich der Weltkulturen auszumachen, fällt schwer. Wenn überhaupt, dann ist es vor allem die generelle Aufwertung, die die Kultur als politische Mobilisierungs- und Machtressource erfahren hat. Darüber hinaus kann man vom Neben-, Mit- und Gegeneinander verschiedener Trends ausgehen, zu denen Hybridisierung, Multikulturalismus, Interkulturalismus, der situationsbedingte Wechsel zwischen verschiedenen kulturellen Identitäten, Fundamentalisierung sowie die Gleichzeitigkeit von ökonomisch-technischer Orientierung auf den Westen (»nachholende Entwicklung = Verwestlichung«) und seiner politisch-kulturellen Ablehnung (»Entwestlichung«) zählen.

d) Die zentrale *Bedeutung* der globalen Trends im Bereich der Weltkulturen besteht primär darin, dass dieser Bereich jetzt schon ein wichtiges Feld bzw. eine wichtige Form politischer und ökonomischer Kämpfe ist – mit der gefährlichen und deshalb unbedingt zu verhindernden Tendenz, daß infolge des Erstarken der Fundamentalismen in den verschiedenen Kulturen tatsächlich ein globaler »Kampf der Kulturen« von diesen entfacht werden kann. Daraus ergibt sich zugleich die Notwendigkeit, zwischen und in den verschiedenen Kulturen alle Möglichkeiten eines friedlichen Dialogs auszuschöpfen.

#### *Weltökonomie: Entbettung*

a) Der *Hauptkonflikt* im Bereich der Weltökonomie besteht in den sprunghaft wachsenden Möglichkeiten der Entwicklung technischer wie menschlicher Produktivkräfte einerseits und ihrer sinnvollen Kontrolle und Nutzung andererseits. Der derzeit bestimmende Trend ist darauf gerichtet, die neuen technischen Möglichkeiten gegen die menschlichen Arbeitskräfte und allein zum Zweck einer kurzfristigen, spekulativ motivierten Profitmaximierung einzusetzen. Statt die neuen Technologien für die Verbesserung der Lebenssituation aller

Menschen zu nutzen, reduziert sich gegenwärtig ihr Haupteffekt auf die massenhafte »Freisetzung«, Marginalisierung und Disziplinierung menschlicher Arbeitskraft.

**b)** Daraus ergeben sich zahlreiche *Teilkonflikte*, die sich vor allem in der Dominanz des spekulativen Finanzkapitals über die reale Ökonomie, in der Entmachtung von (lokal gebundener) Arbeit zugunsten des (global agierendem) Kapitals, in einer Weltmarkt euphorie, die zu Lasten der Entwicklung der Binnenmärkte geht, in wachsenden Risiken, die sich aus der profitorientierten »Spontaneität« der Technologieentwicklung ergeben, und in Wirtschafts- und Handelskriegen verschiedenster Art zeigen.

**c)** Gegenwärtig ist die Entwicklung der Weltökonomie durch *den Haupttrend* der Entfesselung und Entbettung gekennzeichnet. Mit einer Wirtschaftspolitik, die einseitig auf Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung (»Washington Consensus«) fokussiert ist, wird einem Marktfundamentalismus der Weg geebnet, der bisherige Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten aushebelt und darauf gerichtet ist, sich alle Lebensbereiche zu unterwerfen. Dem Neoliberalismus kommt dabei die Funktion zu, diesen Marktfundamentalismus zu begründen, durchzusetzen und zu legitimieren.

**d)** Die *Bedeutung* der Weltökonomie besteht primär darin, daß sie als Motor und materielles Fundament der gegenwärtigen Globalisierung fungiert. Ihre Dynamik, Richtung und Gestaltung entscheiden maßgeblich über Verlauf und Ergebnisse der globalen Trends in den anderen Teilbereichen. Sie muss deshalb Hauptadressat politischer Eingriffe und Kontrolle sein. Auf dem Feld der Weltökonomie entscheidet sich, ob und wie die Menschheit überlebt.

### *Weltökologie: Zerstörung*

**a)** Auf dem Gebiet der Weltökologie besteht der *Hauptkonflikt* in der Notwendigkeit, das Überleben der Menschheit und ihrer natürlichen Umwelt zu sichern, einerseits und der fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und immer größeren Teilen der Natur andererseits.

**b)** Die wichtigsten ökologischen *Teilkonflikte* finden ihren Ausdruck im beginnenden Klimawandel, im rasch steigenden Verbrauch nicht erneuerbarer und lebenswichtiger Ressourcen (v. a. Erdöl und Was-

ser) sowie in der beschleunigten Reduzierung der Biodiversität der Erde.

c) Der gegenwärtige *Haupttrend* besteht in der immer weiter um sich greifenden Zerstörung der natürlichen Umwelt und damit der Lebensgrundlagen (nicht nur) der Menschheit.

d) Die *Bedeutung* der Weltökologie liegt darin begründet, dass sie sowohl die Lebens- und Existenzgrundlage der Menschheit ist als auch die Ressourcen für die immer schneller expandierende Weltwirtschaft bereitzustellen hat. In der ökologischen Frage werden die Grenzen und Blindstellen westlicher Rationalität und kapitalistischen Wirtschaftens am deutlichsten sichtbar. Allerdings zeigt sich in ihr auch eines der größten Dilemmata der gegenwärtigen Situation: zwar ist die natürliche Umwelt die Grundlage der Existenz des Menschen und all seiner Aktivitäten, sie verfügt jedoch über keinerlei Mechanismen, um ihrer Zerstörung (rechtzeitig) Einhalt zu gebieten. Es liegt vielmehr in der Vernunft des Menschen, die negativen Folgen seines Handelns rechtzeitig zu erkennen und so zu handeln, daß mit dem nachhaltigen Schutz der Natur auch die Interessen künftiger Generationen gewahrt bleiben. Dazu ist es notwendig, nicht nur von der Prämisse der Naturbeherrschung Abstand zu nehmen, sondern auch und vor allem neue Fähigkeiten der Gesellschafts(selbst)beherrschung und -veränderung zu entwickeln.

#### *Weltpolitik: Steuerungs- und Legitimationsverlust*

a) Der Hauptkonflikt im Bereich der Weltpolitik besteht in der Notwendigkeit und Dringlichkeit politischer Steuerung und Kontrolle bei wachsendem Problemdruck einerseits und einem gegenteiligen Trend der (Selbst-)Einschränkung und Fehlorientierung politischen Handelns. Bei rapide abnehmender Autonomie steht die Politik vor der unabweisbaren Aufgabe, jene Kriterien, Instrumentarien und Kräfteverhältnisse hervorzubringen, mit denen rechtzeitig und nachhaltig ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise der menschlichen Zivilisation gefunden werden kann.

b) Im Bereich der Weltpolitik sind zahlreiche *Teilkonflikte* zu verzeichnen. Angefangen bei zahlreichen Regionalkonflikten, von denen der Nahostkonflikt (mit dem Palästinakonflikt als hartem Kern) der älteste, gefährlichste und am schwierigsten zu lösende ist, über die vie-

len Steuerungs- und Legitimationsdefizite der verschiedensten politischen Institutionen (Nationalstaat, Demokratie, internationale Organisationen und Regimes etc.) bis hin zum Problem der Weltmacht-politik der USA als »letzte und einzige Supermacht« ohne Konkurrenz (Charles Krauthammer: »unipolares Moment«) sind diese Konflikte und Probleme Ausdruck der gegenwärtigen Krise der Politik – und das in einer Situation, in der sie mehr als je zuvor als wichtigste Instanz zur Lösung der oben aufgezeigten Krisenprozesse gefordert ist.

Im Zentrum der theoretischen wie politischen Auseinandersetzung steht dabei die Institution des Nationalstaates. Je nachdem, wie Tiefenwirkung und Stoßrichtung der Globalisierung bewertet werden, wird die Zukunft dieser zentralen, bisher aufs engste mit der Entwicklung des Kapitalismus verbundenen Institution gesehen. Kleinsten gemeinsamer Nenner ist jedoch, dass sich der Nationalstaat unter enormen Anpassungsdruck befindet, der einen – wie auch immer gearteten – Transformationsprozess erzwungen hat, in dessen Ergebnis eher eine Schwächung als eine Stärkung seiner Steuerungs- und Ausgleichsfunktionen zu erwarten ist. Die Aushebelung des Nationalstaates dient in erster Linie einer global agierenden Gruppe kapitalistischer Unternehmen und Fonds dazu, die Machtverhältnisse langfristig zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Umverteilung von Macht zuungunsten von Staat und Arbeit, wie sie derzeit in allen kapitalistischen Industrieländern beobachtet werden kann, ist eines der Hauptmerkmale neoliberaler Globalisierung. Eine der gravierendsten Folgen dieser Entwicklung ist die Aushöhlung demokratischer Normen und Institutionen, die einhergeht mit einem Ausbau der Überwachungs- und Sicherheitsaufgaben des Staates.

In der Dritten Welt (globaler Süden) befindet sich schon zuvor defizitär entwickelte Staat in einem Zustand, der oftmals bereits durch offenes Versagen oder Zerfall gekennzeichnet ist. Diese »failing« oder »failed state« (im deutschen oftmals als »fragile Staaten« bezeichnet) sind nicht nur Ort blutiger Bürgerkriege, sondern auch Epizentrum regionaler Konflikte (Afghanistan, Irak, DR Kongo, Liberia, Somalia).

c) Damit ist zugleich ein *Haupttrend* im Bereich der Weltpolitik benannt: der mit ihrer schwindenden Autonomie verbundene Verlust der Fähigkeit der Politik, bei wachsender Komplexität ein Umsteuern der negativen Trends zu bewirken. Dazu wäre ein Aufbrechen der

bestehenden Machtgefälle (Reich gegenüber Arm, Nord gegenüber Süd, Kapital gegenüber Arbeit, Markt gegenüber Staat, USA gegenüber übriger Welt) notwendig – eine Aufgabe, die auf den Feld der Weltpolitik angegangen und bewältigt werden muss.

d) Darin liegt auch die zentrale *Bedeutung* der Weltpolitik begründet: sie muss sich – wie Münchhausen – selbst aus dem Sumpf »selbstverschuldeter Unmündigkeit« ziehen und jene neuen Fähigkeiten entwickeln, wie sie für die Lösung der Weltkrise(n) notwendig sind.

*Fazit: Die Entgrenzung des Kapitalismus stößt an neue Grenzen*

Generell lassen sich in Zusammenfassung der globalen Trends eine Reihe vorläufiger Feststellungen treffen:

Erstens dominieren in allen fünf Teilbereichen negative Trends, die sich gegenseitig verstärken und in ihrer Summe bestätigen, dass in der gegenwärtigen Globalisierung Fragmentierung überwiegt. Diese Fragmentierungsprozesse sind *Polarisierung* mit der Tendenz zur sozialen Desintegration (Weltgesellschaft), Aufwertung der verschiedenen Formen kultureller, religiöser und ethnischer Identität als Macht- und Legitimierungsressource in politischen Konflikten mit deutlicher Tendenz zur *Fundamentalisierung* (Weltkulturen), die *Entbettung* ökonomisch-technologischer Prozesse mit der Tendenz zur »Diktatur des Marktes« (Weltökonomie), fortgesetzte *Zerstörung* der natürlichen Umwelt (Weltökologie) und größtenteils selbstverschuldeter *Steuerungs- und Legitimationsverlust* der Politik (Weltpolitik). Zweitens haben sich diese Prozesse durch die neue Stufe von Globalität, die keine Externalisierung der Kosten und Verluste mehr erlaubt, durch die Hegemonie des Neoliberalismus, der insgesamt die negativen Tendenzen verstärkt oder erst möglich gemacht hat und dem ein gleichwertiges Gegengewicht mit der Implosion der damaligen Systemalternative abhandeln gekommen ist, durch die Beschleunigung und den »Echtzeiteffekt« menschlichen Handelns sowie durch die aus all dem resultierende Komplexität zur *globalen Krise* verdichtet. Um deren neue Qualität erfassen zu können, leistet die Kategorie der »Welt-risikogesellschaft« (Beck) einen ersten wichtigen Beitrag. Dieser Grundbefund muss aber noch dadurch ergänzt werden, dass mit dem Aufbrechen des Selbstwiderspruchs des Kapitalismus (Kurz) ein kritischer Punkt erreicht ist, an dem zahlreiche Merkmale und Einschät-

zungen seiner bisherigen Entwicklung revidiert oder durch neue erweitert werden müssen. Die wichtigsten sind: der strukturell bedingte Umschlag von der Aufsaug- zur Ausschlusstendenz lebendiger Arbeit im Ergebnis der beschleunigt fortschreitende Substitution durch vergegenständlichte Arbeit; die Kollision ökonomischer Expansion mit ökologischen Grenzen, die mit dem sich abzeichnenden Ende des »fossilen Zeitalters« (Altvater) erstmals die energetische Grundlage bisheriger Kapitalismus-Entwicklung infrage stellt; das Entstehen globaler Finanzmärkte, die einerseits weitgehend unreguliert sind, andererseits aber zum mächtigsten Mechanismus der (immer mehr spekulativen) Kapitalakkumulation aufgestiegen sind, was in der Summe den globalen Kapitalismus in einem Maße verwundbar macht, das bisher bestenfalls durch die Kombination von Weltkrieg und Revolution erreicht wurde.

Drittens hat die neoliberale Globalisierung zahlreiche institutionelle politische Sicherungs- und Regulierungsmechanismen entwertet, wodurch eine präventive und adäquate »Bearbeitung« der Krise immens erschwert wird. In der Summe bewirken die negativen Synergieeffekte der globalen Trends, die neue Qualität der globalen Krise des Kapitalismus sowie die gleichzeitige Lähmung politischer Steuerungsmechanismen und Alternativen eine Situation, in der sich das Zeitfenster für Reformen rasch schließt und die Gesamtentwicklung auf einen Punkt zusteuert, an dem es zum System- und neuerlichen Epochenbruch kommt.

Bereits mit dem Beginn der bipolaren Ära (1945) und der Krise des Fordismus (ab 1970) zeichneten sich erste, aus der kapitalistischen Expansion resultierende Grenzen ab (Möglichkeit der atomaren Selbstvernichtung der Menschheit; »Grenzen des Wachstums«). Inzwischen ist auch vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« (Gorz) und vom »Ende des fossilen Kapitalismus« (Altvater) die Rede. Inzwischen wird klar, dass die globale Verallgemeinerung des vom Westen praktizierten Produktions- und Verbrauchsniveaus mehrfach an ökologische Grenzen (endliche, z.T. schon übernutzte Ressourcen; Belastbarkeit des globalen Ökosystems als Grundlage menschlicher Existenz) stößt (Fair Future). Trotzdem wird weiter auf Wachstum als Axiom gesetzt, was nicht nur impliziert, dass der Westen seinen jetzt schon überproportional hohen Ressourcenverbrauch und die v. a. zu seinen Lasten gehende Umweltzerstörung weiter steigern wird. Hinzu kom-

men die rasch expandierenden neuen Verbraucherländer (v. a. China, Indien) und die ebenfalls schnell anwachsende transnationale Verbraucherklasse.<sup>141</sup> Gerade hier zeigt sich, dass der aktuelle Globalisierungsschub mit dem inzwischen erreichten Grad an Globalität in gefährlichen Konflikt gerät und an Grenzen stößt, deren Überschreiten nicht nur alle bisherigen Existenzgrundlagen des (fossilen) Kapitalismus, sondern auch die der Menschheit insgesamt infrage stellt. Das Hauptproblem besteht darin, dass sich die durch die kapitalistische Expansion verursachten Kosten nicht mehr externalisieren lassen und jetzt schon gesamtgesellschaftlich und global den ausgewiesenen Nutzen übersteigen. Hinzu kommt, dass die Schere zwischen arm und reich in den einzelnen Ländern, zwischen ihnen und grenzüberschreitend, die sich immer schneller und weiter öffnet, dem Wachstumsaxiom die Legitimationsgrundlage entzieht.

Forcierte Entbettung und der Zusammenprall des expandierenden Kapitalismus mit (systemsprengenden) menschheitlichen (planetarischen) Grenzen (globale Probleme) erweisen sich als zwei zusammengehörende Seiten der gegenwärtigen Globalisierung. Neu sind dabei der erreichte Grad an Globalität (im Sinne von Verdichtung und Reichweite), an Beschleunigung (Zeitkompression bis zur globalen Echtzeit) und an Gefährlichkeit (mehrfache Gefährdung der Existenz der Menschheit und des Lebens auf der Erde).

Globalisierung einerseits, deren Dynamik einen »clash« zweier Globalitäten – der Globalität des kapitalistischen Weltsystems mit der Globalität des Erdsystems – immer wahrscheinlicher werden lässt, sowie Zeitverlust durch verfehlte Politik und verkrustete Machtstrukturen andererseits führen dazu, dass die globale Krise auf einen Punkt zusteuert, an dem sich das verbleibende Zeitfenster für eine »weiche« Lösung endgültig schließt.

Am deutlichsten zeichnet sich dieser »*point of no return*« zur Zeit an zwei kritischen Stellen ab: zum einen beim Klimawandel und zum anderen beim »Peak Oil«. Beide Prozesse – Klima- und Energiekrise – können bereits für sich allein unvorhersehbare Kettenreaktionen mit negativen Synergien für alle genannten globalen Trends auslösen. Die Kontingenz (Unsicherheit) wird durch weitere kritische Prozesse dramatisch erhöht. Bereits aus heutiger Sicht zählen dazu der Nah-

141 Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future. S. 77ff.

ostkonflikt, in dem sich zahlreiche Gefahrenpotentiale bündeln (die größten Ölressourcen, Wassermangel, islamistischer Fundamentalismus, Atomwaffen, gescheiterte Modernisierung, militärische Präsenz der USA, Konfliktdauer und Möglichkeit der Verbindung mit anderen regionalen Konflikten wie dem Iran-, Afghanistan- und Kaschmirkonflikt) und der absehbare Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China, der durch den wachsenden Erdölmangel verstärkt wird. Andere unvorhersehbare Krisenfaktoren sind die wachsende Verwundbarkeit der globalen Finanzmärkte und die subjektiven Schwankungen unterworfenen Reaktionen der USA auf ihren absehbaren Abstieg als Hegemonialmacht. Nicht zuletzt die von den USA selbst als größte Gefahr beschworene Verbindung von Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen, die von Bush zur Begründung seines präventiven Unilateralismus missbraucht wird, stellt einen kritischen Punkt dar, der unversehens zum »point of no return« mutieren kann.

## 6. Ausblick: Globaler Epochenbruch als Chance?

Welche Möglichkeiten alternativen politischen Handelns gibt es in dieser Krisensituation überhaupt? Der erste und wichtigste Faktor ist die Widersprüchlichkeit und Gefährlichkeit der neoliberalen Globalisierung selbst. Dieser Faktor kann politisch in mehrfacher Hinsicht genutzt werden. Zunächst kommt es darauf an, die gegenwärtige Situation auf die Höhe der Zeit mit einem zweifachen Ziel zu analysieren: zum einen, um die kritischen Punkte für ein rechtzeitig korrigierendes Eingreifen möglichst exakt zu ermitteln, und zum anderen, um daraus möglichst plausible Argumente für die politische Mobilisierung alternativer Kräfte zu sammeln.

Die Suche nach kritischen Punkten kann man in zweifacher Richtung vorantreiben. Zum einen im Sinne des Auffindens eines oder mehrerer »schwacher Glieder« (vgl. Lenin), zum anderen im Sinne eines »archimedischen Punktes«, an dem die Hebelwirkung intervenierender Anstöße<sup>142</sup> möglichst groß oder effektiv ist. Dabei ist zu beach-

<sup>142</sup> Vgl. Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster 2006, S. 108. Nähere Ausführungen dazu folgen im sechsten und siebenten Kapitel seines Buches.

ten, dass der notwendige Transformationsprozess von globaler Dimension ist, also Veränderungen in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems einschließen muss. Zwei Faktoren können dafür zusammenführend genutzt werden: die wachsende Verflechtung verschiedener Probleme und Prozesse sowie die enorm gesteigerte Verwundbarkeit der zentralen Säulen des derzeitigen Machtgefüges, das im Namen des Neoliberalismus erreicht wurde.

Im Zuge seiner globalen Durchsetzung ist der Neoliberalismus inzwischen über seine ursprünglichen Dimensionen als Ideologie und politisches Projekt hinausgewachsen und hat sich mit der Durchsetzung seiner Hegemonie in zentralen Institutionen (IWF, Weltbank), Staaten (USA, EU-Raum) und Diskursen zu einer globalen Machtstruktur entwickelt. Seine Durchschlagkraft hatte sich mit der Systemwende von 1989/90 derart potenziert, dass sich die von M. Thatcher geprägte Formel »There is no alternative« (TINA) global zu bewahrheiten schien. Die Kehrseite der Medaille ist, daß dem Neoliberalismus damit auch die alleinige (oder zumindest primäre) Verantwortung für die seitdem forcierte Entwicklung und ihre Folgen zugefallen ist. Nach fast 20 Jahren ungebremstem Neoliberalismus hat sich jedoch Ernüchterung breitgemacht, die sich in Lateinamerika bereits zu einer deutlichen Legitimationskrise ausgeweitet hat. Dies verweist auf die Möglichkeit, daß die notwendigen Veränderungen an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems ihren Anfang nehmen können. Generell müssen aber folgende Säulen der globalen *Machtstruktur ins Visier* genommen werden:

a) *Die USA als fragile Hegemonialmacht:* Nach der Implosion der UdSSR sind die USA die einzige Supermacht mit nunmehr globalem Einfluss. Sie konzentrieren in ihren Händen eine historisch einmalige Machtfülle, die sie zum weiteren Ausbau ihrer Vormachtstellung einsetzen. Dieses »unipolare Moment« soll – so der führende Neokonservative Charles Krauthammer – zur »unipolaren Ära« ausgebaut werden. Trotz (oder: gerade wegen) ihrer ungeheuren Machtfülle stoßen die USA zunehmend an die Grenzen dieser Politik: Noch sind sie die führende Wirtschaftsmacht der Welt, allerdings belastet mit einem dreifachen Defizit (negative Handelsbilanz, Haushaltsdefizit, innere Verschuldung). Dieser Boom auf Pump, der bislang vor allem durch die Dominanz des Dollar als »Weltgeld« aufrechterhalten wird, funktioniert aber nur solange, wie die übrigen Wirtschaftsmächte an die

Prosperität der USA und ihre militärischen »Trümpfe« glauben. Die Niederlage im Irak ist ein unübersehbarer Indikator dafür, dass die USA – obwohl mit weitem Abstand mächtigste Militärmacht der Welt – nicht in der Lage sind, ein mittelgroßes Land zu kontrollieren. Der Aufstieg Chinas und die Verknappung der lebenswichtigen Ressource Öl stellen weitere Herausforderungen an die USA dar. Die mittelfristig entscheidende Frage wird sein, wie die USA auf ihre absehbaren Macht-einbußen reagieren werden. Werden sie diese zur Kenntnis nehmen und welchen Ausweg werden sie dann suchen? Wird es eine harte oder eine weiche Landung sein? Werden sie auf die militärische oder die politische Karte setzen?

**b) *Die globale Finanzmärkte als verwundbares Epizentrum des globalen Kapitalismus:*** Die in Echtzeit funktionierenden globalen Finanzmärkte stellen eine neue Stufe bzw. Dimension des Kapitalismus dar. Der schiere Umfang des permanent zirkulierenden und sich immer weiter aufblähenden Finanzkapitals sowie der hochspekulative Charakter seiner »Geisterakkumulation« machen das Herzstück des derzeitigen Kapitalismus zugleich in höchstem Maße verwundbar. Die immer weiter in eine unsichere Zukunft hinausgeschobenen und sich dabei steigernden Verwertungserwartungen beruhen auf Annahmen, die von einer linearen und anhaltenden Aufwärtsentwicklung ausgehen. Wie weiter vorn gezeigt, widerspricht dieses Grundscenario nicht nur allen historischen Erfahrungen, es steht auch in fundamentalem Gegensatz zu den bereits nach derzeitigen Wissensstand bekannten Trends. Auch wenn Zeitpunkt, Auslöser und Verlauf der Kettenreaktion unbekannt sind, so ist dennoch schon jetzt klar, dass der »point of no return« beschleunigt näherrückt, an dem die negativen Synergieeffekte ungelöster Probleme nicht mehr umzulenken oder zu mildern sein werden und dann zur explosiven Entladung drängen.

**c) *Die Ölfalle als äußerer Hebel:*** Neben einem jederzeit möglichen Finanzcrash wird wahrscheinlich die beschleunigte Verknappung des Erdöls den äußeren Anstoß für das »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«, sein. Um die Hebelwirkung dieses intervenierenden Faktors ermessen zu können, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, dass die gesamte bisherige Entwicklung des Kapitalismus auf der exponentiell fortschreitenden, ungebremsten Verbrennung fossiler Brennstoffe (Kohle im 19. und Erdöl im 20. Jahrhundert) beruhte.

Nunmehr steht mit dem »Peak Oil« jener Zeitpunkt kurz bevor, an dem der Verbrauch schneller wächst, als Reserven entdeckt und erschlossen werden. Zieht man die zentrale Bedeutung des Erdöls für den »fossilen Kapitalismus« zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Betracht, dann wird klar, wie tief die Einschnitte und Veränderungen sein werden (bzw. müssen), die die notwendige Umstellung auf eine nicht-fossile Produktions- und Lebensweise erfordert. Am günstigsten wäre ein sofort beginnendes Umsteuern, um die verbleibende Zeit effektiv zu nutzen und den Übergang möglichst friktionsarm zu gestalten.

Am wahrscheinlichsten ist jedoch ein *Szenario*, bei dem die Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse, wie sie für ein Umsteuern erforderlich sind, erst in Verbindung mit einer »mittleren Katastrophe« möglich wird. Diese »mittlere Katastrophe« müsste allerdings zwei schwer herstell- oder vorhersehbare Bedingungen erfüllen: sie müsste rechtzeitig, also sowohl vor dem »worst case« einer »großen Katastrophe« als auch frühzeitig genug stattfinden, um tatsächlich noch Schlimmeres zu verhindern; und sie müsste genügend Mobilisierungs- und Druckpotential freisetzen, um zügig und radikal umsteuern zu können. Nur eine Kombination aus Krise, Mobilisierung von Widerstand und einem überzeugenden Alternativprojekt von globaler Dimension vermag einen positiven Ausweg aus der Krise, die durch den globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts bedingt ist, zu weisen. Diese Krise resultiert nicht nur daraus, dass die globale Expansion des Kapitalismus mit der Globalität des Erdsystems kollidiert und mit der Herausbildung einer Weltrisikogesellschaft einhergeht, sondern vor allem darin, dass diese Krise nicht oder mit den falschen Mitteln »bearbeitet« wird sowie zudem die Zeit zum Umsteuern immer knapper wird.

Einige Anknüpfungspunkte für eine Entwicklung, die mögliche Auswege aus der globalen Krise aufzeigt, sind heute schon sichtbar. Dazu zählen zum einen die weltweite globalisierungskritische Bewegung, zum anderen die sozialen Bewegungen und Regierungen in Lateinamerika, die gerade dort eine Linksentwicklung in Gang gebracht haben, wo der Neoliberalismus am radikalsten und unter den günstigsten politischen Bedingungen durchgesetzt wurde. Des Weiteren kann man nur hoffen, dass sich die Einsicht für adäquate Veränderungen auch in bestimmten Entscheidungs- und Machtzentren so schnell wie möglich durchsetzt, wofür allerdings Politiker vom For-

mat eines J. F. Kennedy oder F. D. Roosevelt notwendig wären. Ob der Hoffnungsträger und Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Barack Obama, dessen Nominierung für die USA zweifellos schon eine Art »Kulturrevolution« darstellt, die erforderliche Statur besitzt, wird die Zukunft noch zeigen müssen. Alles in allem bleibt die Hoffnung, dass diejenigen, die zu radikalem Umsteuern bereit sind, durch Strukturumbrüche jene Möglichkeiten erhalten und sie dann auch rechtzeitig erkennen und adäquat nutzen, wie sie angesichts der Tiefe der Krise erforderlich sind.

# Die anbrechende Wissensgesellschaft. Mit oder jenseits kapitalistischer Logik?

## 1. Postfordismus und Wissensgesellschaft

Offensichtlich befinden wir uns spätestens seit den 1990iger Jahren in einer neuen Zeit, die der Globalisierung. Globalisierung ist ein Schlagwort geworden, das bis in die Tagespolitik reicht und reichte und der Begründung unterschiedlichster politischer Handlungen und Projekte dient und diente. Ein weiterer Begriff, jetzt seltener gebraucht, ist der der Wissensgesellschaft. Die beginnende Wissensgesellschaft oder Keime zu ihr können in den gesellschaftlichen Bereichen der Finanzmärkte, der Produktion, den sozialen Sicherungssystemen und natürlich im Bildungswesen identifiziert werden.

Bereits im Jahre 1995 wechselten Wertpapiere von 1,5 Billionen Dollar alltäglich ihren Besitzer, erreichte der Terminhandel mit Derivaten eine Höhe von 41 Billionen Dollar. Davon dient zwei bis drei Prozent der Absicherung von Investitionen in der Realwirtschaft. Hierbei ist die »Veranlassung zur Investition« selbst nur eine Information von vielen, die in das Informationssystem der Finanzmärkte eingespeist wird. Ein Wissen, eine Idee oder eine Absicht sind weitere Aspekte, die in die Bewertung durch die Finanzmärkte einfließen.

Auf der anderen Seite gewinnt die Wissensproduktion stetig an Bedeutung, ihr Anteil an der Wertschöpfung beträgt heute bereits 70 Prozent. Das Wissen, die Wissenschaft rückt in das Zentrum der Wirtschaft. Die Arbeit und die Produktion wird anderes als herkömmlich in Netzwerken organisiert.

Mit der Globalisierung wird der Sozialstaat des Keynesianismus zunehmend ausgehöhlt, ihm kommen seine Steuerungsinstrumente aufgrund der Internationalisierung der Wirtschaft abhanden. Die Sockelarbeitslosigkeit steigt trotz zeitweiliger konjunktureller Phasen stetig an.<sup>1</sup>

1 Vgl. Robert Zion: Die Zeit, die uns bleibt – Grüner Aufbruch in ein neues Arbeits- und Sozial(staats)paradigma. <http://forum.gruene-nrw.de/forum/zeigen/hintergruende-information/positionsapiere-und-gastbetrage/>

»Wir befinden uns gegenwärtig in einer Übergangsphase, in der mehrere Produktionsweisen koexistieren. Der auf die Verwertung von Sachkapital ausgerichtete Kapitalismus wird mit der schnellen Entwicklung der elektronischen Netzwerktechnologie von einem auf die Verwertung von ›Wissenskapital‹ ausgerichteten Kapitalismus überholt. Dieser ist bemüht, sich alle Formen von Wissen – Kenntnisse, Fähigkeiten, Verfahren, aber auch Geschmack, Künste, Sinngabungsvermögen, Erfahrung – einzuverleiben und als warenförmige Angebote zu vermarkten.«<sup>2</sup>

Die damit verbundenen qualitativ neuen Erscheinungen und Veränderungen in der Gesellschaft, denen eine wesentliche Bedeutung zukommt, zeigen sich wie folgt in den genannten gesellschaftlichen Bereichen:

- Die Internationalisierung, die Globalisierung des Kapitals.
- Die Transformation der Ökonomie des Wissens, in der nicht mehr das einzelne Unternehmen im Zentrum der Produktion sondern das vernetzte produktive Arrangement des Wissens im Zentrum steht.
- Der qualitativen Veränderung im Charakter und der Organisation der Arbeit.
- Abgeleitet daraus qualitative Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen.

Die immer wichtiger werdende produktive Kraft der heutigen Zeit ist der Wissenschaftler, Ingenieur und Informatiker. Sie entfalten ihr produktives Vermögen in flexiblen Netzwerken. Kreativität, Eigenmotivation und Selbstkontrolle einerseits und Kooperation, schöpferische Gemeinschaftsarbeit und Wettbewerb andererseits prägen ihren Arbeitsalltag.

»Die Wissensarbeiter werden immer wichtiger für die Wirtschaft, während die beiden bestimmenden Gruppen des industriellen Zeitalters, die Arbeiter und Kapitalisten, zunehmend an Bedeutung verlieren. 1920 gingen zum Beispiel noch 85 Prozent des für den Bau eines Autos aufgewandten Geldes an Arbeiter und Investoren. 1990 belief sich deren Anteil nur noch auf 60 Prozent, die restlichen 40 Prozent gingen an Designer, Ingenieure, Stylisten, Planer, Strategen, Finanz-

<sup>2</sup> André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? Textbeitrag zum Kongress »Gut zu Wissen«. Heinrich Böll Stiftung. 5/2001. S. 1.

experten, Manager, Anwälte, Werbe- und Absatzfachleute und so weiter.

Die Herstellung von Halbleitern ist ein anderes prägnantes Beispiel. Weniger als drei Prozent des Preises für einen Halbleiterchip werden für Rohstoffe und Energie verwendet, fünf Prozent für die Herstellungsanlagen und sechs Prozent für die Arbeitskräfte. Mehr als 85 Prozent aber werden für die Entwicklung und für Patente ausgegeben.«<sup>5</sup>

Neben der Reduzierung der Menge der abstrakten Arbeit und den damit verbundenen Verlust an Arbeitsplätzen wandelt sich der Charakter der Arbeit.

»Tatsächlich besteht eines der wesentlichen Prinzipien von Ohno darin, daß ein hohes Maß an Selbstverwaltung des Produktionsablaufes durch die Arbeiter unverzichtbar ist, um in der technischen Entwicklung wie in der Anpassung der Produktion an die Nachfrage ein Maximum an Flexibilität, Produktivität und Schnelligkeit zu erreichen. Während diese Selbstorganisation für den Taylorismus als Quelle aller Gefahren von Rebellion und Unordnung zu bekämpfen war, stellte sie zusammen mit Erfindungsgabe und Kreativität für den Toyotismus eine zu fördernde und auszubeutende Ressource dar. Die totale, vollkommen repressive Herrschaft über die Arbeiterpersönlichkeit sollte durch deren totale Mobilisierung ersetzt werden. [...]

Die unmittelbare Produktionsarbeit ist dann nur noch eine Aufgabe der Arbeiter unter vielen anderen. Sie ist nicht einmal die wichtigste, sondern nur das Ergebnis oder die Fortsetzung, die materielle Anwendung einer immateriellen und intellektuellen Arbeit ... Kurz, die produktive Arbeit erfordert bei den Arbeitern ein »allgemeines Wissen, *knowledge*« das zur Grundlage ihrer Produktivität geworden, als »unmittelbare Produktivkraft« in den Produktionsprozess einfließt.

Diese drei Bedingungen lauten:

- a) Die eigenständige Organisation der Arbeit durch die Arbeiter selbst, die so zu Subjekten ihrer produktiven Zusammenarbeit werden,
- b) Eine Arbeit und eine Kooperationsweise, die von jedem Einzelnen als positiv erfahren werden und die Fähigkeit und Kompetenzen erschließen, die jeder in seiner Freizeit für sich einsetzen kann,

<sup>5</sup> Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt / New York 2004. S. 158f.

c) Die Objektivierung der Arbeit in einem Produkt, das von den Arbeitern als Sinn und Ziel der eigenen Tätigkeit erkannt werden kann.«<sup>4</sup>

»Immer bedeutsamer wird die Organisation sozialer Beziehungen – vor allem durch wissens- und kommunikationsintensive Dienstleistungen. Damit geht die Pluralisierung und Diversifizierung der Arbeitsformen einher. Neben die bürokratisierte Organisation und die technische Fabrik treten flexible, projektgruppenförmige Kooperationsnetzwerke; neben die Fabrik mit ihren Hunderten oder Tausenden von Mitarbeitern tritt der Telearbeiter; neben den unbefristeten beschäftigten Arbeitnehmern tritt eine Vielzahl selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeiten mit flexiblen Zeit-, Aufgaben- und Entlohnungsstrukturen. Immer wichtiger wird die Eröffnung von Entscheidungsspielräumen und die stärkere Einbeziehung in die Verantwortung für die Organisation und die Ergebnisse des eigenen Arbeitsbereiches. Dies kann als Hinweis auf eine stärkere Wissensbasierung der Arbeit interpretiert werden. Verlangt werden abstraktes Denkvermögen, Systemdenken, eine experimentelle Haltung zur Welt und die Fähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit.«<sup>5</sup>

»Ganz anders nun der neue Charakter von (Massen-)Arbeit, der den Einsatz von Subjektivität nicht nur zulässt, sondern gerade erfordert: Hier schließt manuelle Arbeit intellektuelle Arbeit mit ein, die Trennung von Konzeption und Ausführung, von Kreativität und Mühe wird aufgehoben, die Tätigkeit der Informationsverarbeitung ist obligatorisch, zentrales Moment der Arbeit ist die Fähigkeit, Kooperationen in Gang zu setzen und zu leiten, was ebenso selbstverständlich Kontrollaufgaben beinhaltet wie die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen.«<sup>6</sup>

In der Geschichte der industriellen Revolutionen änderte sich somit die Rolle des Arbeiters, des Produzenten, während er in der ersten industriellen Revolution den Produktionsprozess bestimmte, dominierte, wurde er in der zweiten industriellen Revolution den Maschi-

4 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt a. M. 2000. S. 44.

5 Martin Heidenreich: Merkmale der Wissensgesellschaft. <http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/dokumente/wissensgesellschaft2002.pdf>. März 2002. S. 12.

6 Dietmar Lingemann: Ökonomie (in) der Veränderung – Grundüberlegungen für eine neue Linke. [http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/05-04\\_OE-konomie\\_der\\_Veraenderung.pdf](http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/05-04_OE-konomie_der_Veraenderung.pdf). April 2005. S. 3.

nenaggregaten untergeordnet, seinem Takt unterworfen. Der Produktionsapparat, das Fließband dominierte ihn. In der dritten industriellen Revolution schließlich wird er in letzter Konsequenz vollständig aus dem unmittelbaren Produktionsprozess verdrängt, er steht neben ihm.

Folglich verändern sich die unternehmerischen Strukturen mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der dritten industriellen Revolution:

»Das Paradigma der hierarchischen Organisation wird darin durch Netzwerkstrukturen ersetzt, die an ihren Knotenpunkten selbstorganisierte Kollektive in loser Kopplung koordinieren, von denen kein das Zentrum bildet. Anstelle eines zentral von außen gesteuerten Systems (wie beim fordistischen Modell) haben wir es hier mit einem azentrischen, selbstorganisierenden System zu tun, einem Nervensystem vergleichbar, was denn auch Netzwerkstrukturen zu imitieren versucht.«<sup>7</sup>

Während die frühere fordistische Steuerung der Produktion die realen qualitativen Prozesse in quantitative Größen untersetzte, erfolgt die Steuerung in der wissensgetriebenen postfordistischen Industrie anhand von qualitativen Zielvorgaben.

Die damit neu entstandene Produktionsweise wird in der Literatur als Postfordismus bezeichnet. Diese ist gekennzeichnet durch:

- Selbstverwaltung des Produktionsapparates,
- Pluralismus der Arbeitsformen,
- Organisation der Produktion und Ökonomie in Netzwerken,
- Zusammenführung von Idee, Konzept mit deren Ausführung, von Kreativität und Mühe, von geistiger und körperlicher Arbeit,
- Informationsverarbeitung und Kommunikation als zentrale Größe,
- Ersatz hierarchischer Strukturen durch Netzwerkstrukturen,
- Qualitätssicherung,
- Produktion in »just in time«

Der Postfordismus, auch als Wissenskapitalismus bezeichnet, ist die kapitalistische Antwort auf die Entwicklung der Produktivkräfte in der dritten industriellen Revolution. Es ist der Versuch, Wissen auf kapitalistische Weise als Ware zu verwerten. Das in der Entwicklung

7 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. S. 46f.

der Produktivkräfte entwickelte Wissen und die technischen und technologischen Wissenschaften und auch die Naturwissenschaften können vom Menschen getrennt werden, sie können als Software gespeichert und als Maschinenwissen abgerufen werden, sie können praktisch kostenlos vervielfältigt und formell als Ware vermarktet werden. Die Verwandlung von lebendigem Wissen in vergegenständlichtes Wissen (analog der vergegenständlichen Arbeit) bereitet dem Kapital grenzenlose Macht und Herrschaft über alles Lebendige den Weg (bis hin zur Genmanipulation!). Wissen kann zum exklusiven Besitz von Privatfirmen (auch in Form von Patenten) gemacht werden. Es kann als Wissensmonopol seinen Eigentümern eine Rendite einbringen und ein Machtmonopol sichern. Es kann einer winzigen, mit dem Finanzkapital verschmolzenen Elite von Wissenskapitalisten eine noch nie dagewesene Fülle von Reichtum und Macht einbringen und einen Großteil der »überflüssig« gewordenen Bevölkerung ausgrenzen. Dies ist eine der sich abzeichnenden Richtungen, in die sich der digitale Kapitalismus entwickelt.<sup>8</sup>

Was charakterisiert nach heutigem Erkenntnisstand die Wissensgesellschaft. Drucker gab bereits Ende der 1960iger Jahre eine Definition als Angebot: »Eine Wissensgesellschaft ist eine Gesellschaft in der Wissen und nicht Arbeit oder Rohstoffe oder Kapital zur zentralen Quelle von Produktivität, Wachstum und sozialen Entwicklung und Ungleichheit werden.«<sup>9</sup>

In diesem Versuch einer Definition werden die Begriffe des Wissens und der Arbeit gegenübergestellt. Nach dem Verständnis von Marx ist Arbeit »zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme, Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sich brauchbaren Form anzueignen. In dem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.«<sup>10</sup>

8 Vgl. André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? S. 5ff.

9 Peter Drucker: The Age of Discontinuity. <http://www.peter.drucker.at> 1969.

10 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 25. S. 192.

Marx bezog seine anthropologische Definition der Arbeit im »Kapital« Band 1 zunächst allein auf den materiellen Produktionsprozess. Heute jedoch erscheint dieser alleinige Bezug nicht ausreichend. Aristoteles verband hier Aktivitäten und Arbeit und lieferte damit einen erweiterten Zugang zum Begriff der Arbeit. Er bestimmte eine Trilogie menschlicher Aktivitäten:

Das *Hervorbringen*: »Das ist ein praktisches Können, seinem Wesen nach ein auf das Hervorbringen abzielendes reflektierendes Verhalten [...], das Hervorbringen hat ein Endziel außerhalb seiner selbst.« Es also praktischen Können materielles Produzieren.

Das *Handeln*: Wertvolles Handeln ist Endziel selbst. »Denn die Ansatzpunkte jedes möglichen Handelns sind in dem Ziel gegeben, das durch das jeweilige Handeln verwirklicht werden soll.« Hier ist soziales Handeln und Können gemeint, welches sich gemeinsam mit andern in der Gesellschaft bewährt. »Das Wesen der sittlichen Einsicht ist Handeln.«

Die *Tätigkeit*: »die philosophische Weisheit ist sowohl wissenschaftliche Erkenntnis wie intuitives Verstehen der ihrer Natur nach erhabensten Seinsformen.«<sup>11</sup> Es ist also geistiges Können, das sich an wissenschaftlichen, philosophischen Problemen schult, wissenschaftliches auch technisches Forschen das Streben nach Erkenntnis.<sup>12</sup>

Insofern ist Arbeit nun nicht nur die Herstellung, die Produktion materieller Güter, sondern Arbeit schließt die Produktion immaterieller Güter, die Erarbeitung, die Aneignung und Verbreitung von Wissen, soziale, kulturelle, sportliche und politische Tätigkeiten mit ein. Arbeit ist somit die Grundlage jeder Gesellschaft und Gesellschaftsformation, sie wird nur in verschiedenen Formen organisiert und geleistet. Im Kapitalismus ist Lohnarbeit die dominierende Form, sie wird als »abstrakte Arbeit« (Marx), als Ware auf dem Markt getauscht. Das Quantum der in einer Ware enthaltenen abstrakten Arbeit verkörpert den Wert einer Ware. Gemäß der Aussage des »Vorworts zur Kritik der Politischen Ökonomie« von Karl Marx geraten die sich entwickelnden Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen in Widerspruch. Augenscheinlich hat die Entwicklung der Produktivkräfte in der dritten industriellen Revolution eine neue Qualität erreicht,

<sup>11</sup> Aristoteles: Nikomachische Ethik. Buch VI. Berlin 1979. S. 122–140.

<sup>12</sup> Vgl. Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Berlin 2005. S. 145.

die das Wissen und dessen gesellschaftliche Verwertung in den Mittelpunkt rückt. Offensichtlich stehen diese neuen Produktivkräfte im Widerspruch zu den heute dominierenden Produktionsverhältnissen und offensichtlich kann die heute gegebene neoliberale Antwort nicht die adäquate Lösung sein. Die Diskussion hierzu rückt zunehmend den Warenfetischismus und die »abstrakte Arbeit« als historische Kategorien somit deren historische Begrenztheit in ihr Zentrum.

Jedoch zunächst weiter zum Begriff der Wissensgesellschaft:

Nach Martin Heidenreich definierte sich die Wissensgesellschaft anhand von vier Merkmalen:

1. Informations- und Kommunikationstechnologien;
2. Innovation;
3. der veränderte Stellenwert von Bildung;
4. wissensbasierte Tätigkeiten und Wirtschaftsbereiche.

Demnach hat die Wissensgesellschaft die folgenden Dimensionen:

1. Wirtschaftlicher Sektor: Der Übergang von einer güterproduzierenden zu einer Dienstleistungswirtschaft;
2. Berufsstruktur: Der Vorrang einer Klasse professionalisierter und technisch qualifiziertere Berufe;
3. Axiales Prinzip: Die Zentralität theoretischen Wissens als Quelle von Innovation und Ausgangspunkt der gesellschaftlich-politischen Programmatik;
4. Zukunftsorientierung: Die Steuerung des technischen Fortschritts und die Bewertung der Technologie;
5. Entscheidungsfindung: Die Schaffung einer neuen »intellektuellen Technologie«.<sup>15</sup>

## 2. Formen und Typen von Wissen

In der Geschichte der Zivilisationen diente Wissen und Wissenschaft von Beginn an bis heute der Sicherung der Macht und deren Herrschaftsstrukturen. Wissen und Wissenschaft war und ist noch heute deswegen stets ein Privileg. Beispielsweise im antiken Ägypten, welches als Wiege der Wissenschaften gilt, diente die Mathematik, die Messung und somit die Kenntnis des Nilstandes und seines Verlaufes

<sup>15</sup> Vgl. Martin Heidenreich: Merkmale der Wissensgesellschaft. S. 3, 5.

der Vorhersage des Zeitpunktes der Nilüberschwemmungen der Abschätzung der landwirtschaftlichen Erträge für die Festlegung von Steuern und insgesamt dem Beamtenwesen. Gleichfalls diente die alt-ägyptische Mathematik bei der Landvermessung, die Physik der Erfindung mechanischer Hilfsmittel, beispielsweise im Bau von Pyramiden oder im Bootsbau. Geographische Kenntnisse dienten der Handelsmacht Ägypten. Gleiches galt auch für die Medizin und die ärztlichen Heilkünste. In der Moderne dient das Wissen der Sicherung der Herrschaft des Kapitals mittels der Maschinen, der Automaten über die Menschen.

Die Geschichte der Industrialisierung kann als Geschichte der zunehmenden Trennung von Alltagskultur einerseits und der Entwicklung von wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen andererseits gelesen werden.<sup>14</sup> Sie vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbstständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals presst. Der Mann des Wissens und der produktive Arbeiter sind weit von einander getrennt, die Wissenschaft, statt in der Hand des Arbeiters seine eigenen Produktivkräfte für ihn selbst zu vermehren hat sich fast überall ihm gegenüber gestellt. Kenntnis (knowledge) wird ein Instrument, fähig, von der Arbeit getrennt und ihr entgegengestellt zu werden.<sup>15</sup>

»Das techno-wissenschaftliche Wissen ist also als Beherrschung und Unterwerfung der lebendigen Arbeit unter die Maschinerie nicht nur von Anfang an auf der Seite des Kapitals, es ist das Mittel, mit dem das fixe Kapital Mehrarbeit erpresst. Die Inhaber dieses Wissens, die Ingenieure, stehen ausdrücklich und ideologisch auf der Seite der Eigentümer des Kapitals. Sie verfügen über die Befehlsmacht. Sie repräsentieren die Arbeitgeber und bürgen für die Verwaltung und die Verwertung des Kapitals.«<sup>16</sup>

»Stellt man die Instrumentalisierung des Menschlichen und des Lebendigen in Frage, muss man sich auch das Selbstverständnis der Wissenschaften, ihre Ausrichtung in Frage stellen. Soll sich die Gesellschaft dank der Neubestimmung des Reichtumsbegriffs kulturell

<sup>14</sup> Vgl. André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich 2004. S. 37.

<sup>15</sup> Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 582.

<sup>16</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. S. 38.

und wirtschaftlich neu bestimmen, muss auch der Geist der Wissenschaft neu bestimmt sein. Denn die Wissenschaft war von jeher mit dem Kapital eng verwandt. Sie hat ihm den Weg bereitet, indem sie die anschauliche Welt ausgeklammert und die Wirklichkeit als ein der reinen Logik des Kalkül gehorchendes, nur mathematisch denkbare System erfasst hat. Die entsinnlichten, elektronisch schaltbaren mathematischen Denkprozesse haben der politischen Ökonomie die Mittel beschafft, mit rechnerischen Realabstraktionen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu gestalten.«<sup>17</sup>

Eine originäre Wissensgesellschaft hat die allgemeine Verbreitung des Wissens und kostenloser unbegrenzter Zugang zu Bildung als Grundbedingung. Eine originäre Wissensgesellschaft ist das Ende jeglichen Herrschaftswissens, jeglichen privilegierten Wissens.

Grundlegend werden zwei Kategorien von Wissen unterschieden: das lebendige nicht formalisierbare Wissen und das formale Wissen, welches als vergegenständlichtes Wissen in der heutigen Gesellschaft als Ware verwertet wird.

Unter lebendigem Wissen verstehen wir vor allem die praktischen Fähigkeiten, ein Können, das nicht formalisierbar ist, sich zum Beispiel nicht in Algorithmen, Formeln oder Abläufen oder in Software fassen lässt. »Es entsteht mittels der Fähigkeit des Subjekts, an sich zu arbeiten, sich selbst zu produzieren und wird darüber weitergegeben.«<sup>18</sup> Das schließt alle Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente auch Charaktereigenschaften, sofern sie für ökonomische und gesellschaftliche Prozesse relevant sind, auch Erfahrungen, Gewohnheiten und das kulturelle Niveau ein. Lebendiges Wissen wird spontan, nicht vorsätzlich durch Kommunikation und Interaktion mit anderen erworben.« Dieses präkognitive informelle Wissen ist der Stoff unseres Bewusstseins, die soziale Basis, auf der die sinnliche, psychische und intellektuelle Entfaltung der Person sich vollzieht. Es kann diese Entfaltung begünstigen oder hemmen. Von ihr hängen weitgehend sowohl die Sozialisierbarkeit wie die Autonomiefähigkeit des Individuums ab.«<sup>19</sup>

17 Ebenda. S. 15f.

18 Ebenda. S. 35.

19 André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? S. 16.

Formales Wissen sind wissenschaftlich technische Kenntnisse und Erkenntnisse, die in Formeln, Abläufen, Zusammenhängen und Algorithmen fassbar sind. Formales Wissen ist vorsätzlich und methodisch erlernt. Dieses Wissen lässt sich meist vergegenständlichen, in Maschinen abspeichern und ist abrufbar. Das formale Wissen lässt sich vom lebendigen Wissen in jeweils geeigneten Formen gespeichert abspalten.

### **3. Wider der kapitalistischen Logik – die politökonomischen Eigenschaften von Wissen**

»Der Wissenskaptalismus ist nicht nur ein krisenanfälliger Kapitalismus, er ist die Krise des Kapitalismus selbst, der die Gesellschaft in ihren Tiefen erschüttert.«<sup>20</sup> schreibt André Gorz.

Anhand der politökonomischen Eigenschaften des Wissens lassen sich die Grenzen des modernen warenproduzierenden Systems nachweisen. Insbesondere in der postfordistischen Gesellschaft zeigt sich deutlich der Doppelcharakter von Wissen, der darin besteht dass Wissen einerseits keine Ware ist, jedoch am Kapitalismus als Ware behandelt wird. Die Konsequenzen hieraus werden nachfolgend diskutiert.

#### *a) Wissen ist keine Ware*

Wissen ist offensichtlich die zentrale Kategorie der wissensgetriebenen Wirtschaft. Welche Wirkungen hat nun die zentrale Stellung des Wissens auf die Ökonomie derselben? In der kapitalistischen Produktion ist die Ware ihre Elementarform.<sup>21</sup> Karl Marx schrieb in seiner Werttheorie der Ware einen Doppelcharakter zu:

»Die Ware ist zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaft menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt. [...] Jedes nützliche Ding ist unter doppeltem Gesichtspunkt zu betrachten, nach Qualität und Quantität ... Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert. [...] dieser Gebrauchswert verwirklicht

<sup>20</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. S. 66.

<sup>21</sup> Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 49.

sich nur im Gebrauch oder der Konsumption. Gebrauchswerte bilden den stofflichen Inhalt des Reichtums, welches immer seine gesellschaftliche Form sei. In der von uns zu betrachtenden Form bilden sie zugleich die stofflichen Träger des Tauschwertes. Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen ... Im Austauschverhältnis der Waren selbst erschien uns ihr Tauschwert als etwas von ihren Gebrauchswerten durchaus Unabhängiges ... Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswertes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welches seine Wertgröße bestimmt.«<sup>22</sup>

Die Ware Arbeitskraft und somit die Arbeit besitzt ebenfalls einen Doppelcharakter, nämlich den abstrakten, wertbildenden und den konkreten, gebrauchswertbildenden Charakter. »Im Arbeitsprozess bewirkt also die Tätigkeit des Menschen durch das Arbeitsmittel eine von vornherein bezweckte Veränderung des Arbeitsgegenstandes. Der Prozess erlischt im Produkt. Sein Produkt ist ein Gebrauchswert, ein durch Formveränderung menschlichen Bedürfnissen angeeigneter Naturstoff. Die Arbeit hat sich mit dem Gegenstand verbunden. Sie vergegenständlicht, und der Gegenstand ist verarbeitet.«<sup>23</sup>

»Wissen eignet sich grundsätzlich nicht dazu, als Ware behandelt zu werden. Seine Gestehungskosten sind oft unbestimmbar, sein Warenwert lässt sich nicht mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit messen, die für seine Schöpfung verausgabt wurde. Niemand kann bestimmen, wo die erfinderische Wissensarbeit im gesellschaftlichen Zusammenhang anfängt und wo sie aufhört... Wissen ist keine ordinäre Ware, sein Wert ist unbestimmbar, es lässt sich kostenlos vermehren. Seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen.«<sup>24</sup>

»Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. *Die Surplusarbeit der Masse* hat aufgehört Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die *Nicht-*

<sup>22</sup> Ebenda. S. 49ff.

<sup>23</sup> Ebenda. S. 195.

<sup>24</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. S. 11.

*arbeit der Wenigen* für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift.«<sup>25</sup>

Eine Wissensgesellschaft kann somit keine Warengesellschaft sein. Der Weg zu einer emanzipatorischen Wissensgesellschaft bedeutet das Aufheben der Äquivalenzen der »abstrakten Arbeit« und des Tauschwertes.

Andererseits, das Bestreben Wissen als Ware zu behandeln und zu vermarkten führt offensichtlich unweigerlich in Katastrophen wie die des Börsenkrachs von 2001/2002. Denn eine der eigentlichen Ursachen des Börsenkrachs von 2001/2002 besteht in der Unbestimmtheit des Tauschwertes des gewonnenen oder zu erzeugenden Wissens und deren ökonomische Verwertung.

»Auf der abstrakten Ebene des ›Kapitals im allgemeinen‹ hat Marx den solchen Entwicklungen zugrunde liegenden Mechanismus als ›Überakkumulation‹ des Kapitals beschrieben: In der Prosperität wird mehr Geldkapital real in Produktionskapazitäten einschließlich Arbeitskraft investiert, als das Fassungsvermögen der Wertproduktion einschließlich Massenkauflkraft hergibt; in der folge entstehen Überkapazitäten und als Folge davon wiederum strömen die realisierten, aber nicht mehr real reinvestierbaren Gewinne als Geldkapital in die Finanzmärkte und erzeugen spekulative Blasen, die dann platzen und zur allgemeinen Kapitalentwertung führen, weil die Kapitalakkumulation sich letztlich nicht wirklich von der Arbeitssubstanz, der realen Wertmasse entkoppeln kann.«<sup>26</sup>

Diese gewaltigen Mengen von bereitstehendem Finanzkapital suchen hektisch nach Anlagemöglichkeiten und »treten die Fluch nach vorne an«, indem sie in immaterielle Werte, in immaterielles Kapital investieren. »Der Börsenwert der Erfindung spiegelt in erster Linie die erhofften künftigen Gewinne. Die Immaterialität des intellektuellen Kapitals eignet sich am besten dazu, als Versprechen unbegrenzter künftiger Märkte für nicht schätzbare Waren zu funktionieren und

25 Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 – 1859. Berlin 1974. S. 595.

26 Robert Kurz: Das Weltkapital. Berlin 2005. S. 224.

folglich als Versprechen eines unbegrenzten Kursgewinns. Vorausgesetzt selbstverständlich, dass das intellektuelle Kapital ein geschütztes Eigentum ist und eine Monopolstellung innehat.«<sup>27</sup>

*b) Die Arbeit wandelt ihren Charakter - die Lohnarbeit wird zur Dienstleistung*

»Da es unmöglich ist, individuelle Leistung zu messen und die Mittel und Verfahren, die zum geplanten Ergebnis führen, vorzuschreiben, greifen die Führungskräfte des Unternehmens zum ›Führen durch Ziele‹: Sie geben den Angestellten Ziele vor und diese haben selbst zu bestimmen, wie sie sie erreichen. Die Arbeit wird wieder zu einem Dienst ... Diese Leistungen von Diensten, die immaterielle Arbeit, wird zur hegemonialen Form der Arbeit, die materielle Arbeit dagegen an den Rand des Produktionsprozesses verwiesen oder einfach ausgelagert.«<sup>28</sup>

Dies führt zur Individualisierung der Bezahlung der Mitarbeiter oder die Umwandlung in freie Mitarbeiter, als Dienstleister. Diesem wohnt die Tendenz inne, die Lohnarbeit abzuschaffen. Da jedoch nicht nur die Bezahlung und somit das Arbeitsverhältnis individualisiert werden, sondern auch der Erfolg und die Qualität eines Projektes immer stärker vom jeweiligen Individuum, dem Arbeitnehmer, abhängig ist, ist die Abhängigkeit gegenseitig. Hierin verbirgt sich ein enormes Emanzipationspotential!

»Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. Ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und

<sup>27</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. S. 47.

<sup>28</sup> Ebenda. S. 19.

Produktionsmittel. Er erscheint als ›ursprünglich‹, weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet.

Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt.

Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nach dem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer anderen Person leibeigen oder hörig zu sein. Um freier Verkäufer von Arbeitskraft zu werden, der seine Ware überall hinträgt, wo sei einen Markt findet, mußte er ferner der Herrschaft der Zünfte, ihren Lehrlings- und Gesellenordnungen und hemmenden Arbeitsvorschriften entronnen sein. Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihr Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein existiert für unsere bürgerlichen Geschichtsschreiber. Andererseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotnen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte ihrer Expropriation ist in die Analen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.«<sup>29</sup>

Beobachtet man die heute verlaufenden Prozesse, so scheint am Ausgang der Industriegesellschaft eine »Refeudalisierung« auf anderer, neuer Ebene stattzufinden. Es wird bei Selbständigen in der auch als Dienstleistungssektor bezeichneten Sphäre die Verbindung »zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit« wiederhergestellt. Auf der anderen Seite erfolgt eine zunehmende persönliche Bindung an das und Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmen. (Andrè Gorz).

Damit lassen sich auch Arbeiten und Aufgaben erfüllen, die sich nicht formalisieren lassen, die nicht vorgeschrieben werden können. Der Arbeiter bringt seine gesamte Subjektivität in den Arbeitsprozess ein. Die beinhaltet die Fähigkeit zu kooperieren und sich mit anderen zu verständigen. Gleichfalls beinhaltet dies ebenso die Fähigkeit zur Lösung komplexer Probleme, Verhandlungsgeschick, die Fähigkeit, in komplexen mit unter turbulenten Situationen die Übersicht zu

<sup>29</sup> Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 742f.

behalten sowie technische und technologische Fähigkeiten. Die Trennung von Konzeption und Ausführung, von Kreativität und Mühe wird hier aufgehoben. Wissensanwendung und Informationsverarbeitung werden zu zentralen Momenten der Arbeit, welches ebenso selbstverständlich Kontrollaufgaben beinhaltet, sowie die Notwendigkeiten und Fähigkeiten, Entscheidungen zu treffen.

Informationsverarbeitung ersetzt die Stoffverarbeitung (Peter Glotz), die Unternehmen dezentralisieren sich, die Arbeit in Netzwerken wird immer bedeutsamer. Folglich unterscheiden sich die unternehmerischen Strukturen des Postfordismus prinzipiell von denen des Fordismus. Hierarchische Strukturen werden ersetzt durch netzwerkartige Strukturen. An ihren Knotenpunkten sitzen die Akteure, Einzelpersonen oder Kollektive. Es bildet sich kein Zentrum in diesen Netzwerkstrukturen heraus. Diese azentrischen Strukturen setzen die Selbstorganisation voraus, damit entstehen Räume und Freiheiten für Kreativität und Schöpfertum. Während die frühere fordistische Steuerung der Produktion die realen qualitativen Prozesse in quantitative Größen untersetzte, erfolgt die Steuerung in der wissensgetriebenen postfordistischen Industrie anhand von qualitativen Zielvorgaben.

*c) Die Wissensgesellschaft fordert einen anderen Reichtumsbegriff*

»Es wird immer offensichtlicher, dass Geldvermehrung in diesem Kontext keinen Reichtum schöpft, dass ein Wirtschaftswachstum, das auf der Plünderung von Gemeingut und dem Abbau des Gemeinwesens gründet, Misere statt Wohlstand hervorbringt; dass der Reichtumsbegriff vom Warenwert entkoppelt und die Frage ›Was ist Reichtum?‹ neu gestellt werden muss.«<sup>30</sup>

Denn die größtmögliche Kreativität der Menschen entfaltet sich dann, wenn sie vom Verwertungszwang und Konkurrenzdruck befreit ist, wenn sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten frei und kooperativ entfalten können. Das beweisen unter anderem die freie Softwarebewegung und Hacker als »Dissidenten des Kapitalismus« (André Gorz).

Wissen ist nicht vorrangig vergegenständlichtes Wissen sondern gesellschaftliche Tätigkeit, die kommunikative, herrschaftsfreie Be-

<sup>30</sup> André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. S. 12.

ziehungen aufbaut, die nicht der Instrumentalisierung und der Beherrschung sondern der freien Selbstentfaltung des Menschen dient, die mit all seinen substituierten Eigenschaften die Hauptproduktivkraft geworden ist (André Gorz). Dies erfordert zwangsläufig neue gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen.

*d) Wissen wird nicht vorrangig für den Tausch generiert, es ist beliebig vielfältigbar*

»In der Wissensindustrie aber sind die Produkte selbst keine Waren. Die wissenschaftlich-technischen und formalen Kenntnisse werden nicht für den Tauschwert produziert, sondern um einer Ware – dem Medikament zum Beispiel, welches die Kenntnisse verkörpert – Wert zu verleihen. Ihr Gebrauchswert war erwiesen, ihr Geldwert dagegen ebenso unvorhersehbar wie der Erfolg der Forschung und die Entwicklungskosten.«<sup>31</sup>

Der Warenwert des mit diesem Wissen anschließend produzierten Waren (Medikamente oder Schaltkreise zum Beispiel) besteht aus dem Anteil der »abstrakten Arbeit«, die für seine unmittelbare Herstellung notwendig ist und der Refinanzierung der Forschungs- und Entwicklungskosten. Ähnliches zumindest trifft für jene Produkte zu, die einen hohen symbolischen Wert haben, wie z. B. Modeprodukte, kulturelle und künstlerische Produkte. »Die immaterielle Dimension der Produkte gewinnt eine viel größere Bedeutung als ihre materielle Wirklichkeit, und ihr symbolischer, ästhetischer oder sozialer Wert übertrifft den Gebrauchswert und verwischt den Tauschwert.«<sup>32</sup> Zudem ist in Datenformaten oder Software gespeichertes Wissen praktisch kostenlos vielfältigbar; die Herstellungskosten der mit dem Wissen produzierten Waren sind vernachlässigbar gegenüber den Kosten für die Gewinnung des Wissens.

*e) Die Verknappung, die Monopolisierung des Wissens widerspricht seinem Wesen*

Die mit der dritten industriellen Revolution verbundene Automatisierung und Informatisierung der Produktion ermöglicht einen giganti-

<sup>31</sup> Ebenda. S. 39.

<sup>32</sup> Ebenda. S. 42f.

schen Schritt weiter, sie erzeugt qualitativ neue Produktivkräfte. Das Wissen, die für die Produktion erforderlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten können vom Menschen getrennt werden, als Software und Maschinenwissen gespeichert werden. Es kann beliebig und praktisch kostenlos vervielfältigt und verbreitet und allgemein genutzt werden.

Es kann aber auch als Wissensmonopol den Besitzern des Wissens grenzenlose Macht und Herrschaft über die lebendige Arbeit, das lebendige Wissen sichern. Es kann als Ware vermarktet werden. Es kann privatisiert, zu exklusivem Firmenbesitz gemacht und der restlichen Menschheit vorenthalten werden. Es kann als Wissensmonopol seinen Eigentümern eine Rente einbringen und ein Machtmonopol sichern. Es kann einer winzigen, mit dem Finanzkapital verschmolzenen Elite von Wissenskapitalisten eine noch nie da gewesene Fülle von Reichtum und Macht einbringen und einen Großteil der »überflüssig« gewordenen Bevölkerung ausgrenzen. Dies ist eine der sich abzeichnenden Richtungen, in die sich der digitale Kapitalismus entwickelt.

Aufgrund der Unbestimmbarkeit des Wertes des Wissens, ist Wissen keine Ware. Es lässt sich praktisch kostenlos vermehren, die Verbreitung von Wissen steigert seine Fruchtbarkeit, umgekehrt die Privatisierung reduziert die Fruchtbarkeit des Wissens, folglich widerspricht die Privatisierung des Wissens seinem Wesen (Andrè Gorz). Bildung und Wissen sind Allgemeingut wie die Luft, die wir atmen, das Wasser in Flüssen und Seen, in denen wir baden, wie der Wald, in dem wir uns erholen.

»Der Kapitalismus kann sich als Wissenskaptalismus nur behaupten, indem er eine ausgiebig vorhandene Ressource – die menschliche Intelligenz – dazu benutzt, ihre potentielle Fülle in Knappheit zu verwandeln. Diese Knappheit wird durch die Parzellierung des Wissens, durch die Behinderung seiner Verbreitung und Vergesellschaftung und durch den entmündigenden Verwertungszwang, dem seine Inhaber unterworfen sind, hergestellt.«<sup>33</sup>

Die gegenwärtig geltenden Gesetze und Vorschriften zum Urheberrecht und zum Patentschutz erweisen sich bereits heute als Hemmnis von Kreativität und Schöpfung in Wissenschaft, Kunst und Kultur. Denn die möglichst weite Verbreitung von Wissen und Erkenntnissen ist zwingende Voraussetzung für die Weiterentwicklung

<sup>33</sup> Ebenda. S. 65.

von Wissenschaft, Kultur und Kunst, somit einer Wissens- und Kulturgesellschaft.

Jeder, der für seine kreative und schöpferische Arbeit, wissenschaftlicher, künstlerischer oder kultureller Natur, Artikel, Software, Musikstücke oder anderes beispielsweise aus dem Internet in seinen Computer kopiert, verstößt formell gegen das Urheberrecht. Jedoch die Kenntnis, das Experimentieren und auch Spielen mit vorhandenem Wissen oder künstlerischem Material ist Basis für Kreativität und Schöpfertum.

Die geltenden Gesetze und Vorschriften zum Urheberrecht stoßen an moralische Grenzen, wenn es um die Erlangung der exklusiven Verfügungsansprüche auf pflanzengenetische Ressourcen geht, die durch Patente einzelnen Individuen oder Unternehmen zugesprochen werden. Dies ist dem Verständnis von Artenvielfalt als gemeinsames Erbe der Menschheit völlig fremd. Die Aneignung, die Privatisierung und das Patentieren biogenetischer Ressourcen ohne die Zustimmung und/oder die Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an den hieraus erzielten Gewinnen wird zurecht als Biopiraterie gebrandmarkt. Da die Nutzung der biologischen Vielfalt häufig mit kulturellen Praktiken zusammenhängt ist es absolut illegitim, das Recht auf ihre Nutzung zu privatisieren, sie in die Hände transnationaler Konzerne zu geben, die einheimische Bevölkerung ihrer Kultur und Nutzungsrechte zu berauben.<sup>54</sup>

Das Patent- und Urheberrecht wird dort definitiv inhuman, wo es den freien Zugang zu und die freie Verfügbarkeit an Arzneimittel behindert oder verhindert. Gerade am Beispiel der Länder des Südens, in denen beispielsweise die HIV Erkrankungen und Aids eine humanitäre Katastrophe darstellen, erweist sich der freie Zugang zu und die freie Verfügbarkeit an Arzneimittel als eine existentielle Voraussetzung für eine humane Gesellschaft.

*f) Wissen lässt sich nicht wie Waren tauschen*

Nicht nur in der Produktionsphase sondern auch in der Distributionsphase unterscheidet sich Wissen qualitativ von einer Ware:

<sup>54</sup> Vgl. Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Bonn 2006. S. 116ff.

»Zunächst muss einmal unterstrichen werden, dass Wissen, Ideen und Informationen höchst merkwürdige ›Entitäten‹ sind, und zwar mit völligen anderen Eigenschaften als zum Beispiel Güter, Waren oder auch Geheimnisse. Wird Wissen zum Beispiel verkauft, so geht es wie im Fall der Ware an den Käufer über, bleibt aber ganz im Gegensatz zur Ware weiter Eigentum seines ursprünglichen Produzenten. Somit verliert man in einem Tauschprozess nicht die Verfügungsgewalt über das Wissen.

Wissen hat darüber hinaus keine Nullsummeneigenschaften. Für viele Bereiche des Lebens mag es durchaus vernünftig, sogar notwendig sein, Wachstumsgrenzen zu setzen, für das Wissen scheint das nicht zu gelten. Dem Wachstum des Wissens sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Im Gegenteil Wissen repräsentiert ein Positivsummenspiel Alle können gewinnen. [...] Wissen, so hat es den Anschein, ist ein Gemeingut (public good), es ist prinzipiell für alle da und verliert nicht an Einfluss, wenn es bekannt wird – im Gegensatz zu Geheimnissen. Dass die Wissensschöpfung voller Ungewissheit steckt, schwer steuerbar und kaum zu prognostizieren ist, ist seit langem bekannt. Zu der Überzeugung, dass die Wissensnutzung risikoreich sein kann und dass der Wissenserwerb Ungewissheiten nicht unbedingt reduzieren hilft, kam man dagegen sehr viel später.«<sup>35</sup>

*g) Wissen führt zur Entwertung der abstrakten Arbeit*

»Da die Grenzkosten der Software äußerst gering sind, kann sie sehr viel mehr Arbeit einsparen, als sie kostet und das in gigantischen, noch vor kurzem unvorstellbaren Ausmaßen. Das bedeutet, dass das formale Wissen unermesslich viel mehr 'Wert' zerstört als es zu schöpfen erlaubt. Anders gesagt, es erspart Unmengen von bezahlter gesellschaftlicher Arbeit und verkleinert folglich den (monetären) Tauschwert einer wachsenden Anzahl von Produkten und Dienstleistungen. ... Die Produktionskosten von Wissen sind nämlich äußerst ungewiss und vor allen grundverschieden von seinen Reproduktionskosten. Sobald die erste Einheit produziert worden ist, tendieren die notwendi-

<sup>35</sup> Nico Stehr: Moderne Wissensgesellschaften. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«. B36/2001. S. 9.

gen Kosten der Reproduktion weiterer Einheiten gegen Null. Sie haben nichts mit den ursprünglichen Produktionskosten zu tun.«<sup>36</sup>

»Grob gesagt handelt es sich dabei um einen säkularen Entwertungsprozeß. Je höher die Produktivität, desto geringer der Aufwand der menschlichen Arbeitsenergie pro Ware, und desto geringer der Wert der einzelnen Ware. Die Maximierung (endlose Akkumulation) von Wert bildet den Selbstzweck des Kapitalverhältnisses, aber durch die Konkurrenz zur Produktivkraftentwicklung gezwungen (um so billiger anbieten zu können), höhlen die einzelnen Kapitalien selber den gesellschaftlichen Wert- und damit Warencharakter der Produkte aus.

Zwar kann durch dieselbe Produktivkraftentwicklung über die Verbilligung der Konsumtionsmittel der Wert der Arbeitskraft relativ gesenkt werden und damit von der gesamten Neuwertschöpfung ein relativ größerer Teil auf den erstrebten Mehrwert entfallen (relativer Mehrwert) aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Aushöhlung des Wertcharakters überhaupt (Entwertung des Werts) die Steigerung des relativen Mehrwerts überholt und damit den Mehrwert gänzlich hinfällig macht. In demselben Maße, wie also die Produktivkraftentwicklung die Entwertung des Werts vorantreibt, erscheinen die produzierten Waren nur mehr als in immer höheren Grade »wertlose« stofflich-technische Dinge, die Produktion als kapitalistische (die ja nur auf den Wert/Mehrwert beruht) wird eingeschnürt, zurückgefahren und ganz stillgelegt, es entsteht Massenarbeitslosigkeit und verstärkte Konkurrenz unter den Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen, damit aber geht dann eben die gesellschaftliche Kaufkraft zurück.

Was also äußerlich als Mißverhältnis von Produktionskraft und Konsumtionskraft via Kaufkraft erscheint, ist durch den inneren Prozeß der säkularen Entwertung des Wert bestimmt, in dem sich der kapitalistische Selbstwiderspruch auch als substantiellen erweist: nämlich als Widerspruch zwischen der Verwertungslogik der »abstrakten Arbeit« und »Substanz des Kapitals« (Marx) einerseits und ihrem eigenen Konkurrenzmechanismus bzw. dessen Konsequenzen andererseits.«<sup>37</sup>

36 André Gorz: Wissen, Wert und Kapital.

37 Robert Kurz: Das Weltkapital. S. 56.

#### 4. Zwänge der kapitalistischen Logik – Wissen als Ware

Im ersten Band des Kapitals auf den Seiten 85 bis 98 beschreibt Karl Marx den Fetischcharakter der Ware. Er machte damit eine der wesentlichsten Entdeckungen bezüglich der Bewegungsgesetze des modernen warenproduzierenden Systems.

Als erstes stellte Marx fest, dass der mystische Charakter der Ware ihrem Tauschwert entspringt. Der Bestimmung der Wertgröße liegt die Verausgabung »abstrakter Arbeit« zugrunde. Die Gleichheit menschlicher Arbeit erhält somit die sachliche Form der Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte.

»Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.«<sup>58</sup>

Da Waren erst im Austausch ihre Wertgegenständlichkeit erhalten und damit eine Trennung in »nützliches Ding« und »Wertding« erfolgt, werden im modernen warenproduzierenden System nur die Dinge als wertvoll betrachtet, die auf dem Markt tauschbar sind, sich auf dem Markt realisieren lassen. Es wird nur für den Warentausch produziert. Damit kommt dieser Wertcharakter der Sachen also schon bei ihrer Produktion selbst in Betracht.

Folglich verselbständigt sich der Tauschwert gegenüber dem Gebrauchswert. Der Tauschwert ist jetzt das eigentliche Ziel der Produktion. Die Produktion im Kapitalismus wird also nicht mit dem Ziel der Schaffung von Gebrauchswerten sondern im Interesse der Herstellung von Tauschwerten betrieben. »Ihre eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, anstatt sie zu kontrollieren.«<sup>59</sup>

»Im weiteren Sinn ist der ganze Produktionsprozeß und jedes Moment desselben, wie die Zirkulation – soweit es stofflich betrachtet

<sup>58</sup> Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 86.

<sup>59</sup> Ebenda. S. 89.

wird – nur Produktionsmittel für das Kapital, für das nur der Wert als Selbstzweck existiert.«<sup>40</sup>

Der von Marx entdeckte Fetischcharakter der Ware entfaltet im Wissenskapitalismus unverändert seine Wirkung, zeigt jetzt aber deutlicher die Grenzen des modernen warenproduzierenden Systems.

Zum einen: Die globale Gesellschaft entwickelt sich jedoch heute in eine Richtung, die als Neoliberalismus gekennzeichnet wird. Das in der Entwicklung der Produktivkräfte entwickelte Wissen und die technischen und technologischen Wissenschaften und auch die Naturwissenschaften können vom Menschen getrennt werden, sie können als Software gespeichert werden, als Maschinenwissen abgerufen werden, sie können praktisch kostenlos vervielfältigt und formell als Ware vermarktet werden. Die Verwandlung von lebendigem Wissen in vergegenständlichtes Wissen (analog der vergegenständlichen Arbeit) bereitet dem Kapital grenzenlose Macht und Herrschaft über alles Lebendige den Weg (bis hin zur Genmanipulation!). Wissen kann zum exklusiven Besitz von Privatfirmen (auch in Form von Patenten) gemacht werden. Es kann als Wissensmonopol seinen Eigentümern eine Rendite einbringen und ein Machtmonopol sichern. Es kann einer winzigen, mit dem Finanzkapital verschmolzenen Elite von Wissenskapitalisten eine noch nie da gewesene Fülle von Reichtum und Macht einbringen und einen Großteil der »überflüssig« gewordenen Bevölkerung ausgrenzen. Dies ist eine der sich abzeichnenden Richtungen, in die sich der digitale Kapitalismus entwickelt.

Zum anderen:

»Die vom gesellschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus entscheidende Frage betrifft gerade diese Wirkung und Rückwirkung der Wissenschaft auf die Lebenswelt und umgekehrt: Erweitert Wissenschaft die Lebenswelt oder engt sie sie ein? Ist Wissenschaft ein Nährboden der Lebenswelt und umgekehrt, oder verdorrt die Letztere infolge des Überwiegens der Ersteren?

Husserl sah den Grund der »Krisis der europäischen Wissenschaften« und der heraufziehenden Barbarei darin, dass die Wissenschaften unfähig geworden waren, »über sich selbst Rechnung abzugeben«. Diese Unfähigkeit ist eine Folge der Mathematisierung. Denn es liegt

<sup>40</sup> Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 – 1859. S. 582.

im Wesen der Mathematik – und natürlich auch im Wesen des die Ökonomie beherrschenden rechnerischen Kalküls – dass sie alle ›Denkweisen und Evidenzen‹ ausschaltet, die der ›rechnerischen Technik als solcher‹ nicht unentbehrlich sind. Es gilt ihr nur noch, ›durch eine rechnerische Technik nach technischen Regeln Ergebnisse zu gewinnen‹. Man operiert nach Spielregeln, ›im Wesentlichen nicht anders als im Karten- oder Schachspiel‹.

Die Denkarbeit technisiert, formalisiert und mechanisiert sich, klammert Sinnfragen und den Bezug auf die sinnlich erfahrbare Wirklichkeit aus, nimmt ›das Ideenkleid Mathematik‹ und ›mathematische Naturwissenschaft‹, das die Lebenswelt ›vertritt und verkleidet, für ›wahres Sein‹ und ›entwertet die gesamten Wahrheiten des vor- und außerwissenschaftlichen Lebens, welche sein tatsächliches Sein betreffen‹. Eine auf die Ausschaltung der sinnlich erlebten Wirklichkeit und des sinnlichen Wahrnehmungsvermögens gegründete Wissenschaft erzeugt letzten Endes, wenn sich selbst überlassen, eine nur noch dem Intellekt zugängliche Technowelt.«<sup>41</sup>

Mit anderen Worten bei wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren Anwendung wird nur nach dem Machbaren und dem auf dem Markt verwertbaren und tauschbaren gefragt, nicht nach dem sinnvollen und moralisch vertretbaren.

Insbesondere bei Dienstleistungen und Diensten am Menschen, welche in der Wissensgesellschaft und in einer älter werdenden Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen hat dies, weil es den Marktgesetzen also dem Warenfetischismus unterworfen ist, zumindest zwei Wirkungen. Erstens: Es erfolgt kein Dienst am Menschen, weil dieser hilfebedürftig ist, sondern es werden Hilfeleistungen, es werden medizinische Verfahren und Operationen an ihn verkauft. Der Patient wird ausdrücklich als zahlender Kunde definiert! Gesundheitseinrichtungen und/oder Krankenhäuser stehen somit unter einem dem Gegenstand nicht angemessenen Verwertungszwang des maximalen Verkaufs von Operationen oder anderen »medizinischen Dienstleistungen«, welches moralische Grenzen oftmals überschreiten lässt. Die Diskussion über lebensverlängernde Maßnahmen und Patientenverfügungen erhält hier einen faden Beigeschmack. Auf der anderen Seite werden neue Behandlungsmethoden oder alternative

41 André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? S. 11f.

Behandlungsverfahren bei Versagen traditioneller Behandlungsmethoden oder -verfahren den lebensbedrohlich erkrankten Patienten verweigert, die bei privat versicherten Patienten oftmals bereits Standard oder international längst anerkannt sind. Zweitens: ist die hilfebedürftige »Kundschaft« nicht in dem Maße zahlungsfähig oder zahlungsbereit werden die notwendigen Hilfeleistungen, obwohl im vollem Umfange notwendig, auf ein inhumanes Minimum beschränkt. Der Zustand von Alten- und Pflegeheimen, die Diskussion um Pflegeversicherungen in der BRD ist hierfür ein ausreichender Beleg. Der Warenfetischismus erweist sich hier historisch an seiner sozialen und auch an seiner moralischen Grenze, er wird definitiv inhuman.

Am Grabe von Karl Marx sagte Friedrich Engels, dass Karl Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte entdeckte, also die »einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.«<sup>42</sup>

Engels kann also dahingehend interpretieren werden, dass die Grundbedürfnisse Essen, Trinken, Wohnen und Kleiden die Grundlage jeglicher menschlicher Existenz sind, welches damit die Würde des Menschens betreffen. Dies ist ein wesentlicher Aspekt, der den Warenfetischismus und die »abstrakten Arbeit« als historische Kategorien, hinsichtlich ihrer historischen Begrenztheit begründet. Es ist hinreichend bekannt, dass trotz der genügend bereit gestellten Nahrungsmittel, der Hunger in der Welt weit verbreitet ist. Suppenküchen, Obdachlosigkeit und kostenlose Kleiderspenden, also Armut sind noch heute Begleiterscheinungen der modernen warenproduzierenden Gesellschaft auch in ihren Zentren. Mit der dritten industriellen Revolution und damit verbunden mit der Erzeugung und Bereitstellung hin-

42 Friedrich Engels: Das Begräbnis von Karl Marx. In: Marx/Engels. Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band V. S. 507f.

reichender Mengen von Nahrungsmitteln, Waren und Dienstleistungen für alle reifen die Bedingungen heran, Hunger und Armut global und für immer zu beseitigen. Das setzt jedoch voraus, die Verteilung nach Bedürftigkeiten nicht nach zahlungsfähiger Nachfrage am Markt zu organisieren. Insofern sollten die genannten Bereiche nach und nach dem Markt und seinen Mechanismen entzogen werden und nicht umgekehrt.

Verallgemeinernd kann also gelten: »Der Sinn und erkenntnistheoretische Wert des wissenschaftlichen Wissens hängt folglich von seinem Zusammenhang mit und seiner Einbettung in die außerwissenschaftliche Lebenskultur ab. Wenn es sich gegenüber dieser verselbstständigt, entwickelt es sich auf Kosten der Lebenswerte und des Lebens selbst und ›verarmt das Denken so gut wie die Erfahrung«.

Verwissenschaftlichung ist die Voraussetzung der kapitalistischen Aneignung und Verwertung von natürlichem Gemeingut. Verberuflichung ist die Voraussetzung der Verwertung von allgemeinem informellem Wissen. Die Voraussetzung für den Aufbau einer Wissensgesellschaft hingegen ist, dass ein nichtinstrumentelles Verhältnis zur Natur der tendenziellen Verselbständigung der Technowissenschaft entgegenwirkt. ›Wissen‹ darf nicht mit Sach- und Fachkenntnissen verwechselt werden. Verständnis für und ästhetische Wertung der Artenvielfalt des natürlichen Lebens gehören zum ›Wissen‹ und müssen den technowissenschaftlichen Machtwillen überwiegen.<sup>45</sup>

Soll eine Wissensgesellschaft sich gegen die Tendenz zur Verwissenschaftlichung und Formalisierung der sozialen Verhältnisse schützen können, muss sie die Qualität der Erziehung als eine der wichtigsten, »unbezahlbaren« gesellschaftlichen Aufgaben betrachten. Unbezahlbar, da Erziehungsarbeit keine messbare Leistung sein kann, für die es eine angemessene Bezahlung geben könnte. Erziehungsarbeit gelingt nur, wenn sie um ihrer selbst willen unternommen wird. Dafür jedoch hat die Gesellschaft die nötigen – auch finanziellen – Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die wachsende Misere an Universitäten, der Mangel an Lehr- und Erziehungskräften, die Streichung von Krediten für Stipendien, Bafög, Grundlagenforschung, öffentliche Bibliotheken und Institute gehen in die gleiche Richtung. Sowie die Verberuflichung und Veröko-

45 André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? S. 12, 15.

nomisierung von Fertigkeiten, die vor kurzem noch als allgemeines Alltagswissen galten. Der Verwertungszwang löst Alltagskompetenzen aus ihrem lebensweltlichen Zusammenhang, verwandelt sie in verkäufliches Expertenwissen.

Eine Gesellschaft, in der alle von jedem erwarten, dass er oder sie ihre künstlerischen, sinnlichen, kognitiven usw. Fähigkeiten weiterentwickelt und dafür die Mittel, Gelegenheiten und menschliche Unterstützung bereitstellt, steht in radikalem Gegensatz zu einer von Leistungs- und Verwertungszwang beherrschten Gesellschaft, ist aber dennoch in der gegenwärtigen Entwicklung potenziell angelegt.

Ein weiterer Aspekt, der die historische Begrenztheit des Warenfetischismus nachweist, ist der ökologische Aspekt. Die fossilen Energieträger sind der kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen:

1. Fossile Energieträger können ortsunabhängig eingesetzt werden. Durch entsprechenden Transportmittel können die Energiequellen von der Energieumwandlung örtlich getrennt werden.
2. Fossile Energieträger sind zeitunabhängig verfügbar, da sie leicht zu speichern sind. Sie sind kontinuierlich verwertbar.
3. Fossile Energieträger erlauben entsprechend dem Rentabilitätskalkül die Konzentration und Zentralisation der ökonomischen Prozesse.
4. Fossile Energieträger besitzen als Sekundärenergien die Eigenschaft, die Mobilität und Dezentralisation der Produktion und der verfügbaren Arbeitskräfte zu unterstützen.<sup>44</sup>

Diese Angemessenheit erlaubt es in der in der kapitalistischen Produktionsweise maximalen Gewinn zu erwirtschaften, Wachstum zu ermöglichen aber auch Herrschaftsstrukturen zu sichern. All diese genannten Eigenschaften fehlen den alternativen und regenerierbaren Energiequellen, sie sind dezentral, nicht immer kontinuierlich verfügbar und erlauben keine örtliche Trennung von Energiequelle und Energieumwandlung. Die alternativen und regenerierbaren Energiequellen können nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn ihr Gebrauchswert im Vordergrund steht, weil sie sich dem betriebswirtschaftlichen Kalkül entziehen. Alle Versuche der Unterordnung

<sup>44</sup> Vgl. Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster 2006. S. 86f.

der alternativen und regenerierbaren Energiequellen durch Konzentration und Größenwachstum reduzieren zumindest den ökologischen Nutzen dieser Energiequellen.

Die Entstehungskosten allen Wissens werden zum größten Teil von der Gesamtgesellschaft von den Eltern und Erziehern, vom öffentlichen Unterrichts- und (Aus)Bildungssystem, von den staatlichen Forschungszentren und Hochschulen getragen. Diese gesellschaftlichen Vorleistungen werden Privatunternehmen somit gratis zur Verfügung gestellt.

Das Neoliberale Bildungsideal bedeutet jedoch, dass Bildung von ihrer ursprünglich komplexen Bedeutung abgekoppelt und funktionalistisch auf die Erfordernisse des gesellschaftlichen Arbeitslebens abgestellt wird. Humankapital wird als Rohstoff zur Ausbeutung freigegeben betrachtet.

Helmut Kohl: »Intelligente Kinder sind der wahre Rohstoff in einem rohstoffarmen Land«; Rot-Grüne Regierung »Die Kreativität und die Kompetenzen der Menschen seien der wichtigste Rohstoff Deutschlands« Gerhard Schröder: »Innovationen von morgen fangen in den Köpfen der jungen Menschen von heute an.«

Noch klarer formuliert es der Soziologe Wolf Lepenies in seiner Eröffnungsrede auf dem Kongreß der Unternehmensberatung McKinsey & Company »McKinsey bildet« vom 5. September 2002: »Wir müssen Bildung nicht länger nur als eine Sozialleistung, sondern auch als eine wirtschaftliche Investition ansehen. Es wird Zeit, Folgerungen aus der Tatsache zu ziehen, dass zwei Drittel des Humankapitals nicht an der Schule und an der Universität, sondern durch die Eltern und im Erwachsenenlernen gebildet werden. Wir müssen dieser Form der Wertschöpfung einen angemessenen Platz in unserer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zuweisen. Unsere Ausnutzung des Humankapitals ist suboptimal.«<sup>45</sup>

Damit lässt sich das neoliberale Bildungsziel wie folgt zusammenfassen:

- Bildung als Bearbeitung des Rohstoffs Mensch,
- Bildung als Wertschöpfung,
- Bildung als wirtschaftliche Investition,
- Bildung als Humankapital.

<sup>45</sup> Wolf Lepenies: Bildungspathos und Erziehungswirklichkeit. S. 5. [http://www.zeit.de/reden/bildung\\_und\\_kultur/200240\\_lepenies](http://www.zeit.de/reden/bildung_und_kultur/200240_lepenies).

Dies steht im Gegensatz zum Humboldt'schen Bildungsideal, welches Bildung als Wert an sich sieht. Ein linkes Bildungsideal sollte das Bildungsideal erweitern: Bildung als Wert, als Basis einer vernünftigen Subjektentwicklung zur Herausbildung der individuellen und kollektiven Mündigkeit, als Grundlage der aktiven Gestaltung wirtschaftlicher und kultureller Umbrüche in der Gesellschaft und der Übernahme von Verantwortung, damit ist Bildung auch als soziale Kompetenz zu verstehen.

Im Gegensatz dazu wird nach neoliberalen Denkmustern Bildung zur Qualifikation degradiert, Bildungseinrichtungen werden reine Ausbildungsinstitutionen, in denen Arbeitskraftvermögen hergestellt wird. Bildung wird somit zum Rohstoff, zur Ware.

»Das ›Schicksal‹ von Rohstoffen ist bekannt: Sie werden geplündert, bearbeitet und in eine gesellschaftlich profitable Form gebracht. Das Kind als Rohling ist diejenige Quelle, aus der nach seiner schulischen Umarbeitung in Humankapital die verwertbaren Innovationen entspringen sollen. Der Mensch ist ein Rohstofflager: Dies ist die Kernaussage des neoliberalen Menschenbildes ... Es handelt sich um Biopiraterie der besonderen Form ... Biopiraterie ist also ein gigantischer Diebstahl natürlicher Ressourcen. Im Kontext von Bildung richtet sich Biopiraterie auf den Menschen selbst, seine Entwicklungskräfte, sein Subjektvermögen, seine Fähigkeiten, seine Kompetenzen, die zum Gegenstand des Kampfes um Marktvorteile und Hegemonien werden.«<sup>46</sup>

»Der neoliberale Mensch, das ist die mobile, flexible, wandlungsfähige Persönlichkeit, eine Persönlichkeit, die kreativ ist, Ideen produziert, inspiriert, ihr gesamtes Persönlichkeitsrepertoire in den Dienst des Unternehmens, der Firma, des Betriebs stellt, eine Persönlichkeit, die sich ›autonom‹ bewegt, allerdings nur in den Grenzen, die ihr vom System gesetzt sind.«<sup>47</sup>

Die Verwarenformung von Bildung hat somit die folgenden Konsequenzen:

1. Die Verwarenformung von Bildung verschärft die ohnehin schon bestehende soziale Ungleichheit, in dem sie genau denjenigen Bildung verweigert, die ihrer so dringend bedürfen.

<sup>46</sup> Armin Bernhard: Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. In: Utopie kreativ. Heft 197. März 2007. S. 206f.

<sup>47</sup> Ebenda. S. 207.

2. Die Verwarenformung von Bildung schränkt die Vielfalt der kindlichen Subjektvermögen gravierend ein. All diejenigen Momente, die sich von der Position der Erwachsenen als zweckfreie Tätigkeiten im Leben der Kinder ausmachen lassen, werden als nutzlos eingestuft.
3. Die Verwarenformung von Bildung unterbindet die zeitliche Logik kindlicher Bildungsprozesse, weil nach neoliberalen Bildungsziel kindliche Bildungsprozesse nach wirtschaftlichen Regeln und zeitökonomischen Aspekten zu gestalten sind.
4. Die Verwarenformung von Bildung verschärft die Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzipien schon im frühen Kinds- und Grundschulalter. Sie leitet Kinder zu Einstellungen und Haltungen an, die entzivilisierende Elemente für das gesellschaftliche Zusammenleben produzieren. Konkurrenz, Wettbewerb, Rivalität, Kampf ums Dasein sind schon heute Gewalt produzierende Verhaltensweisen in Kindergärten und Schulen.
5. Die Verwarenformung von Bildung zerstört den Charakter einer allgemeinen Bildung, denn sie eliminiert all diejenigen Momente, die für einen gelingenden Bildungsprozess die unhintergehbaren Bedingungen sind: Muße, Zeit, Hingabe, Gelassenheit und Liebe, grundlegende Elemente, die den Menschen zur Bildung erst befähigen. Humanistische Perspektiven in der Bildung werden kurzfristigen Qualifikationserfordernissen geopfert.
6. Die Verwarenformung von Bildung führt den demokratischen Erziehungs- und Bildungsauftrag ad absurdum, weil die Aufgaben der Schule immer stärker auf die Bildung von Humankapital beschränkt werden.
7. Die Verwarenformung von Bildung ist aber auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Denn es wird lediglich danach gefragt, wie möglichst rasch rentables Arbeitsvermögen, also Humankapital, hergestellt werden kann. Diese blinde Produktivitätsgläubigkeit ignoriert die ökonomischen Kosten, die in Zukunft auf die Gesellschaft zurückfallen werden: Kosten, verursacht durch die Ausgrenzung von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten.<sup>48</sup>

Die neoliberale Globalisierung verschärft aktuell diese Tendenzen:

48 Ebenda. S. 207ff.

»Nicht nur in der Dritten Welt sondern auch in Europa löst sich mit dem Abschmelzen des Sozialstaates das Schul- und Bildungssystem auf. Dem Wesen nach sind Bildungseinrichtungen keine Marktunternehmen. Ökonomisch gesehen handelt es sich hierbei um Gemeinkosten, tote Kosten für Unternehmen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte bringt jedoch einen Zusammenhang hervor, der bisher wenig beachtet wurde. Denn je mehr sich die Produktion der Unternehmen verwissenschaftlicht und je größer dadurch der Anteil des Sachkapitals (Technologie) wird, desto mehr steigt der Grad der Vergesellschaftung und desto größer wird die Bedeutung der Infrastruktur, nicht zuletzt von Bildung und Ausbildung ... Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Gemeinkosten überproportional zunehmen. Auf diese Weise entsteht ein chronisches Finanzierungsproblem der sachlich notwendig anwachsenden Infrastruktur. Mit anderen Worten: Der vom Kapitalismus selbst hervorgebrachte Grad der Vergesellschaftung ist kapitalistisch nicht mehr darstellbar. [...] Auf der betriebswirtschaftlichen Ebene wird eine derartige Masse von Arbeitskraft überflüssig gemacht, dass keine Reabsorption durch eine Erweiterung der Märkte möglich ist. Der Staat kann immer weniger Löhne besteuern und muss stattdessen zusätzlich die Arbeitslosigkeit finanzieren. In einem quasi naturwüchsigen Verlauf dieser Krise werden sowohl Kapazitäten der Produktion mangels Rentabilität als auch öffentliche Sektoren mangels ›Finanzierbarkeit‹ stillgelegt. Die Staatsapparate reduzieren sich zunehmend auf eine restriktive Verwaltung der Menschen und Ressourcen ...

Gerade das Bildungswesen und die kulturellen Einrichtungen verfallen in den westlichen Ländern heute schon ganz ähnlich wie in den Krisenregionen des Südens ... Selbst aus den weiterbildenden Schulen und Hochschulen werden junge Menschen entlassen, die wesentliche Kulturtechniken nicht mehr beherrschen und unfähig sind, größere Zusammenhänge zu reflektieren.

Politik und Verwaltung reagieren auf die krisenhaften Widersprüche im Bildungswesen stereotyp mit drei paradigmatischen Maßnahmen. Das erste Paradigma heißt wie in allen anderen Bereichen ›Privatisierung‹. Privatschulen, Privatuniversitäten und andere private Bildungseinrichtungen, die wie Marktunternehmen betrieben werden, sind aber natürlich keine öffentlichen Infrastrukturen mehr, sondern auf eine Minderheit zahlungsfähiger Klientel orientiert. In die

selbe Richtung geht es, wenn an öffentlichen Schulen und Hochschulen Studiengebühren erhoben werden und die Lehrmittel nicht mehr kostenlos sind.

Eng verbunden mit dieser Tendenz ist das zweite Paradigma, nämlich die verstärkte Propaganda für eine so genannte Elitebildung. Praktisch heißt das, dass man die Normalschulen und Normaluniversitäten bewusst verlottern lässt, um die staatliche Förderung auf wenige Elite-Institutionen zu konzentrieren ...

Noch tiefer schneidet das dritte Paradigma der scheinbaren Krisenbewältigung ein: nämlich die funktionalistische Reduktion von Bildung und Forschung auf die unmittelbare ökonomische Verwertbarkeit. Immer stärker werden Schulen und Universitäten direkt an 'die Wirtschaft' angebunden und sowohl nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geleitet als auch inhaltlich auf Markttkonformismus ausgerichtet. ... Der ökonomische Totalitarismus ist im Bildungswesen angekommen. Das bedeutet aber, dass zusammen mit den letzten Resten des Humboldtschen Bildungsideals der kulturelle Selbstgenuss der kapitalistischen Eliten verschwindet, sie reduzieren sich selbst auf ›Funktionsidioten des Systems‹. Damit löst sich auch die intellektuelle Fähigkeit zur Distanz auf, die jedoch Voraussetzung ist, um überhaupt komplexe Prozesse leiten zu können. Die ›neue Elite‹ dezentriert sich selbst.«<sup>49</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden: Wissen eignet sich grundsätzlich nicht als Ware behandelt zu werden, weil:

- Die Gestehungskosten des Wissens sind nicht bestimmbar.
- Wissen lässt sich praktisch kostenlos vermehren.
- Wissen lässt sich nicht wie Waren tauschen.
- Die Monopolisierung des Wissens widerspricht seinem Wesen, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit.
- Wissen entwertet die abstrakte Arbeit in bisher unbekanntem Maße.

Auf der anderen Seite wird Wissen in der heutigen modernen warenproduzierenden Gesellschaft als Ware behandelt. Wissen wird dahingehend kapitalisiert, dass das erzeugte Wissen mehr abstrakte Arbeit einspart als es gekostet hat, dass das Wissen monopolisiert wird und einer kleinen Oberschicht Macht und Herrschaft sichert. Die Fol-

<sup>49</sup> Robert Kurz / Roswitha Scholz / Jörg Ulrich: Der Alptraum der Freiheit – Sekundäre Analphabeten. Blaubeuren / Ulm 2005. S. 57ff.

gen die die oben benannten. Es findet langfristig eine zunehmende dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in eine kleine privilegierte Schicht intensiv ausgebeuteter und besessen schuftender Wissensarbeiter und einer breiten neuartig zusammengesetzten Unterklasse, die wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder, wegen der stark verdichteten Arbeit, nicht will, statt. Die sozialen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung sind heute unübersehbar. Der Wissenskapitalismus ist also nicht nur ein krisenanfälliger Kapitalismus, er ist die Krise des Kapitalismus selbst, wie André Gorz es richtig formulierte.

Folglich reichen die Kriterien einer Wissensgesellschaft, wie sie durch Martin Heidenreich definiert wurde, nicht aus. Eine Wissensgesellschaft, die den Namen verdient, erfordert, dass diese Definition durch die folgenden Kriterien erweitert wird:

1. Wissen wird nicht als Ware behandelt und getauscht. Wissen verbreitet sich ungehindert und ist somit Allgemeingut aller, Wissen ist also vollkommen vergesellschaftet.
2. Das erweiterte humboldtsche Bildungsideal hat Allgemeingültigkeit, der bedingungslose und kostenlose Zugang zu Bildung und Wissen ist jedermann zeitlich und inhaltlich unbegrenzt möglich.
3. Die Unmessbarkeit des Wertes der Wissensarbeit führt zur Verdrängung der Lohnarbeit, auch weil die Produktion von Waren zunehmend eine Randerscheinung wird. Die »abstrakte Arbeit« und der Fetischcharakter der Waren als historische Kategorien werden überwunden.
4. Schöpferische, kreative auch spielerische Arbeit wird freiwillige Arbeit, sie wird Bedürfnis in assoziierter Tätigkeit.
5. Eine Wissensgesellschaft ist eine Gesellschaft jenseits von Markt und Staat ist eine Gesellschaft in der die Produktionsmittel und Selbstversorgung allen jederzeit zugänglich sind, wie heute schon Datenbanken und Telearbeitsmittel.
6. Eine Wissensgesellschaft ist letztlich eine Gesellschaft, in der die bereits heranreifenden Bedingungen zur vollständigen Beseitigung von Hunger, Armut und soziale Ungerechtigkeit real nutzbar werden.

Folglich die systeminduzierte Ambivalenz von Wissen, die dem Wissen nicht adäquate Verwarenförmigung muss überwunden, Wissen muss aus diesem »Panzer« der Ware befreit werden. Damit könnte die

Krise der heutigen Gesellschaft überwunden und das Tor für eine emanzipatorische Gesellschaft geöffnet werden. Hierfür erscheinen die folgenden Transformationsprojekte notwendig.

## 5. Transformationsprojekte – mögliche Wege zur Wissensgesellschaft

Eine Wissens- und Kulturgesellschaft kann nur entstehen, wenn die »allseitige und freie Entfaltung der Individualitäten« im Mittelpunkt des gesamtgesellschaftlichen Konzepts steht. Ihre wichtigste Voraussetzung ist, dass alle zu allem Wissen, zu allen Selbstentwicklungsmöglichkeiten freien Zugang haben und dass das Streben eines jeden nach voller Entfaltung seiner Fähigkeiten als das gemeinsame Ziel aller wahrgenommen wird.<sup>50</sup>

Ein möglicher Weg aus der Krise also der Überwindung des heutigen neoliberalen Kapitalismus scheint die Transformation anhand konkreter Transformationsprojekte zu sein.

Inhalt dieser Transformation kann nur die kategoriale Kritik am gesellschaftlichen Formzusammenhang des modernen warenproduzierenden Systems sein, mit dem Ziel der Überwindung dieses Systems. Ziel solcher Transformationsprojekte ist also eine Weltgesellschaft jenseits von »abstrakter Arbeit« jenseits von Markt und Staat, Ökonomie und Politik, jenseits des geschlechtlichen Abspaltungsverhältnisses (Robert Kurz, Roswitha Scholz). In dieser Bewegung eingeschlossen ist natürlich weiterhin der Kampf um systemimmanente Gratifikation, um Geld, um staatliche Transferleistungen, und eine Abwehr aller Zumutungen der Krisenverwaltung. (Robert Kurz)

Wahrscheinlich wird ein einzelnes Transformationsprojekt dies nicht leisten können, sondern nur die Kombination mehrerer. Ob mit diesen oder auch anderen Transformationsprojekten das gesetzte Ziel erreicht werden kann, welche der einzelnen Transformationsprojekte das eigentliche »Trojanische Pferd« (Katja Kipping) in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist, wie eine Wissensgesellschaft sich konkret konstituiert, diese Fragen wird nur die Geschichte selbst beantworten können.

50 André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? S. 16.

Was wir heute benennen können sind die Kriterien, nach denen Transformationsprojekte bewertet werden können. Dies sind die Aufhebung der Äquivalenzen der »abstrakten Arbeit« und des Warenwertes, der Aufhebung des Warenfetischismus der Rückdrängung der Marktmechanismen.

Zum anderen gestaltet sich die assoziierte Arbeit in der modernen postfordistischen Gesellschaft aber auch in einer Wissensgesellschaft jenseits von Markt und Staat nicht in konstanten, dauerhaften Arbeitsverhältnissen sondern, dies zeigen die Tendenzen in der modernen Arbeitswelt, zunehmend projektbezogen und multiaktiv. Zeiträume der Bildung oder Weiterbildung werden abgelöst durch Zeiträume wissenschaftlicher oder produzierender Tätigkeiten oder Zeiträume der Erziehung aufwachsender Kinder oder kultureller oder sportlicher Tätigkeiten oder auch der Muße. Eine Wissensgesellschaft, die den Namen verdient, muss dieser Gestaltung des Arbeitslebens, die in wachsendem Maße Voraussetzung für Produktivität wird, durch soziale Absicherung Rechnung tragen.

#### *Der Dritte oder Nonprofitsektor / freie Netzwerke*

Der Dritte oder Nonprofitsektor oder freie Netzwerke können dazu dienen, in selbst organisierenden Tätigkeiten soziale, pflegerische und begleitende, kulturelle, sportliche, politische und wissenschaftliche Bedürfnisse, sowie die der Bildung und Ausbildung zu befriedigen, die durch den Markt nicht bereitgestellt werden oder schlicht mit Geld nicht zu kaufen sind. Damit können schrittweise immer mehr Tätigkeiten dem Markt und dessen Mechanismen entzogen werden. Das bedeutet auch, dass die Menschen nur einen Teil ihrer Bedürfnisse durch Geld und durch Tätigkeit im Markt befriedigen.<sup>51</sup> Diese können in Genossenschaften oder auch in Netzwerken realisiert werden. Der Dritte oder Nonprofitsektor kann gleichzeitig Initiativen unterstützen oder selbst Initiator sein für verschiedene Projekte von Pflege, Betreuung und Begleitung, von Migrationshilfen, Schüler- und Studenteninitiativen, von Bildungs- und Wissenschaftsprojekten jenseits

<sup>51</sup> Robert Kurz: Jenseits von Markt und Staat – Die Transformation der Ökonomie durch eine neue genossenschaftliche Produktionsweise. Beitrag von 1995 für »Folha« (Brasilien). <http://www.exit-online.org>

des Marktes und von Selbsthilfegruppen. Dadurch, dass ist einer Gesellschaft mit weiter steigender Produktivität die Tätigkeiten und Prozesse zur Herstellung und Bereitstellung von Waren und vermarktungsfähigen Dienstleistungen immer mehr zu einer auch ökonomischen Randerscheinung werden, erlangen diese Tätigkeiten, die dem Markt entzogen werden können oder sich dem Markt entziehen, eine immer stärkere gesellschaftliche Bedeutung und mit diesen die Träger solcher Tätigkeiten.

### *Bildung und Wissen*

Wissen und Bildung ist die zwingende Voraussetzung für den Übergang in eine Wissens- und/oder Kulturgesellschaft jenseits der abstrakten Arbeit. Wissen und Bildung ist heute schon Voraussetzung für Chancen und Teilhabe in und an dieser Gesellschaft.

Deshalb ist der bedingungslose und kostenlose Zugang zu Wissen und Bildung zwingende Notwendigkeit und sollte verfassungsmäßiges Gebot und Verpflichtung der Gesellschaft sein. Dies setzt den freien und kostenlosen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Zugang zu Wissen ein. Das verbietet Studiengebühren und Privatisierung von Wissenserwerb jeglicher Art.

Der Weg zur Wissensgesellschaft bedarf zudem eines neuen kulturellen Ansatzes. Deswegen darf Bildung nicht zur Erfüllung des Bedarfs für bestehende Berufe konzipiert werden. Bildung und Wissen sind die Voraussetzung dafür, den bevorstehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel aktiv zu gestalten. Bildung und Wissen werden zunehmend zur Kulturtechnik, zum Selbstzweck, sie sind dauerhaft im Menschen angelegt als Voraussetzung seiner Selbstverwirklichung.

Die Modernisierung des Bildungssektor, ein gesellschaftliches Klima, das ein lebenslanges Lernen nicht nur ermöglicht sondern gefordert wird ist in Deutschland zwingend notwendig. Hierzu sollten auch hinsichtlich der Bereitstellung finanzieller Mittel und von Investitionen die entsprechenden Prioritäten gesetzt werden. Da Wissen und Bildung heute eine zentrale Forderung an Gesellschaft ist, kann diese nur zentral gelöst werden. Die Kompetenzzuweisung an die Länder ist ein Rückfall in feudale Kleinstaaterei.

Wissen ist keine ordinäre Ware, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen (Andrè Gorz). Deswegen verbietet sich jegliche Privatisierung von Wissen. Wissen und die Nutzung von Wissen muss jeder Person, jeder Assoziation von Personen, jeder Einrichtung und Organisation kostenlos zugänglich sein. Wissen ist aufgrund seiner Eigenschaften allein dazu fähig, konsequent vergesellschaftet zu werden in einer Gesellschaft jenseits der abstrakten Arbeit, jenseits des Warenwerts. Das bedeutet unter anderem auch die Abschaffung des Patentrechtes. Nur die Vergesellschaftung des Wissens, damit die Abschaffung des Patentrechtes bedeutet auch die Aufhebung von Äquivalenzen der abstrakten Arbeit und des Warenwerts.

### *Bedingungsloses Grundeinkommen*

Die Krise des modernen warenproduzierenden Systems, die Tatsache, dass Wissen keine Ware ist, die notwendige Wahlfreiheit in assoziierter Tätigkeit oder Arbeit und das damit verbundene multiaktive Leben fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Damit diese Bedingungen erfüllt werden können müssen vier Kriterien für das bedingungslose Grundeinkommen erfüllt werden. Es soll:

- existenzsichernd sein im Sinne der Sicherung einer basalen gesellschaftlichen Teilhabe,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und
- keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

Das bedingungslose Grundeinkommen dient der Existenzsicherung und gesellschaftlicher Teilhabe. Es schafft Möglichkeiten eines alternativen Lebensentwurf jenseits der Lohnarbeit, jenseits der abstrakten Arbeit. Durch die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens, also den Verzicht auf Gegenleistung, werden Äquivalenzen der abstrakten Arbeit und der Warenwerte aufgebrochen.

Ausgehend von einem Menschenbild, das den Menschen als ein zur Emanzipation und zu einem selbstbestimmten Leben fähiges Wesen sieht, welchem die assoziierte schöpferische Tätigkeit oder Arbeit ein Grundbedürfnis ist, setzt das bedingungslose Grundeinkommen in

Verbindung mit einem Nonprofitsektor oder freien Netzwerken schöpferische und kreative Potentiale frei.

»Das bedingungslose soziale Grundeinkommen verweist letztendlich auf eine Gesellschaft, in der die Notwendigkeit der [Lohn- der Verf.]arbeit sich als solche nicht mehr bemerkbar macht, weil jeder von der Kindheit an von einer Fülle künstlerischer, sportlicher, wissenschaftlich-technischer kunstgewerblicher, politischer, philosophischer, ökosophischer und kooperativer Aktivität beansprucht und mitgerissen wird. Eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel und die Selbstversorgung allen jederzeit zugänglich sind wie heute schon Datenbanken und die Telearbeitsmittel. Eine Gesellschaft, in der sich Tausch prinzipiell als Austausch von Wissen und nicht von Waren begibt und also keiner Vermittlung des Geldes mehr bedarf. Eine Gesellschaft, in der die Immaterialität der wichtigsten Form von Produktionsarbeit der Immaterialität der wichtigsten Form von fixem Kapital entspricht. Das fixe Kapital, einmal als separate und verselbständigte Macht beseitigt, besteht hauptsächlich in der Fähigkeit, von dem akkumulierten Wissen Gebrauch zu machen, es zu erweitern und auszutauschen, ohne daß seine Verwertung sich den Individuen als eine fremde Forderung aufzwingt oder ihn die Natur, die Intensität, die Dauer und die Zeiten ihrer Arbeit diktiert.«<sup>52</sup>

Das bedingungslose Grundeinkommen in Verbindung mit dem Aufbau eines Nonprofitsektors oder auch freien Netzwerken kann sinnvoll verbunden werden mit wissenschaftlich – technischer Forschung und Entwicklung, mit Lehre und der Verbreitung von Wissen, mit Arbeiten zur Lösung ökologischer Probleme, z. B. hinsichtlich der Schaffung alternativer Energieversorgung, der Ressourcenschonung beispielsweise beim Ersatzes fossiler Energiequellen, des Erhalts der Artenvielfalt, des Schutzes der Biosphäre und der Bewältigung des Klimawandels und seiner Folgen. Hierbei können auch durch Betreuung, Begleitung und Pflege älterer und/oder kranker oder behinderter Mitmenschen soziale und demographische Probleme gelöst werden.

Aufgrund der Möglichkeiten der Brechung von Äquivalenzen durch die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, der Schaffung von Möglichkeiten jenseits der abstrakten Arbeit und der Potentiale zur Lö-

52 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. S. 135.

sung sozialer, ökologischer und demographischer Probleme kommt dem bedingungslosen Grundeinkommen in den Transformationsprojekten eine Schlüsselfunktion zu. Die Problematik hierbei besteht jedoch darin, dass die Durchsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens nach heutigen Finanzierungsmodellen einen nationalökonomischen Bezugsraum voraussetzt, der jedoch zunehmend verloren geht. Des weiteren bedeutet das bedingungslose Grundeinkommen eine Verteilung oder nach heutigen Gesichtspunkten Umverteilung nach Maßgabe der Produktivität, die jedoch in den einzelnen Ländern und Regionen gegenwärtig sehr unterschiedlich ist. Damit besteht die Gefahr, dass in bestimmten Regionen die Durchsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens ein Einkommen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel bedeuten kann. Also bedarf es noch wissenschaftlicher und konzeptioneller Anstrengungen, um ein Modell des bedingungslosen Grundeinkommens zu entwickeln, das eben diese Defizite beseitigt.

BERND RUMP

## Aufbruch zu neuen Ufern. Die Linke zwischen Nation und Globalisierung?

Zwischen dem »Heute« und dem unvorher-sagbaren Zeitpunkt, an dem es »im Laufe der Entwicklung« eine Assoziation (geben wird), »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, liegt der Bereich des politischen Handelns.<sup>1</sup>

*Eric Hobsbawm*

### 1. Einführung

Die Linke, die sich gemeinhin als permanente Vertreterin der Schwächeren versteht und der Sozialismus als inner- und antikapitalistischer Gegenentwurf, der um seine kapitalistische Grundlage zugleich weiß und sie überwinden will – beide sind Produkt und Part der bürgerlichen Gesellschaft. Wie der Kapitalismus selbst sind sie im Westen entstanden und ihre Implementierung in andere/n Weltgegenden war – in welcher Form auch immer – ein Export, der nur so viel unter den jeweiligen Bedingungen ausrichten konnte, wie sie deren historischer Natur entsprachen. Mit der Herausbildung eines globalen Kapitalismus im Zuge von Globalisierung verändern sich die Bedingungen für die Linke. Die zuallererst national organisierte politische Linke sieht sich einem weltweit vernetzen und nahezu schrankenlos agierendem Kapitalismus gegenüber.

Die antikapitalistische Linke versucht, sich internationale Plattformen zu schaffen. Das Weltsozialforum oder die Europäische Linkspartei sind solche sehr unterschiedlichen Plattformen. Demonstrationen, wie insbesondere gegen die G8-Gipfel zeugen von einer wachsenden Vernetzung – sind aber zuerst Reaktion auf die herrschende und zurecht als neoliberal apostrophierte Politik und auf das

<sup>1</sup> Eric Hobsbawm: Das Kommunistische Manifest: eine moderne Edition. Vorwort. Hamburg 1999. S. 37.

auch durch sie verursachte oder sanktionierte Unrecht und Elend in der Welt.

Dieser Beitrag versucht, Strategiebildung auf der Grundlage marxistischer Methodik vorzunehmen. Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass die Produktivkräfte die hauptsächlich treibenden, revolutionären Kräfte in der Geschichte sind und dass sich daran auch heute nichts geändert hat. Deren Charakter und Entwicklung sind nicht die einzigen geschichtsmächtigen Faktoren, aber sie sind diejenigen, die sich der Analyse zugänglich zeigen – und damit die Realität in Praxis gestaltbar, also veränderbar erscheinen lassen.

Nach diesem Verständnis braucht eine antikapitalistische Strategie eine Grundlage, die von den jeweiligen momentanen Besonderheiten abstrahiert und den Blick für Grundprozesse schärft. Aber von diesem Standort muss sie wieder zu den jeweiligen besonderen Orten zurückfinden. Es sind immer die konkreten Orte, an denen sich die Brüche, die Verwüstungen, die realen Paradiese, die Boomtowns einerseits und vom Versinken bedrohte Landschaften andererseits zeigen. Sie sind sehr verschieden und die Linke – wo immer es sie auch gibt – ist selbst Ausdruck dieser Verschiedenheit. Unter den Linken werden als Ausdruck dessen alle denkbaren Konzepte gehandelt. Das Einzige, was ihnen allen gemeinsam zu sein scheint, ist der antikapitalistische Tenor. Und die Ablehnung jeder anderen Form von Unterdrückung.

Die global erreichte Verdichtung und Intensivierung raum- und zeitübergreifender Interdependenzen setzt dem Kapitalismus eine ökonomische Grenze, so die zentrale These. Seine Expansion nach außen ist so gut wie abgeschlossen. Nach innen sortiert er neu. Er braucht nicht mehr alle als Produzenten, sondern überall Produzenten. Er braucht nicht die Natur, sondern die Rohstoffe der Natur, gleich, wo sie liegen. Zu Land, zu Wasser und in der Luft. Er braucht nicht einmal mehr die Politik universell, sondern verlangt die Reduktion der Politik auf das Management dessen, was da zu managen übrig bleibt: die Krise. Jedenfalls, ist das so, wenn es nach dem Credo des Neoliberalismus geht. Dessen Credo kündigt nicht zuletzt die Grundvereinbarung der bürgerlichen Gesellschaft, den Interessenausgleich auf und damit am Ende auch die Demokratie. Wenn aber Kapitalismus das Streben der Mehrzahl der Menschen nach Glück, sozialem Aufstieg usw. nicht mehr befriedigen kann, sind die Reaktionen dieser mittel-

fristig bestimmbar und einige bereits sichtbar. Die Welt wird instabiler. Die Szenarien dafür lauten heute: »Kampf der Kulturen«<sup>2</sup> oder »Weltordnungskrieg«<sup>3</sup>. Unter der Domäne der Globalisierung wird die Konkurrenz der Nationen und Regionen um die besten Standorte neu belebt. Die ganze »alte Scheiße« kann sich erneut wieder herstellen. Statt des nach dem Kalten Krieg versprochenen ewigen Friedens drohen latent Kriege. Und die heute prognostizierten Gewinner der Globalisierung, wie China oder Indien, können in diesen Auseinandersetzungen gleichfalls die Verlierer werden, wie noch unlängst gelobte Tigerstaaten es noch nicht ganz sind oder Schwarzafrika es zum Großteil heute schon ist. Denn diese Kämpfe werden mitnichten fair ausgetragen, sondern in ihnen werden Potenziale entscheidend, die den Westen oder auch Russland noch immer in mehr als einem Vorteil sehen.

Die entscheidende Frage für die Linke ist nun, welche Konstellationen und Fragen sich aus dieser Problemlage ergeben und wie diese im Sinne linker und antikapitalistischer Politik nutzbar gemacht werden können. Es geht hier strategisch nicht zuerst um die Frage, wie der Kapitalismus abgeschafft und durch eine andere Ordnung ersetzt werden könne. Sondern es geht heute zuerst darum, die Elemente der Destruktion zurückzudrängen. Eine zweite Frage ist, ob und wie, heranreifende Elemente einer »neuen Ordnung« vorhanden sind und weiter freigesetzt werden können.

## 2. Ökonomischer Grundriss – was ist Kapitalismus?

Kapitalismus nennen wir die Formation, in der das Kapital das grundlegende, das vorherrschende und herrschende Produktionsverhältnis ist. Das Kapital als »Mehrwert heckender Wert« beruht auf der Ausbeutung von Lohnarbeit. Lohnarbeit ist – neben der Natur – im Kapitalismus die Quelle des Reichtums, sie gerinnt in Waren, die gebraucht, verbraucht und getauscht werden. Was der Arbeiter zu verkaufen hat, ist seine Ware – die Ware Arbeitskraft. Was im Produktionsprozess entsteht, sind Waren – und zugleich mitproduziert und reproduziert

2 Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. München / Wien 1998.

3 Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Bad Honnef 2003.

wird die Gesellschaft, ihre Strukturen, Herrschaftsverhältnisse, die nicht produzierenden Bereiche etc. Es war also nicht das Neue seinerzeit, dass es Waren gab und auch nicht, dass diese gehandelt wurden – Handelskapital gab es längst in der Antike – sondern dass die Produktion von Waren zur Grundlage der ganzen Gesellschaft wurde. Und damit wurde diese kapitalistisch.

Im klassischen Industriekapitalismus ist die Lohnarbeit sichtbar als Fabrikarbeit. Der Fabrikarbeiter ist der Proletarier schlechthin – die Besitzer der Produktionsmittel sind die Kapitalisten. Dazu kommen die in den sekundären Bereichen der Gesellschaft Tätigen, das sog. Kleinbürgertum, Angehörige der Mittelschichten etc.

In der entstehenden Phase des Kapitalismus – die gemeinhin Postfordismus<sup>4</sup> genannt wird – entsteht ein Dilemma. Der Bedarf an der klassischen Lohnarbeit, der des Proletariats, geht zurück. Die organische Zusammensetzung des Kapitals – also das Verhältnis von lebendiger und toter (also bereits vergegenständlichter) Arbeit verschiebt sich massiv zuungunsten Ersterer. Tendenziell fällt damit auch die Profitrate. Möglich ist dies durch einen neu entstandenen Typus, eines Arbeiters mit einer »anderen« Arbeit. Der des Wissensarbeiters. Der Wissensarbeiter ist einerseits ökonomisch gesehen ein Arbeiter – er verkauft, in welcher Form auch immer, seine Arbeitskraft. Aber er verkauft sie in gegenüber dem Fabrikarbeiter sehr verschiedener Weise: Die Spanne reicht von der quasi dem Industriearbeiter analogen Form des Verkaufens bis zum Verkauf des auf eigene Rechnung selbst produzierten Produktes, das der Wissensproduzent selbst als Ware verkauft. Die Ausbeutungsverhältnisse werden auf den ersten Blick undurchschaubarer und unsichtbarer. Dies wird dadurch verstärkt, dass aufseiten der Besitzer an Produktionsmittel ebenfalls ein Wandel erfolgt. Die Besitzer an Produktionsmitteln werden zum Anonymus, das Finanzkapital wird gegenüber Industriekapital bestimmend. Der soziale Typ des Bourgeois wird ersetzt durch den modernen »Manager« und den Finanzspekulanten.

Der nächste Prozess ist eine Folge der Globalisierung und zugleich ein weiterer Motor dieser: Die Auflösung der nationalen Ökonomien ist tendenziell im Gang. Der globale Kapitalismus wird mehr und

4 Joachim Hirsch: Postfordismus – Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation. In: trend ONLINEZEITUNG 04/2002: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0402/t090402.html>

mehr ortlos und löst sich mehr und mehr von seinen Wurzeln nationaler Ökonomien. Das Finanzkapital wird beherrschend, weil es keinen Ort braucht. Da es aber letztlich immer wieder an Orte zurückkehren, das heißt Profit bringend angelegt werden muss, entsteht einerseits der Kampf, also die Konkurrenz um diese Orte – und dann dieser Orte untereinander – und zum anderen das Bestreben, das Ergebnis jeder Art menschlicher Tätigkeit in die Warenform zu zwingen, das angelegte Geld in Kapital zu verwandeln – und damit zu kapitalisieren, was auch immer kapitalisierbar erscheint. Die entstehenden Spekulationsblasen werden in Krisen bereinigt – und der Versuch startet neu. Der Kapitalismus enteignet fortwährend, reißt alles in seinen Kapitalkreislauf: Vermögen, Menschen, ihr Wissen, Natur. Ganz gleich, ob das deren Wesen entspricht oder nicht. Es gibt im Grunde keinen Bereich menschlicher Tätigkeit, der von diesem Prozess verschont bleibt. Und sollte es doch einen geben, ist das keine Garantie für morgen. Nicht nur die Wissensarbeit, sondern auch andere Arbeiten »sperrern« sich gegen die Verwertung im Kapitalkreislauf. Ihr Ergebnis sind ihrem Wesen nach weder zum Austausch verwendbare Güter – noch ist das Maß an aufgewendeter Arbeitszeit für sie kennzeichnend. Die Verwandlung von sozialen Dienstleistungen in Waren ist ökonomisch im Grunde widersinnig. Was hier seitens des Kapitals zur Hilfe genommen wird, ist die Garantie, dass die Gesellschaft für einen Großteil der Kosten eintritt. Hier liegt auch das Geheimnis, warum sich Wissen vermarkten lässt. Die meisten Kosten stehen verdeckt oder offen im Staatshaushalt. Kapitalismus ist hier damit sichtbar zunehmend parasitär. Im Grunde beutet er diese gesellschaftlichen Reichtümer aus wie die Rohstoffe der Natur – nur dass diese ja erst durch Aufwendungen der gesamten Gesellschaft geschaffen werden. Eben diese enteignet er.

### **2.1. Das Ende des Ost-West Konflikts – die globale Phase des Kapitalismus**

Von diesem Standpunkt aus sortiert, interessiert zuerst, wie denn sich diese globale Produktionsweise auf allen gesellschaftlichen Gebieten niederschlägt. Dieser Prozess ist ursächlich mit dem Niedergang des

Realsozialismus, mit dem Ende des Kalten Krieges verbunden.<sup>5</sup> Die sogenannte Systemauseinandersetzung bändigte und begrenzte geradezu den Kapitalismus. Er konnte in seine globale Phase nicht eintreten, solange ein Großteil der Welt sich ihm (unabhängig vom Charakter deren eigener Ökonomik) verweigerte, bzw. selbst ein konkurrierendes System errichtete. Das hieß im Ergebnis: Über dem Kapitalismus schwebte der Primat der Politik. Politik, natürlich im Interesse der herrschenden Klasse – aber eben Politik.

Mit der neuen Situation seit 1990 lief die Politik plötzlich der Ökonomik hinterher. Selbst kluge Apologeten des Kapitals bemerken dies, warnen vor den Risiken – ohne es grundsätzlich ändern zu können. Denn, wenn das Klasseninteresse nicht mehr von der Politik auf Leben und Tod verteidigt werden muss, dann steht freilich die Rolle des Politischen neu zur Debatte. Eben diese Auseinandersetzung kennzeichnet die 90iger Jahre. Ob die Administration der USA mit ihrem Versuch »einer neuen Weltordnung« oder auch menscheitsfreundlichere Projekte, wie sie zum Beispiel Al Gore in seinem Buch »Ein Marshallplan für die Erde«<sup>6</sup> entwickelte – alle diese Versuche wurden unternommen, um die Rolle der Politik neu zu bestimmen. Der sich durchsetzende Neoliberalismus aber verwies die Politik auf den zweiten Rang. Dieser Rang ist natürlich nicht einflusslos – und der neoliberale Glaube an die allein selig machende Stellung der Ökonomik ist selbstredend eine Illusion, weil die Ökonomik eben nicht alle Beziehungen der Menschen regeln kann. Und so entsteht entgegen den neoliberalen Predigten neu die Notwendigkeit, Politik wieder wirkungsmächtig werden zu lassen. Nicht nur, weil die Widersprüche, die der Kapitalismus aufreißt, nicht die Gesellschaften zerreißen dürfen. Nicht nur, weil das bürgerliche Bewusstsein sich mit der kapitalistischen Rohheit moralisch nicht einfach abfinden will, sondern auch, weil das Kapital letztlich damit überfordert ist, zugleich sein Gegenteil zu sein: sozial. Und deshalb dieses Gegenteil braucht, wie der Kranke den Arzt. Dies zeigt sich in den letzten Jahren deutlicher –

5 Verschiedene Autoren verorten den Beginn dieses Prozesses früher, teils schon mit dem Beginn der dritten industriellen Revolution. Der Autor vermeint hingegen, dass erst mit dem Untergang der »sozialistischen Staatengemeinschaft« die territoriale Voraussetzung für den globalen Kapitalismus geschaffen war.

6 Al Gore: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt a. M. 1992.

in allen Diskussionen um die Rolle der UN oder der EU oder der WTO etc. Politik kommt wieder zu »Ehren« – selbst wenn die neoliberale Ideologie des Unpolitischen und Nichtpolitischen noch weiter wirkt. Eine ganz andere Frage ist, ob die Instanzen und Institutionen der Politik der neuen Aufgabe gerecht werden. Unzweifelhaft werden sie das schlecht. Und ihr Ruf ist danach. Das gilt aber auch vielerorts für linke Politik. Denn die Krise der Politik ist eine allgemeine. Aber sie bedeutet nicht, dass Politik ohnmächtig sei. Denn die Politik wird zumindest dann immer auch wirkungsmächtig gebraucht, wenn das Kapital die Krise neu vorangetrieben hat. Wenn insbesondere das dominierende Finanzkapital wieder eine Landeswährung in die Katastrophe spekuliert hat, wie z. B. die Ereignisse um den drohenden Zusammenbruch der mexikanischen Währung zeigten. Die Beispiele ließen sich fortführen.

## **2.2. Kennzeichen und Wirkungen des globalen Kapitalismus**

Der nunmehr Wirklichkeit gewordene globale Kapitalismus versucht buchstäblich alle Ressourcen des Menschen sowie der Natur seinem Produktionsprozess einzuverleiben. Die Ausbeutung dieser Ressourcen erreicht einerseits ungeahnte Ausmaße, andererseits schafft sie sich selbst neue Schranken. Natur wie der Mensch sind in dieser Betrachtungsweise Ressourcen. Die erstere ist gewissermaßen begrenzt. Die weitere extensive Ausbeutung dieser führt zur ökologischen Problematik als globaler Frage, führt zu den möglichen und den bereits eingesetzt habenden ökologischen Katastrophen. Die bekannten Szenarien, unter Stichworten wie Klimawandel, Klimakatastrophe heute gehandelt sind im Grunde düster. Die Maßnahmen der Politik – teils unter massivem Einfluss der Konzerne stehend – dürftig. Die Erosion ganzer Weltgegenden dauert an, die Abholzung tropischer Regenwälder ist erschreckend, die Zunahme an CO<sub>2</sub> desgleichen. Regional kurz – und global mittelfristig werden die natürlichen Existenzbedingungen von Millionen Menschen untergraben und vernichtet. Ökologie wird maßgebend für die soziale Frage vieler Menschen auf dem Globus und nimmt damit unmittelbar Einfluss auf diese. Die Versteppung ganzer Landstriche, insbesondere aber nicht nur auf dem schwarzen Kontinent hat soziale und politische Folgen. Nicht zuletzt

Folgen für Krieg und Frieden. Europa, an der Grenze liegend, ist von ihnen in naher Zukunft direkt betroffen.

Die zweite globale Frage ist die soziale Frage. Kapitalismus versprach – und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sah es auch danach aus – die Lösung der sozialen Frage. Was sich aber nunmehr herausstellt, ist nicht weniger als, dass der Kapitalismus diese Frage überhaupt nicht lösen kann. Im globalen Maßstab gilt Kapitalismus pur. Alles steht für ihn in Konkurrenz: die Arbeiter, die Nationen, die Kulturen. Günstiger produzieren, also mit den niedrigsten Kosten zu produzieren, wird zum weltweiten Grundgesetz. Betriebswirtschaft ersetzt Volkswirtschaft. Da es aber nicht darum geht, irgendetwas zu produzieren, sondern Waren, die ihren Tauschwert ja nur über den Gebrauchswert realisieren können, entwickelt sich die Tendenz, dass die ungebremsste Konkurrenz dahin führt, ja dazu zwingt, auf dem jeweils höchsten technologischen Level zu produzieren. Daraus folgt: Die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert sich weiter. Maschinen bauen Maschinen. Die Zahl an modernen Wissensarbeitern kompensiert nicht im Geringsten die Zahl der aus dem Produktionsprozess Ausgeworfenen bzw. überhaupt nicht in ihn Integrierbaren. Selbst wenn z. B. in China 100 Millionen Menschen neu in diesen Prozess eintreten, so heißt das nur, dass zehnmals so viele Menschen nicht in diesem Prozess stehen. Sie sind als Konsumenten willkommen – aber die Gegenleistung, ihre Ware Arbeitskraft, hat als Äquivalent nur geringen Wert. Das Schicksal von Millionen Wanderarbeitern zeigt dies. Zugleich aber erfolgt historisch schnell die Zerstörung der traditionellen Gesellschaften, deren Produktionsweise, wie deren Sicherungssysteme: Familie und Clan. Das Management der damit entstehenden Probleme soll die Politik übernehmen, die hiermit überfordert wird. Hilfsorganisationen versuchen allerorten, die Folgen von zum Teil unkontrollierbaren Entwicklungen zu lindern, latent wenigstens einen Zustand zu stabilisieren, der Menschen das Leben wenigstens einigermaßen erträglich macht, oft aber nur einfach aufrecht hält. Ein achtbarer und doch notwendiger Dauerkampf gegen Windmühlen – das ist die Kehrseite der globalisierten Welt.

Wenn also der Kapitalismus des fordistisch geprägten Zeitalters die Anzahl an Arbeitern fortwährend erhöhte, ja den Proletarier als Klasse erst erschuf, so vermindert der Kapitalismus des Postfordismus tendenziell die Arbeiterschaft. Diese Tendenz wird auch nicht dadurch

umgekehrt oder aufgehalten, dass ganze Nationen jetzt erst in die kapitalistische Welt geschleudert werden, dass sie die erste, zweite und dritte industrielle Revolution gleichermaßen parallel absolvieren. Sie wird dadurch nur temporär abgeschwächt. Prozentual vermindert sich diese Arbeiterschaft ebenfalls – wenn als Bezugsgröße nunmehr die gesamte Menschheit gesehen werden muss. Und es gibt keine größere Region der Erde mehr, in der nicht die Warenform der Produkte die Bestimmende wurde.

Fazit ist: Der Kapitalismus als Formation ist in seiner postfordistischen Phase nicht mehr in der Lage, die gesellschaftliche Arbeit für alle Mitglieder der Gesellschaft innerhalb der Warenproduktion zu formieren. Was im fordistischen Kapitalismus als industrielle Reservearmee bereitstand – und je nach Konjunktur die Chance hatte, in die Industrie einverleibt zu werden – das ist nunmehr eine wachsende Zahl von nicht mehr oder niemals Produzierenden, von Menschen, deren Arbeitskraft in diesem Prozess nicht und niemals gebraucht wird. Zugleich aber ist die »industrielle« Warenproduktion noch immer der Ort der Produktion des materiellen Reichtums. Die Güter, die hier produziert werden, sind aber noch immer zuerst Waren mit ihrem Tauschwert und Gebrauchswert. Und alle andere Arbeit hängt vom ersten Sektor ab: Dienstleistungen, Ausgaben des öffentlichen Dienstes etc. Sie sind im o. g. Bezug gesehen noch immer peripher – aber diese Peripherie wächst in solchem Maß, dass es notwendig ist, ihre Eigengesetzlichkeit zu untersuchen und zu nutzen. Umso mehr, als die Grenzen zwischen Produktion und Peripherie des Produktionsprozesses mit der Veränderung des Charakters der Arbeit, vor allem mit der Wissensarbeit, durchlässig werden. Was hier entsteht, ist ein neuer Widerspruch, besser gesagt, eine neue Form des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Die private Aneignung findet ihre Grenze in dem, was sie selbst hervorbringt: in der neuen, andersartigen Arbeit.

Nicht weniger als das ist das eigentliche Kennzeichen des neusten Stadiums des Kapitalismus – mit allen Folgen für die Weltwirtschaft, die Natur, Kulturen und Regionen und das Schicksal von Staaten und Menschen. Der janusköpfige Kapitalismus verbreitet nach wie vor technischen und zivilisatorischen Fortschritt einerseits und alte und neue Armut andererseits – Gleichheit und politische Freiheit gleichermaßen wie Ungerechtigkeit und Unrecht. Aber nun hat dies

unmittelbar globale Ausmaße und Folgen. Denn sein letztes und wirkliches Maß ist wie in allen vorangegangenen Stadien des Kapitalismus der Profit. Doch setzt er sich damit selbst eine Schranke. Die lebendige Arbeit als Quell des Reichtums der Gesellschaft wird im Kapitalverhältnis immer weniger produktiv genutzt – das Produktionsverhältnis selbst begrenzt seine weitere Entwicklung. Der Motor wird zur Bremse. Am Ende stehen wir statt vor einer, vor zwei Fragen: Der ökologischen Frage und der sozialen Frage, die eigenartig verwoben das 21. Jahrhundert bestimmen: als Überlebensfrage. Explosionsartige Bevölkerungsentwicklung<sup>7</sup> in großen Teilen der Welt, sowie die »Rückkehr des Krieges« in die Geschichte verschärfen die Auseinandersetzung. Der Rückgriff auf die alten Machtstrategien ist allenthalben sichtbar. Und die Suche nach anderen Strategien beginnt notwendigerweise mit der Suche nach Überlebensstrategien.

Weltgeschichtlich stehen wir vor einer Zäsur. Vergleichbar mit der des Eintritts in die erste industrielle Revolution. Denn die letzten 150 bis 200 Jahre haben alles geprägt: die Fertigkeiten der Menschen, ihre Lebensrhythmen, ihre Bedürfnisse. Der Schrei nach Arbeit, nach sozialer Sicherheit ist heute der Aufschrei all derer, die wissen oder vorahnen, dass der Kapitalismus vorbei geht. Und noch nicht wissen, worin denn die Alternative bestehen könnte außer z. B. in Hartz IV. Und insgeheim auch wissen, dass es noch ganz andere »Lösungen« geben könnte und in anderen Ländern auch gibt. Lösungen, denen gegenüber »Hartz IV« noch wie eine Wohltat erscheint. Das (globale) Erschrecken ist freilich die erste Erscheinungsform des Neuen.<sup>8</sup> Aber das Neue kommt nicht von allein und die etablierten politischen und wirtschaftlichen Kräfte versuchen allzu oft, es schon im Ansatz zu ersticken. Eine andere Welt ist möglich, sagt Attac. Wie sie entstehen kann und ob sie wahrscheinlich ist, ist damit noch längst nicht gesagt.

7 Die Betrachtung dieser Herausforderung sprengt den Rahmen dieser Arbeit. Die Bevölkerungsexplosion ist eine der weiteren großen Herausforderungen, für die sich die Linke ein angemessenes Problembewusstsein erst erarbeiten muss.

8 Heiner Müller: Hamletmaschine. In: Ders.: Werke. Band 4: Stücke 2. Frankfurt a. M. 2001.

### 2.3. Der globale Kapitalismus und die Reaktion der Linken

Der globale Kapitalismus ist es, der die Sprengung von Grenzen erzwingt. Die Konkurrenz der Nationen, also der Nationalökonomien wird heute erweitert, ergänzt, aber auch ersetzt durch eine Konkurrenz von vielfältigen Standorten, Regionen. Die staatliche Ordnung aus der Zeit des Kalten Krieges ist in dieser Welt nicht mehr »effizient« genug. Die Linke, so scheint es, zeigt hier ein konservatives Gesicht. Sie sieht in den Veränderungen immer zuerst und fast immer nur die ihnen ohne Zweifel innewohnenden Bedrohungspotentiale. Extreme Rechte und Linke scheinen sich in dieser Hinsicht manchmal nicht grundsätzlich zu unterscheiden. Ihren Gegensatz und ihre Wesensverschiedenheit finden sie freilich sofort in ihren Lösungsvorstellungen.<sup>9</sup> Diese sind, was die Rechte betrifft, im Grunde immer gegen die noch Schwächeren gerichtet.

Die Linke wird – und das ist eigentümlich – konservativ, bewahrend, während die unter neoliberalen Einfluss gekommenen bürgerlichen Altparteien, einschließlich der Sozialdemokratie zu »Veränderungsparteien« mutierten. Veränderungen – allerdings in dem Sinne, den Sozialstaat gegenüber den Bedürfnissen und Entwicklungen des Kapitals passgerecht zu machen. Es ist diese Anpassungslogik, welche die Linke gemeinhin und mit Recht als neoliberale Politik bezeichnet. Und doch ist dieses Credo wenig hilfreich. Die Gestaltung der Prozesse wurde und wird damit mehr oder weniger dem Kapital überlassen. Lafontaines Worte: »Globalisierung ist nichts als ein neues Wort für Kapitalismus« negieren – im Kontext der realen deutschen Verhältnisse – das Spezifische der heutigen Situation. Lafontaine und andere haben freilich nicht Unrecht, wenn sie die Globalisierung als Kapitalismus beschreiben. Es ist die weltweite Wirklichkeit des im »Ma-

9 Einen Überblick über gegenwärtige Strategien der extremen Rechten in Deutschland gibt Kevin Strützel. In Deutschland fungieren diese vor allem in der NPD unter dem Slogan der »Nationalisierung der sozialen Frage«. Im Grunde »modernisiert« die extreme Rechte ihre ideologischen Grundlagen. Aus biologischem Rassismus wird so ein kultureller und ethnischer Rassismus. Ihre Globalisierungskritik entwickelt sich aus der Furcht, die Spielregeln der Globalisierung könnten auf die heute noch Vorherrschenden zurückschlagen. Vgl. Kevin Stützel: Antikapitalismus von rechts? Globalisierungskritik. Die extreme Rechte und der G8-Gipfel in Heiligendamm. In: RLS Standpunkte 13/2007.

nifest« beschriebenen und dafür seinerzeit gefeierten Kapitalismus – nur dass sich sicher heute der feierliche Ton verbietet und außerdem nur noch wenige Linke hierzulande davon wissen. Doch wenn diese gesamtdeutsche Linke dann sagt: »Ohne uns« – dann ist das eben eine Position, mit der von vornherein die Kapitulation droht. Dem Hyperkapitalismus des 21. Jahrhunderts ist kaum mit den Mitteln des 20. beizukommen. Das ist so, selbst wenn sich die Linke mit diesem Arsenal damit als wahrhaft antikapitalistisch missversteht. Diese Art Antikapitalismus ist eine notwendigerweise entstehende Reaktion auf den Kapitalismus selbst – aber sie ist hilflos, eine Art programmatische Floskel, mit deren Hilfe zwar eine Selbstbezeichnung vorgenommen, aber kein effektiver Gegenstandspunkt entwickelt wird. Die überkommenen Instrumentarien und Regelungen der Verteilung reichen in dieser Welt nicht mehr aus, um das aristotelische Credo der Politik<sup>10</sup> einzulösen, allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Das Geheimnis hinter dieser Haltung ist unschwer zu entschlüsseln. Auch die Linke ist durch jene geschichtliche Epoche geprägt, deren Abenddämmerung angebrochen ist. Sie hat in dieser Epoche Erhebliches geleistet. Ob verspottet als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus oder als weltweite Gegenkraft handelnd, bleibt: Sie hat die Verhältnisse verbessert, das Leben erträglicher, ja sogar in bestimmten Regionen der Welt lebenswert gemacht. Auch auf Kosten der Ärmern. Die Linke, ob als Sozialisten oder Kommunisten oder auch anderen Selbstbezeichnungen firmierend, hat dafür gesorgt, dass der Maßstab Profit nicht der einzige in der Gesellschaft blieb. Sie hat Gerechtigkeit nicht nur eingefordert, sondern erkämpft. Aber ihr Handeln und Denken fußt damit noch immer auf der industriellen Gesellschaft und ist von daher bestimmt. Den Horizont zu wechseln, fällt den Linken genauso schwer wie anderen Akteuren. Eine andere Arbeit anzufangen – das mag noch immer auch für linke Politiker etwa so klingen wie der Ruf eines Poeten. Aber für Millionen Menschen steht dies als eine Aufgabe, deren Alternative nur ist, sich an den Peripherien, in den Nischen irgendwie zu ernähren, von Brosamen abzuhängen, von Agenturen oder Politikern, vor denen sie ihre Verhältnisse ausbreiten sollen, wie einst ein Knecht gegenüber dem Herrn.

<sup>10</sup> Aristoteles: Nikomachische Ethik.

Das Problem ist: Die Linke hat bisher versucht, ihre Strategien gewissermaßen selbst innerkapitalistisch zu denken. Die Ergebnisse des Kapitalismus selbst infrage zu stellen, im Grunde die gesamte mittels ihm produzierte Lebensweise als eine historische zu sehen – das mag im theoretischen Denken und in den Versuchen radikaler Revolutionäre eine Rolle gespielt haben – aber die Ergebnisse waren bestenfalls mager, teils verheerend und manchmal an das Verbrechen grenzend oder schlimmer. Ergo die Erkenntnis: Die Rücknahme der Verhältnisse kann nicht sinnvoll sein. Aber was ist dann das Hinausweisende?

### 3. Antikapitalismus als Strategie

#### 3.1. Schwierigkeiten antikapitalistische Strategiebestimmung

Die Strategien laufen im Diskurs noch immer durcheinander. So verstehen die einen unter Antikapitalismus die Verteidigung und Wiedererrichtung des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, andere erwarten den Zusammenbruch des Kapitalismus und dessen Gesellschaft. Unter dem Blick beider erscheinen zivilgesellschaftliche Ansätze für eine Problemlösung eher suspekt – bestenfalls als Begleitmusik geeignet. Hier drückt sich einfach direkt die Tatsache aus, dass die Diskussion in und unter Parteien von vornherein die Begrenztheit der Parteien zeigt. Sie sind ein natürlicher Teil des politischen Systems, das unmittelbar an den (bürgerlichen) Staat gebunden ist. Aus dieser Perspektive kommen zivilgesellschaftliche Akteure bestenfalls als Bündnispartner in Betracht. Aber auf sie zu setzen, ihnen gar Macht zu übergeben, erscheint ihnen nicht weniger suspekt, als es die Sowjets einst den Bolschewiki waren.<sup>11</sup> Auch die Linke verbleibt in diesem Denkraum und folgt darin noch immer eher Lassalle, denn Marx.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Seitens der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird wohlweislich darauf Wert gelegt, das Auseinanderjagen der Konstituierenden Versammlung zu geißeln – über das erfolgte »Verschieben« des Sowjetkongresses verliert auch sie meist kein Wort. Vgl. Rosa Luxemburg: Zu russischen Revolution. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1990. S. 562.

<sup>12</sup> Was Marx auch immer an der Pariser Kommune zu kritisieren hatte – keinesfalls galt die Kritik deren Nichtstaatlichkeit – im Gegenteil. »Die Kommune war eine

Antikapitalistisch ist offensichtlich ein längst nicht genauer bestimmtes Beiwort. Die Ziele, die hier unter einen Hut gebracht werden sollen, lassen sich oft nur schwerlich unter diesen fassen. Ohne eine ökonomische Kapitalismusanalyse lässt sich nicht bestimmen, worin der konkrete Inhalt der Politik bestehen soll: Das Zurückdrängen des Profitprinzips zu propagieren, reicht allein wohl nicht für eine Strategiebestimmung aus. Es muss die Aufhebung des heute herrschenden Zustandes beschrieben werden, um sie zu betreiben – und es geht damit immer wieder im Kern um das Prinzip, welches diesem Zustand zugrunde liegt.

### 3.2. Drei linke Strategien

In der Geschichte der Linken gab es mindestens zwei ernsthaftere politische Versuche, tatsächlich antikapitalistische Strategien zu entwickeln und zu praktizieren. Sozialdemokraten wie Kommunisten (Bolschewiki) setzten hierbei auf die Politik. Das Mittel dazu war der Staat. Seine Übernahme sollte für die Sozialdemokraten dazu dienen, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass der Kapitalismus gezähmt würde und sein Profitprinzip die Gesellschaft nicht mehr dominieren könnte. Dies schien in skandinavischen Ländern gelungen. Zunehmend verstand sich diese Strategie nicht einmal als antikapitalistisch, sondern erschien als und wurde ein implementierter Teil des modernen Kapitalismus. Schwedischer Sozialismus erschien vielen Menschen durchaus als eine Art Sozialismus im Kapitalismus.

Das Bolschewistische, das radikale Modell nahm sich den Staat, um mittels dessen Herrschaft die Expropriation der Exprobeteure zu

Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Wiederbelebung durch das Volk und des eigenen gesellschaftlichen Lebens. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen. [...] Die Kommune war die entschiedene Negation jener Staatsmacht und darum der Beginn der sozialen Revolution des 19. Jahrhunderts. Was daher immer ihr Geschick in Paris ist, sie wird ihren Weg um die Welt machen.« (Karl Marx: Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW. Bd. 17. S. 541f.)

betreiben. Dem Kapitalismus als Ökonomie wurde eine andere (sozialistisch verstandene) Ökonomie entgegengestellt, zunehmend Erstere durch das Zweite ersetzt. Die Bolschewiki waren antikapitalistisch, ohne Zweifel. In welchem Maß dann ihre »sozialistische Ökonomie« mit der Zeit wieder Teil der kapitalistischen Welt wurde, sei jetzt dahingestellt. Es sei auch hier dahingestellt, was denn diese ökonomische Ordnung in ihrem Wesen war, ob eher vorkapitalistisch als über den Kapitalismus hinausreichend. Es bliebe nur festzuhalten, dass beide Strategien sich ergänzten, zum Teil wider Willen. Und das Scheitern der Letzteren blieb nicht ohne Folgen für die Erstere.

Antikapitalismus, das ist einerseits also ein geschichtlich geerbter Anspruch, in dem das Ziel steckt, Kapitalismus zu überwinden. Vorgetragen im Feld von Parteien und politischen Bewegungen ist schon das Mittel definiert. Es geht darum, mittels der Politik auf das Ziel hinzuwirken. Die Frage nach der Ökonomik wird meist nicht – oder erst im Nachhinein gestellt. Aber ohne eine tiefe Kritik der Ökonomik und ohne alternative Vorstellungen verbleibt eine Linke in der Rolle der Mahnerin. Es mag durchaus sein, dass es keine zwanzig Jahre nach dem Scheitern des Sozialismusversuches sowjetischen Typs für viele Menschen vermessen scheint, erneut eine Alternative zu Kapitalismus zu erörtern, aber die Globalisierung führt, ja zwingt von selbst dazu.

Deshalb komme ich zu einer dritten Möglichkeit, und damit zu einem weiteren Versuch, direkt, bisher zumeist insulär, Ökonomien nichtkapitalistischer Art zu entwickeln. Dieserart Versuche durchziehen parallel zu dem oben Genannten die Geschichte. Schon Versuche utopischer Sozialisten, aber auch spätere Versuche, so genannte Non-Profit- Ökonomien zu entwickeln, funktionierten territorial begrenzt, kurzzeitig oder auch längerfristig. Oft im Selbstverständnis der Akteure gar nicht als solche aufgefasst, funktionieren auch heute lokale Ökonomien z. B. in Form von Genossenschaften in vielen Ländern. Christliche Einrichtungen der Jesuiten seinen hier erwähnt. Nicht zu reden, von den Kibbuz in Israel. Insbesondere in akuten Krisenzeiten. Argentinien Zeitungen waren während der Währungskrise voll von Inseraten, in denen der Tausch von Arbeit gegen Arbeit angeboten wurde. Auf der Tauschbasis Zeit. Fast nirgendwo aber sind sie dominant. Allerdings: Wo sie sind, herrscht das Kapital, herrscht das Profitprinzip nicht. Es ist im Grunde auch die Strategie, wie sie Subco-

mandante Marcos<sup>13</sup> betreibt, in dem die Indigenas dem mexikanischen Staat ein autonomes Territorium abtrotzen, in dem sie nach ihren eigenen Regeln leben und produzieren. Eine konkret regionale Besonderheit, die immer latent bedroht ist. Die Frage lautet nun: Kann in einer Welt, die der Kapitalismus beherrscht, eine andere Welt entstehen? Wachsen die Keime einer neuen Gesellschaft nicht auch heute im Schoße der Alten? Und welches sind solche Keime? Und ist der Antikapitalismus der Linken nicht eine mögliche politische Klammer für all das, was über das Prinzip Kapitalismus hinausreicht? Allerdings auch nicht hinter ihn geschichtlich zurückführt. Um es politisch mit Arundhati Roy<sup>14</sup> in Sao Paulo zu sagen: Lassen wir uns nicht weiß machen, dass die Alternative nur zwischen einer böartigen Mickey Mouse und verrückt gewordenen Mullahs bestünde. Das hieße aber, dass ein linker Antikapitalismus tatsächlich auf etwas Neues hinarbeiten müsste: auf eine Alternative. Antikapitalismus als Strategie zu verstehen aber hieße dann zuerst, die Bewegungsfelder herauszuarbeiten, unter denen der »Maulwurf Geschichte« gräbt.

### 3.3. Die Überwindung des kapitalistischen Prinzips

Antikapitalistische Strategien können eigentlich nur auf eines gerichtet sein: die Eindämmung und Überwindung des kapitalistischen Prinzips. Das heißt, der Profitmacherei. Wenn das Kapital das herrschende Produktionsverhältnis ist, dann braucht es dazu die gesamte Gesellschaft – und so kann es auch nur durch die gesamte Gesellschaft überwunden werden. Das heißt, eine Strategie, Strategien sind denkbar, die nach und nach Bereiche der Gesellschaft dem Kapital, seinem Zugriff entzieht. Ohne diesen Ansatz gibt es keine intelligente antikapitalistische Orientierung. Der Streit unter Linken, wer denn dann der Akteur sein soll, ist eine andere Sache. Hier haben wir zum einen als Möglichkeit wieder den Staat und als Zweite die Zivilgesellschaft. Staatssozialisten meinen das Erstere, die libertäre und antiau-

<sup>13</sup> Subcomandante Marcos: Der Kalender des Widerstandes. Frankfurt a. M. 2005; Luz Kerkeling: La lucha sigue! Der Kampf geht weiter. Münster 2006; Gloria Muñoz Ramírez: 20 + 10. Das Feuer und das Wort. Münster 2004.

<sup>14</sup> Arundhati Roy: Weltsozialforum 2005. Rede. In: Das Weltsozialforum in Videos, Texten und Bildern. CD. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2005.

toritäre Linke setzt auf das Zweite. In der Tat liegt hier ein grundsätzliches Problem, denn dem Kapital die Macht zu nehmen, bedeutet tatsächlich sie (wieder) Personen zu geben.<sup>15</sup> Und es erhebt sich die Frage: Welche Personen sind das? Oder sind es tatsächlich alle? Und wie üben sie diese Macht aus? Über den Staat als ökonomischen Despoten? Und ist es zuerst die Macht, um die es geht? Denn das hatten wir doch schon: die Macht, den Staat. Der Staat ist bekanntlich ein altes, wenn nicht das älteste Herrschaftsinstrument, welcher durchaus auch dazu dient, die Besitzverhältnisse zu verschleiern<sup>16</sup> – und gleich in welcher Weise auch immer er verfasst ist, herrschen mittels ihm bestimmte Personen. Und sie besitzen das Recht, zu entscheiden. Über andere. Oder gehört die Macht der Zivilgesellschaft?<sup>17</sup> Und was bedeutete dies? Dies sei hier vorerst nur als Frage gestellt. Ihre Beantwortung ist nicht zu trennen von der Frage nach der Zukunft der Arbeit.

Ein Antikapitalismus muss sich darüber klar werden, wem die zu nehmende »Macht« zufallen soll bzw. nicht soll. Der marxische Kommunismus wusste darum, dass der Staat dabei nur eine Hilfsfunktion übernehmen sollte, und zwar in der Phase des Entreißens, wie im Manifest eindrucksvoll prophezeit. Der leninistisch-stalinistisch geprägte »Kommunismus« wusste darum nur noch bedingt. Er setzte über den

<sup>15</sup> »Jedes Individuum besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht und ihr müsst sie Personen über die Personen geben.« (Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1857/58. In: MEGA II/1. 2., unveränd. Aufl. Berlin 2006. S. 90. Orthographie und Interpunktion modernisiert/korrigiert zu: »... besitzt ... Macht, und ...« Auch in: Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S 91.)

<sup>16</sup> »Die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus.« (Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW. Bd. 21. S. 167.)

<sup>17</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>: Zum einen wird damit ein Bereich innerhalb einer Gesellschaft bezeichnet, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre entstanden ist - oder auch: zwischen Staat, Markt und Familie. Dieser Bereich wird als öffentlicher Raum gesehen, der heute durch eine Vielzahl vom Staat mehr oder weniger unabhängiger Vereinigungen mit unterschiedlichem Organisationsgrad und -form gebildet wird, etwa durch Initiativen, Vereine, Verbände. Der Begriff soziale Bewegung bezeichnet Teile dieser Organisationen. Der Autor folgt im Wesentlichen diesem Verständnis.

Staat zwar von daher begründet die Partei – aber diese letztlich doch als eine Art »Staat im Staat«, also als Staatspartei. Staat und Partei sollten in der Theorie eigentlich absterben – in der Praxis blühten sie sich ungeheuer auf. Theoretisch und praktisch liegt das Scheitern des Versuches heute auf der Hand. Sie erschien aber vielen lange als die Lösung. Allerdings: Auch die sozialdemokratische Staatsvariante verliert an Möglichkeiten. Der Neoliberalismus ist nichts weiter als Ideologie und Strategie eines sich vom Staat – zuerst vom Sozialstaat – befreienden Kapitalismus. Die Theorien und die Praxis eines staatlich regulierten Kapitalismus (New Deal, Keynes) sind zurückgedrängt. Aber selbst wenn sie ihre Wiedergeburt erlebten – die Welt ist eine andere und die Nationalstaaten verlieren ihre einstige Bedeutung, schlechthin die alles überragende Form zu sein, in der die Gesellschaften sich konstituieren. Der Staat ist offensichtlich keine universelle Form für die Weltgesellschaft<sup>18</sup>, er bleibt freilich eine wichtige Form innerhalb der Weltgesellschaft.

#### **3.4. Die Linke und ihre Europapolitik: ein Beispiel für die Schwierigkeit antikapitalistischer Strategie – ein Exkurs**

Anlässlich des gescheiterten Entwurfes für eine europäische Verfassung stellten die europäischen Linken dies fast durchweg als ein positives Ergebnis heraus. Die Argumentation war zumeist diese: Die Demokratie habe über die Bürokratie gesiegt. Das mag richtig sein, aber das – durch die Linke wie die Rechte – in Frankreich und den Niederlanden bewirkte Scheitern stellt die Frage, wie denn die Linke überhaupt zu Europa und Weltpolitik steht.

Das Paradoxon dieser Entscheidung zeigt sich nunmehr darin, dass de facto die politische Union Europa – zumindest auf längere Zeit – gescheitert zu sein schien. Übrig blieb vorerst vor allem das »Wirtschaftseuropa«. Keine Verfassung anzunehmen, bedeutete im Grunde, dass die bisherigen Verträge in Kraft bleiben und die Grundlage europäischer »Politik« darstellen. Also die billigste Lösung. Der

<sup>18</sup> Weltgesellschaft: Einige Sozialwissenschaftler interpretieren die Globalisierung der letzten Jahrzehnte als Entwicklung eines erdumspannenden sozialen Netzwerks bzw. eines umfassenden sozialen Systems und sehen darin eine bereits entstandene oder aber erst entstehende Gesellschaft, die Weltgesellschaft.

nunmehr unterzeichnete, allerdings nach dem Referendum in Irland schon wieder auf der Kippe stehende Verfassungsersatz, der »Vertrag von Lissabon« gibt der Linken kaum größere Möglichkeit als der gescheiterte Verfassungsentwurf. Die Militarisierung der EU ist weiterhin möglich. Zugleich ist festzustellen, dass mit der Verankerung solcher Vertragsbestimmungen wie dem Ziel der Vollbeschäftigung, mit dem Grundsatz einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft, mit der sozialen Querschnittsklausel, wonach künftig alle Rechtsakte auf ihre Sozialverträglichkeit hin überprüft werden müssen, oder mit dem neuen Protokoll zur Daseinsvorsorge ist der neoliberale Beton des Maastrichter Vertrags aufgebrochen worden. Der Vertrag von Lissabon bietet wenigstens die Chance, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion zu ergänzen, bemerkt die EP-Abgeordnete Sylvia Yvonne Kaufmann.<sup>19</sup> Zugleich aber hat dieses nunmehrige Vertragswerk eben nicht mehr den Status einer Verfassung. Und die Positionen der Linken in Europa divergieren wiederum zwischen Zustimmung und Ablehnung – ganz gleich, welche wiederum sehr verschiedenen Gründe vorgetragen werden. Und es entsteht durchaus die Frage, ob nicht das von der deutschen Linken artikulierte Verlangen, den Lissabonvertrag durch eine Volksabstimmung beschließen zu lassen, letztlich doch oder auch nur ein Ausweichen vor der Frage ist, wie denn die Linke zum Gehalt des Vertrages wirklich steht.<sup>20</sup>

Eine strategisch wichtige Frage lautet: Hat sich mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages der Spielraum der Linken real verkleinert oder erweitert? Hat eine Bewegung wie die deutsche Linke damit wirklich an Einfluss gewonnen? Sicher hat die französische Linke damit ihren Einfluss-Raum verteidigt; einmal abgesehen davon, dass dort auch das bürgerliche und EU-Lager akzentuiert nationale Interessen vertreten, was immer auch darunter verstanden wird. Aber die jüngsten französischen Präsidentenwahlen, und noch mehr die italienischen Wahlen schon haben bewiesen, wie kurzatmig solch ein Erfolg

<sup>19</sup> <http://www.sylvia-yvonnekaufmann.de/eu-verfassung/beitraege/200802201300.html>

<sup>20</sup> siehe: DIE LINKE. Vertrag von Lissabon nicht zukunftsfähig – Pressemitteilungen der Partei DIE LINKE. vom 15. März 2008. Zur aktuellen Debatte um den Vertrag von Lissabon erklärt der Parteivorsitzende der LINKEN und Vorsitzende der Europäischen Linken Lothar Bisky: <http://www.die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/artikel/vertrag-von-lissabon-nicht-zukunftsaehig/>

sein kann. Die Ablehnung der Verfassung war, wenn man die Europäische Linke betrachtet, wohl ein sehr zwiespältiger »Sieg«. Ihr Versprechen seinerzeit, binnen eines Jahres einen eigenen Verfassungsentwurf vorzulegen, hat sie außerdem selbst nicht gehalten. Ein mögliches und negatives Ergebnis wäre: Das Projekt der Europäischen Linkspartei käme selbst ins Stocken. Die zwiespältige Haltung der Linken schließe dann auf sie selbst direkt zurück. Die Rechte würde gestärkt. Die Entscheidung ist offen. Ohne die Beantwortung der Frage, was für ein Europa die Linke anstrebt – und weniger, welches sie nicht anstrebt – kann die Linke nicht positiv agieren. Müßig, daran zu erinnern, dass die Idee der Vereinigten Staaten von Europa einst ein linkes Projekt war. Sicher, der notwendig kritische Blick auf den Staat verlangt heute eine Korrektur. Ein »Nein« aber hat diese Qualität nicht.

Europa ist das Thema, an welchem das Problem des »nein«, am deutlichsten sichtbar wird, aber das gilt auch für andere Themengebiete und Weltgegenden. Die hier anschließende Frage lautet: Wie kann die Linke für sich selbst neue, bessere Bedingungen schaffen? Und wie kann sie den europäischen Einigungsprozess mitgestalten? Welche Ziele stellt sie sich für dieses Europa? Und wie verhalten sich diese zu den nationalen Aufgaben einerseits und im globalen Kontext andererseits? Europa als eine den USA analoge Kraft zu denken, welche die Ungerechtigkeit überall verschärft, statt an sozialem Ausgleich zu arbeiten, ist sicher kein linkes Projekt. Aber ein schwaches Europa unter weiterer Vorherrschaft der USA zu belassen, ist die schlechteste politische Variante. Europa kann keinen Zaun gegen den Rest der Welt errichten. Europa muss kooperieren oder es kann sich nicht emanzipieren. Und die Linke muss lernen, in einem europäischen Raum zu denken. Offensichtlich fällt ihr das aus historischen Gründen schwerer als im globalen Maßstab. Im Fokus der Parteilinken, der europäischen Linksparteien, stehen praktisch nationale – oder national verstandene Themen. Der jeweilige Staat ist ihnen zuerst der politische Bewegungsraum. Im Extremfall erklären sogar einige Linke ihre Ablehnung von Kriegseinsätzen damit, dass hierbei deutsche Soldaten fallen könnten. Aber von solchen Entgleisungen einmal abgesehen – politische Fragen, die über den »nationalen« Aktionsraum hinausgehen, lassen sich selten von einem nur nationalen Standort

aus beantworten. Der Versuch führt schnell zu einem »linken Nationalismus« zu Populismus gegen ausländische Arbeitnehmer etc.

Fazit: Wenn es um globale Gerechtigkeit, um Unterentwicklung, um globalen Raubbau geht, versagen die national geprägten Instrumentarien. Wir können eben nicht gegeneinander von den Problemen der Welt verschont bleiben. Die Konkurrenz um den Standort mag dem Standort auf den ersten Blick hin nützen, mittelfristig verkehrt sich der Vorteil.

Der Satz »Proletarier aller Länder vereinigt euch« scheint für die Linke wie vergessen. Was sich heute allerdings vereinigt, das sind im unmittelbar politischen Raum fast ausnahmslos die Herrschenden. Und zwar die ökonomisch und die politisch Herrschenden. Als Produzenten erscheinen die »Proletarier« auf die Konkurrenz unter sich – also gegen sich – zurückgeworfen. Als Konsumenten desgleichen. Es tut sich eine Diskrepanz auf: Die sozialen Bewegungen vernetzen sich zunehmend weltweit. Aber sie haben nicht genügend politische Kraft, um über Appellation und Demonstration hinauszugehen. Die politischen Parteien der Linken versuchen hingegen den ihnen möglichen Spielraum zu erhalten, verteidigen damit den bürgerlichen Nationalstaat, können aber ihrerseits auf internationaler Ebene kaum Einfluss nehmen. Je weniger aber die supranationalen Einrichtungen – mit Europa angefangen – demokratisch verfasst sind, umso weniger ist Einfluss möglich. Der Streit um die demokratische Verfasstheit dieser ist für ein linkes Projekt aber unumgänglich. Die Linke muss Europa als ihr Projekt begreifen lernen – oder es würde letztlich ein Europa des Neoliberalismus entstehen. Die andere Alternative wäre die Rückkehr der Nationalismen.

### **3.5. Das Gegenprinzip: Kooperation versus Konkurrenz**

Es geht, wenn die Überwindung der Profitmacherei angestrebt werden soll, damit noch um die Zurückdrängung, Überwindung eines zweiten, ein viel älteren Prinzips, des Prinzip Konkurrenz. Genauer: der Konkurrenz um Herrschaft, um Ressourcen, um Einfluss. Der Kapitalismus hat die Konkurrenz rationalisiert, ökonomisiert. Es ist das grundlegende Prinzip dieser Gesellschaft: Konkurrenz um den Arbeitsplatz, Konkurrenz um den Markt, Konkurrenz der Nationen. Kon-

kurrenz belebt das Geschäft, sagt der Volksmund. Konkurrenz wird begriffen als ökonomisches Prinzip, das ist die Konkurrenz der kapitalistischen Nationen wie die des einzelnen Arbeiters. Konkurrenz bewirkte unter den industriegesellschaftlichen Verhältnissen Fortschritt. Ihre Daseinsweise beruht auf Kampf. In biologistischen und auch in sozialrevolutionären Konzeptionen hochstilisiert bis zum »Kampf ums Dasein«. <sup>21</sup>

Wenn Marx sogar den Krieg als eine Arbeit beschreibt, meint er genau das. Selbstredend ist wohl, dass es Konkurrenz immer gibt. Es geht hier darum, welche Rolle sie einnimmt – und welche ihr Gegenstück einnimmt. Das Gegenstück heißt Kooperation. Wenn wir uns die künftige Welt nicht als eine Welt von Gewinnern und Verlierern vorstellen wollen, dann ist Kooperation das Entscheidende. Die Menschen kooperieren im Grunde in jedem Arbeitsprozess miteinander. Wenn die Bewahrung der Erde und des Lebens die vor uns stehende historische Aufgabe ist – wenn die Zerstörungen durch 150 Jahre Industriegesellschaft auch nur halbwegs kompensiert werden sollen, sodass sie nicht zur tödlichen Realität werden, so ist Kooperation das einzige Mittel dafür. Der Übergang von einem Denken der Konfrontation und Konkurrenz zur Kooperation braucht aber bestimmte Voraussetzungen, ohne die keine wirkliche Win-win-Situation real ist. Kooperation, die am Ende nur wieder den Reichen mehr Reichtum schafft und die Armen arm lässt, läuft letztlich wieder auf Herrschaft, die immer eine über andere ist, hinaus. Die Spielregeln müssen geändert werden. Fairer Handel, der Kampf um eine gerechte Weltwirtschaft etc. sind in dieser Logik Kämpfe um absolute Notwendigkeiten. Die hier eingeforderte Gerechtigkeit ist nicht weniger als eine Existenzbedingung – nicht nur für die heute armen Länder, sondern für die Zukunft aller schlechthin. Anderenfalls steht das Menetekel bereits an der Wand. Der 11. September war dann das Menetekel für eine einstürzende Zivilisation.

Antikapitalistische Strategie läuft im globalen Maßstab deshalb zuerst auf das hinaus: die Prinzipien, nach denen die kapitalistische Welt funktioniert zu revidieren, damit die Welt funktionieren kann. Was vielen oft heute noch als hilfloser Schritt erscheint, ist nicht mehr als ein erster Schritt, aber immerhin das. Die Ungerechtigkeit, den

21 Vgl. Joachim Bauer: Prinzip Menschlichkeit. 3. Aufl. Hamburg 2007.

Skandal zu skandieren, ist immer der Beginn des Neuen. Ob er folgenlos bleibt, ist eine andere Sache.

Aber eben die Technologien, die Produktivkräfte, die Informationsmittel der neuen Epoche geben den antikapitalistischen Linken auch die Mittel in die Hand, mit denen sie sich vernetzen, mit denen sie ihre Informationen und Sicht der Dinge weltweit verbreiten können. Und sie können so die bisherige Tatsache, dass die herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden ist, revidieren. Wenn sich, wie nach dem Anschlag in Madrid tausende Menschen über ihre Handys vernetzen und eine andere Auffassung der Geschehnisse verbreiten als die Regierenden, dann ist das ein Erfolg, wie er früher undenkbar war: ein Erfolg der Kooperation.

#### **4. Kampf um Gerechtigkeit – das Diktum antikapitalistischer Strategie**

##### **4.1. Die Begründung für Gerechtigkeit**

Vereinfachend lässt sich heute Antikapitalismus auf einen Begriff bringen: Kampf um Gerechtigkeit. Im Grunde war dies einst eine bürgerliche Losung. G. W. F. Hegel<sup>22</sup>, der den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ja bereits kennt, erkennt zuerst, dass die Menschen »durch Teilung der Arbeit immer abhängiger« werden. Eine Erkenntnis, an der später Karl Marx ansetzt. Bürgerlicher Individualismus, den das Eigentum hervorgebracht hat, folgert Hegel, würde die Gesellschaft auf Dauer zerstören. Von daher begründete er Sozialstaat und Sittlichkeit als unerlässlich für die Verwirklichung der Vernunft. Hegel ist bewusst, dass die Doppelung von »Armut und Reichtum« das »Verderben der bürgerlichen Gesellschaft« ausmacht, und er folgert daraus: »Es ist die Forderung, dass allen ihre Existenz gesichert sei.«

Rawls begründete gut hundertfünfzig Jahre später den Gedanken der Gerechtigkeit als Fairness wie folgt:

»Es ist vielleicht zweckmäßig, aber nicht gerecht, dass einige weniger haben, damit es anderen besser geht. Es ist aber nichts Ungerech-

<sup>22</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die Philosophie des Rechts. Vorlesungen aus den Jahren 1819/20.

tes an den größeren Vorteilen weniger, falls es dadurch auch den nicht so Begünstigten besser geht. Die intuitive Vorstellung ist die, dass jedermanns Wohlergehen von der Zusammenarbeit abhängt, ohne die niemand ein befriedigendes Leben hätte und dass daher die Verteilung der Güter jeden, auch den weniger Begünstigten, geneigt machen sollte, bereitwillig mitzuarbeiten. Die beiden soeben erwähnten Grundsätze dürften eine faire Grundlage dafür sein, dass die Begabteren oder sozial besser Gestellten – was beiden nicht als Verdienst angesehen werden kann – auf die bereitwillige Mitarbeit anderer rechnen können, sofern eine funktionierende Regelung eine notwendige Bedingung für das Wohlergehen aller ist. Sobald man sich für eine Gerechtigkeitsvorstellung entschieden hat, die alle Zufälligkeiten der natürlichen Begabung und der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu politischen und wirtschaftlichen Vorteilen führen lässt, gelangt man zu diesen Grundsätzen. Sie lassen jene Seiten der sozialen Welt aus dem Spiel, die als moralisch willkürlich erscheinen.«<sup>23</sup> Um auf Hegel zurückzukommen: Der Eigennutz, der bürgerliche Individualismus – nunmehr als Grundwert einer globalen Gesellschaft propagiert – wird für ihn zur Unvernunft die auf Dauer ins »Verderben der bürgerlichen Gesellschaft« führt. Gleich, ob das Verlangen nach Gerechtigkeit im Hegelschen Sinne, also gesellschaftlich begründet wird, oder ob man einer letztlich naturrechtlichen Begründung folgt – Überlegungen, die am Eingang der bürgerlichen Gesellschaft standen, bestimmen heute das Repertoire der Linken. Ob diese letztlich naturrechtlich begründet oder aus Sorge um die Aufrechterhaltung der Funktion der Gesellschaft überhaupt vorgetragen werden ist nicht mehr wirklich wichtig – beides geht heute in eins: Die Gesellschaft verkommt, wenn die Menschen verkommen und die Menschen verderben, wenn die Gesellschaft verdirbt. So gesehen ist das nichts Neues. Die Geschichte kennt dafür Beispiele. Der Zusammenbruch ganzer Gesellschaften und Kulturen<sup>24</sup> ist keine bloße Theorie. Es ging eben nicht immer weiter. Es gibt neben der Kontinuität von Geschichte auch die schwarzen Löcher der Geschichte. Auch in Rom weideten jahrhundertlang die Ziegen.

23 John Rawls: Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979. S. 256f.f

24 Jared Diamond: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt a. M. 2005.

Nur, dass das Verderben heute globale Dimensionen angenommen hat, das ist neu. So gilt es heute, Gerechtigkeit einzufordern, was immer das am konkreten Ort und zur konkreten Zeit bedeutet. Und es gilt den Gerechtigkeitsbegriff so zu erweitern, dass er die Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen einschließt. Ohne dieses Prinzip würde die Linke nur einen weiteren Beitrag zur Liste voller Heilsversprechungen leisten, die so groß ist wie die der Enttäuschungen die aus den unabgegoltenen Versprechungen folgten. Aus diesem Ansatz ergibt sich eine permanente Fragestellung und ein allgemeiner Maßstab für die Linke. Was sie immer auch will und tut, muss von ihr danach befragt werden, ob damit die Ungerechtigkeit gemindert oder gar verhindert wird. Die Gerechtigkeitsfrage ist eine konkrete Frage. Brechts Azdak beantwortet sie im Kreidekreis.

#### 4.2. Gerechtigkeit kontra Exklusion: zum Beispiel: Deutschland

Gerechtigkeit als originäre Aufgabe zu sehen bedeutet im Kern, soziale Exklusion zu bekämpfen. Was noch vor kurzer Zeit vor allem als eines der Hauptprobleme der 3. Welt galt, hat nunmehr auch die westlichen Industriestaaten wie die Bundesrepublik Deutschland erreicht: Exklusion ist die soziale Folge des globalen »Hyperkapitalismus«. »Vor allem zwei Trends beschleunigen dabei die Verbreitung von Armut: Erstens produziert die andauernde Massenarbeitslosigkeit eine permanente industrielle Reservearmee und dauerhafte städtische »Unterklassen«. Zweitens verstärkt sich der »Trend zu Prekarisierung«<sup>25</sup> und Niedriglohn, und die Zahl der working poor-Beschäftigten, die von ihrem Lohn nicht leben können, nimmt beständig zu. Je stärker sich die Politik den »Segnungen« des Marktes verschreibt, desto freier und ungehemmter kann sich die Dynamik der kapitalistischen Produkti-

<sup>25</sup> Seiner etymologischen Bedeutung nach lässt sich prekär mit auf Widerruf gewährt, unsicher oder heikel übersetzen. Aktuell wird der Begriff genutzt, um die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in den – an sich reichen und historisch gesehen auch sicheren – Gesellschaften des Westens zu thematisieren. Autoren wie Bourdieu (1998), Paugam (2000) oder Castel (2000) haben die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft in ihren Arbeiten frühzeitig als den Kern der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Vgl. Klaus Dörre: Prekarität – eine Herausforderung für gewerkschaftliche Politik. Jena 2007. S. 5.

on von Ungleichheit und damit Armut entfalten« schreibt Albert Scharenberg im Februar 2005.<sup>26</sup> Die Situation hat sich seither nicht gebessert. In einer aktuellen Studie, entstanden im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>27</sup> zeigt sich dieser Befund:

Die Ängste vor einem sozialen Abstieg und der ausgeprägte Vertrauensverlust in das politische System sind keineswegs auf bestimmte Wählersegmente, wie z. B. »abgehängtes Prekarität«, »autoritätsorientierte Geringqualifizierte« und »bedrohte Arbeitnehmermitte«, beschränkt. In der aktuellen Untersuchung der Ebertstiftung wird als dominante gesellschaftliche Grundstimmung eine breite Verunsicherung konstatiert. Die wichtigsten Indikatoren sind:<sup>28</sup>

- 63 Prozent der Wahlbevölkerung machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst,
- 59 Prozent geben an, sich derzeit finanziell einschränken zu müssen,
- 49 Prozent befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können,
- 61 Prozent meinen, es gibt keine Mitte mehr, nur noch ein oben und unten,
- 56 Prozent meinen, egal welche Partei man wählt, es ändert sich doch nichts,
- 87 Prozent sehen die Familie als wichtigen Rückhalt, deutlich abgesetzt nimmt aber auch eine individualisierte religiöse Überzeugung an Bedeutung zu.

Nach der Selbsteinschätzung der Bürger überwiegen Unzufriedenheit und Zukunftspessimismus. 46 Prozent registrieren eine Verschlechterung ihres Lebensstandards in den letzten Jahren und hegen entsprechend düstere Erwartungen für die zukünftige Entwicklung. Zugleich sind die Hoffnungen auf eine positive Veränderung durch die Politik gering. Neugebauer fasst die neueren Untersuchungen wie folgt zusammen: »Insgesamt ist die Grundstimmung ... derzeit vor allem durch Unsicherheit, Ängste und Zukunftssorgen gekennzeichnet, und es besteht eine große Sensibilität gegenüber der wach-

<sup>26</sup> Albert Scharenberg: Kommentare und Berichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2005.

<sup>27</sup> Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Bonn 2007.

<sup>28</sup> Ebenda. S. 28.

senden sozialen Ungleichheit und gegenüber der Undurchlässigkeit der Gesellschaft. Gerade die unteren sozialen Schichten rechnen sich kaum noch Aufstiegschancen aus ... Die Politik wird alles in allem miserabel beurteilt.«<sup>29</sup>

Der Parteivorsitzende der SPD, Kurt Beck stellte umgehend fest, Deutschland habe ein zunehmendes Problem, »manche nennen es ein Unterschichtenproblem«.<sup>30</sup> Die Zahl derer, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen bestreiten, ist stark zurückgegangen. Im Jahr 2004 waren es nur noch 39 Prozent der Gesamtbevölkerung. Alle anderen erhielten Unterhalt durch Angehörige, Renten und Pensionen, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe; einige leben freilich von großen Vermögen. Während in den letzten Jahrzehnten die Einkommen aus Arbeit um das Vierfache gewachsen sind, stiegen die Einkommen aus Kapital und Vermögen um das Vierzehnfache. Die politische Schlussfolgerung für die SPD hieß: Das Einkommen aus Arbeit darf im Vergleich zu Einkünften aus Kapital nicht abgehängt werden.

Bereits die »taz« vom 17. Oktober 2006<sup>31</sup> kommentierte die ersten Ergebnisse der Studie und die Reaktionen der Politik darauf: »Wenn ein SPD-Parteichef von einem Unterschicht-Problem spricht, geht es tags darauf im Berliner Politikbetrieb hoch her. Darf man das Bäh-Wort überhaupt in den Mund nehmen? Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) schob gestern hinterher: vergessen Sie dieses Wort«.<sup>32</sup> In der gleichen Ausgabe schreibt Robert Misik: »Hat es früher keine Unterschicht gegeben, oder hat man sie nur anders genannt: Proletariat vor Urzeiten, Unterprivilegierte in der Ära politisch korrekter Sozialreformen? Was die Unterschicht semantisch von ›Proletariat‹ und ›Unterprivilegierten‹ unterscheidet, ist die Zukunftsperspektive ... Die Begriffe Proletariat und Unterprivilegierte waren eingebettet in Aufstiegs- und Emanzipationsdiskurse ... Unterklasse meint jene, die auch

<sup>29</sup> Ebenda. S. 4.

<sup>30</sup> Kurt Beck. In: »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« vom 8. Oktober 2006.

<sup>31</sup> Das Datenmaterial der o. g. Studie war bereits Anfang Oktober 2006 veröffentlicht worden.

<sup>32</sup> Katharina Kaufen: Die lästige Unterschicht. In: »taz« vom 17. Oktober 2006. S. 1.

nur rudimentär eine damit vergleichbare Zukunftsperspektive nicht mehr haben«. <sup>33</sup>

Nun ist der Begriff »Unterschicht« sicher ambivalent. Scharenberg schreibt 2007:

»Denn in der Tat kann der Begriff zur Stigmatisierung der sozial Schwachen und zum Zwecke sozialer Distinktion der Besitzbürger gebraucht werden – die Debatte über das ›Unterschichtenfernsehen‹ mag hier als Beispiel dienen. Die zentrale Frage, die sich im Diskurs über die Unterschicht stellt, lautet demnach: Wie lässt sich das kritische Potenzial der Sozialstrukturanalyse fruchtbar machen, und wo wird ›Unterschicht‹ zu einem stigmatisierenden Kampfbegriff? Nun ist die bundesdeutsche Diskussion über die ›neue Unterschicht‹ bzw. ›Unterklasse‹ und die Auseinandersetzung mit den neuen Formen der Exklusion noch relativ jung. Ganz anders die Situation in den Vereinigten Staaten: Dort wird die Debatte bereits seit den 60er Jahren geführt. ›Unterklasse‹ und ›Kultur der Armut‹ sind Schlüsselbegriffe der US-amerikanischen sozialpolitischen Diskussion – auch wenn sie ursprünglich in einem anderen gesellschaftlichen Kontext entstanden und oftmals anders verwendet wurden als heute«. <sup>34</sup>

In der Tat lässt sich der Sachverhalt, dass es nunmehr eine neue Unterklasse oder Unterschicht gibt, kaum bestreiten. Neugebauer, in der Darlegung seiner Untersuchungsmethode macht diesbezüglich zwei Fokusgruppen aus. <sup>35</sup> Einmal ein »Neues Subproletariat«. Darunter fasst er »22-28-jährige Arbeitslose, die von ALG II oder Sozialhilfe leben, überwiegend keine Berufsbildung oder nur eine geringe Qualifikation haben; einige sind gesundheitlich beeinträchtigt. Sie wohnen in Problemstadtteilen, haben oft Kleinkinder und wechseln ihre Partner, teilweise Alleinerziehende. Mit Aushilfsjobs erzielen sie geringe Zusatzverdienste«. <sup>36</sup> Die andere Fokusgruppe sind »ältere Hartz IV-Betroffene: »Langzeitarbeitslose und Empfänger von ALG II, darunter Ein-Euro-Jobber. Sie leben allein oder mit Partner und von

<sup>33</sup> Robert Misik: Für jetzt und immer unten. In: »taz« vom 17. Oktober 2006. S. 3.

<sup>34</sup> Albert Scharenberg: Kampfschauplatz Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2007.

<sup>35</sup> Unter Verweis auf die Vorgängerstudie: Gesellschaft im Reformprozess. Qualitative Leitstudie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 22.06.2005.

<sup>36</sup> Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. S. 23.

den Kindern, sofern vorhanden, sind einige in Ausbildung und oft schon aus dem Haus«.

Im Grunde sind es diese zwei Gruppen, die durch Hartz IV in teils unterschiedlicher Weise am meisten betroffen sind und »verwaltet« werden. Die einen haben nur sehr geringe Aussichten, die anderen haben sozusagen alles hinter sich. Die zweite Gruppe, in Ostdeutschland signifikant größer als im Westen, erlebte im Osten gewissermaßen einen doppelten Bruch. Mit der Wende beginnt ihr Abstieg. Oft aus jahrelang ausgeübten Tätigkeiten in Arbeitslosigkeit, unterbrochen durch kurzfristige Tätigkeiten, ABM-Maßnahmen, mehrfache Umschulungen. Hartz IV ist nun die Endstation vor einer – zumeist nicht gerade reichlichen – Rente. Vermittlung in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt ist nur geringfügig möglich. Im Grunde wird diese Gruppe verwaltet. Ab 58 Jahre wird sie vom System gänzlich in Ruhe gelassen. Sie erhalten die Grundsicherung, müssen halbjährlich den zugehörigen Antrag ausfüllen und genug.

Ob »Prekariat« oder »Unterschicht« genannt, es ist eine soziale Schicht entstanden, deren Verhältnisse in jeder Weise prekär, also unsicher sind. Ob Hartz IV-Empfänger, Geringverdiener, Langzeitarbeitsloser oder junger Mensch, ohne oder mit nicht gefragtem Berufsabschluss, ja selbst Akademiker und Inhaber höherer Berufsabschlüsse – sie können ihre Gegenwart und Zukunft nur noch sehr eingeschränkt selbst bestimmen. Es ist zugleich eine Unsicherheit entstanden, die tief in die Gesellschaft hineinreicht und Spuren hinterlässt. Im Grunde ist fast keiner vor Hartz IV wirklich sicher. Noch sind es »eher« diejenigen auf die nachfolgend beschriebene Merkmale zutreffen. Aber »eher« heißt: Die anderen trifft es auch.

Neugebauer skizziert die Merkmale und Einstellungen des »abgehängten Prekariats« wie folgt.<sup>37</sup> Die Zusammenstellung ist stark gekürzt.

- Niedriger gesellschaftlicher Status, häufig gesellschaftlicher Abstieg,
- eher einfache und mittlere Tätigkeiten,
- von allen Milieus mit Abstand die größte finanzielle Unsicherheiten,
- starke Verunsicherung, fühlen sich gesellschaftlich im Abseits,

<sup>37</sup> Ebenda. S. 82ff.

- wünschen sich eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft, setzen stark auf regulierenden Staat,
- Politikinteresse, politische Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich, bewerten Idee des Sozialismus eher positiv,
- höchster Nichtwähleranteil bei letzter Bundestagswahl, deutliche Präferenz für linke bzw. rechte Randparteien.

Seine weitere Analyse bezieht sich vorwiegend auf die politischen Folgen; auf das Wählerverhalten, auf die Parteienlandschaft, das Demokratieverständnis etc. Für diesen Text ist zu fragen, welche Folgen denn für die soziale Arbeit und überhaupt für den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft eintreten. Die eine Frage ist, ob die bisherigen Vereinbarungen der Gesellschaft eingehalten und erneuert werden, oder ob eine Umwertung der Werte erfolgt. Das heißt, Beibehaltung der Begriffe – aber grundsätzliche Veränderung der Inhalte. Die Diskussion in der Gesellschaft, angeführt durch den Neoliberalismus zielt auf das Letztere. Der Begriff Gerechtigkeit wird uminterpretiert.

Die andere Frage ist, wie denn die LINKE, oder auch linke Politik überhaupt damit umgehen soll, dass eine Schicht entstanden ist, die etwa 8 Prozent der Bevölkerung umfasst – und im Osten 25 Prozent. Was mit Hartz IV geschieht, zeigt, dass es rein technisch-technokratisch möglich ist, eine große Menschengruppe über einen Leisten zu schlagen und staatlich zu »verwalten« und zu »betreuen« – aber genau dadurch ein anderes Menschenbild als bisher, ein technokratisches Menschenbild vorherrschend wird. Das bisherige Diktum Gerechtigkeit setzte beim konkreten Menschen, dem Individuum an. Es galt das in der amerikanischen Verfassung dargelegte Prinzip, zu geben »weil Du ein Mensch bist«. <sup>58</sup> Es bewertet ihn nicht nach seiner

<sup>58</sup> Diese Forderung nach absoluter Gleichheit steht, wie bereits oben angesprochen in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: »Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit.« Proportionalität wird hier gebrochen durch Grundrechte, die menschliche Gesellschaft jedem Individuum zugesteht. Gleichheit in diesen Grundrechten geht vor Proportionalität. Der Mensch ist nicht definiert über das, was er leistet. Der Mensch ist mehr. Das war die Grundvereinbarung der westlichen Zivilisation. Und sie ist durchaus noch handlungslei-

Nützlichkeit. Das Hartzsystem bewertet ihn offiziell nach seiner Brauchbarkeit für den Arbeitsmarkt. Was in Deutschland, seit dem 1. Januar 2005 da ist, ist ein Sanktionssystem, ein System der Bevormundung durch einen vormundschaftlichen Staat. Dieser gibt nicht mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Eingeführt durch eine Partei, die sich lange Zeit selbst als eine linke Partei verstand, bzw. noch oder wieder versteht. Linke Politik müsste aber gewissermaßen – will sie sich treu bleiben – Hilfe zum Schutz vor dieser Art »Hilfe« geben. Es ginge darum, den Menschen so zu helfen, damit sie die Exklusion durchbrechen können. Es geht innerhalb der Linken kaum darum, ob diese Aufgabe für sie ansteht – das steht scheinbar außer Frage – aber es geht heute darum, wie sie anzufassen ist. Schon die Erklärung, sich dieser Aufgabe anzunehmen, hat der Linken hierzulande zu neuer politischen Bedeutung verholfen. Aber wie sie diese wahrnehmen wird, wird darüber entscheiden, ob sie wirklich eine politisch direkt Einfluss nehmende Kraft wird. Hat sie eine Alternative?

#### **4.3. Eine Strategie der Gerechtigkeit – drei Aufgaben**

Die Exklusion zu durchbrechen, das verlangt im Grunde zwei politische Aufgaben zu verfolgen. Zum Ersten ist diese Aufgabe Begründung für die Notwendigkeit eines breiten politischen – aber vor allem auch gesellschaftlichen – Bündnisses. Ansetzend bei den eingangs dargelegten Begründungen für Gerechtigkeit ergibt sich, dass im Grunde keine Schicht oder Klasse Exklusion hinnehmen kann. Sie zu durchbrechen, oder gar zu verhindern, liegt im Interesse aller, selbst der nicht unmittelbar oder mittelbar Abstiegsbedrohten. Die Lage der bereits Ausgeschlossenen stellt diese zum Teil auch in eine Grundsituation, in der sie selbst nicht in der Lage sind, die Exklusion zu durchbrechen. Das ist das Paradoxon dieser Entwicklung. Sie haben – im Unterschied zum Proletariat – keine der klassischen Machtmittel in der Hand, um diese damit zu durchbrechen. Es gibt keinen Streik

tend. In der Politik zum Beispiel, zum Beispiel in der Menschenrechtspolitik, in der Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und auch insbesondere in der sozialen Arbeit überhaupt. <http://www.heinrich-heine-denkmal.de/dokumente/decofindd.shtml>: Unabhängigkeitserklärung der USA vom 4.7.1776. Deutsche Übersetzung von 1776.

der Arbeitslosen. Jede Unternehmung im Kampf um deren Rechte ist nur so erfolgreich, wie es gelingt, breite Schichten dafür zu gewinnen. Politisch bedeutet dies, dass politische Bündnisse – wie z. B. Links-Mitte-Bündnisse – notwendigerweise Teil der Strategie sein müssen. Gleich, wie unterschiedlich die Verhältnisse im Einzelnen sein mögen. Ändern lassen sie sich nur dann, wenn Mehrheiten dies politisch wollen.

Das zweite und naheliegende Ziel einer Strategie der Gerechtigkeit ist, die Fähigkeit der Betroffenen zur Selbstorganisation zu stärken, zu entwickeln. Das bedeutet, sie nicht paternalistisch zu behandeln, sondern reale Möglichkeiten zu schaffen, damit Veränderungen von den Betroffenen selbst erkämpft werden können. Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, das heißt besonders, die vorhandenen Momente und Formen der Selbstorganisation zu stärken und mit diesen spezifische Beziehungen einzugehen. Im Kern geht es hier um das Verhältnis von linken Parteien zu sozialen (wie auch anderen) zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Deren Stärke oder auch Schwäche wirkt unmittelbar auf die politische Linke zurück. Starke soziale Bewegungen sind eine Voraussetzung für diese Strategie. Politische Parteien wirken zuerst im politischen, also bürgerlichen System und sind an die jeweiligen Regeln gebunden. Das ist Vorteil wie Nachteil. Soziale, zivilgesellschaftliche Bewegungen hingegen zielen in einer ganz und gar anderen Weise auf Veränderung der Gesellschaft. Zuerst sind sie Ausdruck deren eigener Emanzipation. Ihre Selbstorganisation ist direkt Indikator des eigenen Zustandes. Er beginnt dort, sich zu verändern, wo klar wird, dass die Probleme nicht innerhalb des politischen Systems gelöst werden, und er bedarf deshalb einer ökonomischen Ergänzung, wie noch im Folgenden zu belegen sein wird. Die zivilgesellschaftlichen Bewegungen werden zum eigenständigen Faktor der Veränderung. Das heißt aber für die politische Linke auch nicht, den Vorstellungen und Forderungen der sozialen Bewegungen blind zu folgen, quasi deren Sprachrohr zu sein. Letztlich wäre das auch wieder eine Art freundschaftliche Übernahme, die am Ende wieder die soziale Bewegung auflöst. Das Verhältnis muss vielmehr von einer kritischen Loyalität getragen werden, die um die notwendigen Unterschiede und Möglichkeiten der Akteure selbst weiß. Die politische Linke braucht die soziale Bewegung – aber die soziale Bewegung braucht genauso eine starke politische Linke.

Unter diesem Blickwinkel gesehen, stellt sich für die Linke die Demokratiefrage als eine entscheidende Frage heraus. Allerdings sind Problemlagen im globalen Raum und im nationalstaatlichen Raum sehr verschieden. In Ersterem ist Demokratie eher eine Absichtserklärung, denn Realität. Und so scheint es, als seien auf globaler Ebene vor allem die Organisationen erfolgreich, die in ihrer Organisation eher Konzernen, denn demokratischen Gebilden ähneln. NGO wie Greenpeace, Robin Wood u.a. sind solche Unternehmungen, die global wirkungsvoll operieren und in diesem Verständnis gemanagt werden. Soziale Bewegungen scheinen hier eher durch ihre demokratischen Reglements gehandicapt. Die oft notwendige Einstimmigkeit produziert oft sehr allgemeine Resolutionen, denn konkretes Handeln. Ein Problem, dass es tiefer zu durchdenken gilt. Auf der nationalen oder auch regionalen Ebene aber gilt: Alle sozialen und politischen Auseinandersetzungen können von unten nur Erfolg versprechend geführt werden auf dem Boden einer sicher auch unzulänglichen und verbesserungswerten Demokratie. Erst eine Demokratie macht Selbstorganisation möglich. Der Staat kann nur dann als Schirm gegen die Exklusion dienen, wenn er demokratisch verfasst ist bzw. bleibt. Der Doppelcharakter des demokratischen Staats – einerseits selbst ein politisches Herrschaftsinstrument zu sein – und andererseits mittels seiner Regulierungskraft die Selbstorganisation als Zivilgesellschaft zu garantieren, ist nicht aufzulösen, sondern zu nutzen. Der Bewegungsraum der Linken ist deshalb unverzichtbar immer auch der jeweilige nationale Raum. Darin liegt die Stärke der Linken begründet – wie aber auch ihre Schwäche, wenn es um übergreifende Prozesse und Kämpfe geht. Denn in diesen sind die Elemente an Demokratie gering ausgebildet, zum Teil sind sie nicht einmal rudimentär vorhanden. Somit ist der Kampf um die demokratische Verfasstheit übernationaler und globaler Institutionen eine Notwendigkeit. Deren demokratische Verfasstheit zu erreichen, das ist ein grundlegende Aufgabe für die Linke – und wiederum nur auf einer solchen Basis kann die politische Linke auf die Globalisierung selber Einfluss nehmen.

## 5. Akteure der Veränderung: Anmerkungen

### *Partei und Soziale Bewegung*

Oft nicht einmal ausgesprochen, erhebt sich immer wieder die Frage nach dem Subjekt der Veränderung, oder moderner und präziser gesagt, nach den Akteuren dieser. Unter einer einst dominierenden bipolaren Sichtweise schien die Frage gelöst. Als historisches Subjekt erschien die Arbeiterklasse auf der Bühne und mit ihr deren »ökonomische Organisationen«, die Gewerkschaften. Als politische Organisation trat die Arbeiterpartei in die Geschichte. Die Befreiung der Klasse sollte im Grunde jedwede Ausbeutung aufheben und damit die Emanzipation aller in Praxis setzen. Dieses vereinfachte Denkmodell hielt schon im 20. Jahrhundert nicht vor der Wirklichkeit stand. Die entsprechende Organisationslogik (Transmissionsmodell) tat dies ebenfalls nicht. Weltweit sichtbar wurden neue soziale Kräfte spätestens mit dem Jahr 68 und dem wirklich weltweiten Studentenaufstand mit dem Epizentrum Paris, wie Eric Hobsbawm schreibt.<sup>59</sup> Vor, mit und nach den 68-zigern traten neue wirkungsmächtige Akteure in die Geschichte ein.

Neben der klassischen Arbeiterbewegung entstand eine Neue Linke, in den Ländern der Dritten Welt antikoloniale und nationale Befreiungsbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen wie die in den USA oder – ganz anders sozial strukturiert die neue feministische Bewegung. Ökologische Bewegung und Friedensbewegung durchbrachen vielerorts das übliche Parteienmodell. Und selbst wenn sie dann selbst wieder politische Parteien generierten, betonten sie doch weiterhin ihre zivilgesellschaftliche Abkunft und verzichteten nie ganz auf Organisationen und Formen dieser. Und das Jahr 89/90 machte deutlich, dass selbst in den Ländern des Ostblocks Kräfte entstanden waren, welche die klassischen Schablonen sprengten und die Straße besetzten und fast überall die verfallende Macht zum Einsturz brachte. Einen Moment schien es so, als entstünde eine permanente zivilgesellschaftlich Macht. Sie skandierte: Wir sind das Volk. Sie reichte aus, das politische System zum Einsturz zu bringen – sie reichte nicht

<sup>59</sup> Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München / Wien 1995. S. 376.

aus, um dauerhaft einen »Dritten Weg« zu finden – einen Weg jenseits von Kapitalismus oder Realsozialismus, einen Weg jenseits beider politischen Systeme. Kurzum: Der antiautoritäre Impuls zerschlug die Autoritäten, die der Autorität des modernen Kapitalismus im Wege standen. Dessen Autorität aber bedarf eines für ihn dauerhafteren und verlässlicheren politischen Systems als es in Permanenz tagende Runde Tische je sein können. Die Akteure jener friedlichen Revolution gingen in jenem neuen System der Parteien auf oder zogen sich aus dem politischen Raum zurück – mehr oder minder damit zufrieden, wenigstens das System erkämpft zu haben, welches die bürgerliche Freiheit gewährleistet oder auch nur zu gewährleisten scheint. Das politische Handeln für viele erschöpft sich darin, alle so und so viele Jahre wieder an die Wahlurne zu gehen.

Verglichen mit den großen Klassenaktionen im 19. Jahrhundert und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts fällt zumindest ins Auge, dass die Vorgänge der Jahre achtundsechzig wie neunundachtzig kaum mehr als traditionelle Klassenkämpfe zu beschreiben sind, dass sie zumeist, wenn auch nicht immer friedlich verliefen – und dass sie zunehmend nicht nur medial ein Echo fanden, sondern dass die Rolle der Medien regional wie global ein entscheidenden Einfluss auf Zielsetzungen und Verlauf hat. Selbst in den Aktionen des Jahres 2004, den Demonstrationen, gegen die Hartz-Gesetze zeigte sich, wie sehr unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte hinein – und zusammenwirkten. Von den Gewerkschaften bis hin zu BILD. Von einzelnen Politikern bis hin zu den traditionellen Parteien. Und doch konnten diese jene Bewegung nicht usurpieren. Die Demonstrationen bildeten – wenn auch zeitlich begrenzt eine geschichtliche Kraft eigener Qualität. Sie hatten ihre eigenen Sprecher, sie fungierten nicht als Sprachrohr einer bestimmten politischen Partei. Ob mit ihnen in Deutschland das neue Prekariat in eine eigene Rolle eintrat, ja selbst, ob sie sich dessen im Prozess bewusst wurde, ist eine hier nicht weiter zu verfolgende Frage.

Nach den Akteuren der Veränderung zu fragen, bedeutet von vornherein, im Plural fragen zu müssen. Und dabei zu fragen, wie denn zum einen das Verhältnis der Akteure zueinander – und zum Zweiten das Verhältnis der politischen Linken zu diesen beschaffen sein sollte. Dies betrifft im Kontext des Themas dieses Betrags in Sonderheit das zwischen und zu Proletariat, Prekariat und modernem Wissens-

arbeiter. Denn, zumindest in den westlichen Gesellschaften – aber im Zuge der Globalisierung schon jetzt weit darüber hinaus – sind es diese drei sehr verschiedenen sozialen Gruppen, mit denen die Linke es zu tun hat und ohne die keine grundsätzlichen Veränderungen zu bewerkstelligen sind. Ohne diese wäre die Welt nur eine Welt der Akteure des Kapitals. Die Interessenlagen dieser sozialen Gruppen sind allerdings sehr verschieden. Deren Spektrum reicht von zeitweiligen Gewinnern bis zu klaren Verlierern der Globalisierung. Die politischen Forderungen differieren auch deshalb erheblich – wie es die unterschiedliche Stellung (oder Nichtstellung) im Produktionsprozess schon vermuten lässt. Und so ist es nicht Zufall, dass sich innerhalb der Linken – wenn auch mit unterschiedlichem Akzent – dieselben Fragen auftun, wie sie im gesamten politischen Spektrum zu finden sind. Auch für die Linke gilt, dass jede einseitige Reduzierung ihres sozialen und politischen Spektrums sich umgehend rächt. Nicht zuerst wegen der dann fehlenden Wählerstimmen, sondern weil dies immer auch den Verzicht auf bestimmte Akteure bedeuten würde, ohne die Veränderungen in den heute anstehenden Dimensionen einfach nicht zu bewerkstelligen sind. Keine soziale Gruppe oder Klasse ist dazu allein in der Lage. Und für keine soziale Gruppe gibt es ein nur für diese zutreffendes Rezept mit Aussicht auf Erfolg. Jedes Rezept betrifft immer die gesamte Gesellschaft.

Zwei Fragen sind damit aufgeworfen. Zum einen die Frage nach der Rolle einer linken Partei für Veränderung in einem Spektrum sehr unterschiedlicher Akteure. Und zum zweiten die nach dem Verhältnis zwischen ihr und ihren näheren Klientel selber. Diese Fragen sind substanziell und bestimmen die Organisation und Kultur der Linken – und die für sie nötige Veränderung. Freilich, die Geschichte lastet auch wie ein Alp auf den Linken. Das einstige Selbstverständnis als Avantgarde der Avantgarde wie der Irrglaube, im Besitz des Schlüssels zur Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung zu sein – all das lebt auch fort und macht die Suche nach einem anderen Platz und nach anderen Strategien noch schwerer als sie so schon ist.

Die Linke ist zumeist Teil des politischen Systems, oder kämpft darum, dies zu werden. Was sie in diesem – so wie es jetzt steht – an Veränderungen durchsetzen kann, ist aber daran gebunden, dass nennenswerte Teile, ja Mehrheiten der Bevölkerung dafür gewonnen werden können. Sie kann ihre Standpunkte in der Gesellschaft propagie-

ren. Aber in demokratisch verfassten Gesellschaften kann sie diese nicht erzwingen. Ohne gesellschaftliche Bewegung für die eine oder andere Veränderung ist diese nicht zu bewerkstelligen.

Sie kann die gesellschaftliche Bewegung aber auch nicht erfinden. Sie kann allerdings die in der Gesellschaft auftretenden Kräfte erkennen, sich kann sie mit ihnen verbünden – oder sie kann sie ignorieren oder gar nicht erst wahrnehmen.

Letzteres ist zum Teil der PDS in der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes geschehen. Sie nahm zwar Veränderungen in Gesellschaft und Politik wahr und versuchte auch darauf aufmerksam zu machen. Unter dem Stichwort Sozialabbau. Aber die neue »Qualität« – den Bruch mit dem Sozialstaat und viel mehr noch die entstehende gesellschaftliche Gegenbewegung nahm sie spät wahr. Und deshalb konnte sich links von ihr überhaupt eine neue Partei (WASG) bilden. (Wie diese dann im Weiteren operierte steht hier nicht zur Sache.) Die soziale Bewegung allerdings hatte zwar mediale Aufmerksamkeit – aber in der politischen Arena, auf Bundesebene dieser, gab es beinahe niemand, der zu dieser Zeit die neue Lage artikulierte. Daraus folgt: Die politische Linke muss bei Strafe ihres Untergangs schon deshalb weitaus über das Establishment hinaus sozial und politisch verwurzelt sein. Andererseits: Soziale Bewegungen andererseits können andererseits der Politik – und damit der Macht – nicht dauerhaft entbehren, wollen sie auch nur eine Chance haben, ihre Ziele zu erreichen.

### *Konfliktlinien und Akteure*

Im globalen Kapitalismus verlaufen die Fronten der Auseinandersetzung sehr verschieden von denen in dessen vorherigen Stadien. Die Diskurse und Auseinandersetzungen im globalen Maßstab sind nicht unbedingt dieselben wie in den traditionellen Industriegesellschaften. In den abgehängten Regionen dominiert selbstredend eine andere Sicht auf die Globalisierung als in denen der zeitweiligen Gewinner. »Die Hauptkonfliktlinien der Gegenwart bewegen sich nicht – jedenfalls nicht sichtbar – entlang des Konfliktes zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern entlang des Konfliktes zwischen zwei Weltordnungen: der Welt der reichen Elite und der Welt mit mehr Gerech-

tigkeit.«<sup>40</sup> Man muss dem hier dargelegten Gegensatz nicht gänzlich zustimmen, man kann den heutigen Konflikt durchaus auch als die heutige Erscheinungsform des alten Konfliktes erklären – aber entscheidend für unsere Frage hier ist, worum und wie sich globale Allianzen mit nennenswerter Aussicht auf Erfolg bilden können. Unzweifelhaft ist das der Kampf um eine gerechtere Welt. Und dafür haben sich Allianzen gebildet. Und mit ihnen bildeten und bilden sich gemeinsame Fragestellungen und Strategien heraus, die in mancher Beziehung früheren folgen, in anderen radikal damit brechen. Im Spektrum der Globalisierungsgegner, ja der Linken heute überhaupt existiert sowohl die Anknüpfung an die sozialdemokratisch – keynesianische Vorstellungswelt als auch die Vorstellung von einem radikalen Bruch mit der kapitalistischen Logik überhaupt. Dem entsprechend ist das Zutrauen in oder die Ablehnung der Macht für unterschiedliche Strategien eine bestimmende Größe. Aber bei weitem nicht nur diese eine. Und doch bildeten sich gemeinsame Grundüberzeugungen heraus, die für den Kampf um eine gerechtere Welt bestimmend sind.

Zum einen die zuerst im ökologischen Diskurs entstandene Festschreibung des Prinzips der Nachhaltigkeit.<sup>41</sup> Und zum anderen um die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Politik der De-Globalisierung, Dezentralisierung und einer solidarischen Ökonomie.<sup>42</sup> In welchem Maße sich die betreffenden Akteure damit als antikapitalistisch verstehen oder nicht, sei hier dahin gestellt. Sie stehen jedenfalls in dezederter Gegnerschaft zu dem Kapitalismus, wie er ist. Jene Akteure können genauso wenig wie im nationalen Spektrum einer Richtung oder einer bestimmten sozialen Gruppe zugeordnet werden. Sie sind von vornherein Plural: soziale Bewegungen, Nicht-Regierungs-Organisationen, Foren usw. Was sie vor allem repräsentieren, das ist Zivilgesellschaft. Der Aufstieg der Zivilgesellschaft ist offensichtlich weltweit die wesentlichste Veränderung im politischen Raum. Ob als

40 Mohssen Massarat: Kapitalismus, Machtungleich, Nachhaltigkeit. Hamburg 2006. S. 74.

41 Sustainable Development ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Bruntland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987. S.46.

42 Mohssen Massarat: Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit. S. 134f.

vorstaatliche oder nichtstaatliche Handlungssphäre begriffen – die Definitionen dieses Phänomens differieren erheblich – sie sind im Zwischenbereich zwischen privat und Staat angesiedelt. Sie verfolgen klar öffentliche Angelegenheiten. Ihre Akteure greifen in die Politik ein – aber ihr Ziel ist nicht das politische Staatsamt, nicht die Übernahme der oder die Beteiligung an der Staatsmacht. Genauer betrachtet sind sie Sammelbecken, die nicht nur bestimmte Ziele, sondern auch einen bestimmten Konsens, eine bestimmte Kultur teilen. Die Akteure nehmen tatsächlich öffentliche Angelegenheiten in ihre Hände. Dort, wo der Staat versagt hat, dort wo die herkömmliche Politik versagt. Und wenn die neoliberale Hausse den Staat gewissermaßen zurückdrängte, so war der Aufstieg der Zivilgesellschaft logische Konsequenz. Und damit auch die Entwicklung von eigenen Methoden des Politischen. Denn die Freiwilligkeit dieses Tun schafft und bedingt eine andere Kultur; eine Kultur der Assoziation, in deren Zentrum der Diskurs um Problemlösung steht. Und dieser steht in und mit der Öffentlichkeit.

Für zivilgesellschaftliche Akteure ist offensichtlich »Selbstorganisation« als Assoziation kennzeichnend. Ihre Demokratie ist basisorientiert – und offensichtlich steht das nicht in einem unlösbaren Widerspruch dazu, dass sie auf globaler Ebene auch effektiv und zielgeleitet handeln können. Denn ihre Organisationsstrukturen sind (wie die moderner Konzerne auch) ähnlich der von Netzwerken, ihre Hierarchien sind flach, die Verantwortung des Einzelnen ist an seinem konkreten Handeln orientiert und damit hoch.

### *Bündnispolitik oder strategische Allianz*

Es erhebt sich die Frage, ob das strategische Zusammenwirken von politischer Linke und diesen gesellschaftlichen Bewegungen noch unter alten klassischen Bündnisbegriff verstanden und wirksam begründet werden kann. Bündnisse werden zumeist geschlossen um bestimmte Ziele zu erreichen, die jeweils allein nicht erreichbar sind. In diesem Sinne ist Bündnispolitik notwendig. Aber ein Bündnis wirft immer auch die Frage auf, wie die Rollen verteilt sind. Die Bündnispolitik einer auf der Klassentheorie fußenden Partei war also immer eine – durchaus auch ehrliche – Politik, die durch den Hegemon bestimmt wurde oder werden sollte. Eine Hegemonie in oder gegenüber

einem Netzwerk aber ist ein Unding. Selbstorganisation schließt im Grunde jede Fremdbestimmung und damit eine »Fremdorganisation« aus. Die Frage steht, ob und wie denn z. B. DIE LINKE, die als Partei in einem bestimmten Maße hierarchisch organisiert ist, die im politischen System funktionieren muss und selbst einer andersartigen Tradition<sup>45</sup> entstammt, in einen Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren treten kann. Die Frage steht nach einer Zusammenarbeit, die über gemeinsame Deklaration von Zielen weit hinausgeht. Als Diskurs der Akteure und nicht nur zuerst oder gar allein der Funktionäre. Es geht denn eher um eine strategische Allianz denn um eine neue Auflage von Bündnispolitik. Für eine strategische Allianz sind aber zum einen die realen politischen Schnittmengen und zum anderen kulturelle Übereinstimmungen entscheidend. Nicht nur um die gegenseitige Akzeptanz geht es, sondern um die tatsächliche Fähigkeit, zusammenzuwirken. Die gemeinsame Gegnerschaft zum globalen Kapitalismus ist eine notwendige und wohl auch gegebene Bedingung, aber sie ist nicht unbedingt ausreichend. Es steht die Frage, welche Ansatzpunkte der globale Kapitalismus und die mit ihm einhergehende Wissensgesellschaft für eine solche Allianz bieten.

*Ein Ansatzpunkt: Wissensgesellschaft*

Es ergeben sich mehrere Ansatzpunkte. Der Plural des zivilgesellschaftlichen Terrains umfasst Vereinigungen wie Attac, NGO, Bewegungen wie die der Landlosen in Lateinamerika – oder gar der »Glücklichen Arbeitslosen« in Deutschland. Ja, selbst Gewerkschaften, die eher einem traditionellen Organisationstypus nahe stehen, können wichtige Faktoren der Zivilgesellschaft werden, wie es sich teilweise in den Anti- Hartz - Demonstrationen verhielt. Im Grunde findet all die soziale Klientel der Linken, wie auch anderer politischer Kräfte Entsprechungen im Spektrum der Zivilgesellschaft. Diese sind natürlich global, regional und national unterschiedlich ausgeprägt. Festzustellen ist insbesondere, dass viele zivilgesellschaftlichen Akteure,

<sup>45</sup> Es kann hier nicht die Soziologie der Parteien untersucht werden. Die Geschichte der PDS zeigt, dass selbst bei gutem Willen der Mitglieder und Funktionäre und den entsprechenden statuarischen Festlegungen die Macht der Apparate strukturbestimmend wird. Die Fusion zur Linkspartei verstärkte diese Entwicklung.

vor allem die auf globaler Ebene Agierenden, in einem erheblichen Maße Wissen nutzen, verbreiten und selbst generieren. Im Grunde ist das eine Bestätigung für die altbekannte, aber manchmal vergessene These, dass es für grundlegende Veränderungen der Akteure bedarf, die mit den modernsten Produktivkräften befasst sind.<sup>44</sup> In welcher Weise auch immer. Wenn das so ist, dann entsteht aber die Frage, ob und wie die Wissensgesellschaft – die eine Bedingung für den globalen Kapitalismus ist – im Grunde auch das wichtigste verbindende praktische Moment für dessen Überwindung sein kann. Konkret: Was kann die politische Linke denn in den (zivilgesellschaftlichen) Diskurs einbringen? Logistik, Akteure, Informationstechniken, Medien, ihre wissenschaftlichen- und Bildungsinstitutionen, ihr (Herrschaft)wissen. Von daher fallen Ziele und Mittel zusammen. Eine andere Welt entsteht nur, wenn die Linke an den Lösungen, die zu jener führen können, mitarbeitet. Gesellschaftliche Lösungen aber können nur im Diskurs gefunden werden – nicht zuletzt deshalb, weil sie letztlich von Mehrheiten in der Gesellschaft getragen und auch ertragen werden müssen. Die Diskursfähigkeit entsteht aber wieder nur im Diskurs. Und so wird die Frage danach, was denn die Linke – außer ihren materiellen Möglichkeiten – einzubringen hat, zum entscheidenden Moment für strategische Partnerschaft(en).

*Ansatzpunkt Zwei: Unsicherheit: Risikogesellschaft*

Unsicherheit ist sozusagen die dunkle Seite des Postfordismus, ist der allgegenwärtige Schatten der Globalisierung. Die neoliberale Freiheitsauffassung ist eben unmittelbar das falsche Bewusstsein, die Ideologie der Verhüllung dessen, dass alle Verhältnisse und damit die Verhältnisse aller unsicher werden. Gefasst wird dies verschiedentlich mit dem Begriff »Weltrisikogesellschaft«.<sup>45</sup> Es erscheint wie ein Paradoxon: Der Wissensarbeiter, auf dessen Arbeit der gewaltige Produktivitätsschub beruht, gewinnt damit nicht mehr soziale Sicherheit, sondern kommt, je mehr seine Arbeit unmittelbar produktiv wird,

44 Dies war einst für die Industriearbeiterschaft kennzeichnend, wie auch z. B. für die Besatzung der Kriegsschiffe – und von ihnen gingen auch erhebliche Veränderungen im 20. Jahrhundert aus.

45 Vgl. Ulrich Beck: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt a. M. 2007.

selbst in eine Situation, die der des klassischen Proletariers in der Ära des Industriekapitalismus zumindest ähnelt, zum Teil aber noch unwägbarer wird. Die allgemeine und soziale Sicherheit, die für große Teile der bürgerlichen Intelligenz – mit Ausnahme des Bohemiens – nahezu selbstverständlich war, wird für deren Nachfahren fragiler. Das Sichere ist nicht mehr sicher. Diese Situation entsteht nahezu doppelt: zum einen als direkte sozial geahnte und auch erfahrene Unsicherheit. Zumeist auf einem relativ hohen Niveau lebend, erscheint der soziale Absturz, selbst wenn er nicht stattfindet, als Bedrohung. Vor allem aber erscheint Unsicherheit immer stärker als eine Grundsätzliche: Die Verhältnisse überhaupt werden als unsicher empfunden. Die Welt wird unsicher. Politik wird zuerst immer weniger, dann kaum noch, zuletzt überhaupt nicht mehr glaubhaft. Werte werden gesucht und verworfen. Esoterische Weltbilder flankieren das Geschehen. Der 11. September war deshalb so einschneidend, weil er eine vermeintliche Sicherheit in jeder Weise ad absurdum führte, angesichts der Sprünge der Verzweifelten aus den Stockwerken der Zwillingstürme. Der Ruf nach mehr Staat und in seinem Echo der nach mehr Kontrolle, Macht, Geheimdiensten – das ist der Ruf nach der alten Lösung, die immer aber voraussetzt, dass eine soziale Macht die Möglichkeiten hat, sie über die anderen zu errichten. Die moderne globale Welt erschwert diese Möglichkeit enorm. Die Einsicht, dass Sicherheit im umfassenden Sinn nur im Zusammenwirken äußerst verschiedener Akteure – und damit im Grunde in Diskurs, Zusammenwirken und gegenseitiger Akzeptanz der Interessen erreicht werden kann, ist die entscheidende Lehre der jüngsten Geschichte. Die Idee einer unipolaren Welt ist am Ende. Die militärische Vormachtstellung der USA erweist sich als nutzlos und selbst wieder gefährlich. Für die Linke bedeutet dies gewissermaßen einen Strategiewechsel, der aber auf eigene Traditionen setzen kann. Besser gesagt: Die Strategie, die sie auf westlicher Seite während des Kalten Krieges und mit dessen Auflösung überhaupt – besonders in der USSR – entwickelte, um militärische Konfrontation zu vermeiden und unmöglich zu machen – diese wird notwendigerweise zu einer Strategie der Sicherheit überhaupt entwickelt werden müssen. Sicherheit miteinander, das verschränkt in einer Strategie die klassisch sozialen Sicherheitsüberlegungen der Linken mit denen der Friedensbewegten, Bürgerrechtlern und anderen. Das Credo heißt: Wir können nicht gegeneinander

überleben. Und deshalb müssen wir teilen. Und zwar alles. Hier beginnt der zusammenführende Gedanke: Mögen die konkreten sozialen Welten noch so weit auseinanderklaffen – vor der Gefährdung durch den real möglichen Sturz aus den uns noch tragenden Verhältnissen stehen wir alle. Und dem Aufschlag aufs Pflaster. Entweder wir überleben miteinander in Menschenwürde oder wir überleben nicht.

Wenn das aber so ist, dann erklärt sich für die Linke eine neue zentrale Aufgabe: die Aufgabe Integration. Strategien müssen zwischen den beiden Polen – Wissensgesellschaft und Risikogesellschaft – verlaufen. Politische Strategie – nur von einem dieser Pole gedacht würde zur politischen Nivellierung der Linke führen. Diese ist darauf nicht unvorbereitet, sie hat schon früher gelernt, integrative Strategien zu verfolgen. Sie muss sich als politischer Agent von politisch wie sozial sehr unterschiedlichen Akteuren verstehen, im Grunde die Widersprüchlichkeit und Gegensätzlichkeit der partiellen Interessen erkennen und strategisch die Situationen suchen und anstreben, in denen diese miteinander gewinnen können. Die Frage heißt: bloßes surfen auf den politischen Wellen – oder wirkliches Agieren in der Weltgesellschaft? Agieren hieße aber auch, endgültig Abschied zu nehmen von dem romantischen Gedanken an Rückkehr zur einfacheren Welt von gestern. Letzteres ist heute das Credo des reaktionären Antikapitalismus der extremen Rechten. Aber es ist oft – vielleicht auch immer – auch die Sehnsucht der unterdrückten Kreatur schlechthin. Wie es bereits Heine beschrieb, um am Ende erschrocken aufzuwachen: Doktor, sind Sie des Teufels?<sup>46</sup>

Um es auf der Ebene der aktuellen Diskussionen zu sagen: Wissensarbeiter, wie abgehängtes Prekariat, Rentner, wie die Jungen, ökologische wie soziale Linke, feministische Avantgarde, wie Verteidiger traditioneller Gesellschaften – und diese Aufzählung ließe sich fortsetzen – die politische Linke muss lernen, diese enorme Pluralität zu verbinden, die Verschiedenheiten von Entwürfen, Lebensweisen, Kulturen, Ethnien aufzunehmen, statt gegeneinander zu stellen. Und damit könnte sie ein Gespür für Fortschritt entwickeln und einen Hauch von Rationalität in einer Welt zu verkörpern, die irrational zu werden droht. Denn nur dann lässt sich die Unsicherheit der Verunsich-

<sup>46</sup> Heinrich Heine im Gedicht »Seegespenst«, enthalten im Zyklus »Die Nordsee. 1. Abteilung« (1826).

cherten nicht vor allem gegeneinander gebrauchen und das alte Spiel immer neu wiederherstellen: teile und herrsche.

## 6. Der Staat in einer globalisierten Welt

Politik ist im Grunde eine bürgerliche Angelegenheit. Zumindest dann, wenn wir Politik im Kern als Ort der zivilisierten Austragung von Interessengegensätzen verstehen. Sie zielt auf eine wie auch immer geartete, fragile oder festere Übereinkunft, zielt auf Stabilität des jeweiligen Systems. Instabilität erhöht die Risiken – und diese sind der heutigen komplexeren und technologisch hochgerüsteten Welt bedrohlicher denn je. Linke oder sozialistische Politik macht hier keine Ausnahme. Das Bürgerliche – also die wechselseitige Anerkennung der Interessen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung als Bürger, also die Anerkennung, gleich an Rechten zu sein – dies ist und war das Credo der bürgerlichen Freiheit, welches selber immer wieder erkämpft werden musste und muss. Mehr als einmal sorgten diejenigen, die diese Freiheit schon erkämpft hatten, dafür, dass sie anderen nicht zugänglich oder der Zugang zu ihr zumindest erschwert wurde – und doch setzte sich diese letztlich durch. Nicht zuletzt, weil sie eine Existenzbedingung der kapitalistischen Ökonomik ist. Allein vom Raub oder existenzieller Ausbeutung kann eben der Kapitalismus nicht leben. Faschismus und / oder Krieg sind keine Dauerlösungen. Aber das Kapital neigt ab und an dazu, dies temporär immer wieder zu versuchen. Globalisierung bedeutet auch, die bürgerlichen Freiheiten über den Globus zu verbreiten, alte patriarchale Herrschaftsverhältnisse aufzusprengen – mit all den Folgen und Gegenaktionen. Natürlich liegt darin unter Umständen auch Fortschritt. Aber zugleich muss der kapitalistische Antrieb dazu im Auge bleiben: die Herstellung des doppelt freien und nunmehr auch globalen Lohnarbeiters. Das Idealbild dessen ist: frei von allen Bindungen zu sein. Die Folgen dieser Entwicklung sind, wenn eine »Weltinnenpolitik« diese nicht einzudämmen vermag, drastisch: Kriege, Bürgerkriege, religiöser Fundamentalismus und soziale Revolutionen.

Der Bürger war – als Bourgeois wie auch als Citoyen – an den Nationalstaat gebunden. Der Bourgeois ist diesem entlaufen – der Citoyen kann das so nicht nachvollziehen. Aber weil das so ist, dann

ist strategisch eine Option denkbar, die tatsächlich den Citoyen den Staat in seine Hände nehmen lässt und seine Möglichkeiten dazu nutzt, auch ihn, den Staat zu enteignen.<sup>47</sup> Aber das hieße auch; der Citoyen kann sich nicht auf das verlassene Paradies des die Wohlfahrt garantierenden Staates zurückziehen, sondern muss sich der Zivilgesellschaft annehmen. Damit entsteht eine dritte Kraft: in ihren konkreten Erscheinungsformen: kommunal, regional, global. Es sind die modernen Informationsmittel, die dies nicht nur schlechthin möglich machen, sondern sie sind es vor allem deshalb, weil sie für fast jedermann zu haben sind – und wenn nicht, gilt es eben dies zu erkämpfen. Damit aber wird der Horizont der Politik neu bestimmbar. Wenn das Kapital seine weltweite Expansion betreibt, so gilt die zivilgesellschaftliche Vernetzung einer anderen Sache: nicht der Expansion, nicht dem Profit – sondern der Kooperation. Hier entsteht eine neue Macht. Sie ist politisch – doch dies in einem anderen Sinne als in den Regelungen der staatspolitischen Systeme. Mächtig, ohne die Macht der Monopole, Staaten, Armeen und Hierarchien. Und sie ist Bewegung gegen mächtige Unternehmungen und deren »Männer, die Geschichte machen«: Bush, Weltbank, WTO, IWF, G8 und so weiter. So wie aus dem lakandonischen Urwald der Marsch der Chiapas nach Mexiko City erfolgte, nicht, es zu erobern, sondern um zu zeigen, dass »wir« da sind. Sichtbar seit Seattle, als der Weltgipfel zum Scheitern gebracht wurde, also ohne ein weiteres Kommuniqué zugunsten der Sklaverei zu Ende ging.

### **6.1. Das Kapital entläuft dem Staat**

Die dem Kapital innewohnende Gesetzmäßigkeit, alles in die Warenform bringen zu müssen – damit aber in Konkurrenz zu stehen und die Kosten zu minimieren –, reißt einen doppelten Widerspruch auf. Einmal den zur Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und den gegenüber der Aufgabe und Legitimation von Politik, ein gutes Leben

<sup>47</sup> Die (politische) Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr völlig untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier in dem Maß, worin sie die Freiheit des Staates beschränken. – Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd.19. S. 27.

zu ermöglichen. Dieser doppelte Widerspruch wird immer mehr bestimmend. Im Grunde entfremdet sich der Kapitalismus von seinen eigenen Quellen – Natur wie Arbeit. Die langfristigen Interessen der Menschen und ihrer Gesellschaften (nationale Interessen, Gattungsinteresse) fallen mit dem kapitalistischen Interesse immer weniger in eins. Während sich das Kapital auf dem Weltmarkt tummelt, obliegt es den Staaten für ihre Arbeitslosen, Rentner, Jugendliche zu sorgen. Während die eigenen energetischen Grundlagen längst geplündert sind, sollen sie für den Zufluss anderer Energieträger sorgen. Mit Ausnahme der USA fallen Interessen der Konzerne und Staaten nicht mehr oder nur noch partiell zusammen. Die alte Aufgabenteilung zwischen Kapital und Staat funktioniert nicht mehr allseitig. Es ist auszurechnen, wann denn die sozialen Systeme am Ende sind. Das Interesse des Kapitals, also auch diese zu kapitalisieren, ist logisch – und die Unfähigkeit des Staates, sie in Rahmen des bisherigen Regelsystems zu halten, auch. Kurz: Das Kapital entläuft dem Staat, wie es der Kern neoliberaler Politik und Ideologie auch vorträgt – aber es entläuft auch dem Gesellschaftlichen überhaupt. Es emanzipiert sich von gesellschaftlichen Bindungen aber damit auch von Voraussetzungen seiner Existenz – und damit schwindet seine Legitimation, die moderne, fortschrittliche Produktionsweise zu sein. Sein ihm innewohnendes Prinzip, alles zu vergegenständlichen, kollidiert mit dem Lebendigen – das Kapital mit der Arbeit. Die Antwort des Neoliberalismus auf diese Krise ist die Beschleunigung der Krise. Nach dessen Credo ist alles in die Warenform zu bringen, selbst Rente, Bildung. Der postfordistische Kapitalismus ist nicht Kapitalismus in der Krise, sondern Kapitalismus der Krise. Was dagegen ansteht, ist die Aufgabe der Gesellschaft – nicht zuletzt auch mittels des Staates – Produktion neu zu organisieren. Damit wird Politik neu wichtig. An dieser Aufgabe gemessen erscheint sie freilich vielen als unfähig. Und das ist derzeit auch so.

Vom Standpunkt der Gesellschaft lässt sich feststellen: Die Probleme sind beschreibbar, die Lösungen – zumindest teilweise, auch. Eigentlich steht ein großes menschliches Potenzial bereit, diese Aufgaben zu lösen. Allerdings: Die Produktion wird heute von niemandem gesellschaftlich organisiert. Die noch immer beträchtlichen Mittel der Gesellschaft (des Staates) werden unproduktiv verausgabt. Sie werden z. B. verausgabt, um die unproduktive industrielle Reservearmee

abzuspeisen, sie bestenfalls und schlimmstenfalls zugleich zu irgendwelchen Restarbeiten zu zwingen.

Ökonomisch erklärt: Der Staat, also der Steuerzahler, zahlt die steigenden »Nebenkosten« des Kapitals. Er hat nichts davon außer Ärger. Nicht das Kapital erscheint den Betroffenen verantwortlich, sondern der Staat, die Politik.

Dies wird leider auch von links sekundiert. Noch immer vom langjährigen Erfolg des Keynesianismus berauscht, plädiert ein Teil der Linken für die weitergehende unproduktive Verausgabung – z. B. genannt Bürgergeld oder Grundsicherung. Eine ihrem Ursprung und Kern nach neoliberale Idee<sup>48</sup>, die Kosten der dritten industriellen Revolution zu vergesellschaften – und zugleich die Betroffenen in einer latenten Abhängigkeit zu halten, aber zugleich irgendwie (grund) zu versorgen. Die Armut zu finanzieren: Nichts anderes ist auch der Kern von Hartz IV. Eine solche Politik aber konnte nur sinnvoll von links rechtfertigt werden, solange die Arbeitslosigkeit zeitweiligen Charakter hatte. In der neuen Epoche ist sie reaktionär. Sie setzt nicht auf den Arbeiter, sondern erzeugt den Pauper. Im Grunde soll dieser Teil der Gesellschaft die Segnungen des Kapitalismus auch genießen – wenn auch sehr eingeschränkt – und bestenfalls bedingungslos. Er soll konsumieren – aber nicht (anders) produzieren.<sup>49</sup> Zugleich nimmt sie damit die noch vorhandene Lohnarbeit dafür als Geisel. Sie entlastet das Kapital: Die Kosten hat die Gesellschaft zu zahlen, konkret also die noch Arbeitenden mit ihren Steuern. Das Problem, welches der Kapitalismus schafft, wird nahezu ideal vergesellschaftet. Mangels einer Alternative scheint diese Idee sozial zu sein – aber wieso soll es dazu keine Alternative geben? Schon die Verkürzung des Arbeitstages wäre eine einschneidende Änderung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Verständlich ist aller Widerstand gegen eine solche. Aber Politik kann noch immer die Regeln setzen. Und dies wäre nicht die einzige Alternative.

48 Die Idee geht Milton Friedman zurück, der in den USA vorschlug eine »negative income tax« einzuführen. Radikalisiert wurde diese Idee von James Tobin.

49 Im Grunde ist die Gleichsetzung von Lohnarbeit und Arbeit – teils auch von Linken übernommen – eben die Ideologie des Kapitals. Kapital kennt nur Lohnarbeit. Das Ende der Arbeit ist in Wirklichkeit das Ende der Lohnarbeit. Aber genau das begründet auch das Ende des Kapitalverhältnisses. Die Grundeinkommensidee vom Kopf auf die Füße zu stellen hieße, sie an eine »andere Arbeit« zu knüpfen.

## 6.2. Fazit: nationaler Standort der Linken in einer globalen Welt

Dem global produzierenden Hyperkapitalismus hat die Linke auf dieser Ebene vorerst »nur« Widerstand entgegenzusetzen. Darüber hinaus kann sie zeigen, dass die Prinzipien, die sie der herrschenden Praxis entgegen stellt, funktionieren können. Ein Beispiel: Fairer Handel ist möglich. Freilich, der Vernetzungsgrad der Linken ist unvergleichlich geringer als der Gegenpartei – die herrschenden Möglichkeiten sind noch immer zuerst die Möglichkeiten der Herrschenden. Aber diese beruhen letztlich immer wieder darauf, dass sie die Zwecke der Produktion bestimmen.

Und immer dann, wenn es um eben diese Zwecke geht – und wo geht es denn im Grunde nicht darum – immer dann bleibt nur die Verweigerung, der Boykott, die Demonstration dagegen. Mittel, die allerdings noch nicht einmal ausgereizt sind, da die Strukturen des Widerstands nicht genügend entwickelt sind. So scheint es jedenfalls.

Die tiefer liegende Ursache für diese strategische Situation aber besteht darin, dass z. B. die deutsche Linke – aber nicht nur sie – sich seit langem beinahe ausschließlich mit den Verteilungsfragen beschäftigt. Sie hat gewissermaßen vergessen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse zuerst die Verhältnisse sind, die Menschen miteinander in der Produktion eingehen. Da sie glaubt (und derzeit sogar damit Recht hat), dass diese Verteilungsfragen innerhalb des nationalen Fokus besser ihrerseits zu beeinflussen sind, »vergisst« sie die Produktionsweise selber. Ihr »Antikapitalismus« erschöpft sich dann zuerst und zumeist in der Anklage, dass der Kapitalismus ungerecht sei. Es wird ein ehrenwerter, moralischer Standpunkt eingenommen, aber der Standpunkt der Produktion verlassen. Im Grunde ist dies das größte Defizit der Linken nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus – und vielleicht setzte dieser viel früher ein, als gemeinhin angenommen wird, und war eine der Voraussetzungen des Zusammenbruchs selbst. Selbst Diskussionen um die Humanisierung der Arbeitswelt, wie in den sechziger und noch den siebziger Jahren, versandeten. Bei Veränderungen der Arbeitswelt wurde immer mehr zuerst das in ihnen zweifelsohne innewohnende Bedrohungspotenzial wahrgenommen. Sei es wie es sei: Die Linke wird einen nennenswerten Einfluss nur dann im Interesse ihrer Klientel ausüben können, wenn sie den nationalen Fokus wie ihren allein auf Verteilungsgerechtigkeit ab-

zielenden Fokus gleichermaßen aufhebt. Die Frage lautet dann freilich, wie eine Politik beschaffen sein soll, mittels der die Lösung der Großprobleme der Produktionsweise und damit der heutigen Welt einerseits und die Sorgen und Nöte der unmittelbar Betroffenen andererseits konzeptionell verbunden werden. Und ohne ein Einwirken auf die Produktion selbst wird dies nicht möglich sein.

In den programmatischen Diskussionen und Papieren der Linksparteien werden diese Probleme durchaus – wenn auch sehr unzureichend – dargestellt. Teils werden sie verbunden, teils stehen sie einfach nebeneinander – das strategische Dreieck der PDS seinerzeit reflektierte abstrakt den Zusammenhang, aber eine politische strategische Konzeption erwuchs daraus noch nicht. Im Zuge der Vereinigung zur neuen Linkspartei sind die hierbei bereits gewonnenen Einsichten tendenziell wieder aus der Sicht geraten. Die ungeheueren, in der Tat globalen Veränderungen werden – wenn überhaupt – nur dort reflektiert, wo sie in der traditionellen Denkweise der Linken bereits einen Stellenwert besitzen: in der Friedensfrage z. B. Der ja diesbezüglich vorhandene Diskurs in den verschiedenen Sozialforen wird wenig aufgenommen. Themen wie Ökologie oder der Klimawandel erreichen keine neue Dimension, kopieren bestenfalls den Denkstand der Grünen aus früheren Jahren. Nicht zu reden über die Fragen der Gleichstellung der Geschlechter. Angesichts aktueller Diskussionen darum erscheint es manchem eher so, als würde der Kapitalismus die Lösung globaler Probleme in seinem Sinne angehen, denn die Linke zu neuen Lösungsvorschlägen finden.

Um es verkürzt auf den Punkt zu bringen: Die Großprobleme der Welt sind nicht eine Summe von einzelnen, regional oder national existenten Problemen, die es schon seit längerem gibt, sondern sie haben heute eine qualitative Dimension, dass es vielmehr zu sagen gilt: Die regionalen Probleme sind mittelbar oder schon unmittelbar Ausfluss, Ergebnis einer globalen kapitalistischen Produktionsweise und deren Krise. Wenngleich Kapital, also z. B. die Produktionskapazitäten aus historischen Gründen ungleich verteilt ist, so ist heute so gut wie jeder Ort auf der Welt in dieses Verhältnis als Produzent oder anderweitig, z. B. als Konsument, eingeschlossen. Die vorherrschende Produktion ist Warenproduktion, das heißt, dass die meisten Menschen für den Austausch produzieren – und dieser ist heute, wie die Produktion selbst, global organisiert. Damit konkurrieren aber nicht

nur die Kapitalbesitzer miteinander, sondern gleichfalls die Produzenten, die Besitzer der »Ware Arbeitskraft«. Und abgehängt erscheinen diejenigen Orte und Regionen, die aus historischen, ökologischen oder kulturellen Gründen in diese Moderne des Kapitalismus derzeit weniger einzubringen haben, als diese gebrauchen mag.

## 7. Die Lösung globaler Probleme auf regionaler Ebene

Die Globalität und Dimension der Probleme macht nicht immer deutlich, dass deren Lösungen auch regionaler Natur sein können. Der Blick auf die Welt kann den Blick auf Deutschland und Europa verstellen. Selbst wenn allgemein konstatiert wird, die Lösungen für die globalen Probleme seien zuerst im Norden zu suchen und zu finden, bleib es meist bei dieser Feststellung. Wir fragen deshalb hier nach den Problemen des Nordens, konkreter nach denen Deutschlands und auch Europas, besonders West und Mitteleuropas. Wir stellen erst einmal fest:

- Weder Deutschland noch Europa haben die Führungsrolle als kapitalistische Nationen. Sie haben sie längst abgegeben, sie sind ökonomisch, technologisch und politisch keine Großmacht, schon gar keine Supermacht. Sie sind unterschiedlich stark im Schlepptau der USA gefangen. Die Beendigung des Kalten Kriegs gibt ihnen eine weitgehend ungenutzte Chance zu Eigenständigkeit zurückzufinden.
- Es gibt aber kein zurück in der Geschichte. Im Grunde wissen Deutsche wie andere Europäer, dass ihre einstige Rolle vergangen ist. Sie wissen, dass sie vor Problemen stehen, zu deren Lösung auch die einstigen Mittel nicht taugen können. Sie haben den Kapitalismus erfunden, sie haben ihn bis weit in die zweite industrielle Revolution hinein bestimmt. Sie sind in der dritten nur noch Mitspieler, teils bloße Peripherie.
- Und sie haben aus der Geschichte gelernt. Sie ziehen sehr ungern in Kriege – weder gegeneinander noch gegen andere. Der Kontinent ist liberal und sozialdemokratisch geworden. Der allerorten propagierte Neoliberalismus stößt im Kern auf Ablehnung. Französische Studenten erzwingen ihre Rechte als Absolventen.

- Amerikanischer Pioniergeist will nicht aufkommen. Das Wolfsgesetz wird moralisch abgelehnt, trotz permanenter Agitation.
- Und sie wissen um einen ganzen Sack von strategisch ungelösten Problemen und um die Unfähigkeit der Politik, sie zu erkennen und insbesondere Lösungen anzupacken. Arbeitslosigkeit, Europas Energieproblem, die besonderen Folgen einer Klimakatastrophe und weitere – alles sind Probleme, für deren Lösung es keine extensive, aggressive Strategie mehr gibt, geben kann. Sie wissen auch, dass sie ihren Reichtum nicht auf Kosten der Dritten Welt behalten können – und sie wollen das zum Teil auch gar nicht mehr.
  - Es ist wie am Ende des Römischen Reiches, wie es Marc Aurel betrachtet. Entweder das alte Rom wird neu konstituiert – oder Commodus kommt. Mit der weiteren Folge – dem Abgang ins schwarze Loch.

### **7.1. Die Politik muss neu konstituiert werden**

Die Lösung liegt genau auf der Gegenbahn. Das verlangt, die eigene Lage zu erkennen und danach zu handeln. Im Grunde geht es darum, all die Mittel der Gesellschaft dafür zu mobilisieren, eine große Arbeit zu verwirklichen. Europa muss sich nicht um Führung im neoliberalen Wettbewerb bewerben, sondern um die Schaffung einer realen Zukunft. Das heißt: Die Energiefrage, die Rohstofffrage, die politische Einigung Europas – im Grunde alle Großprobleme – sind mit der Arbeitslosigkeitsfrage zu verbinden. Besser gesagt, mit der Arbeitsfrage. Die Zukunft muss allemal erarbeitet, produziert werden. Es gibt keinen wirklichen Überfluss, nur allzu viel Überflüssiges. Die kapitalistische Produktionsweise tut genau das nicht. Sie entwickelt(e) zwar die technologischen Produktivkräfte hierfür, aber die private Aneignung, die ja immer wieder den Profit zum allgemeinen Maßstab werden lässt, lässt die mittelfristigen und längerfristigen Aufgaben im Nebel verschwinden. Die Kosten für alle Verheerungen durch diese Produktionsweise werden so auf die kommenden Generationen abgewälzt. Dies ist nicht unbekannt, aber derzeit hat keine politische Kraft die Fähigkeit, eine solche (Gegen) Arbeit in Gang zusetzen. Wenn diese latente Katastrophe problematisiert wird, dann dergestalt, ein-

zig darauf zu hoffen, dass das Kapital die Erkenntnisfähigkeit besitzen und umsteuern möge. Dies allerdings ist schlechterdings unmöglich, weil das Kapital eben nichts weiter ist, als Mehrwert heckender Wert – im Grunde eine Maschine. Die Politik ist damit gefordert. Politik, in einem sehr weiten Sinne.

## 7.2. Projekte – von den Pyramiden

Jede Gesellschaft assoziiert die Produzenten, ja, sie ist eine Assoziation von Produzenten. Sie organisiert seit der ersten Arbeitsteilung die Arbeit, und damit sich selbst. Der erste und älteste Organisator in einem größeren Raum ist der Staat. Er betreibt dies ursprünglich als ökonomischer Despot. Die vorkapitalistischen Produktionsweisen unterscheiden sich nach der Form dieser Organisation und der damit entstehenden Ausbeutungsverhältnisse beträchtlich – aber der Staat hatte zu allererst diese Funktion. Erst mit der Erfüllung dieser konnte er seine anderen Funktionen überhaupt entwickeln. Wenn Peter Hacks<sup>50</sup> einmal auf den Einwand, die alten Ägypter hätten ihre Produktivkräfte doch lieber in die Gesellschaft stecken sollen, statt in die Pyramiden, bemerkte, gerade das hätten sie mit dem Bau der Pyramiden getan, ist das richtig. Die ökonomische Funktion des Staates im bisherigen Kapitalismus war in seinen verschiedenen Stadien und regional unterschiedlich. In der Tendenz – ausgenommen im Kriegskapitalismus faschistischer Prägung – organisierte er weniger selbst die Produktion, sondern schuf und garantierte Voraussetzungen dieser. Mit Keynes und New Deal entwickelte er Regelungen, die die Gesellschaft trotz der Klassengegensätze in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammenhielten. Die Spanne seiner ökonomischen Tätigkeit reichte bis hin zu staatlicher Planung industrieller Entwicklung. Große Projekte – nicht nur im militärischen Bereich – wurden staatlich befördert oder gar entwickelt. Neben den ökonomischen Effekten wirkten sie darüber hinaus Gesellschaft stabilisierend, ja gar Identität stiftend (z. B. das Apollo – Projekt).

In einer Epoche, in der der kapitalistischen Produktion die o.g. Tendenz innewohnt, steht neu zur Debatte, wie der Staat mittels der Poli-

50 Peter Hacks: Jona - Beiwerk und Hintersinn. In: Sinn und Form 6/1988.

tik seiner ökonomischen Funktion nachkommen kann. Darum kreist uneingestanden die Debatte. Aktuell steht die Frage: Was macht er mit den oder für die ansteigende Zahl an Menschen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können – und das weder in der unmittelbaren Warenproduktion noch in derer Peripherie? Wird dieses Potenzial besser oder schlechter abgespeist, oder gar noch zu einer im Niedrigjobbereich konjunkturell bedingt eingesetzten »Reserve« verwandt – oder ist eine Alternative denkbar? Diese Frage muss linke Politik beantworten.

Die Produktion ist seit dem Neolithikum arbeitsteilig. Erst deshalb und seitdem muss sich die Gesellschaft organisieren. Zum Beispiel als Staat. Von diesem Moment an aber ist der Staat zugleich interessen-dominiert. Dominiert durch das Interesse der herrschenden Klasse ist er damit auch Machtinstrument der herrschenden Klasse. Aber in dieser Funktion, geht er eben nicht auf – er ist viel mehr als eine unterdrückende Macht. Natürlich: Der bürgerliche Staat ist ein Klassenstaat wie jeder andere auch. Seine Verfasstheit ist so, dass er dieses Interesse wahren kann. Kann er es nicht mehr, geht er unter. Das Gleiche kann geschehen, wenn die ihn tragende Klasse untergeht. In der Geschichte gibt es all das – wie es auch die Transformation von Staaten gibt – das heißt, das während der Staat blieb, die in ihm herrschende Klasse wechselte. Bei diesem Wechsel war der Staat selbst Akteur – wie in der Antike mittels der solonschen Reformen, oder, um ein gegenwärtiges Beispiel zu nennen, das des heutigen Russlands. Voraussetzung dafür ist, dass eine neue Klasse gesellschaftsmächtig wird. Und zugleich ist festzustellen, dass es immer auch Vertreter der herrschenden Klasse waren, die politisch die Seite wechselten, den Umschwung einläuteten, oder gar mit vollzogen. Graf Mirabeau ist wohl prototypisch dafür. Oder Jelzin.

Will der Staat also seine gesellschaftliche Funktion erfüllen – dann muss er seine grundlegende Funktion erfüllen – oder er geht unter. Wenn Revolutionen, wie Walter Benjamin scharfsinnig bemerkte, die Notbremsen der Weltgeschichte – und nicht deren Lokomotiven sind, ist linke Politik dazu aufgerufen, den Staat vorher zu übernehmen. Soll dies aber nicht auf Erfüllungsgehilfenschaft gegenüber dem Kapital hinauslaufen, dann muss dieser Staat heute das Feld der Ökonomie neu entdecken. Allerdings kann und darf er es dazu nicht okkupieren, er muss nicht zum ökonomischen Despoten werden. Im

Unterschied zum New Deal wird er aber tiefer als dieser seinerzeit in die Verhältnisse selbst eingreifen müssen. Nicht allein Steuerung, sondern Sinngebung selber, Zielsetzung ist gefragt. Diese aber ist nur als eine Produktion sinnvoll, weder als Krieg noch als bürokratische Sachverwaltung. Und als Produktion ist diesbezüglich zuerst sinnvoll, was eben nicht vom Kapital gewissermaßen sowieso bewerkstelligt wird. Es ist u. a. das Arbeitsfeld, welches die Industriegesellschaft gewissermaßen unfreiwillig selbst geschaffen hat: die Rekonstruktion der Natur in einem umfassenden Sinne.

### **7.3. Exkurs: Anders arbeiten – zurück an die Arbeit. Aspekte**

Anders arbeiten – was ist das? Geht das überhaupt? Für eine linke politische Partei ist das nicht zuerst eine theoretische Debatte, sondern von äußerst praktischer Bedeutung. Sie erfordert: Einfluss nehmen auf den Charakter der Arbeit, die Arbeitsverhältnisse. Arbeitswelt, Demokratie in dieser Lebenswelt. All das war immer schon ein Auftrag der Linken. Nur: Es wird nicht möglich sein, eine strikte Wand zwischen den Arbeitswelten errichten zu können. Die Gesamtheit der höchst unterschiedlichen Welten muss immer erneut betrachtet werden. Das Diktum, ein gutes Leben zu ermöglichen kann nicht erst jenseits der Arbeit greifen, sondern muss eben genau dort beginnen, wo auch immer der Mensch produziert: und zwar sich und seine Verhältnisse. In der postfordistischen Welt wird die Fokussierung auf die klassische Lohnarbeit aber nicht mehr genügen, so, wie deren Unterschätzung grundfalsch wäre. Diese historische Form der Arbeit hat zeitweilig alle anderen Formen verdrängt, verändert, ja assimiliert. Sie hatte diese auch derart aus dem Bewusstsein so verdrängt, dass es die Form Lohnarbeit so zum Synonym für den Inhalt, den Begriff von Arbeit überhaupt wurde. Arbeit, aus dieser Denkweise betrachtet, sei also zuerst Lohnarbeit, in nächster Näherung noch Erwerbsarbeit überhaupt. Und so erscheint diese heute als die Arbeit schlechthin. Selbst die für Marx völlig klare Bestimmung: Arbeit sei der Stoffwechsel des Menschen der Natur schien im Weiteren nur zu bedeuten, dass der kapitalistische Stoffwechsel dieser Stoffwechsel schlechthin sei. Alles andere, was von Menschen notwendigerweise verrichtet wird, sei eigentlich keine Arbeit, oder sei unproduktive Arbeit. Und wenn

über Arbeit als erstem Lebensbedürfnis gesprochen wurde, dann fand sich darin auch zur Zeit des »realen Sozialismus« das protestantische Arbeitsethos wieder – dessen Herstellung ja eine Voraussetzung für den Sieg der modernen Welt war.

Umso dringlicher erhebt sich eben die Frage, wie denn der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur künftig gestalten wird. Dass er ihn gestalten wird, ist keine Frage. Aber diese Gestaltung ist momentan zuerst noch immer dem Kapital mittels seiner Agenturen überlassen. Und diese denken selten über den Horizont der Lohnarbeit hinaus. So wie zumeist die Gewerkschaften zwar Einfluss auf den Prozess über die Tarife nehmen, aber heute seltener als früher auf die Gestaltung der Arbeit selbst einwirken. Durchaus kann geschehen, dass Gewerkschaften auch wirklich kreative Veränderungen in der Arbeitswelt gegenüber misstrauisch sind und diese mit Blick auf eine bestimmte von ihr privilegierte Klientel sogar blockieren.<sup>51</sup>

Ein Nachdenken über die Zukunft der Arbeit ist also nichts weniger als ein Nachdenken über die Zukunft des Stoffwechsels des Menschen mit der Natur. »Anders arbeiten« beschränkt sich also nicht nur auf die Möglichkeiten außerhalb des so genannten 1. Sektors, sondern verlangt Ganzheitlichkeit. Die Entwicklung eines Non-Profitsektors ist allerdings eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit, mittels der sich Entwicklungen vollziehen können, die die grundsätzliche (kapitalistische) Form des Produktionsverhältnisses verändern. Die nachfolgenden Bemerkungen betreffen wesentliche Aspekte des Diskurses über die Zukunft oder auch des »Endes« der Arbeit.

## 1

Wenn hier bisher von Arbeit die Rede war, stand im Kern die klassische Lohnarbeit zur Debatte. Ausgeklammert blieb weitgehend all das, was von verschiedenen Autoren als reproduktive Arbeit bezeichnet wird. Also all das, was im Grunde an unbezahlter Arbeit in der Gesellschaft immer geleistet werden musste, damit Leben schlechthin überhaupt stattfinden konnte. Aus dieser Sicht ist es logisch, die Geschlechterverhältnisse ebenfalls als Produktionsverhältnisse<sup>52</sup> zu fas-

<sup>51</sup> Die Vorgänge um das 5000 x 5000 Projekt bei VW seinerzeit zeigten dies beispielsweise.

<sup>52</sup> Frigga Haug: Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument. 43. Jg. Heft 6/2001. S.761–785.

sen. Denn die Hauptlast dieser reproduktiven Arbeit lag – als sei dies natürlich gegeben – bei der Frau. In der sozialistischen und sozialdemokratischen Praxis fokussierte sich die Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter gewissermaßen auf die Freigabe der Lohnarbeit für die Frauen. Die feministische Kritik daran stellt die damit entstandene doppelte Belastung der Frau – bis hin zur doppelten Unterdrückung – in ihren Mittelpunkt. Wenn hier von einer »anderen Arbeit« gesprochen wird, dann wird es tatsächlich eine entscheidende Frage, ob sich mittels dieser wieder einmal das traditionelle Geschlechterverhältnis reproduziert – oder ob sie die reproduktive Arbeit einschließt. Wenn wir die Reproduktion als Produktion verstehen, wenn wir unter Produktionsverhältnisse die Verhältnisse meinen, die in denen sich die Gesellschaft sich reproduziert, während sie in ihr produziert – dann muss das Nachdenken über Arbeit das Geschlechterverhältnis mit umfassen.

## 2

In der üblichen – auch der sich auf Marx berufenden – Sicht<sup>55</sup>, heißt es, der Mensch würde aus der Produktion heraustreten. Sprechende Werkzeuge (Aristoteles) würden seinen Platz übernehmen. Im modernen Verständnis heißt es, Automaten würden die menschliche Tätigkeit immer mehr ersetzen. Dieser Prozess findet tatsächlich statt. Automaten können heute viele menschliche Tätigkeiten übernehmen und je weiter die Entwicklung schreitet, umso mehr. Marx – hier auf Aristoteles fußend – stellte dann sein berühmtes Paradigma vom Reich

<sup>55</sup> Eine andere Sicht entwickelte sich unter einem Teil der Linken in den sechziger Jahren. Mit dem Neulesen von Marx ökonomisch-philosophischen Schriften von 1842 verband sich eine Diskussion über Entfremdung. Mit Begriffen, wie »technische Entfremdung« wurde versucht, Probleme der Anwendung der Maschinerie zu erfassen. Vgl. u. a.: Raniero Panzieri: Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus. In: Quaderi Rossi, Nr. 1/1961. <http://www.wildcat-www.de/thekla/07/t07panzi.htm>

Auch: Ernst Fischer: Probleme der jungen Generation. Ohnmacht oder Verantwortung. Wien 1965. Fischer versuchte dieses Instrumentarium auf die Beschreibung der Praxis im Sozialismus hin anzuwenden.

Auch: Ernesto Mayz Vallenilla: Universität und Menschenbild. Dortmund: Sozialforschungsstelle an d. Univ. Münster 1968. Aus dem Spanischen.

der Notwendigkeit und Reich der Freiheit auf: Letzteres läge jenseits des Ersteren.<sup>54</sup>

Es gilt dieses Paradigma zu befragen: Ist es tatsächlich so, dass der Mensch aus den bisher ordinär-menschlichen Tätigkeiten verschwindet, immer mehr nur noch die geistigen Tätigkeiten ausführt, die aber auch von Automaten nächster Generation übernommen werden usw.?

Ist dies wirklich eine Perspektive für alle, also für die Menschheit? Oder ist die Frage nicht anders zu stellen: Wie werden Automaten geschaffen, mit denen der Mensch so umgehen kann, dass er in der Sphäre der materiellen Produktion verbleibt? Es geht um eine Mensch-Maschine-Kopplung, die den Menschen nicht von der Maschine entkoppelt.

### 3

Der Ausgangspunkt aller Sehnsüchte nach einem »Reich der Freiheit« liegt offensichtlich in der Art und Weise der Arbeit, also des knechtenden Charakters der Tätigkeiten, und damit deren den entfremdenden Seins. Aristoteles Lösung ist quasi die Lösung des Sklavenhalters, der sich seine Muße sichern will. In diesem Sinne und aus dieser Logik heraus galt die Arbeit in der Antike wie auch in einigen orientalischen Gesellschaften als verachtete Tätigkeit. Von der Reproduktionsarbeit wurde nicht gesprochen – die Frau galt ohnehin nicht als Mensch. Was jenseits der Arbeit übrig blieb, waren die Künste, einschließlich der Staatskunst und Philosophie und Wissenschaft. Diese Tätigkeiten galten als frei – wobei sich dahinter die Tatsache verbarg, dass diejenigen, die sie betrieben ihr Auskommen aus anderer Quelle bezogen. Im Grunde bildet dieses Weltbild noch immer die Folie für

<sup>54</sup> »Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.« (Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 822–839.)

die Wertschätzung von Arbeit – im Grunde wird Freiheit erst jenseits dieser vermutet. Marx Lösung erscheint so als diejenige eines Intellektuellen, der allein die geistige Arbeit letztlich als die Menschliche betrachtete.<sup>55</sup>

#### 4

In einigen Kommunistischen und Arbeiterparteien stand eine weitere Reduktion schon im Namen: Parteien der Befreiung der Arbeit. Die Befreiung der Arbeit wurde durchaus auch gedacht als Befreiung von der Arbeit. Eigentümlicherweise übernimmt heute dieses Programm der Neoliberalismus, allerdings ohne für die sozialen Folgen geradestehen zu wollen. Die Grundlage hierfür liefert freilich die kapitalistische Produktionsweise selbst: Die Ersetzung lebendigen Kapitals durch Totes, des variablen durch fixes. Dies steht scheinbar im Einklang mit den Forderungen, die Last der Arbeit zu schmälern etc., die biblische Strafe »Arbeit« abzuschaffen. Was aber wirklich daraus folgt, ist der Ersatz des Menschen durch die Maschine und seine Reduktion auf die Rolle als Konsument.

#### 5

Wenn der Mensch sich in der Arbeit vergegenständlicht, dann ist ein Reich der Freiheit<sup>56</sup> nicht jenseits des Reiches der Arbeit möglich. Anders gesagt: Ist das Reich der Freiheit wirklich ein Reich ohne Arbeit, nur der intellektuellen (wissenschaftlichen und künstlerischen) – und in Bezug auf die Produktion zweckfreie Tätigkeit? Oder ist es ein Reich der freien Tätigkeit, d. h. einer Arbeit, die nicht mehr unfrei ist. Das heißt, nicht gebunden an Erwerb – aber wohl gebunden an die Aufgabe, den Stoffwechsel mit der Natur aufrecht zu erhalten. Müsste es nicht eigentlich für Linke heißen: Zurück oder voran zur

<sup>55</sup> Es ist hier nicht der Platz um auf die widersprüchliche Ausdeutung der marxischen Überlegungen einzugehen. Die Darstellung der kommunistischen Gesellschaft in der realsozialistischen Ideologie als eine Gesellschaft des »Überflusses« an Gütern und die Reduktion des »Reiches der Freiheit« auf ein »Reich der Freizeit« sollte hier nur die Richtung einer zu leistenden marxistischen Selbstkritik andeuten.

<sup>56</sup> Im Grunde schwingt schon in den Begriffen die antike Verachtung der Arbeit mit. Im Selbstverständnis der Griechen stellte sich die Sphäre der Öffentlichkeit als Reich der Freiheit dar. Das Reich der Notwendigkeit war ihnen die Sphäre des Privaten, des Vergänglichen. An ersterer hatte Frauen keinen Anteil.

(zu einer anderen) Arbeit und wäre nicht von daher die heutige Arbeitswelt, ihre Organisation usw. zu befragen und zu bewerten? Statt den Menschen durch Maschinen zu ersetzen, hieße das, die Maschine zum Werkzeug des Menschen zu machen. Statt um den Ersatz des Menschen durch die Maschine ginge es um Erweiterung seiner Fähigkeiten. Nicht darum, wie ohne die Menschen besser und schneller produziert werden kann, sondern darum, wie der Mensch dies kann. Das aber stellt eine neue Anforderung an die Entwicklung von Technologien. Welche Technologien suchen wir für die Zukunft?

## 6

Mit einem anderen Paradigma allein: Der Anteil der menschlichen Arbeit ist nicht zu senken, ist aber noch nicht getan, wenn nicht

- das Produktionssystem befragt wird nach der Interaktion von Mensch und Maschine,
- die ökonomischen Gründe, die zum Ersatz lebendiger durch tote Arbeit führen, beseitigt werden.

Kurz: Es muss Druck auf die Ökonomik erfolgen, sich anders zu verhalten, als sie sich verhält. Der Abbau lebendiger Arbeit muss ineffizient werden und zugleich eine Erweiterung der Arbeitsfähigkeit durch die Maschine stimuliert werden. Entlassung darf sich nicht rechnen, technologische Entwicklung durchaus. Es wird weiter technologisch die Großproduktion fordistischen Typs abgelöst mittels neuer Technologien. Diese verlangen ein anderes Mensch-Maschine-Denken. Die Parameter dieses Prozesses sind politisch gestaltbar. Dies zeigt das Beispiel des Paradigmenwechsels in der Energieproduktion: Der Einsatz fossiler Energie darf sich nicht »rechnen«, der von solarer Energie ja. Das verlangt von der Politik, das Kapital unter Druck zu setzen.

## 7

Technologie als Werkzeug des Menschen betrachtet, wirft die Frage nach der Interaktion auf. Das Werkzeug verändert seinen Erzeuger. Der Mensch produziert sich damit selbst. Technologien bestimmen sichtbar sein Verhalten. Aber schon die Aufgabenstellungen für die Entwicklung von Technologien stellen Menschen. Zumeist wird heute danach gefragt, was Profit bringen wird. Und die Fragen der Gesellschaft – und damit natürlich auch der Linken – werden bisher zumeist

nachträglich, relativierend, Schaden begrenzend eingebracht. Daraus folgt in linken Bewegungen zunehmend eine technologiekritische – bis feindliche Haltung. Diese ist nicht a priori unbegründet.<sup>57</sup> Aber zugleich ist Fakt: Nur mittels Technologien können die Menschen die meisten Großprobleme der Weltgesellschaft real lösen. Technologien sind Werkzeuge – und das verlangt die gesellschaftliche Zielbestimmung dessen, was wofür notwendig ist. Nicht das Werkzeug ist schuld an den Verhältnissen, sondern die Verhältnisse bestimmen die Nutzung des Werkzeugs.

Zusammengefasst: Für die Zukunft der Arbeit<sup>58</sup> steht nicht die Frage an, ob sie stattfindet, sondern, wie sie organisiert sein wird und welche Zwecke sie bestimmen. Das kapitalistische Produktionsverhältnis fokussiert zuerst (und meist nur einzig) auf die Zielfunktion Profit. Die Rendite der Aktionäre ist die Triebkraft. Die Interessen in den postfordistischen Gesellschaften sind von daher nicht mehr hinreichend zu vertreten. In der Technologiedebatte unter den Linken (mit einer gewissen Ausnahme in der ökologischen Bewegung) spielt heute alles Mögliche und Unmögliche eine Rolle. Leider auch unter den Linken in Deutschland. Die Frage des Stoffwechsels Mensch-Natur, vermittelt über die Arbeit, wird fast völlig ausgeklammert. Ohne diese aber wird aber auch die Debatte um die Zukunft der Arbeit einseitig, weil sie den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen, Produktivkräften und dem Prozess der Produktion nicht betrachtet.

## **8. Linke Strategie: einige Schlussfolgerungen und Stichpunkte**

**1.** Eine Strategie bestünde im Kern darin, eine andere Arbeit zu organisieren, ihre vorhandenen Elemente freizusetzen. Dort, wo sie schon da sind, ihr zum gesellschaftlichen Durchbruch zu verhelfen. Die Linke aber fragt hierzulande nicht einmal mehr danach. Sie nimmt meist das Mittel – Politik – für das Ziel. Aber sie kann derzeit nicht das

<sup>57</sup> Neue Technologien, z. B. die Gentechnologien machen soziale Spannungen möglich, die selbst Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens betreffen.

<sup>58</sup> Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a. M. 2004.

Ziel der Politik darlegen. Hier ist sie selbst denen unterlegen, die die Globalisierung im Sinne der Bourgeoisie selbst ein wenig regulieren wollen und auch müssen. Im Grunde sehnt sie sie nach fordistischen – oder zu einem kleineren Teil vermeintlich himmlischen oder kommunistischen, aber natürlich zugleich »emanzipierten« Zuständen. Und unausgesprochen geht sie damit davon aus, dass der Kapitalismus die Probleme schon lösen könne und möge. Die diesen Zustand verdeckende »linke« These lautet, dass die Arbeit überhaupt abnehme, derweil in der Realität nur die Fähigkeit der Kapitalismus abnimmt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu organisieren. Eine andere Produktionsweise aber liegt nicht in ihrem Horizont. Es kommt aber darauf an, mit dieser zu beginnen. Und selbstredend schließt das auch die Verteilung der Arbeit ein. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der Grundlagen hierfür.

2. Kommune, d. h. Assoziation freier Produzenten: Dies und nichts anderes – und deshalb sei diese Replik hier eingeschoben – war der eigentliche Sinn der Kommune. Wenn die Pariser Bäcker verlangten, dass ihre Arbeitszeit um 6.30 beginnen sollte, ahnten sie damit nicht, was sie eigentlich taten. (Auch nicht, dass diese Forderung auch hundertdreißig Jahre später noch immer nicht realisiert ist.) Wenn Fabrikarbeiter forderten, dass Konkurs gegangene Betriebe in die Hand der Kommune fallen sollen, so stellten sie nicht theoretisch die Eigentumsfrage, sondern beantworteten sie praktisch. Und als sie die Verwaltung vereinfachten und demokratischer Kontrolle unterstellten, debattierten sie nicht über die Rolle des Staates. Sie kollaborierten auch nicht mit den Preußen, als sie sich nicht um die Weiterführung des bereits von Frankreichs Bourgeoisie verlorenen Krieges scherten. Was ihnen dann allerdings entgegenschlug, waren der Hass und die Bajonette, waren Kapital und Staat in Eintracht. Sie, die Pariser hatten – ohne es zu ahnen – die Produktionsweise samt seiner Peripherie selbst infrage gestellt. Und so nichts anderes eröffnet, als eine kommunistische Perspektive. Sie waren mit der Konkursmasse des zweiten Kaiserreiches so umgegangen, wie ein vernünftiger Mensch damit umgeht: Er schaut, was er davon gebrauchen kann. Heute, da die Produktionsweise sich selbst infrage stellt, scheint es für die Linke schwer, nach der Konkursmasse zu fragen – wenigstens (und vorerst nur) diese der Vernichtung zu entziehen. Antikapitalismus begänne

hier: Mit der produktiven Verwendung all dessen, was das Kapital hervorbringt – allerdings auch dessen, was es selbst nicht benötigt, liegen lässt. Aber zugleich bedeutet das, anders zu entscheiden, zu organisieren: eine andere Demokratie. Das ist der eigentliche revolutionäre Inhalt der Kommune. Demokratisierung der Demokratie – nimmt man es nicht nur als Schlagwort für die Forderung nach einem mehr an Bürgerentscheiden – bedeutet, die Entscheidungen dort zu treffen, wo die Betroffenen sind. Dezentralisierung, Entstaatlichung, Subsidiarität, all das sind Folgen und Bedingungen für eine andere Arbeit, für eine andere Aneignungsweise.

3. Aneignung: Das heißt hier Aneignung der Gesellschaft durch die Gesellschaft. Wenn die Schlüsselfrage des alten Parteikommunismus die Enteignung der Produktionsmittel war – und die darauf basierende Aneignung von Produktion, Gesellschaft eher als sekundär erschien – und letztlich in deren Scheitern sich das Scheitern des Parteikommunismus überhaupt ausdrückte, so wäre heute die Aneignung der Gesellschaft die eigentliche Konsequenz. Wenn hier von Emanzipation gesprochen wird, so kann – will man in der marxischen und in dessen Verständnis sozialistisch-kommunistischen Perspektive verbleiben – Emanzipation nur zuerst im Kern als Aufhebung der Entfremdung des Produzenten vom Produkt verstanden werden. Das allgemeinste Produkt aber ist in letzter Konsequenz die (konkrete) Gesellschaft. Emanzipation kann in einer sozialistischen Perspektive nicht Fortbewegung von der Gesellschaft, sondern als eine Hinwendung zu dieser verstanden werden. Wenn die moderne kapitalistische Arbeit immer mehr die Mitglieder der Gesellschaft vereinzelt, wenn, um in engelscher Diktion zu sprechen, Privateigentum, Staat und Familie sich ihrer gemeinsamen Wurzel entfremden – dann ist Emanzipation heute die Emanzipation vom bürgerlich – Privaten, führt heraus aus der Lohnarbeit hin zur Gesellschaft. Das geschieht aber nur, wenn sich diese mittels einer neuen Arbeit konstituiert. Was das Kapital freisetzt – also die bürgerliche Emanzipation von den alten Banden, die aber zugleich in ihrer spezifischen Form betrieben heißt: die Emanzipation in der Form der Entfremdung des Menschen von seinem Ursprung als natürlichem und sozialem Wesen, – das schlägt dann in eine andere Perspektive um. In die Perspektive einer Assoziati-on freier Produzenten. Ob man das so nennt oder nicht.

4. Bildung: In diesem Zusammenhang wird »Bildung für alle« zu einem entscheidenden linken Paradigma. Bildung war von Anfang an schon Anliegen von Sozialistinnen und Sozialisten. Stets ging es – in Auseinandersetzung mit den anderen politisch-geistigen Grundströmungen – um den Zugriff aller auf die jeweils aktuellen Schlüsselressourcen und die daraus und damit zu erzielenden Erträge. Geschichtlich war der gerechte Zugriff aller auf diese Ressourcen der Gesellschaft stets vordringlich. Heute und in Zukunft sind Bildung, Wissen, Information und die entsprechenden Kulturtechniken die Schlüsselressourcen schlechthin. Der Zugang zu ihnen ist aber – insbesondere in Deutschland – beinahe noch so geregelt, wie zu der Zeit, da die Grundlagen für die klassische Industriegesellschaft gelegt und später postmaterialistisch überformt wurden. Die Neoliberalen setzen heute ihre Zwecke als Ideal. Ausdruck dessen sind neue Elitekonzeptionen, mittels deren Umsetzung wieder einmal die Mittel der gesamten Gesellschaft auf eine besondere Gruppe umverteilt werden (sollen). Die Konzeption von Eliten ist im Grunde nichts anderes als eine neue Herrschaftskonzeption. Für die Linke gilt es, Bildung nicht aus einer ökonomistischen Zweckbindung heraus zu begründen, sondern als allgemeines Menschenrecht axiomatisch zu setzen und zu behandeln. Das knüpft an das humboldtsche Bildungsideal direkt an. Selbstredend ist dies eine Position wider diejenige Politik, die auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft setzt. Sie setzt folgende Axiome:

- jeder Mensch ist bildungsfähig – das Maß seines Bildungsanspruches setzt er selbst in den Grenzen seiner intellektuellen Fähigkeiten und seines freien Willens, dieses Maß darf nicht durch äußere Umstände bestimmt und eingeschränkt werden,
- die Gesellschaft, die Allgemeinheit ist damit uneingeschränkt verpflichtet, die materiellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen,
- das Recht auf Bildung ist ein Recht, das auf der jeweiligen Stufe gesellschaftlicher Entwicklung allgemein umzusetzen ist.

Strategisch gesehen ist Bildung das Feld, in dem die verschiedenen Akteure und Adressaten linker Politik (Prekariat, Proletariat, Wissensarbeiter) zum einen sehr unterschiedlich partizipieren – und zugleich Gerechtigkeit, zumindest als Chancengerechtigkeit verstanden – für viele nachvollziehbar eingefordert werden kann. Und es sei hier be-

merkt: Es gibt kein größeres Verbrechen in Deutschland, als das, einen Teil der Jungen Generation Ostdeutschlands in den neunziger Jahren nicht gebildet und ausgebildet zu haben.

5. Wissensgesellschaft: Es gibt – ideal gedacht – zwei Konzepte für die Wissensgesellschaft. Einerseits die Teilung in eine hoch ausgebildete Schicht sog. Wissensarbeiter und den »Rest« – oder das Konzept einer solidarischen Gesellschaft, welches Wissen für jedermann zugänglich macht – und in der alle Wissen produzieren. Für die Linke ist zu Wissen eine Bedingung der Freiheit. Das ist axiomatisch gemeint – also nicht zu begründen mit dem künftigen eventuellen Wert der »Ware Arbeitskraft«. Das bedeutet keine Relativierung einer guten fachlichen Bildung, sondern im Gegenteil: Bildung ist eine Grundlage für die Wissensgesellschaft, ohne Bildung können die Menschen sich Wissen weder aneignen, noch sinnvoll verwenden. Wissen ist nicht allein Aneignung von Wissen, sondern vermittelt die Fähigkeit, zu werten, anzueignen, umzusetzen usw. Wissen ist uns kein zu staffelndes Gut, keine Ware, gebunden an soziale Herkunft oder Aussichten – oder Gegenleistung. Das erfordert das Bildungsziel, eines umfassend »wissenden Menschen«, eines Akteurs in einer und für eine lebensbejahende(n) Kultur. Die künftige Gesellschaft ist Wissensgesellschaft, aber die Fragen danach, was wirklich Wissen ist und wem es gehört, sind Fragen, die letztlich die Gesellschaft beantwortet. Die Linke wird sich ihre Maßstäbe erarbeiten müssen. Maßstäbe, die sie aus einer »Ethik in Menschenwürde«<sup>59</sup> herleitet, an deren Konzeption es gleichfalls zu arbeiten gilt.

6. Natur: Die Natur kann für die Linke nicht nur nicht gleichgültig sein, sondern ihre »Rettung« ist unumgänglich für jene lebenswerte Zukunft. Generationengerechtigkeit reicht über die heute lebenden Generationen hinaus. Soziale Frage und ökologische Frage laufen in ihrer Lösung in eins: Eine andere Arbeit ist nur dann wirklich eine andere, wenn sie den Raubbau nicht fortsetzt. So, wie der Wert der Arbeit nicht mehr gemessen und damit auch nicht mehr getauscht

59 Vgl. Jochen Gläser / Reinhard Mocek / Bernd Rump: Für ein global bewusstes und menschengerechtes Europa in einer lebenswerten Welt. Teil 1. In: Utopie kreativ. Heft 23/24.

werden kann, so kann der Wert der Natur nicht mehr dadurch bestimmt werden, welcher Profit mit ihr zu machen ist. Die ökologische Frage steht nunmehr als Gattungsfrage. Sie ist sogar noch unmittelbarer als die soziale Frage eine Frage aller, aber ihre Nichtlösung trifft auch hier zuerst die Ärmsten, und dann die geringer Privilegierten zuerst. Für die Linke sollte deren strategische Verkopplung begreifbar sein – aber dieser Zusammenhang muss auch genutzt werden. Der Wandel kann aus Sicht der Linken tatsächlich nur ein sozial-ökologischer sein. Aber genau dieser führt dann notwendigerweise über den Kapitalismus hinaus. Die ökologische Frage verweist die Linke im doppelten Sinne auf die Produktionsfrage: zum einen als Frage nach der Zerstörung, Verwüstung, die der Mensch bewirkt. Also von der Position her, die jeder Naturschützer logischerweise einnimmt. Aber die Frage, wie denn anders gearbeitet werden soll, wie denn andere Produktionsverhältnisse beschaffen sein können, sollen – Verhältnisse, in denen der Mensch die Natur nicht zerstört, sondern erhält, rekultiviert etc. ist eine Frage nach einer neuen politischen Ökonomie. Der Beitrag der ökologischen Bewegung hierzu bietet mehr als nur Ansätze.

7. Politische Macht. Politisch ist die Linke aufgerufen, sich über ihren Horizont des Verständnisses von Politik zu verständigen. Verbleibt sie im bürgerlichen Horizont, dann kann sie letztendlich nur die Probleme einer Produktionsweise zu vergesellschaften helfen, deren Prinzip auf den (im Westen immerhin) luxuriösen Suizid hinausläuft. Sie kann – und wird wohl – versuchen, die sozialen Katastrophen subjektiv erträglicher zu machen. Aber sie kann auch und vor allem daran arbeiten, den Slogan »eine andere Welt ist möglich« vom heilsgeschichtlichen Impuls in eine Realität transformieren. Damit ist sie aber selbst ein Teil des Schlüsselproblems: Kann sie mit einer anderen Arbeit etwas anfangen? Kann sie eine andere Arbeit anfangen? Kann die Linke selbst aus ihrem traditionellen Denkkreis ausbrechen? Kann sie ihren Antikapitalismus – unter Nutzung von Politik, Staat und Institutionen – zu einer Praxis werden lassen, die nicht – wie in der Geschichte bisher – entweder einen Nischencharakter erhält oder gar neue Ausbeutungsformen schafft –, sondern so ist, dass im Schoße der alten Ordnung sich tatsächlich eine Neue entwickelt, in der die Freiheit eines jeden die Bedingung für aller Freiheit ist?

Und wenn ja, dann wird es diese neue Arbeit nur geben mit einer neuen Kultur – mittels der Wissen und Entscheidungen zu treffen, nicht neue Herrschaftsverhältnisse begründet, sondern neue Erkenntnis und Freiheit von jeder Form von Herrschaft möglich macht. Kann die Linke mächtig werden – ohne dass Macht zu ihrer zentralen Kategorie und Machterhalt zum Zweck wird? Diese Frage ist offen. Die geschichtliche Bewegung bisher hat eher den Gegenbeweis erbracht. Aber diese Versuche beruhten auf der klassischen Industrie- und Arbeitsgesellschaft, in der sich ökonomischer Zwang durch politischen Zwang scheinbar ersetzen ließ. Zwang, der freilich letztlich wieder in ökonomischen umschlug.

## 9. Schlussbemerkung: Das Ufer

Im Grunde entschieden sich die meisten Menschen 1989/90 zuungunsten einer Ordnung, die vorgab, die Vorteile des Kapitalismus ohne seine Nachteile zu erreichen. Fast zwanzig Jahre danach sind die Vorteile des Kapitalismus für viele als Selbstzerstörungspotenziale begreifbar. Aber der Ausweg führt nicht zurück zu einer anderen, letztlich älteren Ausbeutungsform. Der Weg führt durch den Kapitalismus hindurch. Aber mitnichten von allein. Seine späte Phase setzt tatsächlich die Produktivkräfte frei, die für eine Assoziation freier Produzenten Basis sein können. Was politisch zu bewerkstelligen ist, bedeutet, die Hindernisse, Regeln, Gesetze zu ändern, die schlechthin ja dafür gemacht sind, dass die Dinge so funktionieren, wie sie funktionieren. Sie funktionieren heute schlecht, aber sie lassen sich ändern.

Manches mag utopisch klingen angesichts der Stärke des Kapitalismus, seiner Ressourcen, seiner politischen Agenturen. Aber der Kapitalismus ist ein Produktionsverhältnis, welches die Produzenten eingehen. Sie sind dazu gezwungen, solange es keine Alternative gibt. Aber der globalisierte Kapitalismus eröffnet, in dem er gar nicht mehr alle in dieses Verhältnis bringen kann, seine Aufhebung. Eine andere Arbeit zu beginnen – das bedeutet letztlich, andere Produktionsverhältnisse zu schaffen: Eine Ökonomie, die nicht auf dem Profitprinzip beruht, sondern bloß darauf, dass die Menschen ihre Existenz mittels ihrer Arbeit gewährleisten können.

Was kommt nach dem Kapitalismus? Es ist nicht unüblich, vom Postkapitalismus zu sprechen. Man umgeht gewissermaßen die Bezeichnung Sozialismus, da diese manchen suspekt erscheint, oder auch keine zwanzig Jahre nach dem Untergang des »sozialistischen Weltsystems« zu sehr an dieses erinnert. So wie auch der Begriff Kommunismus durch die reale geschichtliche Bewegung für viele an den Parteikommunismus des 20. Jahrhunderts gebunden bleiben mag. Wenn es heute für einen Teil der Neuen Linken opportun erscheint, nicht vom Sozialismus zu sprechen, dann mag das so angehen. Nicht die Begriffe bestimmen den Inhalt, sondern der Inhalt den Begriff. Und so wird dieser Postkapitalismus, wie auch immer bezeichnet, in seiner politischen Form, unbedingt demokratisch verfasst sein müssen, und seine Wirtschaft wird letztlich kollektivistisch organisiert sein. Eine Assoziation freier Produzenten. Eben das, was die Lohnarbeit nicht hervorbringen kann. Das eine ohne das andere hatten wir schon.

Der Kern der Frage nach dem Ufer aber besteht darin, ob wir uns vom Kapitalismus lösen, radikaler gesagt, von ihm losreißen können und wollen. Und hier verläuft auch derzeit die Trennlinie zwischen den Parteien der Neuen Linken und den Parteien der Sozialdemokratie.

Wenn der Generalsekretär der französischen Sozialisten und spätere Vorsitzende der II. Internationale Claude Mauroy zum neuen Programm der Sozialistischen Partei Frankreichs<sup>60</sup> seinerzeit in der Einleitung feststellte, »wir hätten gelernt, dass wir uns vom Kapitalismus nicht losreißen können«, so kennzeichnet er genau die Trennlinie zwischen einer auf den Sozialismus hin strebenden Bewegung und einer auf Demokratie und einem gewissen Verständnis für soziale Probleme eingegrenzten Partei. Dieses mag im politischen Alltag nicht immer sichtbar sein und darf schon gar nicht als Begründung für politische Abgrenzung herhalten. Aber um diesen Horizont gilt es sich, zu versammeln. Ein linker Antikapitalismus braucht das andere Ufer oder er gerät in eine andere Strömung.

Linke Politik darf diesen Horizont nicht nur nicht aus dem Auge verlieren, sondern muss alle Möglichkeiten hierzu aktiv befördern. Ein Mittel hierzu ist auch der Staat, ist die politische Macht. Wenn

60 Zitiert nach Adam Schaff: Mein Jahrhundert. Berlin 1997. S. 168.

z. B. in Ostdeutschland die Umwandlung der ABM in einen öffentlich geförderten Sektor nicht stattfand – und anstatt dessen die ABM im Prinzip abgeschafft wurde, so verweist gerade dies, wenn auch negativ auf die Möglichkeit der Politik. Aber auch auf die Kurzschlüssigkeit linken Denkens. Nicht der Wiedereinstieg in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt hätte für die Linke allein Ziel sein müssen, sondern die Stabilisierung jenes profitfreien Raumes, in dem soziale und kulturelle Dienstleistungen produziert wurden. Freilich kann aber auch nicht dann das zum Maßstab genommen werden, was im Profitsektor immer erstritten sein muss. Dort, wo der Mensch nicht seine Arbeitskraft verkauft, sondern seine Existenz im Einklang mit seinen Neigungen und Interessen sichern kann, verlieren die Regeln der Industriegesellschaft ihre Gültigkeit. Wo es keinen Profit gibt, ist die Arbeit nicht nur eine andere, sondern sie ist auch anders zu bewerten. Jeder, was er einbringt – jedem, was er benötigt. Das freilich führte zu einer anderen Art Grundeinkommen, als es den meisten heutigen Propagandisten dessen vorschwebt.

Wissen ist Macht, postulierte einst die Linke selber. Sich im Besitz einer vermeintlich wissenschaftlichen Weltanschauung zu wähnen, war der Beginn eines Prozesses, selbst den Standpunkt der Wissenschaft zu verlassen. Die Wiedergewinnung dieses Standpunktes ist kein leichter Prozess. Der Marxismus als Methodologie führt zu Lösungen, die möglicherweise auch von anderen Standpunkten her gefunden werden können. Und so ist der Wahrheitsanspruch, den der Marxismus-Leninismus behauptete eben nichts weiter als Ideologie. Aber der Marxismus, der auf sich zurückgeführt und seines Beiwerkes entledigt wird, bleibt für Sozialisten eine unschätzbare Quelle zum Verständnis der Realität. Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft mehr denn je.

Der Verlust wird heute oft noch nicht als dieser empfunden. Mag auch die bornierte Ablehnung einer Ethik im stalinistischen Sozialismusverständnis dazu gleichermaßen beigetragen haben, wie auch der Missbrauch der Wissenschaft im 20. Jahrhundert überhaupt – diese Folge ist aber deshalb nicht hinnehmbar, weil es gerade die Wissenschaft ist, die einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreibt, aber andererseits sich der Verwertungslogik des Kapitals naturgemäß verschließt, ihre Verwertung eben nicht darauf beschränkt, Verwertung im Interesse privatkapitalistischen Eigentums zu sein. Die

Lösungen der ökologischen und sozialen Probleme bedürfen aber vor allem der Wissenschaft – sie wird weder ohne noch gegen sie zu erreichen sein.

Linke Strategien enthalten heute vielerorts Wege und Ziele, die etlichen der hier aufgezeigten Ansätze und Vorschläge entsprechen oder ihnen ähnlich sind. Ihr Antikapitalismus aber läuft oft Gefahr, sich schnell als eine Art jenes Kampfes zu offenbaren, wie sie Don Quichotte auf seiner Rosinante seinerzeit gegen Riesen zu führen glaubte. Sancho Pansa hingegen wusste zumindest, warum es sich bei den Riesen handelte: um Windmühlen. Und im Übrigen versuchte er sich als Statthalter, statt wie Quichotte den Traum um Dulcinea zu träumen. Und scheiterte dabei. Selbstverständlich. Die einfache Frage ist immer die nach den Windmühlen. Der Traum hingegen ist gleichermaßen notwendig. Cervantes wusste darum. Um die Prügel natürlich auch.

Kapitalismus ist – es sei noch einmal hier gesagt – ein Verhältnis, welches Menschen miteinander eingehen. Auf einer bestimmten Stufe der Produktion. Letztlich können es nur alle überwinden.<sup>61</sup> Es ist dies nicht die Sache einer sozialen Gruppe – und schon gar nicht einer politischen Partei. Aber diese Aufhebung ist – wie alle Vorherigen – nur als eine lange geschichtliche Bewegung vorstellbar. Eine geschichtliche Bewegung, die bloß ihren Traum hat, läuft Gefahr der Realität zu entraten. Aber nur in dieser Realität entstehen die Momente, welche die Aufhebung des gegenwärtigen Zustands möglich machen. Umwälzungen finden in Sackgassen statt.<sup>62</sup> Die Wirklichkeit selbst enthält das vermeintlich utopische Potenzial. Ob die Linke vermag, dieses zu erkennen, hängt nur von ihr selber ab. Ihre politische Aufgabe aber, davon freizusetzen, was mittels Politik freigesetzt werden kann, diese kann sie finden, erfüllen – oder aber sie kann als Teil des politischen Systems letztlich selbst bloß an dessen Segnungen partizipieren. Segnungen freilich, die nur die schöne Kehrseite all dessen sind, was da ist an Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Zerstörung. Das Lamento darüber macht die Welt nicht besser. Wie

<sup>61</sup> Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd.4. S. 475.

<sup>62</sup> Bertolt Brecht: Me-ti. Buch der Wendungen. In: Ders.: Prosa. Band IV. Berlin / Weimar 1975. S. 143.

auch immer – um es als Credo mit der 11. These über Feuerbach zu sagen: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert – es kommt aber darauf an, sie zu verändern.«<sup>63</sup>

63 Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW. Bd. 3. S. 533.

PETER GÄRTNER

## Linke Politik in Lateinamerika – Exkurs über ein Exempel

Wenn heute von linker Politik in Lateinamerika die Rede ist, dann denkt man zuerst an Kuba, Venezuela, Bolivien und den damit assoziierten »Linksruck« von inzwischen kontinentaler Dimension. Dieser Gedankengang wirft jedoch zugleich mehrere Fragen auf: Was ist in der Ära des Neoliberalismus, die bekanntlich unter der blutigen Militärdiktatur Pinochets in Chile ihren realpolitischen Ausgang genommen hat und in ganz Lateinamerika auf besonders günstige »Laborbedingungen« zurückgreifen konnte, linke Politik? Inwiefern steht diese Politik in der Tradition der revolutionären Kämpfe der Vergangenheit, die mit dem Mexikaner Emiliano Zapata (1879–1919), dem Nikaraguaner Augusto César Sandino (1895–1934), dem Argentinier Ernesto Ché Guevara (1928–1967) und Kubaner Fidel Castro (geb. 1926) weltbekannte Symbolfiguren hervorgebracht haben? Und vor allem: Stellt der heiß debattierte »Linksruck« tatsächlich ein Exempel dar?

Bevor diesen Fragen nachgegangen wird, bedarf es jedoch einer vorherigen Begriffsklärung. Wenn hier von »Exempel« die Rede ist, dann nicht, weil ein solches statuiert werden soll. Mit Verweis auf den »Brockhaus«<sup>1</sup> steht »Exempel« im folgenden vielmehr für »aus verschiedenen, gleichartigen Dingen als Muster Herausgestelltes« oder kürzer: für etwas »Beispielhaftes«. Die Diskussion darüber, warum und was am »Linksruck« in Lateinamerika beispielhaft ist, steht in engem Zusammenhang mit jenen Fragen, denen in der übrigen Beiträgen dieses Heftes nachgegangen wird. Anhand der jüngsten Entwicklung auf dem in unmittelbarer Reichweite der USA gelegenen Kontinent soll skizzenhaft illustriert werden, dass auch und gerade der globale Kapitalismus des 21. Jahrhunderts– wie bereits in den beiden Jahrhunderten zuvor – im Zuge der von ihm bewirkten Um-

1 Brockhaus. Die Enzyklopädie in 24 Bänden. 20. Aufl. Bd. 7. Leipzig / Mannheim 1997 S. 10f.

wälzung aller bestehenden Verhältnisse nichtintendierte Folgen zeitigt, durch die immer wieder Alternativen hervorgebracht oder befördert werden, die über die profitgetriebene Kapitallogik hinausweisen. Zugleich sollen aber neben den neuen Möglichkeiten auch jene alten (?) Hindernisse aufgezeigt werden, die deren Umsetzung be- oder gar verhindern. Den roten Faden liefern vier Fragen, deren Beantwortung dem Leser helfen soll, eine erste Vorstellung von den Chancen, Hindernissen und Gefahren zu gewinnen, die dem linken »Exempel« Lateinamerika innewohnen.<sup>2</sup>

### 1. Was ist wann und wo passiert?

Diese Frage bezieht sich auf zweierlei: erstens auf den »Nährboden«, auf dem sich das lateinamerikanische Exempel entwickelt hat, und zweitens auf die Entfaltung dieses Exempels selbst, die ohne den Siegeszug des Neoliberalismus nicht zu verstehen ist. Obwohl Chile unter der Diktatur Pinochets nicht nur in Lateinamerika, sondern auch weltweit bei der Durchsetzung des Neoliberalismus eine Pionierrolle gespielt hat, kam die neoliberale Offensive auf dem Kontinent erst infolge des offenen Ausbruchs der Schuldenkrise 1982 so richtig in Gang. Möglich war sie vor allem aus zwei Gründen: Zum einen war das nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 etablierte und bis in die 1960er Jahre erfolgreiche Entwicklungsmodell der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) in eine tiefe Krise geraten. Zum anderen waren die sozialen Bewegungen des Kontinents, die ihm bis in

2 Für eine weiterführende Lektüre sei folgende Literatur empfohlen: Das Argument Nr. 262: Links-Regierungen unterm Neoliberalismus. Berlin 2005; Herbert Berger / Leo Gabriel (Hrsg.): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien 2007; Dieter Boris / Stefan Schmalz / Anne Tittor (Hrsg.): Lateinamerika: Verfall neoliberale Hegemonie? Hamburg 2005; Jahrbuch Lateinamerika Nr. 29: Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Münster 2005; Olaf Kaltmeier / Jens Kastner / Elisabeth Tuidor (Hrsg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster 2004; Nueva Sociedad Nr. 197. Caracas 2005; James Petras: Flujo de moviminetos y gobiernos de centro-izquierda. Beitrag auf dem Seminario Guevarista Internacional v. 7. Juni 2008. Im Internet unter: <http://amauta.lahaine.org> als pdf abrufbar; PROKLA Nr. 42: Soziale Kämpfe in Lateinamerika. Münster 2006; Beatriz Stolowicz: Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir? In: Utopie kreativ. Heft 207. Januar 2008. S. 38–43.

den 1970er Jahre hinein sein revolutionäres Gepräge gegeben hatten, geschwächt und demoralisiert. Die Niederwerfung war durch äußerst repressive Militärdiktaturen erfolgt, deren Errichtung mit dem Putsch von 1964 in Brasilien begonnen und in den konterrevolutionären Regimes in Argentinien (1976–1983) und Chile (1973–1990) ihren blutigen Höhepunkt gefunden hatte. Ende der 1970er Jahre galten nur drei Länder – Costa Rica, Kolumbien und Venezuela – als demokratisch regiert. Auch die zentralamerikanischen revolutionären Prozesse, die 1979 mit dem Sieg der Sandinisten über die Somozadiktatur, deren Grundstein 1934 mit der Ermordung von Sandinos gelegt worden war, einen so hoffnungsvollen Auftakt hatten, endeten letztlich in einer Niederlage. Der Aufstieg des Neoliberalismus in Lateinamerika war durch zwei Paradoxien gekennzeichnet, ohne die sein schneller Erfolg unverständlich scheint.

Die erste Paradoxie besteht darin, dass die Durchsetzung neoliberaler Reformen Hand in Hand mit einer Demokratisierungswelle erfolgte, die nach und nach den gesamten Kontinent erfasste und in die am Ende auch die zentralamerikanischen Revolutionsversuche einmündeten. Diese Welle nahm 1979 in Ecuador ihren Ausgang, zog sich dann über die 1980er Jahre hin und endete schließlich Anfang der 1990er Jahre mit der Ablösung der letzten Militärdiktaturen in Paraguay (1989) und Chile (1990). Einen Sonderfall stellt Mexiko dar, wo der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), der seit seiner Gründung 1929 ununterbrochen das Land regiert hatte, erst 2000 die Präsidentenwahlen verlor. Gemeinsame Merkmale dieser Demokratisierungswelle waren die zentrale Bedeutung von Absprachen innerhalb der Elite für den demokratischen Übergang und der Bedeutungsverlust der sozialen Bewegungen selbst dort, wo sie Anfangs im Transitionsprozeß noch eine gewisse Rolle spielten.

Die enge zeitliche und funktionale Verzahnung von Neoliberalisierung und Demokratisierung verschaffte der Durchsetzung des »Washington Consensus«, unter dem die neoliberalen Reformmaßnahmen 1990 zusammengefasst wurden, einen enormen Legitimationsgewinn. Dieser wurde zusätzlich noch gesteigert, weil es in ihrem Gefolge gelungen war, die Hyperinflation, unter der die Bevölkerung damals litt, zurückzudrängen und eine makroökonomische Stabilisierung einzuleiten.

Die zweite Paradoxie zeigt sich im engen Zusammenwirken von Staatsmacht und Neoliberalismus, der bekanntlich eines seiner wichtigsten Ziele darin sieht, den Einfluss des Staates zurückzudrängen und ihn zu »verschlanken«. Dieses Zusammenwirken wurde durch eine neoliberale Koalition organisiert, der neben Spitzenpolitikern auch Zivil- wie Militärtechnokraten und einflussreiche Unternehmer angehörten. Während die 1980er Jahre, die in Lateinamerika in ökonomischer Hinsicht aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise als »verlorenes Jahrzehnt« gelten, vor allem von der mehr oder weniger erfolgreichen Implementierung der neoliberalen Reformen geprägt waren, ist das folgende Jahrzehnt dadurch gekennzeichnet, dass diese Reformen ihre volle Schubkraft entfalten. Sie waren insofern erfolgreich, als sie kaum auf Widerstand stießen, die Umverteilung von unten nach oben forcierten und zu einem gewissen ökonomischen Wachstum führten. Aber bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ließ das ökonomische Wachstum nach und die sozialen Verwerfungen, die durch die neoliberalen Reformen ausgelöst worden waren, begannen immer deutlicher zutage zu treten. Im Ergebnis mehrerer Wirtschaftskrisen, von denen gerade die wirtschaftlich bedeutendsten Länder des Kontinents – Mexiko 1995/95, Brasilien 1998, Argentinien 2000/01 – betroffen waren, wurde zudem klar, dass die strukturell bedingte Abhängigkeit und Verwundbarkeit Lateinamerikas eher zu- als abgenommen hatten.<sup>3</sup>

Mit der Jahrtausendwende zeigte der Neoliberalismus erste Verschleißerscheinungen, die sich innerhalb weniger Jahre zu einer Legitimationskrise ausweiteten, die nicht wenige Analytiker dazu veranlasste, von einer »Zeitenwende« zu sprechen und über eine »Politik nach dem Neoliberalismus« nachzudenken.<sup>4</sup> Tatsächlich machte sich in vielen Ländern Lateinamerikas eine tiefe Enttäuschung über den

3 Einen gleichermaßen fundierten wie kritischen Überblick über Durchsetzung, Ergebnisse und Folgen des Neoliberalismus liefert: Duncan Green: *Silent Revolution. The Rise and Crisis of Market Economics in Latin America*. New York/London 2005. Wer sich für die Einbettung dieser Prozesse in die globale Durchsetzung des Neoliberalismus interessiert, sei auf die sehr lesenswerte Darstellung des britischen Geographen David Harvey verwiesen: Derselbe: *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich 2007.

4 Vgl. dazu stellvertretend Hans-Jürgen Burchardt: *Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus*. Stuttgart 2004.

Neoliberalismus breit. Es gewannen jene Parteien und Politiker deutlich an Einfluss, die für eine Abkehr von dessen Vorgaben und Maximen eintraten. Zäsurwirkung hatten hier der Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember 1998 sowie die argentinische Krise mit den daraus erwachsenden Protesten, die unter der Losung »Que se vayan todos!« (deutsch: Sie – die Politiker – sollen alle abhauen!) um den Jahreswechsel 2001/2002 gleich mehrere Präsidenten zum Rücktritt zwangen. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass sich bereits während der 1990er Jahre erster Widerstand zu regen begann, der im Falle der bewaffneten Erhebung der Zapatisten im Januar 1994 in Chiapas sogar weltweit und andauernd die Unterstützung der mexikanischen wie internationalen Öffentlichkeit fand. Ein weiteres Beispiel liefert Ecuador, wo die indigene Bevölkerung des Landes unter Führung ihres nationalen Dachverbandes CONAIE seit 1990 immer wieder mit Protesten, Straßensperren und Märschen ihren Forderungen erfolgreich Nachdruck verlieh.

Ab 2000 spricht dann die Chronologie der Ereignisse für sich:

*Venezuela:* 1999 fanden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, die eine neue Verfassung mit großen Vollmachten für Präsidenten verabschiedete und den Übergang zur »V. Republik« einläutete. Im Juli 2000 wurden Parlaments- und Präsidentenwahlen durchgeführt, die Chávez klar gewinnen konnte. Im April 2002 scheiterte ein Putschversuch der rechten Opposition, der von Teilen der Armee und den Unternehmern getragen wurde, am breiten Widerstand der sich spontan organisierenden Volksmassen. Von Dezember 2002 bis Februar 2003 organisierte die Opposition einen Generalstreik der vor allem auf die Lahmlegung der nationalen Ölgesellschaft PdVSA zielte und den lebenswichtigen Öllexport treffen sollte. Aber auch dieser musste schließlich ergebnislos abgeblasen werden. Im August 2004 stellte sich Chávez einem Referendum zur Bestätigung seiner Präsidentschaft, das er mit 53 Prozent der Stimmen ebenfalls klar gewann. Der Sieg vom April 2002 gab dem begonnenen Umgestaltungsprozess in Venezuela einen revolutionären Schwung. Seitdem ist immer nachdrücklicher von der »Bolivarianschen Revolution« und dem »Sozialismus des XXI. Jahrhunderts« die Rede. Allerdings scheiterte Chávez im Dezember 2007 knapp mit seinem Referendum zur Reformierung der Verfassung, wodurch das Tempo der »Bolivarianschen Revolution« erst einmal gedrosselt wurde.

*Bolivien:* 2000 zwingt ein breites klassen- und parteiübergreifendes Bündnis in Cochabamba die Regierung, die Privatisierung der städtischen Wasserversorgung zurückzunehmen. Der sich über mehrere Monate erstreckende »Wasserkrieg« hat Signalwirkung weit über die Grenzen des Landes hinaus. Die danach einsetzende Mobilisierung der Koka-Bauern des Chapare, der Einwohner von El Alto, der Bergarbeiter in den Minenzentren, der indianischen Bevölkerung des Tieflandes und der Bauern des andinen Hochlandes mündet am 17. Oktober 2005 in der Flucht von Gonzalo Sánchez de Lozada, der seit 1985 in verschiedenen Schlüsselfunktionen, darunter 1995–1997 und dann erneut ab 2002 als Präsident, für die Durchsetzung der neoliberalen Reformen in Bolivien gesorgt hatte. Auch unter seinem Nachfolger Carlos Mesa kehrt keine Ruhe ein. Die mobilisierten Volksmassen fordern die Nationalisierung der Gas- und Ölvorkommen sowie die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit dem Ziel einer »Neugründung« Boliviens. Bei den vorgezogenen Wahlen im Dezember 2005 siegen Evo Morales und seine Partei, der MAS (Bewegung zum Sozialismus) mit 54 Prozent überraschend deutlich. Damit wird erstmals in Südamerika ein Indigener Präsident, der sich zudem die Umsetzung der Forderungen der Volksbewegung auf die Fahnen geschrieben hatte und damit seinen überwältigenden Sieg errungen hatte. Nach seinem Amtsantritt im Januar 2006 geht er zügig an die Verwirklichung dieser Forderungen: im Mai wird ein neues Gesetz über die Kohlenwasserstoffe verabschiedet und im Juli finden die Wahlen zur Konstituente statt, deren Arbeit jedoch durch Störmanöver der rechten Opposition, die sich vor allem um die Präfekten der östlichen Tiefland-Departements sammelt, blockiert wird. Um das Machtpatt aufzulösen, setzt Evo Morales für den 10. August 2008 ein Referendum an, in dessen Ergebnis er mit 67 Prozent im Amt bestätigt wird. Da aber die vier rechtsoppositionellen Präfekten des Tieflands ebenfalls per Referendum im Amt verbleiben können, ist die Situation auch danach angespannt und offen.

*Ecuador:* Dieses Land stellt insofern eine Ausnahme dar, als hier der Aufschwung der sozialen Bewegungen bereits 1990 einsetzte und bis 2002 anhielt. Startpunkt dieser kontinental und weltweit ausstrahlenden Erfolgsgeschichte war ein Aufstand der indigenen Bevölkerung des Landes, die etwa ein Viertel der 13 Mio. Einwohner ausmacht, unter Führung ihres nationalen Dachverbandes CONAIE

(gegründet 1986). Die Proteste gegen die neoliberale Regierungspolitik setzte sich in den folgenden Jahren fort und mündete Anfang 1997 schließlich in einer breiten Protestbewegung gegen Präsident Abdalá Bucarám, unter deren Druck dieser am 7. Februar seines Amtes enthoben wurde. Aber auch sein Nachfolger, Jamil Mahuad, hatte wenig Glück. Im Januar 2000 wurde er durch das gemeinsame Vorgehen von CONAIE und putschenden Militärs gestürzt. Gustavo Noboa, der im höchsten Staatsamt nachfolgte, musste dieses nach den Wahlen von 2002 abgeben. Wahlsieger war Lucio Gutiérrez, Führer der putschenden Offiziere von 2000, der seine damaligen Verbündeten von COONAIE in die Regierungskoalition einbezog. Bereits nach sieben Monaten scheiterte dieses ungewöhnliche Bündnis am politischen Kurswechsel von Gutiérrez, der wortbrüchig geworden und auf eine neoliberale Politik umgeschwenkt war. Die indigene Bewegung Ecuadors, die bis dahin als die erfolgreichste und stärkste auf dem gesamten Kontinent gegolten hatte, konnte sich von dem Vertrauensverlust und den internen Spaltungen, die sie im Gefolge ihres Regierungseintritts erlitten hatte, bis heute nicht erholen. So nimmt es nicht Wunder, dass sie beim Sturz von Gutiérrez durch eine spontane Volksbewegung im April 2005 nur eine randständige Rolle spielte. Im Unterschied zu ihrer Protagonistenrolle bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung 1998 ist ihr Einfluss in der gegenwärtigen Verfassunggebenden Versammlung, die auf Initiative des seit 2006 regierenden links-nationalistischen Präsidenten Rafael Correa gewählt worden war, relativ gering.

*Argentinien:* Hier steht der Aufschwung der sozialen Bewegungen in engstem Zusammenhang mit Ausbruch und Verlauf der 1999 einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise. In deren Ergebnis sah sich die argentinische Regierung Ende 2001 schließlich gezwungen, die Bindung des Peso an den Dollar aufzugeben. Dies löste am 31. November 2001 einen regelrechten Sturm auf die Banken aus: Tags darauf, am 1. Dezember froh die Regierung mit dem so genannten »corralito« alle Guthaben ein. Für den IWF war das Anlaß genug, um seinerseits am 5. Dezember einen bereits zugesagten Kredit in Höhe von 1,26 Mrd. \$ zu stoppen. Danach überstürzten sich die Ereignisse: Bei Streiks, Plünderungen und Demonstrationen gab es 27 Tote, worauf Präsident de la Rúa am 20. Dezember seinen Hut nehmen musste. Innerhalb von nur zwei Wochen wurden drei Interimspräsidenten

verschlissen. Erst die Wahl von Eduardo Duhalde zum Präsidenten am 1. Januar 2002 brachte in diesem Punkt eine gewisse Beruhigung. Nach wie vor aber beherrschten die Aktionen der *iqueteros*<sup>5</sup>, Fabrikbesetzer, Nachbarschaftskomitees und rebellierenden Mittelschichten die Szenerie. Kennzeichen dieser Rebellion war ihr spontaner Charakter, das Fehlen einer Führung, ihre heterogene Zusammensetzung und ihr nur auf die lokale Ebene fokussierter Aktionsrahmen. Die enorme horizontale Breite schlug sich weder in einem positiven Programm noch in einer weitergehenden Politisierung nieder. Nachdem bereits im Verlauf des Jahres 2002 die Aktionen der rebellierenden Bevölkerung zurückgegangen waren, fiel es Néstor Kirchner, dem im Ergebnis der Wahlen vom April 2003 durch den unerwarteten Rückzug von Carlos Menem das Präsidentenamt zugefallen war, nicht allzu schwer, die Reste der Bewegung zu kanalisieren. Neben der gezielten Kooptierung kooperationswilliger Teile der Protestbewegung kam ihm der einsetzende Wirtschaftsausschwung bei der raschen Entschärfung der Krise zugute. Die Kontinuität des Stabilisierungskurses wurde durch den Erfolg von Cristina Kirchner bei den Präsidentschaftswahlen vom 28. Oktober 2007, die sie in der Nachfolge ihres Ehemanns für sich entscheiden konnte, gesichert.

*Mexiko:* Die Situation im nördlichsten Land Lateinamerikas gestaltete sich noch komplexer und weit weniger eindeutig als im südlichsten. Während Argentinien unter den Kirchners rasch wieder in ruhiges Fahrwasser kam, lässt die Anspannung in Mexiko nicht nach. Unter der Präsidentschaft des Technokraten Salinas wurde der 1982 eingeschlagenen neoliberalen Kurs im Zuge der anstehenden Aufnahme des Landes in die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) deutlich forciert. Zeitgleich mit dem NAFTA-Beitritt Mexikos am 1. Januar 1994 probten die Zapatisten in Chiapas den bewaffneten Aufstand. Bewusst hatten sie den Zeitpunkt ihrer bewaffneten Rebellion so gewählt, dass das Ansinnen der Regierung, die mit der Aufnahme in die Freihandelszone die Hoffnung auf einen raschen Aufstieg des Landes in die Erste Welt verbunden hatte, ad absurdum geführt wurde. Nach der Verabschiedung ihrer »Sechsten Deklarati-

5 Bezeichnung für Arbeitslose und Marginalisierte, die durch die Absperrung wichtiger Transport- und Verkehrsrouten ihren Nachforderungen Nachdruck verliehen.

on« 2005 und der kurz danach gestarteten »Anderen Kampagne« gelten die Zapatisten mehr denn je als eine weltweit anerkannte Kraft, die dem Kampf gegen den Neoliberalismus eine antikapitalistische Stoßrichtung zu geben versucht. Neben dem Dauerkonflikt in Chiapas haben sich in den letzten beiden Jahren noch zwei weitere Brennpunkte sozialer Mobilisierung und politischer Unruhe herausgebildet, die zwar auf unterschiedlichen Ebenen ihren Ausgangspunkt haben, aber dennoch unterschwellig miteinander verkoppelt sind: Auf der politisch-institutionellen Ebene entwickelten sich die Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2006 deshalb zum Brennpunkt, weil der nur äußerst knapp (mit 0,56 Prozent bzw. 133.8319 Stimmen Differenz) unterlegene Kandidat des links-zentristischen PRD (Partei der Demokratischen Revolution), Andrés Manuel López Obrador (AMLO), den Wahlsieg seines Konkurrenten Felipe Calderón vom wirtschaftsliberal ausgerichteten PAN mit dem Vorwurf der Wahlfälschung nicht anerkannte. Obwohl die Proteste, die das Land monatelang in Atem hielten und die Arbeit des Parlaments blockierten, inzwischen abgeflaut sind, bleibt die Regierung mit dem Makel schwacher Legitimität behaftet und das Land politisch gespalten.

Auf der Ebene der sozialen Aktion wurde die »Kommune von Oaxaca« zum Symbol der offenen Rebellion gegen den Staat. Begonnen hatte das Ganze mit einem Streik der Lehrer im Frühjahr 2006. Der Versuch des Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz vom PRI, diesen mit Gewalt zu unterdrücken, erwies sich als Bumerang. Aus der Solidarität mit den streikenden Lehrern und der Eigendynamik des Widerstandes gegen die eskalierende Staatsgewalt entwickelte sich eine breite Volksbewegung, die sich Mitte November zur APPO (Volksversammlung der Bevölkerung von Oaxaca) konstituierte, der über 350 Gruppen und Organisationen angehörten. Dem war Ende Oktober die Entsendung von 4.500 Angehörigen der militarisierten Bundespolizei (PFP) durch die Regierung Vicente Fox vom PAN vorausgegangen, die unter dem Deckmantel der Unparteilichkeit und Legalität mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden losschlug. Die Kämpfe gipfelten dann schließlich am 2. November in der »Schlacht von Oaxaca«, in der die Sicherheitskräfte versuchten, Barrikaden, besetzte Radiosender und vor allem die Universität gewaltsam zu räumen. Nach einer knapp siebenstündigen Straßenschlacht mussten sie jedoch überstürzt den geordneten Rückzug antreten. Nachdem zuvor die Stützpunkte,

Medien- und Kommunikationszentren der Protestbewegung von der Polizei schrittweise besetzt worden waren, suchte der Staat dann beim siebenten »Megamarsch« am 25. November 2006 die Entscheidung, um noch vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Calderón am 1. Dezember Friedhofsruhe einkehren zu lassen. Zwar zeitigten die umfassende Verhaftungswelle gegen die Führer der APPO und das Ausscheiden der Lehrgewerkschaft aus der Front des aktiven Widerstandes eine gewisse Wirkung, ohne dass es aber gelang, die Strukturen der APPO zu zerstören. Insgesamt wurden mehr als 70 Menschen durch die staatliche und parastaatliche Repression getötet. Mehr als 60 Menschen gelten als verschwunden. Verurteilt wurde dafür niemand. Im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung vom Oaxaca wird die »Kommune« jedoch fortleben. Eine neue Form des Widerstandes beginnt sich zu entwickeln: immer mehr Dörfer schließen sich zu »autonomen Gemeinschaften« zusammen. Das abgekartete Spiel zwischen Bundesregierung, die vom PAN gestellt wird, und dem PRI, der neben Oaxaca weitere Bundesstaaten kontrolliert, hat allen vor Augen geführt, dass die mexikanische Politikerklasse – parteiübergreifend – nichts mehr fürchtet als das Entstehen und Agieren einer unabhängigen Volksbewegung von unten. Auch wenn zunächst eine gewisse Ruhe eingekehrt ist, kann sich diese schnell als Ruhe vor dem nächsten Sturm erweisen.

Komplettiert wird das Bild, das mit den fünf Länderbeispielen nur in groben Umrissen skizziert werden kann, durch die Wahl von Mitte-Links-Regierungen in weiteren Ländern: Die Wiederwahl von Lula (Luiz Inácio da Silva) zum brasilianischen Präsidenten am 29. Oktober 2006; die Wahl von Daniel Ortega, der Nicaragua bereits während der sandinistischen Revolution regiert hatte, zum Präsidenten dieses zentralamerikanischen Landes im November 2006 und die Übernahme der Präsidentschaft in Uruguay durch den linken Politiker Tabaré Vaquez bereits 2004. Auch in den letzten beiden Jahren wurden Politiker an die Spitze ihrer Länder gewählt, die als links gelten: Im November 2007 Alvaro Colom (Guatemala) und der als »roter Bischof« bekannte Fernando Lugo im April 2008 (Paraguay). All dies scheint die These vom lateinamerikanischen »Linksruck« zu bestätigen. Aber gerade weil dieser den einen als Hoffnung und den anderen als Gefahr oder gar Schrecknis gilt, muss die Frage genauer geprüft werden, was an diesem neuerlichen Pendelausschlag im politischen Lang-

zeitzyklus Lateinamerikas tatsächlich links ist und ob es sich diesmal um mehr als einen Pendelschlag, der bekanntlich früher oder später in die Gegenrichtung zurückschwingt, handeln könnte.

## 2. Was ist daran links?

Allein der Umstand, dass alle diese Entwicklungen und Prozesse unter dem Etikett des »Linksrucks« eingeordnet werden, macht bereits eines deutlich: die immense Vielfalt der lateinamerikanischen Linken. In der einschlägigen Literatur findet man eine dementsprechend große Anzahl von weiteren Etikettierungen, die meist als Dichotomien präsentiert werden: alte und neue Linke, radikale und gemäßigte Linke, Regierungs- und Bewegungslinke, politische und soziale Linke, national und regional agierende Linke. In unseren Breitengraden läuft die Darstellung des Linksrucks in Lateinamerika zudem darauf hinaus, die guten Linken von den gefährlichen Linken zu trennen.

Will man der Beantwortung der Frage, was am »Linksruck« tatsächlich links ist, näher kommen, dann ist es zunächst einmal sinnvoll, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu umreißen. Gemeinhin gilt das politische Selbstverständnis der Politiker und Parteien als hinreichend für deren Bezeichnung als Linke. Zudem erklärt sich die Breite des als links bezeichnen Spektrum aus der simplen Tatsache, dass heutzutage bereits die rhetorische Abkehr vom Neoliberalismus als »links« gilt. Hier soll keineswegs bestritten werden, dass die Haltung gegenüber dem Neoliberalismus ein wichtiges Kennzeichen linker Politik ist. Ob aber bereits das politische Bekenntnis, gegen den Neoliberalismus zu sein, hinreicht, um sich die Bezeichnung »links« anheften zu lassen, bedarf einer weiterführenden Betrachtung, auf die noch zurückzukommen sein wird. Als zweites gemeinsames Merkmal des »Linksrucks« ist die oppositionelle Haltung gegenüber den USA zu nennen, die zugleich ein wesentliches Kennzeichen des lateinamerikanischen Nationalismus darstellt. In diesem Punkt gibt es in Lateinamerika demzufolge eine große Überschneidung von linken und nationalistischen Positionen. Als dritten Eckpfeiler linker Politik ist die soziale Frage hervorzuheben. Damit sind – im Unterschied zu Europa – zwei Aspekte gemeint: Zum einen der linke Minimalkon- sens, Armut, Ausschluss und soziale Ungleichheit abzubauen, wobei

für die einen schon Sozialprogramme ausreichend dafür sind, während andere Hand an die Wurzeln der sozialen Frage legen wollen und deshalb die Eigentumsfrage stellen; zum anderen die mehr oder weniger enge Verbundenheit der Linken mit den sozialen Bewegungen ihrer Länder – ein Punkt der in Europa wegen der Schwäche oder des Fehlens solcher Bewegungen vorerst irrelevant ist.

Aufgrund der bereits angesprochenen Vielfalt nicht nur der lateinamerikanischen Linken ist es am sinnvollsten, diese drei Aspekte von linker Gemeinsamkeit nicht als starre Eigenschaften zu verstehen, sondern besser als Kriterium für eine Typisierung der Linken zu nutzen. Eine zweite Möglichkeit, dies zu tun, bietet die Unterscheidung verschiedener linker Strategien, wie es z. B. Steve Ellner, der intensiv zur jüngsten Entwicklung in Venezuela geforscht hat, vorschlägt. Er macht drei anti-neoliberale Strategien in Lateinamerika aus:<sup>6</sup> »Der Mitte-Links-Ansatz des mexikanischen Wissenschaftlers und Politikers Jorge Castañeda, demgemäß Linke auf Grundlage eines Gegenprogramms zum Neoliberalismus ‚die Mitte‘ von der Rechten abwerben; die Strategie der chilenischen marxistischen Theoretikerin Marta Harnecker, nach der die Linke sich in erster Linie gegen den Neoliberalismus positionieren soll, während sie weitergehende linke Forderungen sowie Bündnisse mit der Mitte meidet, soweit diese einen Anti-Neoliberalismus wesentlich verwässern würden; und eine von James Petras vorgetragene radikalere Strategie, in der anti-neoliberale Forderungen vorgebracht werden, ohne antiimperialistische und anti-kapitalistische Kämpfe zu vernachlässigen.«<sup>7</sup>

Folgt man dieser Unterscheidung, das gelangt man folgerichtig zu einer typologischen Dreiteilung der lateinamerikanischen Linken, wie sie auch andere Autoren vornehmen. Meist wird dabei von folgenden »Strömungen« oder Varianten ausgegangen:

a) *Die reformistische oder sozialdemokratische Linke*: Dieser Teil der Linken, der oft auch als »erneuerte Linke« bezeichnet wird, versucht dem diskreditierten Neoliberalismus ein »soziales Antlitz« zu geben, indem Programme zur Armutsbekämpfung und zum Ausgleich strukturell bedingter Benachteiligung, Ungleichheit und Diskriminierung aufgelegt werden. Weitergehende strukturelle Eingriffe in die beste-

6 Vgl. Steve Ellner: Die drei anti-neoliberale Strategien in Lateinamerika. In: Das Argument 262. Berlin 47(2005)4. S. 496–505.

7 Ebenda. S. 496.

henden Verhältnisse, die ja in starkem Maße durch die Ergebnisse der neoliberalen Reformen geprägt sind, stehen nicht auf der Agenda. Die Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, soweit diese ein bestimmtes Gewicht besitzen, sind eher schwach ausgeprägt oder von einer paternalistischen Sichtweise bestimmt. Die Erlangung und Verteidigung der Regierungsmacht hat für diesen Teil der Linken Priorität. Meist bereits im Wahlkampf, spätestens aber mit Übernahme der Regierung, werden die ursprünglichen programmatischen Positionen mit Verweis auf Sachzwänge, Kräfteverhältnisse oder die nationale Einheit zurückgenommen oder verwässert. Oft genannte Beispiele für die sozialdemokratisch orientierte Linke sind die chilenischen Sozialisten und die beiden Regierungen unter Lula in Brasilien.

**b) Die national-populäre Linke:** Dieser Teil der Linken, der von seinen Gegnern nicht selten als »populistisch« apostrophiert wird, zeichnet sich durch die Verbindung zweier Elemente aus, die bei der erstgenannten Gruppe zumeist fehlen oder nur schwach ausgeprägt sind: die Betonung der nationalen Souveränität mit stark antiimperialistischen, gegen die Vormachtstellung der USA gerichteten Akzenten einerseits, und die Hinwendung zum Volk, verstanden als die nicht- oder antioligarchische Mehrheit der ausgebeuteten Bevölkerung, andererseits. Diese Strömung zeichnet sich dadurch aus, dass starke soziale Bewegungen die Regierungsübernahme entweder vorbereitet haben (Bolivien) oder im Krisenfall den Sturz der national-populären Regierung verhindert haben (Venezuela). Weitere Merkmale sind die zentrale Rolle einer charismatischen Führungspersönlichkeit, die Praxis direkter Kommunikation mit dem Volk und das große Gewicht plebiszitärer Elemente. Die genannten Merkmale verweisen tatsächlich auf die große Affinität dieses Teils der Linken zum Populismus, der in Lateinamerika jedoch nicht diese negative Konnotation wie in Deutschland hat. Einen wichtigen Unterschied sowohl zum klassischen wie auch zu Neopopulismus in Lateinamerika gibt es jedoch: die weitaus größere Unabhängigkeit der sich selbst organisierenden Volksmassen. Die national-populäre Linke nutzt die Regierungsmacht, um über einen staatskapitalistischen Transformationsprozess (Nationalisierungen, Agrarreform) die Folgen und Einflüsse des Neoliberalismus zu überwinden.

**c) Die antisystemische oder antikapitalistische Linke:** Wie diese Bezeichnung schon ausdrückt, beschränkt sich dieser Teil der Linken

nicht auf die Bekämpfung des Neoliberalismus und die Etablierung staatskapitalistischer Verhältnisse, sondern setzt vielmehr auf eine Strategie, die zwar daran anknüpft, zugleich aber versucht, der Dynamik der sozialen und politischen Auseinandersetzungen eine anti-kapitalistische Stoß- und Zielrichtung zu geben. Ausgehend von den dringendsten Überlebensbedingungen ihrer Anhängerschaft sind sie aus Abwehrkämpfen gegen die Zumutungen neoliberaler Politik entstanden. In der Regel sind diese Bewegungen regional verankert, sind klassenübergreifend und fordern die bedürfnisorientierte Nutzung von Strom- und Wasserversorgung, von Bildung sowie der Gesundheitsvorsorge. Als Prototyp antisystemisch ausgerichteter sozialer Bewegung gelten die Zapatisten, auch wenn sie als Guerillaorganisation einige Besonderheiten aufweisen. Zur antisystemischen Linken zählen aber nicht nur neue soziale Bewegungen, sondern auch jene Teil der »alten« Linken, die sich einerseits natürlich auch an die neuen Bedingungen anpassen mussten, andererseits aber an ihrer anti-kapitalistischen Grundüberzeugung festgehalten haben wie das revolutionäre Kuba und die kolumbianischen FARC.

Die Tabelle auf der folgenden Seite vermittelt eine Vorstellung von der gegenwärtigen politischen Landkarte Lateinamerikas anhand der programmatischen wie praktischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung, wobei der Einfachheit halber Kuba der national-popularen Linken (NP) zugeschlagen wurde, die damit in fünf der zwanzig lateinamerikanischen Länder regiert. Rechte Regierungen (R) sind in sechs Ländern an der Macht, von denen aber nur Mexiko und Kolumbien von kontinentaler Relevanz sind und zudem bestimmte Schwachstelle besitzen. Kolumbien unter Uribe gilt als der wichtigste Verbündete der USA in Südamerika, hat aber mit dem strukturell-historisch bedingten Problem der Staatsschwäche sowie mit der ältesten, wenn auch derzeit geschwächten Guerilla des Kontinents zu kämpfen. In Mexiko regiert eine legitimierungsschwache Rechte, die sich ebenfalls mit einer Reihe antisystemischer Bewegungen konfrontiert sieht, deren sie trotz wiederholter Anstrengungen bislang nicht Herr werden konnte. In den restlichen neun Ländern ist die sozialdemokratisch orientierte Linke (SD) an der Regierung, die damit zumindest quantitativ das Gesamtbild bestimmt. In der politischen und theoretischen Debatte dominiert jedoch die Auffassung, dass die neuen sozialen Bewegungen die eigentliche Stärke der lateinamerikanischen Lin-

Tabelle: Überblick über die politische Landkarte Lateinamerikas im September 2008 anhand des Regierungskurses

Land	Präsident	Letzte Präsidentenschaftswahl	Politische Einordnung
Argentinien	Cristina Kirchner	28. Oktober 2007	SD
Bolivien	Evo Morales	18. Dezember 2005	NP
Brasilien	Lula (Luiz Inácio da Silva)	29. Oktober 2006	SD (seit 2005)
Chile	Michelle Bachelet	15. Januar 2006	SD
Costa Rica	Oscar Arias	5. Februar 2006	R
Dominikanische Republik	Leonel Fernández	16. Mai 2008	R
Ecuador	Rafael Correa	26. November 2006	NP
El Salvador	Eliás Antonio Saca	21. März 2004	R
Guatemala	Alvaro Colom	4. November 2007	SD
Haiti	Rene Preval	7. Februar 2006	SD
Honduras	José Manuel Zelaya	27. November 2005	R
Kolumbien	Álvaro Uribe	28. Mai 2006	R
Kuba	Fidel & Raul Castro	-	NP (seit 1959)
Mexiko	Felipe Calderón	2. Juli 2006	R
Nicaragua	Daniel Ortega	5. November 2006	NP
Panama	Martín Torrijos	2. Mai 2004	SD
Paraguay	Fernando Lugo	27. April 2008	SD
Peru	Alan García	4. Juni 2006	SD
Uruguay	Tabaré Vasquez	31. Oktober 2004	SD
Venezuela	Hugo Chávez	3. Dezember 2006	NP (seit 1999)

ken darstellen, ohne deren Präsenz die Spielräume und das Durchsetzungsvermögen der Regierungslinken deutlich geringer ausfallen würden.

### 3. Was ist daran neu?

Die in den 1990er Jahren entstandenen sozialen Bewegungen bilden damit den Kern der so genannten neuen oder – nach Guerilla und populistischen Massenbewegungen – dritten Linken. Die Neuartigkeit dieser lateinamerikanischen Linken ergibt sich *erstens* aus ihren Eigenschaften und Prinzipien: ihr auf die (Selbst-) Transformation

von Mensch und Gesellschaft gerichtetes Wirken, der hohe Grad an Autonomie, den sie für sich gegenüber linken Parteien und Regierungen in Anspruch nehmen sowie die Horizontalität ihrer Organisations- und Kommunikationsstrukturen, die dem bislang auch und gerade unter den Linken praktizierten Vertikalismus diametral entgegengesetzt ist.

Am frühesten und klarsten finden sich diese Eigenschaften und Prinzipien der neuen Linken bei den Zapatisten<sup>8</sup>, die nicht zu unrecht als »Diskursguerilla« oder Bewegung des »bewaffneten Reformismus« gilt. Diese Bezeichnungen beziehen sich in erster Linie auf das Demokratie-, Gesellschafts- und Politikverständnis der Zapatisten, die sich in solchen Prinzipien wie »Gehorchend regieren« und »Fragend voranschreiten« ausdrücken. Der entscheidende Punkt besteht darin, dass sie sowohl in ihrem Verhältnis zur mexikanischen wie internationalen Zivilgesellschaft als auch in den von ihnen erkämpften Autonomiegebieten diese Prinzipien praktizieren und damit weiterentwickeln. Die Ablehnung jeglichen Avantgardeanspruchs und ihr Verzicht auf die Machteroberung unterscheiden sie deutlich von den »alten« Linken. Der Zapatismus verkörpert den hohen Anspruch der neuen Linken, »das Politische in den sozialen Raum zurückzuholen«, wohl am überzeugendsten. Damit hat er unter den Linken eine Diskussion ausgelöst, in deren Mittelpunkt die alte und zugleich immer wieder neue Frage nach dem Stellenwert der Macht für die Umsetzung linker Programmatik steht.

Bei aller Bedeutung, die dem zapatistischen Aufstand weit über Lateinamerika hinaus zukommt, sollen hier nicht die schwerwiegenden Probleme verschwiegen werden, mit denen er zu kämpfen hat. Die feste regionale Verwurzelung in der indianischen Bevölkerung von Chiapas bildet einerseits eine Hauptquelle seines Erfolges und seiner Beständigkeit, zeigt jedoch andererseits die Grenzen der Reichweite der Zapatisten auf. Wohl versuchen sie seit ihrem ersten öffentlichen Auftreten 1994 eine nationale Bewegung mit antisystemischer Zielrichtung anzustoßen, ihren zahlreichen Bemühungen sind aber

8 Vgl. dazu vor allem: Ulrich Brand / Ana Esther Ceceña (Hrsg.): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Münster 2000; Gloria Muñoz Ramírez: 20 + 10. Das Feuer und das Wort. Münster 2004; Luz Kerkeling: La lucha sigue! EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands. Münster 2006.

bislang weitgehend im Sande verlaufen oder steckengeblieben. Außer dem Verdienst, in der Hochzeit des Neoliberalismus ein weltweit wahr- und aufgenommenes Zeichen des Widerstandes gesetzt zu haben, können die Zapatisten auf der nationalen Ebene zwei Erfolge auf ihre Fahnen schreiben: Erstens haben sie mit dem von der Regierung bislang uneingelösten, von ihnen aber praktizierten Vertragswerk von San Andrés der gesamten indigenen Bewegung Mexikos eine Plattform erkämpft, auf der sie ihre organisatorische Einheit herstellen und eine gemeinsame programmatische Basis formulieren konnte. Zweitens waren die Zapatisten eine unverzichtbare Kraft im mexikanischen Demokratisierungsprozess. Dennoch bleibt das Kräfteverhältnis für die Zapatisten prekär und kann jederzeit zu ihren Ungunsten kippen. Auch die neue Regierung unter Calderón hat keineswegs die Versuche aufgegeben, die militärisch eingekreisten Zapatisten zu zermürben, um sie dann bei günstiger Gelegenheit zu zerschlagen.

Ein *zweites* Novum linker Politik in Lateinamerika besteht in der Wiederaufnahme der Debatte um ein zeitgemäßes Sozialismus-Konzept, das unter dem Begriff des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« firmiert.

An der Formulierung dieses Konzept ist der in Mexiko lebende und lehrende Sozialwissenschaftler Heinz Dieterich maßgeblich beteiligt. Dieser neue Sozialismus unterscheidet sich in vier wesentlichen Punkten vom alten Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts:

- a) Ökonomisch liegt ihm die »Äquivalenzökonomie« zugrunde. Nicht mehr der Preis, wie in der Marktwirtschaft, sondern der Wert (berechnet nach Zeiteinheiten) ist der entscheidende Tausch- und Regelmechanismus.
- b) Politisch impliziert er ein Maß und damit auch eine Qualität an Demokratie, die weit sowohl über die gegenwärtige bürgerliche Demokratie als auch über die defekten und defizitären Strukturen politischer Teilhabe im vergangenen Sozialismusversuch hinausgehen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der partizipatorischen Demokratie, die alle wichtigen Entscheidungsbefugnisse über die wirtschaftlichen Aktivitäten in die Hände der unmittelbaren Produzenten legt.
- c) Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird möglich, weil erstmals in der Geschichte der Menschheit mit Computer und Internet die materiell-technische Basis für eine umfassende gesellschaftliche

Planung vorhanden ist. Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts ist in erster Linie deshalb gescheitert, weil ihm diese Möglichkeiten gefehlt haben.

- d) Das Menschenbild des neuen Sozialismus unterscheidet sich von dem des alten darin, dass er zu seiner Realisierung nicht eines »neuen Menschen« bedarf.

Nimmt man diese Vorstellungen als Maßstab, dann ist die Entwicklung in Venezuela, dessen Präsident Hugo Chávez 2005 auf dem Weltsozialforum das Konzept vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« aufgegriffen hatte, von dessen praktischer Umsetzung noch um einiges entfernt. Dennoch besitzt das von Chávez initiierte Projekt der »Bolivarianischen Revolution« eine enorme nationale, regionale und internationale Bedeutung. Erstens zeigt es praktisch, dass Alternativen zum immer noch dominierenden Neoliberalismus möglich sind und auch gegen die aktive Einmischung der USA durchgehalten werden können. Zweitens handelt es sich bei Venezuela um ein Schlüsselland Lateinamerikas, dessen ökonomisches, politisches und militärisches Gewicht unverzichtbar ist, um die regionalen und internationalen Spielräume für Alternativen jenseits des Neoliberalismus im erforderlichen Maße auszuweiten. Drittens besteht zwar derzeit das wichtigste Ziel Venezuelas in nachholender Entwicklung nach vorrangig keynesianischem Muster, aber bereits die gegenwärtige Dynamik, die bei der Umsetzung dieses Ziels erzeugt und freigesetzt wird, weist über den (heutigen) Kapitalismus hinaus. Das Dritte-Welt-Land Venezuela macht deutlich, dass der Prozess des Auf- und Nachholens zwangsläufig mit den bestehenden Macht- und Verwertungsstrukturen kollidiert. Venezuela leistet einen höchst wichtigen Beitrag auf der Suche nach antikapitalistischen Alternativen, indem es im praktischen »Feldversuch« Neuland beschreitet.

Ein *drittes* Novum, das den lateinamerikanischen »Linksruck« ausmacht, zeigt sich in den Entstehungsbedingungen der neuen sozialen Bewegungen auf dem Kontinent. Bemerkenswert ist vor allem, dass diese sich nicht nur explizit als anti-neoliberale Bewegung verstehen und als solche auch agieren, sondern das ureigene Produkt des Neoliberalismus selbst sind. Besonders gut lässt sich dies anhand der sozialen Bewegungen Boliviens erläutern. Obwohl in ihrer konkreten Entstehung und ihren unmittelbaren Zielstellungen sehr vielfältig eint sie eines: Sie alle sind einerseits in überlebensnotwendigen

Abwehrkämpfen gegen die Folgen von Privatisierung und Deregulierung geboren worden, andererseits spiegeln sie die sozialen Umbrüche im Ergebnis neoliberaler Reformpolitik wider. Die gilt sowohl für die cocalero-Bewegung des Chapare, die sich maßgeblich aus den 20.000 Bergleuten rekrutiert, die 1985 im Zuge der Privatisierung des Minen entlassen worden waren, als auch für die Nachbarschaftskomitees von El Alto, deren Bevölkerung sich ebenfalls aus Menschen zusammensetzt, die im Ergebnis der neoliberalen Struktur Anpassungsmaßnahmen freigesetzt, marginalisiert und informalisiert worden waren. Ähnliches gilt auch für die indigenen Bewegungen des Tieflandes sowie für die klassenübergreifenden Protestbewegungen gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft in Cochabamba und den Ausverkauf der bolivianischen Erdgasvorkommen, die als »Wasser-« bzw. »Gaskrieg« in die jüngste Geschichte des Andenlandes eingegangen sind. Diese Entwicklungen sind umso bemerkenswerter, als die neoliberalen Reformen gerade in Bolivien in großem Umfang von Sozialprogrammen und erweiterten Partizipationsmöglichkeiten flankiert worden waren. Die Entstehung neuer sozialer Bewegungen unter den Bedingungen und auf dem Nährboden des Neoliberalismus wirft in seiner Neuartigkeit Fragen auf und beinhaltet noch Wechselbeziehungen, deren Erforschung und Beantwortung zwar erst am Anfang stehen, aber dennoch linke Theorie wie Praxis schon jetzt erheblich zu bereichern versprechen.

#### 4. Was ist daran exemplarisch?

Bleibt als letztes die Frage, was am »Linksruck« exemplarisch ist, womit sich zugleich der Kreis schließt. Aus dem Dargestellten dürfte ersichtlich geworden sein, dass Lateinamerika im Ringen um Alternativen zum Neoliberalismus weltweit einen Präzedenzfall darstellt. Zum einen hat hier der Neoliberalismus besonders nachhaltig Wirkungen gezeitigt, zum anderen steht Lateinamerika an der Spitze des anti-neoliberalen Widerstandes. Dabei ist dieser nicht rückwärts gewandt, sondern zeichnet sich durch zahlreiche Nova aus, die als Folge des oder in Reaktion auf den Neoliberalismus entstanden sind. War Lateinamerika in den 25 Jahren bis zum Jahr 2000 ein Laboratorium

für die Durchsetzung des Neoliberalismus, so ist es seitdem in gleichem Maße ein Laboratorium des Widerstandes gegen ihn.

Beispielhaft ist zweitens die praktische Bedeutung Lateinamerikas im weltweiten Ringen um die Veränderung der Kräfteverhältnisse und Spielräume zugunsten von Alternativen zum Neoliberalismus. Dies verdient umso mehr Anerkennung, als der Kontinent im unmittelbaren Einflussbereich des US-Empires liegt. Der traditionell als Hinterhof der USA bekannte Kontinent hat sich zwischenzeitlich nicht nur als »weicher Unterleib« des Koloss im Norden erwiesen, sondern ist auch zu einer der wichtigsten Arenen des Kampfes gegen die imperiale Politik der USA aufgerückt.

Drittens harren zahlreiche »alte« Probleme linker Politik einer Lösung oder Beantwortung, die den veränderten Bedingungen entspricht. Auch in dieser Hinsicht nimmt Lateinamerika einen zentralen Platz ein. Nicht nur, weil sich hier in Gestalt von Kuba und der FARC Vertreter der »alten« Linke unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bewähren müssen. Vor allem stehen die neuen Linken vor Fragen, die schon ihre Vorläufer zu beantworten suchten. Es gibt wohl kein zweites Experimentierfeld, das besser als Lateinamerika geeignet wäre zu testen, was aus dem reichen Reservoir linker Theorie und Praxis heute noch trag- und ausbaufähig ist. Das Exempel Lateinamerika beweist tagtäglich: Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern bereits im Entstehen begriffen. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Keime des Neuen als stark genug erweisen, um das lateinamerikanische Exempel zum globalen Gemeingut reifen zu lassen.

## Literatur

- Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter. Frankfurt a. M. 1998.
- Altvater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster 2006.
- Appelbaum, Richard P. / William I. Robinson (Hrsg.): Critical globalization studies. New York / London 2005.
- Aristoteles: Nikomachische Ethik. Leipzig 1876.
- Arrighi, Giovanni et al.: Kapitalismus reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie. Hamburg 2007.
- Bauer, Joachim: Prinzip Menschlichkeit. 3. Aufl. Hamburg 2007.
- Beck, Kurt. In »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« vom 8. Oktober 2006.
- Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft. Bonn 2007.
- Bello, Walden: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg 2005.
- Bernhard, Armin: Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. In: Utopie kreativ. Heft 197. März 2007. S. 202–211.
- Bischoff, Joachim: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg 2006.
- Bisky, Lothar: DIE LINKE. Vertrag von Lissabon nicht zukunftsfähig – Pressemitteilungen der Partei DIE LINKE. vom 15. März 2008. Unter: <http://www.die-linke.de/presse/presseerklaerungen/detail/artikel/vertrag-von-lissabon-nicht-zukunftsfahig/>
- Boris, Dieter/ Stefan Schmalz / Anne Tittor (Hrsg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie. Hamburg 2005.
- Brand, Ulrich / Christoph Görg / Markus Wissen: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus neo-poulantianischer Perspektive. In: PROKLA 147. 36. Jg. (2007). Heft 2. S. 217–234.
- Brecht, Bertolt: Me-ti. Buch der Wendungen. In: Bertolt Brecht. Prosa. Bd. IV. Berlin und Weimar 1975.

- Brinkmann, Ulrich/ Klaus Dörre / Silke Röbenack: Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2006.
- Bruntland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987.
- Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt a. M. 1999.
- Butterwegge, Christoph / Bettina Lösch / Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden 2008.
- Butterwegge, Christoph / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hrsg.): Neoliberalismus – Analysen und Alternativen. Wiesbaden 2008.
- Candeias, Mario: Neoliberal ist asozial – und trotzdem mehrheitsfähig!? Referat. München, 27. Oktober 2006.
- Cooper, Robert: The Post-Modern State. In: Mark Leonard (ed.): Re-Ordering the World. The Foreign Policy Centre. London 2002. S. 11–20.
- Creveld, Martin van: Aufstieg und Untergang des Staates. München 1999.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlußbericht der Enquete-Kommission. Opladen 2002.
- Diamond, Jared: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt a. M. 2005.
- Peter Drucker: The Age of Discontinuity. 1969. Unter: <http://www.peter.drucker.at>.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW. Bd. 21. Berlin 1975.
- Engler, Wolfgang: Bürger, ohne Arbeit. Berlin 2005.
- Fäßler, Peter: Globalisierung. Ein historisches Kompendium. Köln / Weimar / Wien 2007.
- Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Weltprobleme. Bonn 2007.
- Fischer, Ernst: Probleme der jungen Generation. Ohnmacht oder Verantwortung. Wien 1965.
- Friedman, Thomas: Globalisierung verstehen: Zwischen Marktplatz und Weltmarkt. München 1999.
- Gesellschaft im Reformprozess. Qualitative Leitstudie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 22.06.2005.

- Girkinger, Michael: Neoliberalismus – Freiheit und struktureller Zwang. Hamburg 2005.
- Gläser, Jochen / Reinhard Mocek / Bernd Rump: Für ein global bewusstes und menschengerechtes Europa in einer lebenswerten Welt. Teil 1. In: Utopie kreativ. Heft 23/24.
- Gore, Al: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt a. M. 1992.
- Goetz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt a. M. 2000.
- Goetz, André: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? Heinrich Böll Stiftung 5/2001.
- Goetz, André: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich 2004.
- Greven, Michael (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens. Opladen 1998.
- Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush. Berlin 2005.
- Hacks, Peter: Jona – Beiwerk und Hintersinn. In: Sinn und Form 6/1988.
- Hall, Thomas D. (Hrsg.): A World-Systems Reader. London u. a. 2000.
- Harvey, David: Der neue Imperialismus. Hamburg 2005.
- Harvey, David: Räume der Neoliberalisierung. Hamburg 2007.
- Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007.
- Hauchler, Ingomar / Dirk Messner / Franz Nuscheler. Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt a. M. 2001.
- Haug, Frigga: Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument 243(2001)6. S. 761–785.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Die Philosophie des Rechts. Vorlesungen aus den Jahren 1819/20. [o. O.]
- Heidenreich, Martin: Merkmale der Wissensgesellschaft. März 2002. Unter: <http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/dokumente/wissensgesellschaft2002.pdf>.
- Heine, Heinrich: Seegespenst. Enthalten im Zyklus »Die Nordsee. 1. Abteilung« (1826).
- Held, David u. a. (Hrsg.): Global transformations. Cambridge / Oxford 1999.

- Hirsch, Joachim: Postfordismus – Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation. In: trend ONLINEZEITUNG 4/2002. Unter: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0402/t090402.html>
- Hobsbawm, Eric: Das Kommunistische Manifest: eine moderne Edition. Vorwort. Hamburg 1999.
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München / Wien 1995.
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg 1999.
- Huffschmid, Jörg: Jenseits der Spekulationskrise. Das Diktat der Finanzmärkte und Perspektiven der Gegensteuerung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Berlin / Bonn 11/2007. S. 1331–1341.
- Hunington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. München / Wien 1998.
- Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2004.
- Johnson, Chalmers: Ein Imperium verfällt. Ist die Weltmacht USA am Ende? München 2001.
- Junker, Detlef: Power and Mission. Was Amerika an treibt. Freiburg i. Br. 2003.
- Kaufen, Katarina: Die lästige Unterschicht. In: »taz« vom 17. Oktober 2006. S.1.
- Kaufmann, Sylvia-Yvonne: Den neoliberalen Zeitgeist in Europa weiter zurückdrängen. Rede auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg. 20. Februar 2008. <http://www.sylvia-yvonnekaufmann.de/eu-verfassung/beitraege/200802201300.html>
- Kerkeling, Lutz: La lucha sigue! Der Kampf geht weiter. Münster 2006.
- Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs. Vol. 70 (1991)1. S. 23–33.
- Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment Revisited. In: The National Interest, Winter 2002/03. S. 5–17.
- Kurz, Robert: Jenseits von Markt und Staat – Die Transformation der Ökonomie durch eine neue genossenschaftliche Produktionsweise. Beitrag von 1995 für »Folha« (Brasilien). Unter: <http://www.exit-online.org>
- Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt a. M. 1999.

- Kurz, Robert: Weltordnungskrieg. Bad Honnef 2003.
- Kurz, Robert: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin 2005.
- Kurz, Robert / Roswitha Scholz / Jörg Ulrich: Der Alptraum der Freiheit – Sekundäre Analphabeten. Blaubeuren / Ulm 2005.
- Layne, Christopher: The Unipolar Illusion Revisited. In: International Security. Vol. 31 (2006) 2. S. 7–41.
- Leggett, Jeremy: Peak Oil. Die globale Energiekrise, die Klimakatastrophe und das Ende des Ölzeitalters. Köln 2006.
- Lepenes, Wolf: Bildungspathos und Erziehungswirklichkeit. Eröffnungsrede auf dem Kongreß »McKinsey bildet« vom 5. September 2002. Unter: [http://www.zeit.de/reden/bildung\\_und\\_kultur200240\\_lepenies](http://www.zeit.de/reden/bildung_und_kultur200240_lepenies).
- Lingemann, Dietmar: Ökonomie (in) der Veränderung – Grundüberlegungen für eine neue Linke. April 2005. Unter: [http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/0504\\_OEkonomie\\_der\\_Veraenderung.pdf](http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/0504_OEkonomie_der_Veraenderung.pdf).
- Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1983.
- Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können. Frankfurt a. M. / New York 2003.
- Margheritis, Ana / Anthony W. Pereira: The Neoliberal Turn in Latin America: The Cycle of Ideas and the Search for an Alternative. In: Latin American Perspectives (LAP). 34 (Mai 2007) 3 (154). S. 25–48.
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 25. Berlin 1962.
- Marx, Karl: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. Berlin 1983.
- Marx, Karl: Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich. MEW. Bd. 17. Berlin 1976.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. Berlin 1953.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19. Berlin 1976.
- Marx, Karl / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. Berlin 1977.
- Marx, Karl: Ökonomische Manuskripte 1857/58. In: MEGA II/1. 2. Berlin 2006.
- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach. In: MEW. Bd. 3. Berlin 1969.

- Massarrat, Mohssen: Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen. Hamburg 2006.
- Mauser, Wolfram: Wie lange reicht die Ressource Wasser noch? Vom Umgang mit dem blauen Gold. Bonn 2007.
- Matzner, Egon: Die Abhängigkeit der Supermacht. Strategien gegenüber dem Hegemon. Wien 2005.
- Menzel, Ulrich: Comeback der drei Welten. Der amerikanische Sonderweg und die Alternativmacht Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Berlin / Bonn 12/2005. S. 1453–1462.
- Misik, Robert: Für jetzt und immer unten. In: »taz« vom 17. Oktober 2006. S. 3.
- Müller, Heiner: Hamletmaschine. In: Heiner Müller: Werke. Band 4: Stücke 2. Frankfurt a. M. 2001.
- Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Bonn 2005.
- Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Bonn 2007.
- Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik. Bonn 2005.
- Nye, Joseph S. Jr.: The Decline of America's Soft Power. In: Foreign Affairs. Mai-Juni 2004. S. 16–20.
- Opitz, Peter: Menschenrechte – Glanz und Elend einer Idee. In: Mir A. Ferdowski: Weltprobleme. Bonn 2007. S. 117–158.
- Panitch, Leo / Sam Gindin: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium. Hamburg 2004.
- Panzieri, Raniero: Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus. In: Quaderi Rossi. Nr.1/1961. <http://www.wildcat-www.de/thekla/07/t07panzi.htm>
- Potter, Brian: Constricting Contestation, Coalitions, and Purpose: The Causes of Neoliberal Restructuring and Its Failure. In: Latin American Perspectives (LAP). 34 (Mai 2007) 3 (issue 154). S. 3–24.
- PROKLA 147: Internationalisierung des Staates. Münster 2007.
- Ramírez, Gloria Muñoz: 20 + 10. Das Feuer und das Wort. Münster 2004.
- Rawls, John: Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979.
- Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a. M. 2004.
- Rilling, Rainer: Imperialität. Marburg / Berlin 2007.
- Robertson, Roland / Jan Aart Scholte (Hrsg.): Encyclopedia of Globalization. Volume Two. New York 2007.

- Roy, Arundhati: Weltsozialforum 2003. Rede. In: Das Weltsozialforum in Videos, Texten und Bildern. CD hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2005.
- Sachs, Jeffrey D.: Das Ende der Armut. Bonn 2005.
- Schäfer, Monika: Die Paradoxie des Weltsystems: Globalisierung als Zunahme von Ungleichheit und Vereinheitlichung. Eine herrschaftstheoretische Auseinandersetzung. Hamburg 2006.
- Schäfer, Wolf: The New Global History. Toward a Narrative for Pangea Two. In: EWE. 14/ 2003. S. 75–88.
- Schäfer, Wolf: Lean Globality Studies. In: Globality Studies. No. 7. Mai 2007. S. 1–15.
- Scharenberg, Albert: Kampfschauplatz Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Berlin / Bonn 2/2007. S. 183–192.
- Scharenberg, Albert: Armutszeugnis. Kommentare und Berichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Berlin / Bonn 2/ 2005. S. 135–138.
- Schmierer, Joscha: Zwischenruf zur Außenpolitik: Die außenpolitische Debatte in den USA. Böll-Stiftung 2008.
- Scholte, Jan Aart: Globalization – a critical introduction. New York 2000.
- Schui, Herbert / Stephanie Blankenburg: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg 2002.
- Sorensen, Georg: The Transformation of the State. Beyond the Myth of Retreat. Basingstoke / New York 2004.
- Soros, George: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Frankfurt a. M. 2000.
- Speck, Ulrich / Natan Sznaider (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung. München 2003.
- Stanley Foundation: After the Unipolar Moment: Should the US Be a Status Quo Power or a Revolutionary Power. Februar 2007.
- Steeg, Herbert: Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus? In: trend ONLINEZEITUNG 2/2000.
- Steger, Manfred B.: Ideologies of globalization. In: Journal of Political Ideologies. Feb. 2005. S. 11–30.
- Stehr, Nico: Moderne Wissensgesellschaften. Aus Politik und Zeitgeschichte. B36/2001. S. 7–14.
- Strange, Susan: The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge 1996.

- Stützel, Kevin: Antikapitalismus von rechts? Globalisierungskritik. Die extreme Rechte und der G8-Gipfel in Heiligendamm. In: RLS Standpunkte 13/2007.
- Subcomandante Marcos: Der Kalender des Widerstandes. Frankfurt a. M. 2003.
- Unabhängigkeitserklärung der USA vom 4.7.1776. Deutsche Übersetzung von 1776.  
<http://www.heinrich-heine-denkmal.de/dokumente/decofind-d-shtml>
- Vallenilla, Ernesto Mayz: Universität und Menschenbild. Dortmund. Sozialforschungsstelle an der Universität Münster. 1968.
- Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltsystem. Bde. I-III. Wien 2004 (Bd. I), 1998 (Bd. II), 2004 (Bd. III).
- Weiss, Linda: The Myth of the Powerless State. Governing the Economy in a Global Era. Cambridge / Oxford 1998.
- Wikipedia: Zivilgesellschaft: <http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>
- Willke, Gerhard: Neoliberalismus. Frankfurt a. M. / New York 2003.
- Windolf, Paul (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45/2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen / Wiesbaden 2005.
- Windolf, Paul: Das Regime des Finanzmarkt-Kapitalismus In: Mitbestimmung. Heft 6/2006.
- Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Bonn 2005.
- Zeller, Christian: Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004.  
Christian Zeller: Die globale Enteignungsökonomie. S. 61–125.
- Zion, Robert: Die Zeit, die uns bleibt – Grüner Aufbruch in ein neues Arbeits- und Sozial(staats)paradigma. Unter: <http://forum.gruene-nrw.de/forum/zeigen/hintergruende-information/positionspapier-und-gastbetaeage/>

## Kurzbiographien der Autoren

### **Bernd Czorny**

Geboren 1952 in Berlin

1972–1976 Studium der Elektronik an der Humboldt Universität zu Berlin

1976 Abschluß als Dipl.-Ing.

1976–1990 Mitarbeiter im Zentrum Mikroelektronik Dresden

Sprecher der »Initiative Grundeinkommen Dresden und Umgebung«  
gegenwärtig als Qualitätsmanager in einem Unternehmen tätig

Veröffentlichungen und Arbeitsschwerpunkte:

»Auf der Suche nach der neuen Linken«; Rolle von Wissen und Arbeit  
in einer postindustriellen Gesellschaft, Notwendigkeiten und Zugänge  
zum bedingungslosen Grundeinkommen als Arbeitsschwerpunkte

### **Peter Gärtner**

Geboren 1957 in Schkopau

1976–1981 Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig

1987 Promotion über die guatemaltekische Revolution von 1944–1954  
(Leipzig)

2004 Habilitation über Demokratisierungsprozesse in Zentralamerika  
(ebenfalls Leipzig)

seit 1992 Mitarbeit am Lateinamerika-Magazin »Quetzal« ([www.quetzal-leipzig.de](http://www.quetzal-leipzig.de))

Vorsitzender von »Quetzal – Leipziger Lateinamerika-Verein Leipzig  
e.V.«

gegenwärtig Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig

Veröffentlichungen und Arbeitsschwerpunkte:

Seit 1986 zahlreiche Beiträge und Artikel zur politischen Entwicklung  
in Lateinamerika, Hrsg. des Sammelbandes »Staatlichkeit im  
Epochenbruch« (2001), seitdem Globalisierung als zweiter Arbeits-  
schwerpunkt

**Bernd Rump**

Geboren 1947 in Dresden,

1966–1970 Studium der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften in Dresden,

1973–1976 Studium am Literaturinstitut Leipzig

Arbeit als Ingenieur, Kulturarbeiter, Liedermacher, Dramaturg, Autor

1985–1990 Theaterarbeit und Theaterleitung in Dresden (Schicht-Theater)

1989–93 und 1998–2000 Mitglied des Parteivorstands der PDS

nach 1990 Tätigkeit als Theaterkritiker, Politiker, Publizist

1994 Promotion über Peter Weiss »Ästhetik des Widerstands«  
gegenwärtig parl.-wiss. Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Veröffentlichungen und Arbeitsschwerpunkte:

»SingGedichte« (1983), »Herrschaft und Widerstand« (1996), »Müller in der Maske Mommsens« (1999), »Frühlingsmärchen 1983« (2006);  
politische Strategien und Landesentwicklung als Arbeitsschwerpunkte

**Ronald Weckesser**

Geboren 1948 in Magdeburg

Studium an der Technischen Hochschule Ilmenau (Schwachstrom- und Mikrowellentechnik)

1972 Abschluß als Diplom-Ingenieur

1975–1979 Außerordentliche Aspirantur an der TH Ilmenau (Informationstechnik, automatische Zeichen- und Mustererkennung; nicht abgeschlossen)

1979–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Gruppenleiter im Zentrum Forschung und Technologie des VEB Kombinat Robotron Dresden

1990–1996 gemeinsam mit Kollegen Firmenausgründung (SMT & Hybrid-GmbH Dresden),

1996 bis 1999 wiss. Mitarbeiter einer MdL, MdB

1990 bis zur Gegenwart ehrenamtlich PDS/LINKE-Stadtrat in Dresden

1999 bis heute Mitglied des Sächsischen Landtages, Mitglied Enquete-Kommission Demographischer Wandel und Vorsitzender Haushalt- und Finanzausschuß (bis September 2008)

Veröffentlichungen und Arbeitsschwerpunkte:

1973–1995 zu ausgewählten technologischen Problemen; seit 1990 regelmäßig zu kommunalpolitischen und allgemeinen politischen Themen; seit 2000 verstärkt zu Fragen sozialer Wohnungspolitik, zum demographischen Wandel sowie zu Grenzen und Möglichkeiten von Finanzpolitik aus linker Perspektive